Mittwoch, 16. April 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 88 - 16.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Türkei 750 TL, Frankreich 7.00 F, Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 400,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 3,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

exklusiv in der WELT:



Der Ostexperte Wolfgang Leonhard wird heute 65 Jahre. WELT-Herausgeber Herbert Kremp sprach aus diesem Anlaß mit dem Schriftsteller. In dem Interview schildert Leonhard als Zeitzeuge einer folgenschweren Entwicklung seine Erlebnisse nach 1945, seine Rückkehr aus Moskau nach Berlin, seine Bekanntschaft mit Honekker, seine Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und seine Flucht über Jugoslawien. SEITE 6

Befreit oder vergewaltigt ?

Mit Hitlers Machtübernahme wurde der Antisemitismus ein wesentliches Element der Staatsideologie. Der Historiker Professor Andreas Hillgruber beschreibt in seinem Essay „Zweierlei Untergang" die grausame Fortschreibung dieser Ideologie, die zur Ermordung von über fünf Millionen Juden führte. Die dritte und letzte Folge unserer Serie befaßt sich mit diesem Massenmord, der das Ende des europäischen Judentums bedeuten sollte. Seite 9

POLITIK

Gesperrt: Das Schweizer Bundesamt für Polizeiwesen hat die Sperrung sämtlicher Guthaben des am 7. Februar gestürzten ehemaligen haitischen Präsidenten Jean-Claude Duvalier in der Schweiz eingeleitet. Grundlage dafür ist ein Gesetz über internationale Rechtshilfe.

Vermißt: Bei dem Versuch, durch die Elbe nach Niedersachsen zu fliehen, ist ein 19jähriger „DDR"-Bewohner wahrscheinlich ertrunken. Er wird vermißt. Sein ein Jahr älterer Bruder erreichte das rettende Westufer.

Anschlag: Unbekannte haben einen Anschlag auf die stark befahrene Eisenbahnstrecke Augsburg–München verübt. Sie warfen ein Drahtseil von einer Brücke auf die Oberleitung. Ein Güterzug fuhr auf das Hindernis auf.

Treuepflicht: Ein Beamter, der Mitglied und Wahlkandidat der NPD ist, darf nicht länger im öffentlichen Dienst arbeiten, weil er damit seine „politische Treuepflicht" verletzt. (AZ.: Bundesverwaltungsgericht 1 D 103.84.)

Gipfel? Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hat in einem Gespräch mit dem stellvertretenden chinesischen Außenminister Qian Qichen in Moskau die Möglichkeit eines sowjetisch-chinesischen Gipfeltreffens angedeutet. Gespräche über eine politische Annäherung der beiden Länder laufen seit 1982.

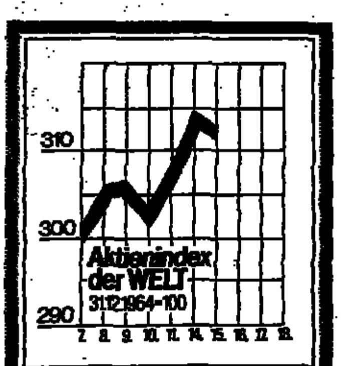
Ladenschluß: Aus der völligen Freigabe der Ladenschlußzeiten in England und Wales werktags wie auch an Sonntagen wird nichts. Die Regierung Thatcher hat bei der zweiten Lesung ihres Reformgesetz-Entwurfes eine schwere Niederlage einstecken müssen. 68 konservative Parlamentarier stimmten gegen die eigene Regierung. (S. 12)

Attentat: Die linksextreme Terror-Organisation „Action Directe" wird hinter dem fehlgeschlagenen Anschlag vermutet, bei dem gestern der Vizepräsident des französischen Arbeitgeberverbandes CNPF, Guy Brana, ermordet werden sollte. Zwei Maskierte hatten Branas Auto mit Maschinenpistolen beschossen.

WIRTSCHAFT

Renten: In den nächsten vier Jahren ist die Rentenfinanzierung gesichert; in den nächsten 15 Jahren ist sie „mit nicht allzu großen Schwierigkeiten zu sichern". Professor Meinhold, Vorsitzender des Sozialbeirats, gab diese günstige Prognose vor der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft. Der Beirat legt morgen sein Gutachten zur Strukturreform der Rentenversicherung vor. (S. 11)

Börse: Nach festem Beginn kam es an den Aktienmärkten zu kursdrückenden Gewinnmitnahmen. Die US-Aktion in Libyen wurde gelassen aufgenommen. Der Rentenmarkt war etwas leichter. WELT-Aktienindex 312,94 (314,74). BHF Rentenindex 108,051 (108,083). BHF Performance Index 104,828 (104,830). Dollarmittelkurs 2,3317 (2,3135) Mark. Goldpreis pro Feinunze 341,75 (341,60) Dollar.



KULTUR

Mailänder Dom: Vor 600 Jahren wurde der Grundstein für dieses Marmorgebirge im Herzen der Großstadt gelegt – von Anfang an hatten die Baumeister verhängnisvolle Fehler gemacht. (S. 21)

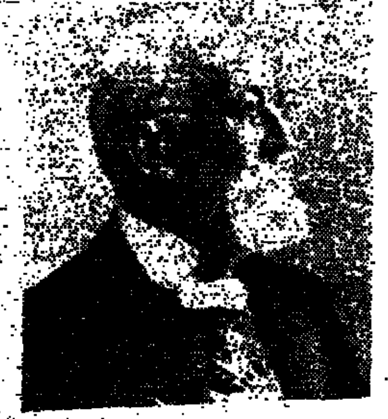
Jean Genet: Der französische Schriftsteller und Dramatiker ist im Alter von 75 Jahren gestorben. Sein letztes Werk, „Un Captif Amoureux", wird in der kommenden Woche veröffentlicht. (S. 21)

SPORT

Eishockey: Bei den Weltmeisterschaften verlor die deutsche Mannschaft gegen die USA mit 2:9. Nach dem Sieg über Titelverteidiger CSSR war es die zweite Niederlage in drei Spielen. (S. 20)

Fußball: Spieler, Manager und Klubpräsidenten haben in Italien Totospiele manipuliert. Inzwischen wurden zehn Haftbefehle erlassen und 50 Ermittlungsverfahren eingeleitet. (S. 20)

AUS ALLER WELT



Tradition: Gespräche und Gedanken um kaufmännische Pioniere in Fernost. Dazu gehört Philipp Freudenberg (Foto), der „König von Ceylon", und dessen Schiffsagentur, die untrennbar mit der Linienschiffahrt nach Ostasien verbunden war. (S. 22)

Wein: Die deutschen Winzer fordern verschärfte Kontrollen der Auslandsweine; außerdem sollten die „EG-Verschnitte" aus verschiedenen europäischen Tafelweinen verboten werden. (S. 22)

Reagan nach Angriff auf Libyen: Kein Schutzraum für Terroristen

Geteiltes Echo der Europäer / Kohl zeigt Verständnis für Vorgehen der amerikanischen Regierung

DW. Bonn/Washington

Mit Besorgnis und Kritik reagierten die meisten der europäischen Verbündeten der USA auf die amerikanischen Militäraktionen gegen Libyen in der Nacht zu gestern. Ungeteilte Unterstützung fanden die Bombenangriffe auf Ziele in Tripolis und Bengasi lediglich bei der britischen Regierung. Außenminister Geoffrey Howe sagte im Radio, die Bombardierung sei „nicht nur gerechtfertigt, sondern notwendig" gewesen. Er kündigte an, Beweise für die Verantwortung Khadhafis für Terrorakte zu veröffentlichen.

US-Präsident Reagan hatte in seiner Fernseh-Ansprache an die Nation erklärt, für Terror dürfe es keinen Schutzraum geben. Der Luftangriff sei Vergeltung für die Verwicklung Khadhafis in den Anschlag auf eine Diskothek in West-Berlin. Zur Begründung führte er aus, daß bereits am 25. März Befehle von Tripolis an die libysche Botschaft in Ost-Berlin geschickt worden seien, einen Terroranschlag gegen Amerikaner zu unternehmen. Am 4. April habe diese geantwortet, daß der Angriff am folgenden Tag ausgeführt werde. Am 5. April habe die Botschaft dann über den „großen Erfolg" der Aktion berichtet.

Die sowjetischen Medien reagierten gestern zurückhaltend auf die US-Aktion. Sie enthielten auch keine Hinweise auf die künftige Haltung Moskaus zu dem Konflikt.

In Bonn betonte Bundeskanzler Kohl, daß die Bundesregierung Gewalt stets abgelehnt habe. Gleichzeitig zeigt er aber Verständnis für die amerikanische Aktion. „Wer wie Oberst Khadhafi selbst ständig Gewalt predigt und praktiziert, muß damit rechnen, daß sich die Betroffenen dagegen wehren", sagte der Kanzler.

Die SPD dagegen kritisierte den Angriff auf Ziele in Libyen. Fraktionsvorsitzender Hans-Jochen Vogel erklärte, die Haltung der amerikanischen Führung zeige, wie gering man dort das Gewicht Europas einstufe. Nachdem sich die EG-Außenminister noch am Montag einstimmig gegen Militäraktionen ausgesprochen hätten, hätten die USA ohne Konsultationen genau das Gegenteil getan.

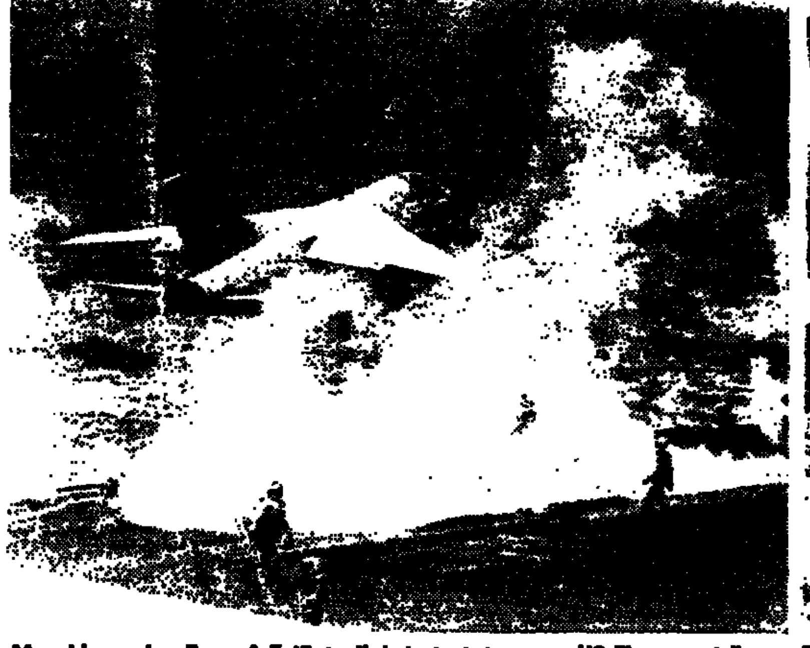
Dies machte auch die Situation für Außenminister Genscher in Washington schwierig, der erst kurz vor der Landung in den USA von dem Angriff erfahren hatte. Bundeskanzler Kohl bestätigte gestern, daß Bonn nicht über das amerikanische Vorgehen unterrichtet gewesen sei.

Wie das Auswärtige Amt gestern mitteilte, ist keiner der in Libyen lebenden Deutschen bei dem nächtlichen Bombardement verletzt worden. Auf Antrag der Grünen wird sich der Bundestag heute in einer Aktuellen Stunde mit der Haltung der Bundesregierung zu den Vorgängen in Libyen beschäftigen.

Die Außenminister der EG wollen sich morgen in Paris auf Antrag Griechenlands mit dem Thema befassen. Außerdem will der stellvertretende US-Außenminister John Whitehead noch in dieser Woche die Verbündeten in der NATO in Brüssel eingehend über die Gründe der US-Aktion informieren.

Der Angriff der 33 amerikanischen Flugzeuge auf Tripolis und Bengasi hatte gestern gegen zwei Uhr morgens (MESZ) begonnen und etwa eine halbe Stunde gedauert. Die Flugzeuge waren von Großbritannien und von den US-Flugzeugträgern im Mittelmeer aus gestartet. In Berichten aus Tripolis hieß es, es seien das Hauptquartier Khadhafis, ein Luftwaffenstützpunkt und die französische Botschaft getroffen worden.

Nach einem Bericht des belgischen Konsuls in Tripolis soll es gegen 5.15 Uhr eine zweite Bombenserie gegeben haben, wobei allerdings keine Flugzeuggeräusche zu hören gewesen seien. Der in Kairo im Exil lebende frühere libysche Regierungschef Bakusch hatte von einer Rebellion in den Reihen der libyschen Streitkräfte gegen Revolutionsführer Khadhafi berichtet. Ob ein Zusammenhang zwischen beiden Meldungen besteht, war gestern nicht gesichert.



Maschinen des Typs A-7 (Foto links) starteten von US-Flugzeugträgern Richtung Libyen. Von einer Bombe getroffen: Das Gebäude der französischen Botschaft in Tripolis (Foto rechts) FOTOS: AP

DER KOMMENTAR

Der Präsident handelte

FRITZ WIRTH

Die Ereignisse der letzten Nacht sind ein Wendepunkt im Kampf gegen die Geißel des internationalen Terrorismus. Zum ersten Mal in der langen Geschichte der Hilflosigkeit gegenüber dieser Herausforderung antwortete die amerikanische Regierung mit gezielten militärischen Aktionen. Sie beendete damit einen langen inneren Streit zwischen Außenministerium und Pentagon, doch sie riß damit zugleich eine Kluft zwischen den europäischen Bündnispartnern und den USA auf.

Ronald Reagan war angesichts der harten Realität des Terrors und der Beweise über die Urheber nicht mehr länger zum Zögern, Warten und zu Diskussionen bereit. Damit beginnt eine neue Phase auf der internationalen Terrorszene: Die Ausgelieferten halten nicht mehr still. Sie schlagen zurück, wenn nötig im Alleingang.

Die Kritik an der amerikanischen Aktion ist unüberhörbar. Sie ist in manchen Fällen nicht mehr als verbales Ritual, wie in vielen arabischen Ländern. Sie war aus Moskau zu erwarten, doch sie sollte nicht an den Worten, sondern am realen Verhalten der Sowjets beurteilt werden. Sie waren von den USA vorgewarnt und zogen ihre Schiffe vorübergehend aus dem Krisengebiet ab, statt sich schützend zwischen Khadhafi und die USA zu stellen.

Die Kritik ist schwer verständlich bei allen, die bisher nur nein zu diesen Aktionen zu sagen vermochten, ohne auch nur die Andeutung einer wirksamen Alternative anbieten zu können. Ernst zu nehmen wäre dagegen nur jene Kritik, die sich aus der Tatsache ableitet, daß die USA bei dieser Aktion möglicherweise zu großes Vertrauen in die Zuverlässigkeit und Zielgenauigkeit ihrer bewaffneten Mittel hatten und Zivilpersonen trafen. Denn Reagan hat stets betont, daß Aktionen gegen Terroristen dort ihre Grenzen haben, wo sie unschuldige Opfer finden könnten.

Es gab zwei Schlüsselworte in der Botschaft an die Nation, mit der Reagan seine Aktion gegen Libyen rechtfertigte, die Worte „Selbstverteidigung" und „Appeasement". Die Vokabel „Selbstverteidigung" war im Umgang mit dem Terror bisher ein Fremdwort. Sie ist nun zu einer Realität geworden. Die Vokabel „Appeasement" richtete sich direkt an die europäischen Verbündeten. „Es gibt keine Sicherheit im Appeasement mit dem Übel", warnte Reagan.

Diese beiden Schlüsselworte beschreiben die Kluft, die sich in dieser Nacht zwischen europäischen Alliierten und den USA aufgetan hat. Es ist wichtig, diese Kluft schnell zu überbrücken. Geschieht es nicht, werden am Ende die Männer der Gewalt die billigen Nutznießer sein.

„Wir nehmen Drohung von Khadhafi ernst"

WELT-Gespräch mit Bundesinnenminister Zimmermann

GÜNTHER BADING, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann sieht bereits seit Wochen eine verstärkte Bedrohung durch ausländische Terrorgruppen. Schon vor dem Anschlag in Berlin sei die höchste Stufe der Wachsamkeit veranlaßt worden, erklärte der Minister der WELT. „Die Bundesregierung nimmt die Drohungen Khadhafis ernst, nach einem amerikanischen Angriff auf Libyen Anschläge auf US-Ziele in ganz Westeuropa zu verüben. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß das nicht ausgeschlossen werden kann. Die deutschen Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern haben sich darauf eingestellt."

Zur Frage nach Beweisen für eine libysche Urheberschaft des Anschlags auf eine vorwiegend von US-Soldaten besuchte Berliner Diskothek, von den USA als Grund für ihr Eingreifen in Libyen angegeben, sagte er: „Die Bundesregierung hat Beweise dafür, daß Mitglieder des libyschen Volksbüros sich in der Vergangenheit bei uns nicht so verhalten haben, wie man es von Diplomaten erwartet. Das war der Grund, warum im vorigen Jahr vier und kürzlich zwei libysche Vertreter ausgewiesen wurden." Bei dem Anschlag in Berlin seien die „Verdachtsmomente sehr stark, daß Libyen dahintersteht und mindestens davon wußte."

Der Bundesinnenminister weiter: „Die Bundesregierung wird nicht zulassen, daß auf deutschem Boden Terrorgruppen, von wem auch immer unterstützt, ihr Unwesen treiben. Wir werden hier mit der notwendigen Konsequenz vorgehen; denn unsere amerikanischen Vebündeten, die auf unseren Wunsch in der Bundesrepublik Deutschland sind und unsere äußere Sicherheit garantieren, haben einen Anspruch darauf, daß wir das Notwendige für die innere Sicherheit nicht nur der Deutschen, sondern auch der Amerikaner veranlassen. Dies geschieht in größtmöglichem Umfang."

Dennoch müsse man immer wieder darauf hinweisen, daß ein absoluter Schutz nicht möglich sei. Die Polizei könne ihre Augen nicht überall haben. „Deswegen ist es bei der Terrorbekämpfung unabdingbar notwendig, daß die Bevölkerung, daß jeder einzelne Bürger ebenfalls aufmerksam ist und etwaige Verdachtsmomente den Sicherheitsbehörden mitteilt." Auch bei der Bekämpfung

● Fortsetzung Seite 10

Moskau suchte direkten Kontakt zu Washington

Reaktionen aus aller Welt zu Aktion gegen Libyen

DW. Madrid/Tripolis

Als Reaktion auf den US-Luftangriff gegen Tripolis und Bengasi hat Libyen alle Einrichtungen der USA in der Welt zu Feindzielen erklärt. Ein Sprecher der libyschen Botschaft in Madrid sagte: „Wir haben das Recht, uns gegen die nordamerikanische Aggression zu verteidigen. Wir werden dem Yankee-Imperialismus eine Lektion erteilen, die er niemals vergessen wird."

Der libysche Ölminister Schakschuki kündigte gestern in Genf an, er werde seine Kollegen auf der Opec-Konferenz um einen Boykott von Ölausfuhren der Mitgliedsländer in die USA ersuchen. Die Opec liefert den Vereinigten Staaten rund zehn Prozent ihres gesamten Ölbedarfs.

Wegen des Luftangriffs ist gestern auch eine Sondersitzung der Bewegung blockfreier Staaten angesetzt worden. Den Vorsitz in der Organisation hat zur Zeit Indien, dessen Außenminister Bhagat Bestürzung über den „Aggressionsakt" äußerte. Auch Ministerpräsident Gandhi bedauerte das Vorgehen der USA und forderte sie auf, „Zurückhaltung zu üben und die gespannte Lage nicht zu verschärfen".

Auch Syrien, Iran und die PLO haben den Angriff der Amerikaner scharf verurteilt. Der iranische Ministerpräsident Mussawi hielt Washington vor, es habe mit dem Schlag gegen Libyen die Sicherheit der amerikanischen Bürger und Einrichtungen in der gesamten islamischen Welt in Gefahr gebracht. Im staatlichen syrischen Rundfunk wurde die Aktion als „barbarischer und krimineller Akt" bezeichnet. Der israelische Ministerpräsident Peres dagegen bezeichnete das Vorgehen der USA als Akt der Selbstverteidigung.

Die Sowjetunion hat offenbar bis zum letzten Augenblick versucht, in direkten Kontakten mit Washington den US-Angriff zu verhindern. Dies erklärte gestern in Genf der sowjetische Chefdelegierte bei der Abrüstungskonferenz, Wiktor Issraelian. Nach dem Anlaufen der Militäraktion war die Sowjetunion informiert worden. Der amerikanische Außenminister Shultz unterrichtete den sowjetischen Geschäftsträger in Washington und legte auch die Gründe dar. „Ihm wurde mitgeteilt, daß die Aktion sich gegen Terroristen und in keiner Weise gegen die Sowjetunion gerichtet habe", erklärte Shultz.

Börsenkurse bröckeln ab

DW. Frankfurt

Die amerikanischen Aktionen gegen Libyen hatten gestern zunächst nur sehr geringe Auswirkungen auf den sensiblen Aktienmarkt. In der zweiten Börsenstunde fehlten jedoch Impulse auf der Anlegerseite, der Berufshandel neigte zu Glattstellungen. Das gestrige Rekordniveau reizte überdies zu Gewinnmitnahmen, so daß die Kurse im Verlauf teils deutlich abbröckelten. Auch Wertpapiere gingen zum Börsenschluß niedriger aus dem Markt. Offensichtlich kam es zu Irritationen der Anleger.

Vogel: SPD und Kommunismus sind unvereinbar

p. p. Bonn

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, hat gestern nachdrücklich die Unvereinbarkeit von Sozialdemokratie und Kommunismus unterstrichen. Aus Anlaß des 40. Jahrestages der „Urabstimmung" der Berliner SPD gegen die Vereinigung mit der KPD sagte Vogel vor der Fraktion: „Für unsere Partei ist die Urabstimmung ein Teil ihrer Geschichte, der ihre Identität bis heute beeinflußt." In jenem Ereignis sei nicht nur der Widerstand gegen den Stalinismus zum Ausdruck gekommen, sondern auch „die generelle Unvereinbarkeit von Grundpositionen des demokratischen Sozialismus und des Kommunismus. Diese Unvereinbarkeit besteht in prinzipiellen Fragen, vor allem aber hinsichtlich der Legitimationsgrundlagen politischer Herrschaft, des Verhältnisses zwischen Individuum und Gesellschaft und hinsichtlich der Strukturen" der Gesellschaft. Die SPD werde „an der Eigenständigkeit des demokratischen Sozialismus festhalten", zugleich sich „unablässig bemühen um Entspannung und Sicherheit".

Bonn will nicht auf Beschlüsse der EG warten

D. G. / Mk. Bonn

Das Gesetzesverfahren für die zusätzliche Hilfe an die deutschen Landwirte von mehreren 100 Millionen Mark soll rasch eingeleitet und der Ausgang der Brüsseler Preisverhandlungen nicht abgewartet werden. Eine Ministerrunde beim Bundeskanzler hat sich gestern darauf verständigt, die Hilfen noch in diesem Jahr zu gewähren. Das Schwergewicht soll bei Beitragsentlastungen der kleinen und mittleren Betriebe für die Sozialversicherung liegen. Die Ausgleichsbeträge in benachteiligten Gebieten werden erhöht. Von den laufenden Preisverhandlungen erwartet Landwirtschaftsminister Kiechle keine Preisanhebungen.

Der SPD-Finanzexperte Hans Apel forderte in einem WELT-Interview gezielte Finanzhilfen für die notleidenden kleinen und mittleren Betriebe sowie neue Grundlagen für die Agrarpolitik der EG. Sonst bestehe die Gefahr, daß die gesamte Europäische Gemeinschaft ersticken werde, nicht an den Überschüssen, sondern an ihrer politischen Unfähigkeit.

Seite 10: „Bauern werden belogen"

Die WELT lädt in acht Städten zur Diskussion ein

DW. Bonn

In acht deutschen Städten lädt die WELT ihre Leser zu Diskussionen mit hochrangigen Polizeibeamten und Fachleuten aus den Ministerien ein. Thema: Das Organisierte Verbrechen in der Bundesrepublik Deutschland. Es geht unter anderem um Aktienschwindel, Computerbetrug und Rauschifthandel. Die Experten, die von der WELT gewonnen werden konnten, werden in Vorträgen die Diskussionen einleiten und Informationen „aus erster Hand" anbieten. Die Veranstaltungen schließen an die WELT-Serie „Fällt Deutschland unter die Räuber?" an. Einen Schaden von 450 Millionen Mark richtet das organisierte Verbrechen täglich an.

Die Vorträge finden in der Zeit vom 30. April bis zum 13. Mai statt: in Kiel, Hamburg, Hannover, Berlin, Düsseldorf, Wiesbaden, Stuttgart und München. Als Referenten konnten u.a. in Berlin Landeskriminaldirektor Manfred Kittlaus und in München Professor Manfred Schreiber gewonnen werden. Nähere Informationen und einen Anmeldegutschein finden Sie auf Seite 17.

Deutsche Werften bauen für Portugals Marine Fregatten

Zwei-Milliarden-Auftrag / Ministerpräsident Silva in Bonn

DW. Bonn

Ein deutsches Werften-Konsortium wird im Rahmen der NATO-Verteidigungshilfe für die portugiesische Marine drei Fregatten im Wert von rund zwei Milliarden Mark bauen. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem portugiesischen Ministerpräsidenten Anibal Cavaco Silva erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl gestern in Bonn, er gehe davon aus, daß diese Frage jetzt positiv entschieden sei.

Finanziert werden sollen die drei sogenannten Meko-Fregatten von einer Reihe westeuropäischer Länder sowie von den USA und Kanada. Dem deutschen Werften-Konsortium gehören Blohm & Voß, die Howaldts Werke-Deutsche Werft AG, Ferrostahl und Thyssen an. Mit rund 750 Millionen Mark sollen die USA als Hauptbündnispartner und wichtigster Interessent rund ein Drittel der Gesamtkosten tragen. Kohl betonte, die Bundesregierung sei an einer engen Zusammenarbeit mit Portugal im militärischen und im Sicherheitsbereich interessiert. In diesem Zusammenhang wies Kohl auch darauf hin, daß die Verhandlungen über die Verlängerung der Nutzungsrechte für den deutschen Luftwaffenstützpunkt Beja 120 Kilometer südöstlich von Portugal bald beginnen werden. Beide Seiten hätten den Willen, sie zu einem positiven Ergebnis zu führen, jedoch stehe man nicht unter Zeitdruck, betonte der Kanzler.

Zentrale Themen der Unterredung Kohls mit Cavaco waren außer der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik die wirtschaftliche Lage Portugals und Probleme im Zusammenhang mit dem EG-Beitritt. Kohl sicherte Cavaco Unterstützung bei dem Bemühen zu, Portugal nicht zum Netto-Zahler in die EG-Kasse werden zu lassen. Zugleich würdigte der Kanzler erste Erfolge von Cavacos Wirtschaftspolitik. Er vertraue darauf, daß Portugal die Chance nutzen werde, sich wirtschaftlich an die EG anzupassen. Cavaco, der Bonn als Ziel seiner ersten Auslandsreise seit seinem Amtsantritt Ende vergangenen Jahres wählte, war von Kohl mit militärischen Ehren begrüßt worden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die im Dunklen

Von Peter Gillies

Die im Dunklen sieht man bekanntlich nicht. Deshalb ist die Schätzung, rund zehn Prozent unseres Sozialprodukts würden auf „schwarzem" Wege hergestellt, eine reine Daumenpeilung. Von der Schattenwirtschaft weiß man sicher nur eines: in ihr herrscht Vollbeschäftigung. Dieser an sich beneidenswerte Zustand wird leider erkauft durch Steuer- und Abgabenbetrug in zweistelliger Milliardenhöhe sowie durch andere Rechtsverstöße. Besonders perfide ist die Taktik, aus Sozialkassen zu kassieren und gleichzeitig steuer- und abgabenfrei schwarzzuarbeiten.

Niemand jedoch sollte sich in dem Glauben wiegen, dieses Problem sei mit der Einstellung einiger hundert Fahnder zu meistern. Die wirtschaftspolitische Kernfrage lautet, wie man die „schwarze" Arbeit in „weiße" umwidmet. Dazu ein demoskopisches Datum von Anfang März: Nur fünf Prozent der Bürger halten die augenblickliche Steuerbelastung für gut tragbar; 55 Prozent bezeichnen sie dagegen als zu hoch, 38 Prozent als gerade noch erträglich. Nimmt man dann die (noch stärker gestiegene) Last der Sozialabgaben hinzu, so ermuntern Fiskus und Parafisci geradezu zu Ausweichmechanismen.

Es bleibt keine Wahl, als durch Senkung der Abgaben Arbeit und Mehrarbeit lohnender zu machen. Diese Strategie lohnte sich für den Staat im doppelten Sinne, wenn man berücksichtigt, daß bis zu 600 000 Menschen illegal beschäftigt sind, rechnerisch also ein Viertel der registrierten Arbeitslosigkeit. Es bestätigt sich, daß genug Arbeit vorhanden ist, es kommt eben nur auf ihren Preis und ihre Abgabenbelastung an. So fordert die traurige Bilanz der überaus flexiblen Schattenwirtschaft die Flexibilität der gesamten Wirtschaft heraus.

Solange wir diese nicht unter Beweis stellen, bleiben die einschlägigen Klagen steril. Jede Erhöhung einer Steuer oder Sozialabgabe, aber auch jede Unterlassung einer Senkung, jeder neue Paragraph sowie jede bürokratische Gängelei sind ein weiteres Wachstumsignal für die Schattenwirtschaft. Und da sind wir eigentlich fast so rührig wie jene emsigen Dunkelmänner, die stets Hochjunktur haben, auf Arbeitszeitverordnungen pfeifen und die Barzahlung so schätzen.

Moskauer Gastlichkeit

Von Carl Gustaf Ströhm

Von Thomas Masaryk, dem Präsidenten der Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit, stammt der Ausspruch, bei Verhandlungen zwischen Vertretern verschiedener Nationen müsse stets nach der Regel verfahren werden: „Ich Herr – du Herr". Anders gesagt: Es müssen elementare Regeln der Höflichkeit und des Anstandes im gegenseitigen Umgang gewahrt werden.

Daß die offiziellen Repräsentanten der Sowjetunion sich – trotz oder wegen aller Modernisierungen unter Gorbatschow – an diesen Ratschlag des bourgeoisen Tschechen nicht halten, hat gerade erst der Bundestags-Unterausschuß für Abrüstung während einer Moskau-Reise erleben müssen. Die Bonner Abgeordneten, unter ihnen Jürgen Todenhöfer (CDU) und Egon Bahr (SPD), wurden mit Beschimpfungen und Drohungen traktiert, weil sich die Bundesrepublik Deutschland an das „amerikanische Banditentum" anhänge. ZK-Sekretär Michail Simjanin drohte sogar, die Bundesrepublik werde „im nuklearen Feuer untergehen".

Gerade dieser Satz erinnert an gewisse Aussprüche Nikita Chruschtschows – etwa an seine seinerzeitige Ankündigung, Griechenland werde „wie eine Kerze von zwei Enden brennen". Daß die sowjetische Diktion sich in all den Jahrzehnten nicht geändert hat, läßt Schlüsse zu, die nicht zu Optimismus Anlaß geben.

So richtig es im Prinzip ist, wenn deutsche Abgeordnete und Politiker die Nützlichkeit von Kontakten zur sowjetischen Supermacht betonen, so muß jetzt doch deutlich gesagt werden: Kontakte sind kein Wert an sich, kein Selbstzweck. Wenn bei deutsch-sowjetischen Begegnungen nur Beschimpfungen und Bedrohungen von sowjetischer Seite herauskommen, sobald die Bonner Vertreter sich nicht bedingungslos den Moskauer Wünschen fügen, dann wäre eine kleine Kontaktpause vielleicht ganz nützlich, damit die cholerischen sowjetischen Genossen Zeit finden, sich ein wenig abzukühlen. Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Satellitenstaat und untersteht nicht sowjetischem Kommando. Es wäre sinnvoll und notwendig, das den Sowjets von Bonner Seite zu sagen.

Der falsche Alarm

Von Joachim Neander

Nun werden sicher wieder die Alarm- und Trauerglocken geläutet: Zensur in der Bundesrepublik. Das ZDF hat seine Serie „Sexualität heute" abgesetzt, der WDR eine Hörfunksendung über die Onanie. Und bei Radio Bremen gab es nach Ausstrahlung einer Talkshow, die eine professionelle „Sex-Stöhnerin" bei der Arbeit zeigte, die Bekundung, man hätte das eigentlich nicht zeigen sollen.

Aber es handelt sich um falschen Alarm. Natürlich ist es nicht gut, zumindest aber mißverständlich, wenn eine Fernseh- oder Rundfunkanstalt eine fertig produzierte Sendung nicht ausstrahlt, weil ihr plötzlich Bedenken kommen. Warum kamen die Bedenken nicht früher? Und wem hätten sie kommen müssen?

Der Intendant des Südwestfunks, Willibald Hilf, hat zu diesem Problem einmal einen etwas unglücklichen Ausdruck geprägt: Der Fernsehjournalist müsse die „Schere im Kopf" haben, dies sei besser als die nachträgliche Schere der Zensur.

Man hat dies bewußt mißverstanden als „vorauseilenden Gehorsam" der Macher gegenüber ihren Oberen oder dem Staat und der Justiz. In Wirklichkeit ist etwas anderes damit gemeint: Wer eine Sendung produziert, muß sich nicht nur an die Gesetze, sondern auch an die Regeln der Verantwortung, des guten Geschmacks und der Vernunft halten. Es kann im Einzelfall Streit über Grenzen geben, vor allem im Kunstbereich. Aber nur Dummköpfe oder Berufsprovokateure werden sich ständig darüber hinwegsetzen.

Genau dies aber ist dieser Art von Sendungen in aller Regel vorzuwerfen. Sie wollen nichts anderes als provozieren, ausprobieren, wie weit man die anderen reizen kann. Die oft vorgeschobene Theorie, durch schrankenlose Aufklärung und Öffentlichkeit befreie man junge Menschen von Angst und Verklemmung, ist Muff der fünfziger Jahre. Nichts von dem, was damals von den modernen Sexologen hinausgepustet wurde, ist eingelöst worden. Im Gegenteil, das Übermaß an Sexualpublizität hat ganz neue Schwierigkeiten überhaupt erst geschaffen. Für TV-Redakteure ergäbe sich hier ein prächtiges Recherchefeld.



Wer Wind sät . . . KLAUS BÖHLE

Griff nach dem Skorpion

Von Herbert Kremp

Wenn es ernst wird, sind die Meinungen besonders scharf geteilt. Die Sowjets verurteilen das Vorgehen der Amerikaner, haben aber ihre Kriegsschiffe rechtzeitig aus der Krisenzone zurückgezogen. Die Südeuropäer sind gegen die Aktion, sie zwangen die Amerikaner zum Umfliegen ihrer Territorien. Briten und Kanadier unterstützen Washington – ohne die Engländer hätten die Fernbomber nicht eingesetzt werden können.

Der britische Außenminister Howe hatte noch am Montag im EG-Ministerrat scharfe Maßnahmen gegen Libyen vorgeschlagen – Schließung der Botschaften (Volksbüros) und Wirtschaftsboykott –, war aber am Einspruch Genschers und anderer Europäer gescheitert. Eine entschlossene europäische Haltung gegenüber Libyen hätte den Amerikanern eine Militäraktion überflüssig erscheinen lassen. Erst die Lauheit verursachte den Durchbruch. Genscher, der auf dem Flug nach Washington gerade noch einmal seine Empfehlungen für eine „stille Diplomatie" gegenüber dem Staats-Terroristen Khadhafi zurechtlegte, wurde in der Luft von der Nachricht über die Bombardierung überrascht.

Die erste und dringendste Erkenntnis aus diesem diplomatischen Zusammenhang lautet, daß die Weltmacht USA unilateral, also einseitig, handelt, wenn sie es für geboten hält. Der Einsatz ähnelt dem israelischen Luftangriff auf das PLO-Hauptquartier in Tunis im Oktober vergangenen Jahres. Selektive Ziele, Infrastukturen des libyschen Staats-Terrorismus wie Kasernen, Stabsquartiere, Waffenziele, Ausbildungslager, wurden angegriffen. Im israelischen Fall pendelte das Motiv zwischen Vergeltung – für die Ermordung einiger Segler auf Zypern – und Entmutigung des Feindes.

Im Unterschied dazu richtete sich die amerikanische Aktion gegen den Staat Libyen, der sich in der Gestalt seines mit unumschränkter Macht ausgestatteten Führers Khadhafi mit dem Terrorismus identifiziert und ihn als Methode einer global wirkenden Außenpolitik der Gewalt praktiziert. Das Motiv pendelt zwischen Vergeltung – für die jüngsten Anschläge gegen eine TWA-Maschine und eine Berliner Diskothek – und präventiver Abschreckung. Diese Unterscheidung ist wichtig, denn sie kennzeichnet die neue Qualität des Vorgangs. Der global operierende Terrorismus Libyens stellt eine schwere Gefahr für die zivilisierte Welt dar. Den Amerikanern geht es darum, seine Reichweite zu stutzen.

Über den libyschen Staats-Terrorismus gibt es genaue Informationen. Zwischen 1980 und 1985 haben von Tripolis unterstützte, gesteuerte oder entsandte Kommandos in achtzehn Ländern bzw. Seegebieten der Erde terroristische Aktionen ausgeführt. Ziele waren in der Mehrzahl amerikanische Einrichtungen und Personen, Kommunikations-Mittel wie Flugzeuge, Flughäfen und Schiffe sowie Opponenten des Staatschefs Khadhafi.

Im Juni 1984 erklärte der Diktator, Libyen sei in der Lage, den Terrorismus ins Herz Amerikas zu tragen. Zum 16. Jahrestag seiner Machtergreifung im letzten September sagte er, Libyen habe das Recht, Amerika zu bekämpfen, das Recht, Terrorismus dorthin zu „exportieren". Am 2. Januar dieses Jahres drohte er in einer Pressekonferenz, „er werde in den Straßen von Amerika Jagd auf Amerikaner machen", falls die USA in der Folge der Anschläge auf die Flughäfen von Wien und Rom (zwanzig Tote) gegen ihn vorgingen. Für die Verwicklung Libyens in das mörderische Attentat auf die Berliner Diskothek liegen nach Angaben des amerikanischen Präsidenten „direkte, positive und unwiderlegliche Beweise" vor. Der Radius der terroristischen Aktionen zeigt, daß Khadhafi einen Weltkrieg im Kleinformat führt. Seine neue Ankündigung, Jagd in allen Straßen der Erde zu veranstalten, ist kein Jäger-Latein.



Notfalls handelt die Weltmacht einseitig: Weinberger, Shultz FOTO: AFP

Libyen ist nicht der einzige Staat, der den globalen Terrorismus zur Methode seiner Außenpolitik gemacht hat. Auch die Mullahs des Iran entsenden Kommandos; Nord-Korea jagte 1983 in Rangoon das halbe südkoreanische Kabinett in die Luft; Syrien, Libanon und Süd-Jemen haben sich ähnlicher Verhaltensweise schuldig gemacht. Doch reichen die Mittel dieser Länder für weite, anhaltende, international gefährliche Unternehmungen nicht aus. Libyen ist infolge seiner geographischen Position, seiner fanatisierten Moral und seiner sowjetischen Waffenausstattung das einzige System, das zum Global-Terrorismus fähig ist.

Das System steht, wie es bei extremen Ausformungen stets der Fall ist, auf wenigen Augen. Khadhafi, islamischer Fundamentalist und messianischer Künder einer radikal antiwestlich orientierten arabischen Einheit, hat bei Mißerfolgen, denen er nicht steuern kann, mit einer wachsenden inneren Opposition zu rechnen. Die Sowjets unterhalten ihn, aber sie halten ihn nicht aufrecht. Die arabische Welt ist gespalten, auch wenn sie sich jetzt um Worte schart. Die traurige Fabel vom Frosch, der auf seinem Rücken einen Skorpion (Nichtschwimmer) über den Nil trägt, trifft wie seit alters zu. In der Strommitte sticht der Skorpion zu und antwortet auf die letzte Frage des Frosches „Warum" mit seinen letzten Worten: „Wir sind in Arabien".

Über die Klugheit der amerikanischen Aktion ist damit aber noch nicht befunden. Der Staats-Terrorismus kann durch selektive Schläge nicht im Nerv getroffen werden. Guerrilla und konventionelle Militärmacht operieren seit Mao Zedongs Zeiten auf verschiedenen Ebenen. Libyen kann angesichts des amerikanischen Abwehrschildes militärisch nicht antworten, wohl aber erneut terroristisch. Der „Seeräuberhafen" besteht fort. Es gibt keinen Ersatz für den Sturz des Piraten. Die Amerikaner haben etwas begonnen, was gestern nicht endete. Die Gefahr ist sozusagen explodiert, aber auch die „stille Diplomatie" der Kontinental-Europäer ist beendet. Vor Tatsachen gestellt, bleibt den Europäern nur übrig, der Abwehr des Terrorismus ihre höchste Aufmerksamkeit zu widmen.

IM GESPRÄCH Alessandro Natta

Rote Fahne und NATO

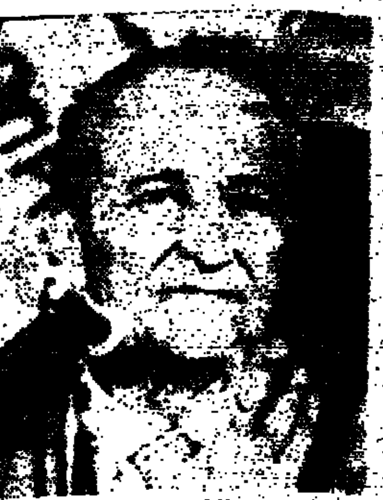
Von Friedrich Meichsner

Mit dreiminütigem Applaus und dem Kampflied von der „Roten Fahne, die triumphieren wird" haben Italiens Kommunisten am Ende ihres Florentiner Nationalkongresses Alessandro Natta in aller Form die Weihen des Generalsekretärs gespendet. Bis dahin war der 68jährige Altphilologe aus dem ligurischen Imperia nur eine Art Statthalter an der Spitze der Partei, nach Enrico Berlinguers Tod vor zwei Jahren in aller Eile vom Zentralkomitee bestellt, aber nicht von einem Parteitag konsekriert. Jetzt ist er der unumstrittene „König".

Es war nicht der Sieg eines Volkstribunen, den der kleine, sich immer reserviert gebende, fast etwas schüchtern wirkende ehemalige Lateinlehrer und Artillerieleutnant aus dem Zweiten Weltkrieg im Sportpalast auf dem Florentiner Marsfeld errang. Dazu fehlt es ihm wohl innerlich und äußerlich an Statur. Es war eher der vorauskalkulierte Erfolg eines geschickten Taktierers, der alle Manöver seiner potentiellen Widersacher zu neutralisieren verstand.

Die Plattform, auf die sich Natta stellte, wirkt auf den ersten Blick beinahe sensationell: Integration der KPI in das Lager der sogenannten fortschrittlichen europäischen Linken; Bereitschaft zur Regierungszusammenarbeit mit allen verfassungstragenden Parteien, mit denen man sich auf ein gemeinsames Programm einigen kann; Bekenntnis zu den Grundsätzen einer sozial ausgerichteten, programmatisch regulierten Marktwirtschaft; Repektierung der Zugehörigkeit Italiens zur NATO als einer geographisch begrenzten Verteidigungsallianz.

Das alles hört sich nach reformatorischem Durchbruch einer Partei an, die nach dem von Berlinguer diagnostizierten „Riß" in ihrem Verhältnis zu Moskau und zum östlichen Realsozialismus jahrelang ideologisch und politisch ihren Platz zwischen den beiden Welten zu suchen schien. Von dem durch Nattas Vorgänger verkündeten „dritten Weg" war in Florenz keine Rede mehr. Marx und Lenin wurden nicht einmal im historischen Zusammenhang erwähnt.



Der Taktierer schlängelte sich durch: Neuer KPI-Chef Natta FOTO. ZOLTAN NAGY

Gemessen an den traditionellen Vorstellungen von einer kommunistischen Partei ist das gewiß ein bemerkenswertes Novum. Ob es auch eindeutig genug ist, um Nattas KPI fest einzugliedern in das Lager der westeuropäischen Demokratie, können freilich nach den Worten von Florenz erst die Taten zeigen. Denn Natta errang seinen Sieg nicht mit einem klaren neuen Parteiprogramm, sondern mit ambivalenten Formulierungen, die am Ende sogar die keineswegs schwache Gruppe marxistischer Maximalisten bewog, den Parteitagsthesen zuzustimmen.

Wie weit diese Ambivalenz geht, zeigt sich besonders deutlich am Beispiel der von Natta herausgestellten europäischen Linken. Der Sowjetfunktionär Vadim Sagladin, der in Florenz zur KPdSU-Delegation gehörte, verstand diesen Begriff immerhin so weit gefaßt, daß er bedenkenlos seine eigene Partei einbezog. Das war ihm wohl um so leichter möglich, als Natta bei der rhetorischen Behandlung der internationalen Krisenherde – außer im beiläufig erwähnten Fall Afghanistan – stets dem sowjetischen Standpunkt zugeneigt hatte.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Viele Zeitungen beschäftigen sich mit Libyen:

EL PAIS

Die Entscheidung Präsident Reagans, militärische Ziele in Libyen als Vergeltung für terroristische Aktivitäten anzugreifen, die vielleicht von dem Khadhafi-Regime geschützt oder beaufsichtigt wurden, verdient eine feste und strenge Verurteilung. **(Madrid)**

The New York Times

Der Rauch in Tripolis hat sich noch kaum verteilt. Doch kann auf der Grundlage der ersten Informationen auch der gewissenhafteste Bürger den amerikanischen Angriff auf Libyen nur gutheißen und ihm Beifall zollen. Es ist gefühlsmäßig befriedigend zu sagen, daß Oberst Khadhafi all das verdient, was er bekommt. Wenn es so etwas gäbe wie einen Prozeß vor dem Gericht der Weltmeinung, haben die USA ihn verfolgt und bestraft – vorsichtig, angemessen und gerecht.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Mit ihren hektischen diplomatischen Bemühungen des gestrigen Tages haben die EG-Außenminister nur ihre Ratlosigkeit darüber verdeckt, auf welchem Weg man des internationalen Terrorismus Herr werden kann ... Die energisch vorgetragene Absicht, das Regime Khadhafis auf diplomatischem Weg zu isolieren und dazu eng mit den arabischen Staaten zusammenzuarbeiten, täuscht nicht darüber hinweg, daß über Jahre hinweg Tatenlosigkeit Leitmotiv der Europäischen Gemeinschaft war.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Eigentlich ist es eine sonderbare Situation, daß die geschäftige internationale, speziell westeuropäische, Diplomatie objektiv kein anderes Ziel verfolgt, als die lebende Zeitbombe in Nordafrika um fast jeden Preis an der Macht zu halten, aus der die Amerikaner sie vertreiben wollen.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Wie zu erwarten war, hat ein ängstliches und schlaffes Europa auf Khadhafis Beleidigung und die von ihm geplanten und befohlenen Terroranschläge geantwortet. Das geht so weit, daß man sich mit Recht nach der Sitzung in Den Haag fragen muß, wovor die Europäer mehr Angst haben: endlich absolute Soldarität mit dem amerikanischen Verbündeten zu zeigen, oder den Zorn des Verrückten von Tripolis und derjenigen auf sich zu ziehen, die ihn unterstützen.

INDIAN EXPRESS

Ob in Mittelamerika (besonders in Nicaragua), Angola, Afghanistan oder Libyen: Reagan scheint besessen vom Rambo-Geist ... Wenn Oberst Khadhafi tatsächlich schuldig ist, so gibt es sicher andere, vernünftigere Wege, innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen, ihn bloßzustellen und ihn zu isolieren.

Von Waschbären, Blechbüchsen und gegenseitigem Treten

Der XI. Parteitag der SED als Jubiläumsveranstaltung / Von Günter Zehm

Die SED, behauptet Parteichef Erich Honecker im Vorfeld ihres morgen beginnenden XI. Parteitags, sei „die erfolgreichste Partei auf deutschem Boden". Nun gibt es die verschiedensten Arten von Erfolg. Es gibt den Erfolg der Füchse und Waschbären, die trotz widriger Umstände ihre ökologische Nische verteidigen und sogar noch ausbauen, und es gibt den Erfolg beispielsweise von Blechkanistern, die man herumstößt und in die man alles mögliche hineinfüllt, Säuren und Laugen, und die trotzdem „überleben", obwohl sie im Laufe der Zeit immer unansehnlicher werden.

Allenfalls im Sinne dieser Kanister kann man bei der SED von Erfolg sprechen. An ihrer Wiege stand die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in der Ostzone vor genau vierzig Jahren. Weder Parteitage noch Urabstimmungen unter den Mitgliedschaften hielt man dazu ab, sondern die sowjetische Militäradministration befahl einfach, und sie sorgte auch dafür, daß die neue Gesamtpartei von Anfang an eine typische kommunistische Kaderpartei mit diktatorischer Befehlsgewalt von oben nach unten wurde. Schon wenige Wochen nach dem 21. April, dem Stichtag der „Vereinigung", füllten sich die KZs in Buchenwald und Oranienburg (die Russen hatten sie nach 1945 praktischerweise „weiterarbeiten" lassen) mit ehemaligen SPD-Genossen, die gegen die neue Kommandostruktur in der Einheitspartei aufgemuckt hatten.

Es kam der 17. Juni 1953, da die Bauarbeiter der Stalinallee, von den Parteibarden eben noch als Inbegriff des siegreichen Proletariats besungen, sich gegen die Willkürherrschaft erhoben und in wenigen Stunden einen allgemeinen Volksaufstand auslösten. Ängstlich drückten sich die SED-Funktionäre in den Winkeln, versteckten sich hinter den sowjetischen Panzern, von denen die Aufständischen bald darauf niedergewalzt wurden.

Es kam der 13. August 1961, der Tag des Mauerbaus, da die Partei vor aller Welt eingestehen mußte, daß ihr die Menschen (darunter zahllose Genossen) in Panik davonliefen, und da der ganze von den Kommunisten okkupierte Teil Deutschlands sich auch äußerlich in ein einziges großes Zwangslager verwandelte, dessen Verlassen mit dem Tode zu ahnden war. (Der Blechkanister wurde hermetisch verlötet).

Und es kam der 21. August 1968, da die Truppen der SED an der Seite der sowjetischen „Freunde" in ein verbündetes Land einfielen, das es gewagt hatte, einen „Sozialismus mit menschlichem Gesicht" auszuprobieren. Der Kreis schloß sich. Der einstige Zwang gegen die Genossen von der heimatlichen „Bruderpartei" wiederholte sich auf höherer Stufenleiter beim Niederwerfen und Pazifizieren der tschechischen und slowakischen „Bruderparteien".

Natürlich ist es uncharmant, die SED ausgerechnet zu ihrem Jubiläums-Parteitag an die peinlichen Höhepunkte ihrer Erfolgskarriere zu erinnern. Aber keine politische Kosmetik kann eben darüber hinwegtäuschen, daß es genau diese herausragenden Daten sind, die die bisherige Geschichte der mitteldeutschen Staats- und Zwangspartei prägen. Sie war und ist gleichermaßen eine Partei der Besetzten wie der Besetzer, eine Partei der von außen (aus Richtung Moskau) unbarmherzig Getretenen wie der nach innen unbarmherzig Tretenden, kein Verein Gleichgesinnter, sondern eine Sammelstelle von Anpassern, die voreinander Angst haben – eine Monstrosität in der deutschen Parteigeschichte.

Jeder sechste „DDR"-Bewohner über achtzehn, so hören wir zum Jubiläum, sei inzwischen Mitglied der Partei. Aber die Mitgliedschaft dort war noch nie Zeichen eines gemeinsamen politischen Willens. Man wird nicht Mitglied, weil man politisch etwas bewirken will, sondern man tritt ein, weil man ein gewisses Berufsziel vor Augen hat oder weil man existentiell in Ruhe gelassen werden will. Niemand glaubt den Thesen des Parteilehrjahrs, den Phrasen der Funktionäre. In keiner Partei ist das ideologische Niveau niedriger und das innere Klima verlogener. Trotz des Zwanges kommt es immer wieder zu freiwilligen Austritten, und es sind gerade die „Besten", die austreten, Genossen, die einmal vielleicht wirklich an den Sozialismus geglaubt haben und die heute die Ausreise in den Westen beantragen: Künstler, Schriftsteller, junge Idealisten. Die SED ist längst eine Partei ohne Theoretiker, ohne Seele, eine belanglose Hülle für Diktaturbedürfnisse, eben ein bloßer Blechkanister.

Und es gibt keine Hoffnung auf Besserung, keine Hoffnung darauf, daß einmal wirklich neue, demokratische oder nationale Impulse aus einer solchen Partei kommen könnten. Im Gegenteil, die jüngsten Erfahrungen im Bereich des Kommunismus, etwa während der Bildung der Solidarność in Polen, besagen, daß neue Ideen und Kräfte gänzlich unabhängig von der Partei und eindeutig gegen sie entstehen. So wird den Reformern einst auch in Deutschland nichts übrigbleiben, als die alte Blechbüchse einfach wegzukicken.

Reagan zum Luftangriff auf Ziele in Libyen: Selbstverteidigung ist nicht nur unser Recht, sie ist unsere Pflicht

Die zwanzig Minuten des Schreckens von Tripolis

Von CHRISTOPHER DICKEY und ROBERT REID

Es war Sekunden vor 2.00 Uhr morgens, als der Donner der ersten Bomben die Straßen von Tripolis erschütterte. Fast 10 Minuten lang hallten die Explosionen in der Stadt wider. Dann einige Minuten Stille – und von neuem ging es los. Nur ganz sporadisch war das Feuer der Flugabwehr zu beobachten. Die Hauptstadt schien nahezu unvorbereitet getroffen zu sein. Vom Grand Hotel aus, in dem die ausländischen Journalisten untergebracht sind, sah man nur einzelne Flugabwehrraketen aufsteigen.

Das Hotel erzitterte unter den Detonationen. Doch erst zum Schluß des Angriffs, nach zwanzig Minuten etwa, gingen hier wie im Rest der Stadt die Lichter aus. Während Tripolis plötzlich im Dunkel versank, fuhren die Autos in den Straßen scheinbar völlig normal weiter.

Als der Bombenangriff begann, sperrten Soldaten die Ausgänge des Grand Hotel und hinderten die Korrespondenten daran, es zu verlassen. In der Richtung der ehemaligen amerikanischen „Wheelus Air Base", die nun „Miaithiqah-Flugfeld" heißt, war der Nachthimmel, vom Schein eines Feuers oder von Scheinwerfern oder von beidem erhellt. Nach zwanzig Minuten fiel die Stadt zurück in die nächtliche Stille.

Wo war Khadhafi? – Was war ihm geschehen?

Einer der ersten ausländischen Augenzeugen, die sich in ihrer Heimat melden konnten, war der Kanzler der spanischen Botschaft in Tripolis, José Sanchez Martin. Er berichtete gestern morgen im spanischen Rundfunk, daß die Menschen nach dem Angriff panikartig auf die Straßen stürmten. „Hupende Autos verstopften die Kreuzungen. Ambulanzen mit heulenden Sirenen rasten vorbei. Gegen 3.00 Uhr normalisierte sich die Lage."

Der Angriff hatte vor allem dem Hauptquartier des libyschen Revolutionsführer Muammar el-Khadhafi gegolten. Sein Aufenthaltsort in der Nacht zum Dienstag war jedoch nicht bekannt. Aus Kreisen des libyschen Widerstands verlautete gestern, Khadhafi sei mit Sicherheit nicht in der angegriffenen Kaserne in Tripolis gewesen.

Was war mit Khadhafi geschehen? Diese Frage wurde lange Zeit nicht beantwortet. Der libysche Rundfunk, der die Nacht hindurch vor allem Marschmusik, patriotische Parolen und politische Aufrufe sendete, meldete um 3.23 Uhr, „eine Zahl von Zivilisten, die meisten ausländischer Nationalität, sind gefallen". Die „barbarischen Luftangriffe" hätten sich „gegen bewohnte und zivile Stadtviertel" gerichtet. Sieben Minuten später hieß es dann, „Angehörige der Familie Khadhafi" seien verletzt worden. Auch zu diesem Zeitpunkt keine Mitteilung an die eigene Bevölkerung über das Befinden des Oberst.

Erst auf eine telefonische Anfrage der französischen Nachrichtenagentur AFP aus Paris in der Kaserne Bab-el-Azizia, dem Hauptquartier Khadhafis, kam von dort die Antwort: „Der Chef hat nichts, Allah sei Dank." Auch die Familienangehörigen seien „glücklicherweise nicht schwer verletzt" worden. Wo Khadhafi sich aufhielt, wurde auch jetzt nicht bekannt.

Im Unterschied zu Angaben der Amerikaner, die eines ihrer Flugzeuge als vermißt meldeten, behauptete Radio Tripolis, drei angreifende Maschinen seien abgeschossen worden, und die Bevölkerung habe die Piloten umgebracht. Neben solchen Mitteilungen dann Aufrufe zum Blutspenden und Appelle an „alle arabischen Piloten" zur „Vergeltung gegen alle amerikanischen Stützpunkte im Mittelmeer". Später bezog der Rundfunksprecher dann ausdrücklich Großbritannien als Ziel von Vergeltungsschlägen ein, denn in Großbritannien waren 18 US-Bomber des Typs F-111 gestartet, die mit 15 Maschinen der Typen A-6 und A-7 von den Flugzeugträgern „America" und „Coral Sea" den Angriff auf Tripolis und Bengasi flogen.

Gestern morgen rief die Regierung die ausländischen Journalisten zur Besichtigung von Bombenschäden im Stadtteil Bin Aschua, einem Wohnviertel der Oberschicht. Mehrere Gebäude sind dort ganz oder teilweise eingestürzt, Stromleitungen sind zerrissen, Wasserrohre geborsten. Stunden nach dem Angriff trafen wir Menschen an, die ganz offenbar geschockt in den Trümmern umherirrten. „Diese verdammten Bastarde. Sie haben uns das schlimmste angetan: Sie haben unser Haus zerstört, rief der griechische Arzt Ianis Pariatis, der seit 21 Jahren in Libyen lebt. Er erlitt Schnittwunden im Gesicht, seine Frau mußte verletzt ins Krankenhaus. Eines der beschädigten Gebäude ist die französische Botschaft, und auch die Residenz des schweizerischen Botschafters ist in Mitleidenschaft gezogen.

Klibi spricht von siebzig Todesopfern

Ein Arzt im Zentralen Krankenhaus von Tripolis sprach von bis zu 100 Verletzten, von denen die meisten aber nach ambulanter Behandlung wieder nach Hause geschickt werden konnten, weil ihre Verletzungen leichter Art waren. Als erster nannte am Nachmittag der Generalsekretär der Arabischen Liga, Chedli Klibi, die Zahl von mindestens 70 Todesopfern, darunter auch Ausländer.

Wie wird die Reaktion sein gegenüber den Ausländern in Libyen? Unter Diplomaten ist von einer Unberechenbarkeit der Bevölkerung die Rede, die Anlaß zur Sorge gebe. Die diplomatische Immunität werde „diesen Leuten hier nichts bedeuten", meinte gestern ein Diplomat aus Asien. „Dann ist bei denen hier nichts ausgeschlossen."

Auf eine konkrete Gefahr und auf eventuelle Opfer unter den Deutschen in Libyen gab es keine Hinweise. Seit letzten Freitag sind bereits Familienangehörige nach Deutschland zurückgekehrt, weil eine Zuspitzung des Konflikts mit den Amerikanern erwartet wurde. Am Montag wurde die deutsche Schule geschlossen. Ein deutscher Landvermesser in Bengasi, der gestern morgen telefonischen Kontakt mit seiner Frau im Rheinland hatte, sagte: „Wir warten ab, wie sich die Lage entwickelt." Doch angesichts der Bombenangriffe ruhte gestern die Arbeit.

Von informierter Seite in Bonn erfuhr die WELT, libysche Behörden hätten deutschen Firmenvertretern zu verstehen gegeben, daß ihre Angestellten in Libyen nicht behelligt würden, wenn sie ihre Aufgabe erfüllten. Zu ihrem Schutz, etwa auf dem Gelände von Ölraffinerien, würden Bunker errichtet.



Am Morgen nach dem Angriff: Ein Trümmerfeld im Stadtteil Bin Aschua FOTO: EPA

Genscher flog ins Leere

Von HELMUT HETZEL

Als der amtierende EG-Ministerratspräsident, der niederländische Außenminister Hans van den Broek, nach Ablauf der mehr als fünfstündigen Sonder- und Dringlichkeitssitzung der Außenminister am späten Montag abend vor die Presse trat, wirkte er abgespannt. Aus seinen Worten sprach dennoch eine gewisse Zufriedenheit: „Ich glaube, daß unsere Erklärung eine präventive Wirkung haben wird."

Briten und Niederländer forderten härtere Gangart

Aus der Art und Weise, wie der Niederländer dies verkündete, konnte man bereits herauslesen, daß die getroffenen diplomatischen Maßnahmen gegen Libyen aus holländischer Sicht nicht weit genug gingen.

Stunden später machte van den Broek im niederländischen Fernsehen dann keinen Hehl mehr daraus und deutete an, daß er eine schärfere Gangart Europas gegen Khadhafi, eine Gangart, wie sie vom britischen Außenminister Sir Geoffrey Howe gefordert worden war, durchaus befürwortete. Insgesamt aber – so die Außenminister am Montag in Den Haag – habe man doch einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, daß der amerikanisch-libysche Konflikt nicht weiter eskaliere.

Mit diesem Gefühl, „de-eskalierenden Einfluß" gehabt zu haben, bestieg zu dieser Stunde nach Ende der Sondersitzung der deutsche Außenminister Genscher, der lange nicht so abgespannt wirkte wie sein holländischer Amtskollege, das Flugzeug in Richtung Washington. Dort – so sein erklärtes Ziel – wolle er im Weißen Haus Präsident Ronald Reagan den Standpunkt der Europäer höchstpersönlich noch einmal in allen Details verdeutlichen und mit allem Nachdruck dafür plädieren, von einer militärischen Aktion gegen Libyen Abstand zu nehmen. „Uns ist daran gelegen", so verlautete am Montag immer wieder aus deutschen Delegationskreisen, „den Dialog mit den Arabern und vor allem den gemäßigten arabischen Staaten nicht abreißen zu lassen." Ein militärischer Schlag gegen Tripolis führe doch unwillkürlich zu „einem Solidarisierungseffekt für Khadhafi im gesamten arabischen Lager" und mache daher überhaupt keinen Sinn. Ziel der Europäer könne es nur sein „mäßigend auf den Meinungsbildungsprozeß in den USA einzuwirken" und jegliche militärische Konfrontation abzuwenden.

Inzwischen aber war allen, die die Sondersitzung der EG-Außenminister aufmerksam den ganzen Tag über verfolgt hatten, längst klar geworden, daß das Zwölfer-Gremium sich wieder einmal nur auf den „kleinsten gemeinsamen Nenner" hatte einigen können; die Freizügigkeit libyscher Diplomaten soll eingeschränkt werden; die Visa-Erteilung für libysche Bürger in der EG erschwert werden und Tripolis sollte ultimativ aufgefordert werden, das Botschaftspersonal aller ihrer sogenannten Volksbüros drastisch zu verringern.

Es war der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe, der weitgehende Maßnahmen gegen Khadhafi forderte und für die Schließung aller libyschen „Volksbüros" energisch plädierte. Diesem Standpunkt schloß sich im Laufe der Verhandlungen auch der holländische Außenminister van den Broek an. Er betonte dann auch nach Abschluß der Konferenz, „daß es seiner Meinung nach genügend Anhaltspunkte für den libyschen Staatsterrorismus gebe".

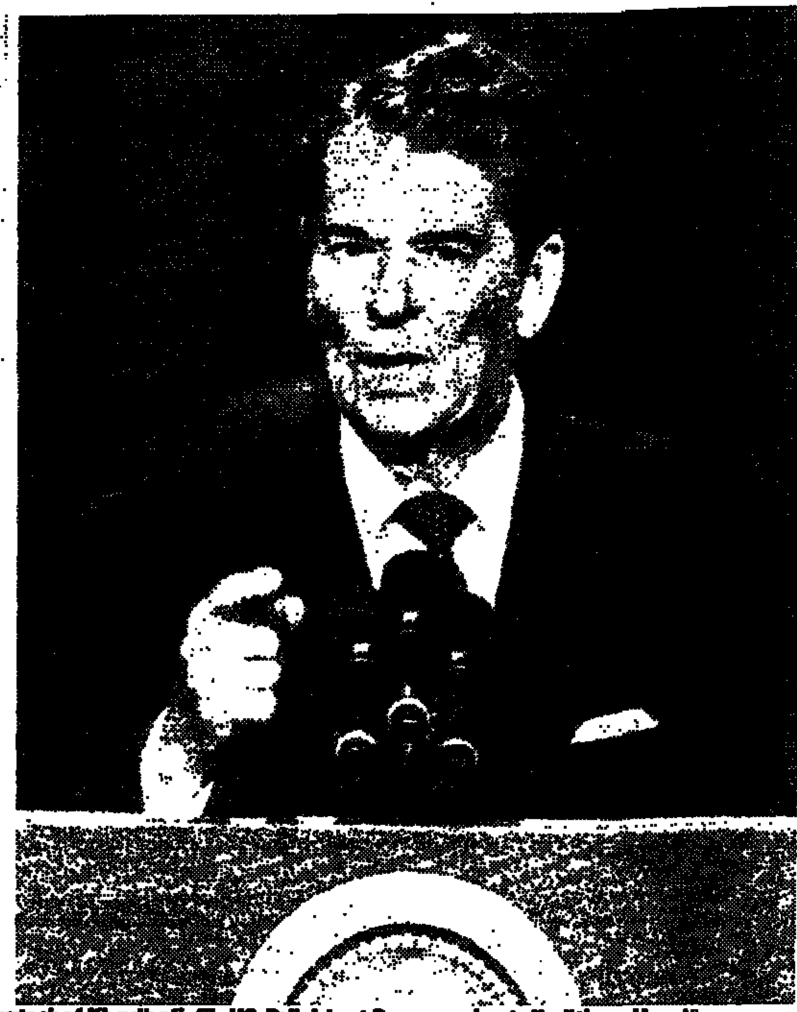
Auf der weichen Welle dagegen schwamm vor allem Griechenland, das „penibel auf Äqui-Distanz" sowohl zu Tripolis als auch gegenüber Washington bemüht war und vor allem von Italiens Außenminister Andreotti in dieser Haltung unterstützt wurde. Beide Länder können von den libyschen Langstreckenraketen russischer Bauart direkt unter Feuer genommen werden.

Die Deutschen setzten auf den Dialog

Zwischen der „harten und der weichen" Welle – sozusagen zwischen den Stühlen – hatte sich Genscher mit seiner „diplomatischen Variante" niedergelassen. Der deutsche Außenminister setzte ganz und gar auf den Dialog mit Washington und der Arabischen Liga. Doch als seine Maschine dann Stunden später auf dem Rollfeld von Washington aufsetzte war die Zeit für „mäßigende Worte" und „diplomatische Varianten" bereits abgelaufen. Genscher war buchstäblich „ins Leere" geflogen. Der hart erstrittene Appell der Europäer zur Mäßigung war in den zu diesem Zeitpunkt startenden Düsentriebwerken amerikanischer Kampfflugzeuge mit einem Schlag verpufft.

Morgen können sich die EG-Außenminister erneut raufen. Sie treffen sich erneut zu einer Sitzung.





Terroristische Herausforderung, militärische Antwort: Libyens Staatschef Khadhafi, für US-Präsident Reagan ein „tollwütiger Hund" FOTOS: CAMERA PRESS/DPA

Dem Präsidenten reichten die Beweise

Von FRITZ WIRTH

Es war neun Uhr am Montag abend, zwei Stunden nach dem ersten Bombenabwurf auf Libyen. Im „Briefing"-Raum des Weißen Hauses drängten sich, fast zwillingshaft, George Shultz und Caspar Weinberger um ein Mikrophon. Die Szene hatte Symbolgehalt. Hier standen zum ersten Mal zwei Männer eng beieinander, die bisher in derFrage der Terrorbekämpfung auf Distanz zueinander gegangen waren.

George Shultz hatte seit zwei Jahren darum gekämpft, was in dieser Nacht geschehen war. Er suchte, nachdem diplomatische und konventionelle Möglichkeiten im Kampf gegen den Terror sich bisher als unwirksam erwiesen hatten, immer wieder Hilfe im Pentagon. Er wollte Feuer mit Feuer löschen.

Caspar Weinberger, sonst eher ein „Falke" in der Administration, hatte sich dieser Forderung bisher stets widersetzt. Und hinter diesem Widerstand standen mehr als nur politische Überlegungen. Es war ein Zeichen, daß besonders unter seinen Generalen, die ihn in seinem Widerstand stützten, noch so etwas wie ein „Vietnam-Alptraum" existierte. Sie wollten nur dann aktiv werden, wenn die Ziele eindeutig erkennbar und die Beweise, die einen Einsatz rechtfertigten, unwiderlebgbar waren.

Muammar Khadhafi hat sie ihnen geliefert. Bereits die öffentlichen Äußerungen des NATO-Oberkommandierenden Bernhard Rogers in der letzten Woche zeigten, daß die Militärs nicht mehr überzeugt werden mußten. Robert Dole, der republikanische Führer des Sentats, war am Montag nachmittag mit diesen Beweisen vertraut gemacht worden. „Am Bombenattentat von Berlin klebten überall die Fingerabdrücke Khadhafis", sagte er wenige Stunden später.

Diese Beweise lagen in Washington seit vier Tagen vor. Daß sie nicht unverzüglich in die Tat umgesetzt wurden, lag daran, daß Weinberger sich im fernen Australien aufhielt. Im Weißen Haus stand fest, daß man nicht über den Kopf Weinbergers hinweg entscheiden oder ihm fernmündlich einen Einsatzbefehl abringen wollte.

Diese letzte Entscheidung fiel am Sonntag morgen nach Weinbergers Rückkehr. Der Rest war nur noch Vollzug. Die Zustimmung Margaret Thatchers, die in ihrem Lande stationierten amerikanischen F-111-Bomber zum Einsatz gegen Khadhafi zu verwenden, wurde gegeben, ohne daß Washington eigens auf die enge militärische Kooperation zwischen Amerikanern und Briten im Falklandkrieg hinzuweisen brauchte.

Daß Paris die Erlaubnis verweigern würde, daß diese Bomber französisches Territorium überfliegen konnten, kam für Washington nicht unerwartet. Den Ausgang des Außenminister-Treffens in Den Haag wartete man in Washington nicht mehr ab. Niemand rechnete im Weißen Haus und im State Department noch mit einer plötzlichen Kehrtwendung der Europäer. Man hatte sich auf den Alleingang eingerichtet.

Zum Zeitpunkt, da die europäischen Außenminister in Den Haag noch tagten, begann das Weiße Haus bereits die ersten Schlüsselfiguren im Kongreß zu informieren. Von da an war strikte Geheimhaltung nicht mehr zu garantieren. Um fünf Uhr am Montag nachmittag hingen erste Spekulationen in der Luft, daß etwas geschehen werde. Um 18.15 Uhr wurde inoffiziell bekannt, daß der Präsident am Abend um neun übers Fernsehen eine Ansprache an die Nation halten werde.

Um 19.20 Uhr erfuhr die Nation direkt aus Libyen, was geschehen war. Die Korrespondenten des amerikanischen Fernsehens in Tripolis meldeten sich direkt in die Abendnachrichten hinein mit telefonischen Hörbildern. Sie hielten die Telefonhörer aus den Fenstern ihres Hotels. Man vernahm Bombenexplosionen und Artilleriefeuer.

Zehn Minuten später beendete Larry Speakes, der Sprecher des Präsidenten, das fünftägige große Schweigen, das das Weiße Haus über sich selbst und über den gesamten Libyen-Konflikt verhängt hatte: „Wir haben um sieben Uhr heute abend Terroristenziele in Libyen angegriffen. Die Attacke dauerte ungefähr 20 Minuten. Unsere Maschinen befinden sich bereits wieder auf dem Rückflug."

90 Minuten später erscheint Ronald Reagan auf dem Bildschirm. Er spricht Sätze ohne Krisendüsternis aber auch ohne Euphorie. Die Rhetorik ist knapp, scharf, doch frei von Verbal-Attacken seiner letzten Pressekonferenz. Als er Khadhafi einen „tollwütigen Hund" nannte. Die Beweise für die Teilnahme Libyens am Bombenanschlag auf die Westberliner Diskothek seien „direkt, präzise und unwiderlegbar", sagt er. Es gebe ferner Beweise, daß Khadhafi eine Reihe weiterer Angriffe gegen amerikanische Ziele geplant habe.

Wenige Minuten später geben Weinberger und Shultz erste Einzelheiten des Einsatzes bekannt. Aus dem Kongreß kommt erste Zustimmung zur Aktion. Sam Nunn, Geheimdienst- und Abwehrexperte der Demokraten im Senat, erklärt: „Ich habe die Geheimdienstberichte über den Bombenanschlag in Berlin gesehen. Sie lassen keine Zweifel mehr. Die Attacke gegen Khadhafi ist gerechtfertigt", und er fügt hinzu: „Sie wären heute abend nicht nötig gewesen, wenn unsere europäischen Alliierten schon vor Wochen unseren Wirtschaftssanktionen zugestimmt hätten."

Wenige Stunden später landet Außenminister Genscher in Washington. Er ist von den Ereignissen der letzten Stunden buchstäblich überrollt worden. Er hat drei diplomatisch schwierige Tage in Washington vor sich. Es ist dies nicht die Stunde der Zauderer, der Warner und des Appeasements in Washington. George Shultz hatte zwei Stunden zuvor Stimmung und Denkweise der Administration über die Rolle der Europäer in diesem Konflikt beschrieben: Die Europäer müssen begreifen, daß die Duldung und das Appeasement von Gewalt historisch zu noch mehr Gewalt geführt hat."

Ein Laser führt ins Ziel

Mit 33 Flugzeugen haben die USA den Angriff in Libyen geflogen. 18 davon waren strategische Bomber des Typs FB-111 A mit Schwenkflügeln und Tiefstflugfähigkeit. Der Einsatz dieser strategischen Bomber, die in Großbritannien starteten, wurde in erster Linie von der Notwendigkeit diktiert, gegen die Ziele lasergelenkte, genau treffende Bomben zu verwenden. Mit der Laserbombe „Paveway" aber ist bisher nur der Typ FB-111 A ausgerüstet.

Damit die Bombe ihren Weg findet, muß das Ziel dauernd mit einem Laserstrahl beleuchtet werden. Diesen Strahl erzeugt ein computergesteuerter Behälter, der unten am Rumpf des Flugzeuges montiert ist. Während des An- und Überflugs hält der Computer den Laserstrahl ständig automatisch im Ziel, das der Pilot vorher auswählte. Die ausgeklinkte „Paveway"-Bombe empfängt mit Hilfe ihres Suchkopfs die reflektierten Laserstrahlen und lenkt sich selbst ins Ziel.

Dieses Verfahren des Bombenwurfs ist zwar sehr zielgenau, doch für das angreifende Flugzeug äußerst risikoreich. Denn während des Anflugs muß es ständig einen Laserstrahl aussenden, der von einem entsprechend ausgerüsteten Verteidiger als Leitstrahl für die eigenen Waffen genutzt werden könnte. Die Libyer haben diese Ausrüstung nicht. (rmc.)

„Wir haben getan, was wir tun mußten"

Der Wortlaut der Fernsehansprache von Präsident Ronald Reagan (Auszüge):

Meine lieben Landsleute. Heute abend, um 19.00 Uhr hiesiger Zeit, haben die amerikanische Luftwaffe und Marine eine Serie von Anschlägen gegen das Hauptquartier und die terroristischen und militärischen Einrichtungen, die die subversive Tätigkeit von Muammar el Khadhafi unterstützen, gestartet. Die Angriffe waren konzentriert und wurden sorgfältig gezielt, um Opfer unter dem libyschen Volk, mit dem wir keinen Streit haben, möglichst klein zu halten ...

Vor ein paar Wochen, in New Orleans, warnte ich Oberst Khadhafi, daß wir sein Regime für jegliche neue terroristische Attacken gegen amerikanische Bürger haftbar machen würden. Erst kürzlich habe ich klargemacht, daß wir antworten würden, sobald wir schlüssig festgestellt hätten, wer für solche Attacken verantwortlich war.

Am 5. April explodierte in West-Berlin in einem Nachtklub, der von amerikanischen Soldaten besucht wurde, eine von Terroristen gelegte Bombe. Der Sergeant Kenneth Ford und eine junge Türkin wurden getötet und 230 andere verletzt, unter ihnen etwa 50 Angehörige der amerikanischen Streitkräfte. Diese ungeheure Brutalität ist nur der letzte Akt in Oberst Khadhafis Schreckensherrschaft. Die Beweise sind nun schlüssig, daß der terroristische Bombenangriff auf die Diskothek La Belle auf direkte Anordnung des libyschen Regimes geplant und ausgeführt wurde.

Am 25. März, mehr als eine Woche vor dem Angriff, wurden Befehle von Tripolis an das libysche Volksbüro in Ost-Berlin geschickt, eine terroristische Attacke gegen Amerikaner auszuführen, um möglichst viele und unterschiedslose Opfer zu verursachen. Libyens Agenten legten dann die Bombe. Am 4. April teilte das Volksbüro Tripolis mit, daß die Attacke am folgenden Morgen ausgeführt werden würde. Am nächsten Tag berichteten sie nach Tripolis über den großen Erfolg ihrer Mission. Unsere Beweise sind direkt, sie sind präzise, sie sind unwiderlegbar.

Wir haben sichere Beweise für andere Angriffe, die Khadhafi gegen US-Einrichtungen und -Diplomaten und sogar gegen amerikanische Touristen geplant hatte. Dank der engen Zusammenarbeit mit unseren Freunden sind einige von diesen vereitelt worden ...

Oberst Khadhafi ist nicht nur ein Feind der Vereinigten Staaten, sein Register von Subversion und Aggression gegen die Nachbarstaaten in Afrika ist gut dokumentiert und gut bekannt. Er hat in zahllosen Ländern die Ermordung libyscher Landsleute angeordnet. Er hat Terror-Akte sowohl in Afrika, Europa und dem Nahen Osten als auch in der westlichen Hemisphäre gebilligt. Heute haben wir getan, was wir tun mußten. Wenn nötig, werden wir es wieder tun. Es macht mir keine Freude dies zu sagen, und ich wünschte, die Dinge stünden anders ...

Unseren Freunden und Verbündeten in Europa, die bei der heutigen Aktion mit uns zusammengearbeitet haben, würde ich nur sagen, daß das amerikanische Volk Ihnen mit dauernder Dankbarkeit verbunden ist ...

Kern der westlichen Politik muß es sein, dem Terror keinen Schutzraum zu geben, und um eine solche Politik aufrechtzuerhalten, müssen freie Menschen und freie Nationen sich vereinigen und zusammenarbeiten. Manchmal heißt es, daß, indem wir Sanktionen gegen Oberst Khadhafi verhängen oder seine terroristischen Einrichtungen angreifen, wir die Bedeutung des Mannes nur vergrößern. Daß die richtige Weise, mit ihm umzugehen, ihn zu ignorieren sei. Ich stimme dem nicht zu. Lange, bevor ich dieses Amt antrat, hatte Oberst Khadhafi sich an Akten des internationalen Terrors beteiligt, Taten, die ihn außerhalb der Gesellschaft zivilisierter Menschen stellten. Jahrelang erlitt er jedoch keine wirtschaftliche, politische oder militärische Sanktion. Und die Zahl der Abscheulichkeiten steigerte sich sowie die Zahl von unschuldigen Getöteten und Verletzten.

Und wenn wir durch Nichtstun das Töten von amerikanischen Zivilisten und amerikanischen Soldaten ignorieren, sei es in Nachtklubs oder in Flughafenhallen, steht das einfach nicht in Einklang mit der amerikanischen Tradition. Wenn unsere Staatsbürger auf direkte Anordnung eines feindlichen Regimes irgendwo in der Welt mißhandelt oder angegriffen werden, werden wir antworten, solange ich in diesem Oval Office sitze. Selbstverteidigung ist nicht nur unser Recht, sie ist unsere Pflicht. Dies stand hinter der heute unternommenen Aktion, einer Aktion, mit mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen völlig in Einklang steht.

Wir Amerikaner lassen uns nur langsam in Zorn bringen. Wir suchen immer friedliche Wege, bevor wir zu Gewalt greifen. Und so haben wir gehandelt. Wir versuchten es mit stiller Diplomatie, öffentlicher Verurteilung, wirtschaftlichen Sanktionen und Demonstrationen von militärischer Kraft. Nichts hatte Erfolg. Trotz unserer wiederholten Warnungen setzte Khadhafi seine rücksichtslose Politik der Einschüchterung, seinen unerbittlichen Terror fort. Er setzte darauf, daß Amerika passiv bleibt. Er hat sich verrechnet ...

Koalition uneins über das Betriebsverfassungsgesetz

Strauß zur WELT: Änderung noch in dieser Legislaturperiode

DW. Bonn

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß ist nach wie vor der „Auffassung, daß noch in dieser Legislaturperiode Regelungen zum Minderheitenschutz im Betriebsverfassungsgesetz getroffen werden sollen". In einem Gespräch mit der WELT sagte er: „Bisher kann die Mehrheit im Betriebsrat ihren Willen ohne Rücksicht auf die berechtigten Interessen der Minderheiten durchsetzen. Die CSU will demgegenüber einen angemessenen Minderheitenschutz sicherstellen, wie er in parlamentarischen Gremien selbstverständlich ist. Die Herabsetzung des Quorums für Wahlvorschläge entspricht im übrigen einer Forderung des Bundesverfassungsgerichts. Nach Äußerungen von CDU-Politikern der vergangenen Tage muß freilich befürchtet werden, daß der dem Bundestag bereits seit dem 22. Mai 1985 vorliegende Gesetzentwurf keine Mehrheit findet. Ich würde es sehr bedauern, wenn die Koalition von der beschlossenen Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes wieder abweichen würde. Ich sehe für die CSU keine Veranlassung, von dieser Festlegung abzuweichen. Ich halte es vor allem für falsch, sich von der Einschüchterungskampagne des DGB zu Paragraph 116 beeindrucken zu lassen und deswegen das berechtigte Anliegen des Minderheitenschutzes nicht weiter zu verfolgen. Die CSU wird daher auch weiterhin dafür eintreten, daß eine ausreichende Vertretung von Minderheiten im Betriebsverfassungsrecht sichergestellt wird, wie sie von den Unionsparteien den Arbeitnehmern in der Zeit der Opposition mehrmals versprochen und auch nach Übernahme der Regierungsverantwortung immer wieder zugesagt worden ist".

Die Spitzen der Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP haben die Entscheidung, ob die angestrebte Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes im Parlament weiterverfolgt werden soll, abermals verschoben. Sie verständigten sich gestern darauf, daß die Anhörungen von Sachverständigen abgewartet werden sollen, die am 23. und zusätzlich am 24. April stattfinden.

Politische Beobachter in Bonn gehen aber davon aus, daß die Koalitionsparteien das Gesetz nicht mehr ernsthaft weiterverfolgen wollen. Angesichts des Widerstandes der Gewerkschaften, aber auch der Arbeitgeber gegen Einzelheiten der Novelle nach den Auseinandersetzungen um den Neutralitätsparagraphen 116 im Arbeitsförderungsgesetz scheint die Bundesregierung neue politische Schwierigkeiten zu befürchten.

Die Gesetzesänderung war von den Koalitionsfraktionen beschlossen worden, weil die FDP auf eine eigenständige Vertretung der leitenden Angestellten in den Betrieben drang und in der CDU/CSU eine starke Gruppe von Abgeordneten den stärkeren Schutz von Minderheiten wünschte. Ein von dieser Gruppe eingebrachter entsprechender Gesetzesantrag war zunächst nicht weiterbehandelt worden, hatte dann aber doch zu dem Beschluß der Koalition über die Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes geführt.

Daß der DGB den Kampf um den Paragraphen 116 AFG noch nicht aufgegeben hat, zeigt das Bemühen seines Vorsitzenden Ernst Breit, der heute abend vom niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU) zu einem Gespräch in Hannover empfangen wird. Dem Treffen war tags zuvor eine Aufforderung des DGB-Landesbezirks Niedersachsen vorausgegangen, Albrecht solle den geänderten Paragraphen 116 (AFG) am Freitag bei der Abstimmung im Bundesrat ablehnen. Der DGB-Chef hatte um das Gespräch gebeten.

Barzel beendet Spekulationen um seine Rückkehr in den Bundestag

Der CDU-Politiker will sich aber nicht völlig aus der Politik zurückziehen / WELT-Gespräch

GÜNTHER BADING, Bonn

Der frühere Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) will nicht für den nächsten Bundestag kandidieren, sich aber nicht völlig aus der Politik zurückziehen. Im Gespräch mit der WELT sagte Barzel: „Ich weiß ganz genau, daß das, was ich an politischer Erfahrung in mir und mit mir habe, mir nicht allein gehört. Das heißt, ich werde natürlich, wenn man mich fragt, mit Rat und Tat zur Verfügung stehen." Dies gelte für die eigene Partei wie für das Vaterland.

Zu Versionen, er habe seinen Entschluß aus Krankheitsgründen oder aus Verärgerung über seine rheinischen Parteifreunde gefaßt, die ihm einen sicheren Listenplatz für die Bundestagswahl im Januar 1987 angeblich nicht garantieren wollten, sagte Barzel: „Das ist alles Quatsch." Er habe sich aus freien Stücken entschlossen und dies dem rheinischen CDU-Vorsitzenden Dieter Pützhofen schon vor einem für Freitag vereinbarten Gespräch in einem Brief mitgeteilt. Von der nordrhein-westfälischen Landesliste sei überhaupt noch nicht die Rede gewesen; man habe ihn sogar schon auf ein Direktmandat angesprochen.

Verständliche Verärgerung über die Behandlung, die er seit dem Oktober 1984 erfahren hat, ist Barzel allerdings doch anzumerken. Er hatte am 25. Oktober 1984 die Konsequenzen aus einer öffentlichen Vorverurteilung gezogen, die ihn in Zusammenhang mit der Flick-Affäre gebracht hatte. Barzel war nicht einfach zurückgetreten, sondern hatte vor den Abgeordneten erklärt: „Der Deutsche Bundestag muß dringend zur sachlichen Arbeit zurückfinden. Meiner Verantwortung bewußt, will ich dazu beitragen und bitte Sie, einen anderen Bundestagspräsidenten zu wählen."



Rainer Barzel FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Nachdem er sein Amt als Parlamentspräsident an Philipp Jenninger übergeben hatte, gab Barzel zu verstehen, daß er den Abschluß des Flick-Untersuchungsausschusses des Bundestages abwarten, danach eine vierwöchige Bedenkpause einlegen und sich dann erklären wolle. Barzel zur WELT: „Daran habe ich mich gehalten. Ich habe mich entschieden: 30 Jahre sind genug."

In der Abschlußdebatte über das Ergebnis des Untersuchungsausschusses hatte Bundestagspräsident Jenninger am 13. März dieses Jahres mit Bedauern darauf verwiesen, daß es sich „leider weithin eingebürgert hat, daß Vorwürfe gegen Repräsentanten des öffentlichen Lebens, auch gegen Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundestages, die größte denkbare Resonanz finden: daß aber, wenn sich einzelne Vorwürfe als nicht berechtigt erweisen, davon in der Öffentlichkeit kaum Notiz genommen wird." Zwar habe er über diese Entwicklung nicht zu richten, was die Vorwürfe gegen seinen Vorgänger Barzel anbetreffe, wolle er jedoch feststellen, sagte Jenninger vor dem Bundestagsplenum:

„Erstens. Der Kollege Dr. Barzel hat nicht gegen die Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages verstoßen. Er ist seiner Mitteilungspflicht gegenüber dem Präsidenten des Deutschen Bundestages nachgekommen.

Zweitens. Der Kollege Dr. Barzel hat zu keinem Zeitpunkt auf Entscheidungen über Anträge des Flick-Konzerns nach § 6b des Einkommensteuergesetzes und § 4 des Auslandsinvestitionsgesetzes eingewirkt oder einzuwirken versucht."

Er halte es für seine Pflicht gegenüber einem „verdienten Kollegen", dies vor der deutschen Öffentlichkeit festzustellen, sagte Jenninger unter Hinweis, daß auch das Minderheitenvotum der SPD zum Flick-Ausschuß dies ausdrücklich bestätige. Beifall für diese Ehrenerklärung für Rainer Barzel kam nicht nur aus den Regierungsfraktionen CDU/CSU und FDP, sondern auch von Abgeordneten der SPD, wie es im Bundestagsprotokoll ausdrücklich vermerkt wird.

Barzel arbeitet zur Zeit an zwei Büchern. Eines soll schon zur Buchmesse vom Ullstein-Verlag vorgestellt werden. Arbeitstitel sei „Im Streit und umstritten – Anmerkungen zu Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und den Ostverträgen". In dem zweiten Buch, dessen Titel noch nicht feststehe, wolle er seine politischen „Erlebnisse" schildern, sagte Barzel, wolle jedoch auf Einzelheiten jetzt noch nicht eingehen.

Der bald 62jährige im ostpreußischen Braunsberg geborene Rainer Barzel ist seit 1957 Mitglied des Deutschen Bundestages. 1962 und 1963 war er Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, von Dezember 1964 bis Mai 1973 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion. CDU-Vorsitzender war Barzel von 1971 bis Mai 1973.

In Hannover bummelten Stadtväter, nicht Käufer

Keine Reklame für längeren Ladenschluß / Mäßiger Erfolg

MICHAEL JACH, Hannover

Vom Scheitern eines Experiments zu sprechen, wäre zwar voreilig. Zufriedene Gesichter allerdings waren hinter den Ladentheken des Geschäftszentrums nur vereinzelt zu entdecken, als die Messestadt Hannover im März während der CeBIT und während der heute zu Ende gehenden Industriemesse erstmals Gelegenheit bot, abends bis 21.00 Uhr einzukaufen. Der Zuspruch des Publikums, sowohl der Hannoveraner selbst, wie auch der Messegäste, blieb mager. Und das lag nicht allein am eisig-verregneten norddeutschen „Frühling".

In der vergangenen Woche nämlich, im Unterschied zu den CeBIT-Tagen im März noch unter halbem Sommerzeit-Tageslicht, gähnten die Fußgängerzonen zwischen Lister Meile und Steintor durchaus nicht so öd und leer wie einen Monat zuvor. Allenthalben schlenderten die Trenchcoat-bewährten Gruppen der „Messemänner" durch die Innenstadt – allerdings wohl vorwiegend auf dem Weg von Kneipe zu Kneipe.

Denn rechts und links der Georgstraße, dicht besetzt von den großen Kaufhäusern, Konzernfilialen und gehobenen Fachgeschäften, waren fast sämtliche Türen verschlossen.

Interessenstreit

Ausnahmen machten hier allein einige Fotobedarfs-Kettenläden und ein Schmuckfilialist, dessen einsamer Verkäufer indes ein leeres Ladenlokal zu hüten hatte. Geradezu untypisch nahm sich die Zufriedenheit der Geschäftsführerin einer Parfümerie aus: „Wir machen beim nächsten Mal sicher wieder mit."

Ob es ein nächstes Mal in Hannover geben wird, erscheint freilich höchst fraglich. Schon das jetzt gewagte Experiment litt von Anbeginn unter verwirrendem Interessenstreit.

Ermöglicht hatte es – eine stadtpolitische Ausnahme – die hauchdünne CDU/FDP-Mehrheit im Verwaltungsausschuß des Stadtrats. Sie setzte im Januar die Ausnahmeverordnung für die Messetage durch, „um die Attraktivität der Stadt für ihre Gäste aus aller Welt" zu heben. SPD, Grün-Alternative und Gewerkschaften waren strikt dagegen – immer die Folgewirkungen im Auge, die positive Erfahrungen womöglich jenseits der Stadtgrenzen ausgelöst hätten.

„Es lohnt sich nicht"

SPD-Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg verlor keine Zeit mit der Ankündigung, gegen eine Wiederholung werde die Ratsmehrheit Vorkehrungen zu treffen wissen. Städtische Werbung für die zusätzliche Einkaufszeit fand denn auch vor und während der CeBIT-Messe gar nicht erst statt; zur Industriemesse bewirkte der Ärger der beteiligten Einzelhändler mäßige Besserung.

Bestätigt sehen Schmalstieg und Verbündete sich vom hiesigen Einzelhandelsverband und der Haltung der großen Kaufhauskonzerne. Verbandssprecher bestreiten die Möglichkeit höherer Umsätze („Der Kuchen wird nur zeitlich anders verteilt"), die Handelsriesen erklärten sich aufgrund ihrer Jahresarbeitszeit-Verträge mit den Gewerkschaften außerstande ... Die trotz alledem versuchsfreudigen Geschäftsleute sehen sich nun als Opfer: „Wenn die großen Käufermagnete nicht mitmachen, können wir lange strampeln."

Zur Bestätigung seiner von vornherein gezeigten Unlust griff der Einzelhandelsverband – wider alle „Neutralitäts"-Beteuerungen – zur sich selbst erfüllenden Prophetie. Einen Tag vor Beginn der Industriemesse ließ er verlauten: „Es lohnt sich nicht."

Rotsch gibt Spionage zu

Agenten-Schule durchlaufen / „Späher für den Frieden"

PETER SCHMALZ, München

Der Mann, der nach den Worten des Anklägers für den Geheimdienst einer fremden Macht gearbeitet und dadurch „die Gefahr einer schweren Beeinträchtigung der Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland" herbeigeführt hat, tritt nicht vor seine Richter; Manfred Rotsch schleicht vielmehr in Saal 208 des Bayerischen Obersten Landesgerichts in München, blickt unsicher um sich und geht zaghaft zu seinem Platz, wo er nervös seine zitternden Hände reibt.

Der kleine 61jährige Mann im grünen Lodenjanker und mit schütterem Haarkranz ist jedoch nach Ansicht der Generalbundesanwaltschaft ein „großer Fisch" im trüben Gewässer der Spione. Als Mitarbeiter des Luft- und Raumfahrtkonzerns MBB soll er wesentliche Details des europäischen Kampfflugzeugs Tornado an das sowjetische KGB verraten haben (WELT vom 15. 4.).

Die Agententätigkeit bestreitet Rotsch nicht, er schildert aber seine Anwerbung in Ost-Berlin als eine unglückliche Verkettung politischer und persönlicher Umstände. Mit seinen Eltern aus dem Sudetenland in die „DDR" vertrieben, strebte er in Dresden das Ingenieurstudium an und fühlte sich zu Loyalität verpflichtet, „weil ich kein Arbeiter- und Bauernkind" war. Sein Vater war ein kleiner selbständiger Gärtner. Das Studium gelang, und Rotsch bekam Arbeit beim VEB Flugzeugbau.

Dann aber siedelten die Eltern in den Westen über und bauten bei Hanau ein kleines Häuschen, wobei sie sich finanziell so übernahmen, daß es nicht einmal mehr für Strom- und Wasserleitungen reichte, erzählt Rotsch und bricht in Tränen aus. Angesichts dieser ärmlichen Verhältnisse habe er beschlossen, mit Frau und Tochter ebenfalls in die Bundesrepublik zu gehen und die Eltern zu unterstützen. Das war 1953.

Doch die „DDR"-Behörden machen Schwierigkeiten, Rotsch weiht einen Studienfreund, ein SED-Mitglied, ein und dieser bringt einen Mann namens Hans, der angeblich helfen könne. Zuerst aber macht Hans ihm Vorwürfe: Er habe auf Kosten des Staates studiert und wolle jetzt abhauen. Wenn er bereit wäre, für den Staat etwas zu tun, würde er ihm bei der Übersiedlung helfen.

Rotsch willigte ein und unterschrieb ein Papier, von dem er heute meint, er habe es gar nicht zur Kenntnis genommen („Ich dachte damals: Bloß weg, weg."), über das aber im Vernehmungsprotokoll steht, er habe sich als „Späher für den Frieden" verdingt. Zwei Tage Urlaub mußte er damals nehmen und wurde in dieser Zeit vertraut gemacht im Umgang mit „latenten Schriften" und toten Briefkästen. Das Fotografieren war ohnehin sein Hobby, eine Spiegelreflexkamera der „DDR"-Marke „Praktika" samt Zubehör im Wert von 800 Mark, seinem damaligen Monatslohn, hatte er sich bereits zuvor gekauft.

Die Übersiedlung klappt 1954 reibungslos. Der drei Jahrzehnte lange Weg des KGB-Spions Rotsch durch die Luftfahrtindustrie der Bundesrepublik begann. Am 20. September 1984 wurde er festgenommen.

Tamm beim Jubiläum der WELT: Chronist der deutschen Demokratie

DW. Bonn

An die Schwierigkeiten, vor 40 Jahren eine anspruchsvolle überregionale Tageszeitung auf die Beine zu stellen, hat der Vorstandsvorsitzende der Axel Springer AG, Peter Tamm, erinnert. In der Geburtsstunde der WELT, in der Nacht vom 1. zum 2. April 1946, war „bittere Not der erste Wegbegleiter der jungen Zeitung", sagte Tamm im Rahmen einer Feier aus Anlaß ihres 40jährigen Bestehens, zu der WELT-Herausgeber Herbert Kremp und die beiden Chefredakteure Peter Gillies und Manfred Schell eingeladen hatten, vor mehr als 600 Gästen in der Godesberger Redoute.

In diesen „dunklen Tagen deutscher Geschichte" – Tamm: „Zerstört war das Land, geschlagen die Nation, gespalten das Volk!" – erschien die erste Ausgabe der WELT mit vier Seiten Umfang und einer Auflage von 100 000 Exemplaren. Der Hamburger Oberfinanzpräsident mußte nach einer Verfügung der britischen Besatzungsmacht 20 000 Reichsmark als Starthilfe für die WELT zahlen. „Eine zwar unfreiwillige, aber – wie sich herausstellen sollte – gute Investition", so Tamm vor zahlreichen Prominenten.

Zeichen für Anspruch und Qualität des Blattes hätte, so Tamm, sein erster Chefredakteur Hans Zehrer gesetzt. Doch die Zeitungs-Männer der ersten Stunde habe nicht nur handwerkliches Können ausgezeichnet. „In ihnen brannte der Wunsch und der Wille, dem freien Wort wieder Geltung zu verschaffen, Elend und Chaos im Lande überwinden zu helfen und wieder gutzumachen, wo immer nur möglich."

Obwohl zunächst Sprachrohr der britischen Besatzungsmacht sei die WELT von erster Stunde an „doch eine deutsche Zeitung" gewesen, sagte Tamm. Zum Glück hätten die britischen Controller von der „seitenfüllenden Hofberichterstattung anderer Militärblätter, wie etwa der in Ost-Berlin erscheinenden ‚Täglichen Rundschau'" wenig gehalten. So konnte das Ansehen der WELT als kritischer Chronist der jungen deutschen Demokratie schnell wachsen.

Von ihrer ersten Stunde an habe es sich die WELT zur Aufgabe gemacht, für Aussöhnung und Völkerverständigung zu wirken. „Sie blieb stets jenem Motto treu, das sie sich aufs Panier geschrieben hatte: Nicht regierungstreu zu sein, sondern staatsloyal!" Auf diese Weise habe die Zeitung ihren Anteil beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland geleistet. Niemals sei die WELT müde geworden, daran zu erinnern, „daß immer noch eine große Aufgabe unerledigt vor uns liegt: Die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in Freiheit!" Das Blatt werde sich auch weiter gegen jene engagieren, „die blind sind gegenüber einer der beiden Spielarten des politischen Extremismus oder die das System der Sozialen Marktwirtschaft umformen wollen".

Vehement wies Tamm Gerüchte politischer Gegner zurück, der Axel Springer Verlag werde die WELT einstellen. „Wäre davon auch nur ein Wörtchen wahr, so würden Sie heute nicht hiersein", rief der Vorstandsvorsitzende den Gästen zu.

Herbert Kremp nannte es die „erste Aufgabe einer überregionalen Zeitung", die „informierte Nachricht" zu bieten. Den Charakter der WELT mache der „Pragmatismus des Konservativen" aus. Die Staatsloyalität dieser Zeitung nähre sich aus der Überzeugung, daß die Verantwortung der Bundesrepublik über die 61 Millionen Deutschen hinausreiche. „Die Bundesrepublik ist das Modell des nationalen Rechtsstaates, den alle Deutsche wollen", sagte Kremp. Die WELT orientiere sich am Wert des ganzen Deutschland, am Ziel der Freiheit für alle Deutschen.

Darüber hinaus habe sich das Blatt zur Förderung des historischen Wissens verpflichtet. Kremp: „Das Feld der Tageszeitung ist die Zeitgeschichte." Die WELT betone das Prinzip des Primats der Außenpolitik, weil „die geopolitische Lage der Bundesrepublik Deutschland und die Interessen unserer Wirtschaft dies erfordern", sagte Kremp.

Die Bundesrepublik sei nur im westlichen Bündnis überlebensfähig, im engen Einvernehmen mit der USA. „Für Los-von-Washington-Bewegungen" sei die WELT daher „nicht zu gewinnen", sagte Kremp.

Öffnungszeit Ländersache?

hg. Bonn

Der Koalitionskompromiß zur Änderung des Ladenschlußgesetzes magert immer weiter ab. Wenn sich der Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages und der Wirtschaftsausschuß heute damit befassen, dann steht unter anderem der Vorschlag zur Debatte, das geplante Gesetz auf die Dimension einer Verordnungsermächtigung zurückzuschneiden, von der die Bundesländer Gebrauch machen können oder auch nicht. Konsequenz: Kein Händler hat einen Anspruch auf abendliche Öffnung.

Die sind ohnehin restriktiv: Nur Händler „in Bauwerken, die der Verknüpfung von Nah- und Fernverkehr dienen", dürfen bis 22 Uhr verkaufen, aber lediglich in Städten über 200 000 Einwohner, außerdem Händler in internationalen Flughäfen und Fährhäfen. Verkauft werden dürfen außerdem nur Waren des täglichen Bedarfs und Geschenkartikel. Insgesamt könnten 15,5 Millionen Verbraucher in 31 Städten dann bis zehn Uhr abends einkaufen, sofern alle Länder die Verordnung erlassen.

Das ist indes unwahrscheinlich: Ministerpräsident Albrecht in Niedersachsen ist gegen die Änderung des Ladenschlusses, und es wird vermutet, daß die Neuregelung auch in Bayern nicht angewendet wird. Lothar Späth in Baden-Württemberg wird sie indes mit Freuden begrüßen, denn er hat mit dem Kampf um die Abendöffnung in der Stuttgarter Klett-Passage, der aufgrund eines höchstrichterlichen Urteils ab Mai die normale Ladenschlußzeit droht, den Stein erst ins Rollen gebracht.

Die SPD wird heute gegen den Koalitionskompromiß votieren. Erstens, weil sie den bestehenden Zustand nicht ändern will und zweitens, weil sie ihn, so der Abgeordnete Uwe Jens, für verfassungsrechtlich bedenklich hält.

DGB-Umfrage auch an Unis

RCDS-Chef nennt 116-Aktion bei Studenten „skandalös"

GÜNTHER BADING, Bonn

Bei der „Arbeitnehmerbefragung" des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) über Ja oder Nein zum Beschluß des Bundestages über die Veränderung im Neutralitäts-Paragraphen 116 AFG sind nicht nur Arbeitnehmer befragt worden. In einem offenen Brief an den DGB-Vorsitzenden Ernst Breit schildert der Bundesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Christoph Brand, eine Reihe von Beispielen über die Einbeziehung von Studenten in die angebliche „Arbeitnehmer"-Befragung des DGB. Brand schrieb:

„Sehr geehrter Herr Breit, an mehreren deutschen Universitäten wird in diesen Tagen entweder vom DGB, von GEW-Studentengruppen oder von Mitgliedern des DKP-Studentenverbandes MSB Spartakus die sogenannte ‚Arbeitnehmer-Befragung' zum § 116 AFG durchgeführt. Hierbei werden Studenten aufgefordert, an der Aktion des DGB teilzunehmen:

Brief an Breit

● Am Studentenhaus der Universität Würzburg führten am 9. April 1986 zwischen 12.00 und 14.00 Uhr sechs Studenten mit nicht versiegelten Pappkartons an einem Stand vor dem Gebäude, der mit den offiziellen Plakaten des DGB versehen war, die Befragung von Studenten mit den offiziellen DGB-Fragebögen durch. Hierbei wurde jeder Student aufgefordert – sowohl beim Betreten als auch beim Verlassen des Studentenhauses –, sich an der Abstimmung zu beteiligen. Mehrfach-Abstimmungen wurden nicht beanstandet.

● An der Universität Köln war der DGB in der Woche vom 7. bis 12. April 1986 täglich in der Mensa anwesend. Hierbei haben unter anderem auch Studenten ohne Kontrolle durch die Veranstalter des DGB auf den offiziellen Fragebögen abgestimmt. Die Abstimmungsurne war nicht versiegelt. Auf Fragen eines Studenten wurde die Auskunft über den Auszählungstermin verweigert.

● An der Universität Kiel führte ein ehemaliges Mitglied des dortigen Studentenparlaments der Liste des DKP-Studentenverbandes MSB Spartakus am 10. und 11. April 1986 jeweils zwischen 12.00 und 14.00 Uhr die Befragung der Studenten in der Mensa durch. Die Abstimmungsurne war ebenfalls nicht versiegelt."

Demonstration bei Blüm

Zwar stehe außer Zweifel, daß Studenten auch arbeiteten, schrieb Brand an den DGB-Vorsitzenden. „Es steht allerdings auch außer Zweifel, daß die Studenten nicht der Arbeitnehmerschaft zuzurechnen sind." Die Befragung von Studenten lasse auf eine „erstaunliche Erweiterung des Arbeitnehmerbegriffs" beim DGB schließen. Der RCDS-Vorsitzende: „Eine so verstandene ‚Avantgarde-Rolle' der Studenten für Kampfaktionen des DGB ist skandalös." Als einen „unerträglichen Skandal" bezeichnete Brand, daß Gewerkschaften mit Kräften zusammenarbeiteten, die an den Universitäten im freien Teil Deutschlands „Überzeugungsarbeit für das die Freiheit der Gewerkschaften in der DDR unterdrückende Regime" leisteten.

Der CDU-Abgeordnete Alfons Müller (Wesseling) forderte den DGB auf, das Ergebnis der Arbeitnehmerbefragung „in den Papierkorb" zu werfen. Die Befragung sei eine Farce gewesen.

Der DGB will seine Stimmzettel-Aktion am Donnerstag mit einer öffentlichen Veranstaltung vor der Bonner Beethovenhalle beenden. Dabei soll – wie schon mit der Abstimmaktion – eine regelrechte Wahl simuliert werden. Auf einer großen Anzeigentafel sollen die „Stimmergebnisse" aus den Regionen aufgezeigt werden. Obwohl sich der DGB-Protest gegen den Beschluß des Bundestages zum 116 AFG richtet, ist zum Abschluß eine Demonstration vor dem Sitz von Bundesarbeitsminister Blüm geplant.

Nordschleswiger in Sorge

Deutsche in Dänemark fürchten Bedeutungslosigkeit

GEORG BAUER, Kiel

Die deutsche Volksgruppe im dänischen Nordschleswig ist in Bedrängnis geraten. Aus Furcht, auf regionaler Ebene im südlichen Dänemark in die politische Bedeutungslosigkeit zu versinken, ist im Bund der deutschen Nordschleswiger (BdN), der Dachorganisation der Volksgruppe, eine Diskussion um die Frage entbrannt, wie das politische Überleben gesichert werden kann. Soll die Schleswigsche Partei (SP), die als Sprachrohr der Minderheit auftritt, sich aus der Dachorganisation lösen? Oder soll nur das Gewicht der Partei im Rahmen des BdN verstärkt werden?

Auslöser der Diskussion waren die dänischen Kommunalwahlen im November vergangenen Jahres, bei denen die SP nur knapp 6000 Stimmen auf sich vereinigen konnte, rund 600 weniger als bei der vorausgegangenen Kommunalwahl.

Der BdN-Geschäftsführer Peter Iver Johansen führt die mangelhafte Ausstrahlungskraft der Partei auch auf die deutschgesinnten Dänen auf die Struktur zurück. Unter Hinweis auf das Wahlgesetz im Königreich meint Johansen: „Wir brauchen bei Wahlen dem Innenminister nur mitzuteilen, daß wir an der Wahl teilnehmen möchten." Eine feste Parteiformation mit Mitgliedschaft und Organisation, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland üblich ist, kennt das BdN-Anhängsel SP daher nicht.

Hauptbetreiber einer Loslösung war der Vorsitzende des Kulturausschusses, Nies-Edwin List Petersen. Mit seinem Konzept zur „organisatorischen Entflechtung" von BdN und Schleswigscher Partei, betrieben nach dem Vorbild der dänischen Minderheit auf deutscher Seite, hofft er auch Dänen für eine Stimmabgabe zugunsten der SP gewinnen zu können. Solche Hoffnungen verweist der Geschäftsführer allerdings ins Reich der Illusion.

Chancen werden daher dem zweiten Konzept eingeräumt, das den Delegierten auf der BdN-Versammlung im Mai vorgelegt werden soll. Danach ist vorgesehen, eine Schleswigsche Partei zu gründen, die in eigener Verantwortung arbeitet und deren Vorsitzender im Hauptvorstand der Nordschleswiger vertreten ist.

Vor allem sollen sich die Parteivertreter zu allgemeinpolitischen und kommunalen Fragen jederzeit äußern und damit auch in Zeiten außerhalb von Wahlkämpfen Präsenz demonstrieren. Als Favorit für den Posten des Parteivorsitzenden wird Gerhard Schmid gehandelt, der jetzige Vorsitzende des BdN.

Ortskrankenkasse mit neuen Sorgen

dpa, Bonn

Am Ende einer sechsjährigen Wahlperiode der Selbstverwaltung haben die Vorstandsvorsitzenden des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen (BdO) in Bonn eine Bilanz der bisherigen Arbeit gezogen, die von Sorgen über die Entwicklung der Kosten geprägt ist.

Für die paritätisch in der Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen tätigen Sozialpartner, erklärten Detlef Balzer als Vertreter der Arbeitgeber und Wilhelm Heitzer als Sprecher der Gewerkschaften, trotz einiger Erfolge bei der Dämpfung der Kosten müsse künftig das Angebot an gesundheitlicher Leistungen durch den Gesetzgeber besser gesteuert werden, weil sonst die Beiträge um bis zu drei Prozentpunkte auf dann über 15 Prozent wachsen würden.

Die Erhöhung der Beitragseinnahmen aufgrund der dafür maßgeblichen Steigerung der Grundlohnsumme um jährlich rund vier Milliarden Mark müßte nach den Worten der Sprecher ausreichen, um den Versicherten auch weiterhin eine qualitativ hochwertige Versorgung sicherzustellen. Es werde darauf ankommen, qualitatives Wachstum statt der bisher so häufigen rein mengenmäßigen Ausdehnung der Leistungen zu erreichen.

Freundlicher zu Ausländern

AP, Bonn

Das Ausländerrecht in der Bundesrepublik muß nach Ansicht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen, Liselotte Funcke, vereinheitlicht werden. Als eine Basis für die erforderliche Diskussion legte Frau Funcke gestern in Bonn eine Dokumentation „Ausländerrecht der Bundesländer" über die unterschiedlichen Bestimmungen in den einzelnen Bundesländern vor. Die Dokumentation ist vor allem für Beratungsstellen gedacht. Sie kann bei der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen in Bonn (Postfach 140280) kostenlos angefordert werden.

Frau Funcke dankte vor allem den Kirchen für ihr Engagement um die Integration der Ausländer. Dies habe dazu geführt, daß das Thema „Ausländerfeindlichkeit" nicht mehr in den Schlagzeilen erscheine. Die Bundesbürger seien ausländerfreundlicher geworden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

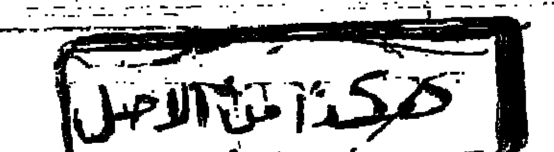
Konferenz über Neurowissenschaft

DW. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat zu einer internationalen Wissenschaftlerkonferenz zum Thema „Neurowissenschaft und Ethik" in die Bundesrepublik Deutschland eingeladen. Der Kanzler wird die Teilnehmer zur Eröffnung der Konferenz am 21. April im Bundeskanzleramt empfangen.

Die Einladung des Bundeskanzlers knüpft an die Tagungen „Lebenswissenschaften und Menschheit" in Japan 1984 und „Bioethik" im Jahre 1985 in Frankreich an. Die Veranstaltung in der Bundesrepublik, die von der Max-Planck-Gesellschaft auf Gut Jakobsberg bei Boppard ausgerichtet wird, soll speziell den Neurowissenschaften und der Neuromedizin gewidmet sein.

Mit der Einladung zu dieser Konferenz will die Bundesregierung rechtzeitig auf internationaler Ebene zu einer Klärung der anstehenden Fragen beitragen. Die Bundesregierung erhoffe sich eine „Verbesserung der Chancen im Kampf gegen Krankheit und Leid". Die Neurowissenschaften hätten in den letzten Jahrzehnten bemerkenswerte Fortschritte erzielt. Dennoch wisse man bis heute über kein Organ so wenig wie über das menschliche Hirn. Es sei erforderlich, die Forschungen auf dem Gebiet der Neurowissenschaften und Neuromedizin noch intensiver zu betreiben.



Der Artukovic-Prozeß wirft viele Fragen auf

Sorge um Verschärfung der nationalen Probleme Jugoslawiens

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Zwei Polizisten führten zu Beginn des Prozesses ein menschliches Wrack in den Gerichtssaal. Den fast 87jährigen Andrija Artukovic, der von den USA an Jugoslawien ausgeliefert worden war und der nun in der kroatischen Landeshauptstadt Zagreb wegen Mordes und Kriegsverbrechen, begangen an der Zivilbevölkerung und an Kriegsgefangenen, vor Gericht steht. Zur Verhandlung kommen allerdings nur jene Anklagepunkte, derentwegen er von den USA – wo er seit 1948 relativ unbehelligt gelebt hatte – den Belgrader Behörden übergeben wurde.

Artukovic, Jahrgang 1899, war Justiz- und Innenminister des „unabhängigen Staates Kroatien" während des Zweiten Weltkriegs. Zugleich war er mit dem „Poglavnik" (Führer) Ante Pavelic einer der höchsten Funktionäre der Ustascha-Bewegung – einer extrem nationalistischen, mit italienisch-faschistischen aber autoritär-katholischen Ideen operierenden Untergrundorganisation Kroatiens. Das Regime, das sich nach der Eroberung Jugoslawiens durch deutsche und italienische Truppen in Kroatien etablierte, zeichnete sich durch eine mörderische Verfolgung von Serben und Juden aus. Das letztere wurde Artukovic in Amerika schließlich zum Verhängnis.

Angeklagter straffähig?

Nachdenkliche Jugoslawen blikken aus vielerlei Gründen mit gemischten Gefühlen auf das Verfahren. Einen 87jährigen sklerotischen Greis vor Gericht zu stellen, ist fragwürdig, nicht weil der Mann unschuldig ist, sondern weil man an einem Menschen dieses Lebensalters im Grunde keine Gerechtigkeit und nicht einmal mehr eine Strafe vollziehen kann. Sollte man an ihm nicht die in Jugoslawien immer noch in voller Geltung stehende Todesstrafe vollstrecken, sondern ihn altershalber begnadigen, dann wird bei den Angehörigen der Täter und der Opfer – beide gab es auf jugoslawischem Boden während des Zweiten Weltkrieges in reichem Maße – die Frage gestellt, warum viel kleinere Fische als er seinerzeit gnadenlos hingerichtet wurden.

Justiz nicht unparteiisch

Im übrigen sitzen die jugoslawischen Kommunisten hier über einen ihrer Bürgerkriegsgegner zu Gericht, so daß von einer unparteiischen Justiz kaum die Rede sein kann. Einzelne begleitende Töne aus Zagreb zu diesem Prozeß verursachen Unbehagen: Etwa wenn Artukovic in der größten Parteizeitung des Landes als „Germanophiler" (also als Freund der Deutschen) bezeichnet und gleichzeitig in offiziellen Publikationen immer wieder seine enge Verbindung zur katholischen Kirche herausgestrichen wird.

Sollte der Prozeß gegen Artukovic so geführt werden, daß er die Kluft zwischen Serben und Kroaten vergrößert und bei den Opfern von damals (oder ihren Nachkommen) neue Wunden aufreißt, dann wäre das ein für die Interessen des jugoslawischen Gesamtstaates im Grunde kontraproduktives Resultat, vor allem angesichts der Tatsache, daß Jugoslawien ohnedies genug mit nationalen Problemen zu kämpfen hat.

Die Ermordung zahlreicher „andersgläubiger" Serben durch den Ustascha-Staat ist eine Tatsache, an der nicht zu rütteln ist. Aber auch die kommunistische Seite führte einen erbarmungslosen Krieg mit Massenerschießungen und gnadenloser Verfolgung ihrer politischen Gegner. Der Prozeß in Zagreb dürfte also über die entsetzlichen Jahre des Zweiten Weltkriegs auf dem Balkan nichts zutage fördern, was nicht ohnedies bekannt ist. Im übrigen kommt er um mindestens 20 Jahre zu spät.

1985 mehr als 1000 Hinrichtungen

AP, Bern

1985 sind nach einer Statistik der Gefangenenhilfsorganisation „amnesty international" (ai) in 44 Ländern 1125 Menschen hingerichtet worden. Viele Todesurteile seien nach fragwürdigen Prozessen vollstreckt worden. „ai" vermutet zudem eine hohe Dunkelziffer, da Hinrichtungen und Todesurteile von vielen Regierungen nicht bekanntgegeben und vertuscht würden. „ai" nennt das Beispiel Irak mit lediglich 19 von der Regierung bestätigte Hinrichtungen, während dem Vernehmen nach Hunderte von Personen für kriminelle und politische Vergehen hingerichtet worden sind.

Desmond Tutu zum Erzbischof gewählt

epd, Kapstadt

Der schwarze anglikanische Bischof von Johannesburg, Desmond Tutu (54), ist gestern zum Erzbischof von Kapstadt und Oberhaupt der Anglikanischen Kirche in Südafrika gewählt worden. Tutu setzte sich mit zwei Drittel Mehrheit gegen die Gegenkandidaten durch, darunter den weißen Bischof von Natal, Michael Nattull. Der bisherige Amtsinhaber, der weiße Theologe Philip Russell, geht in den Ruhestand. Tutu tritt voraussichtlich im September sein neues Amt an. Die Anglikanische Kirche in Südafrika (26 Millionen Einwohner) hat rund zwei Millionen Mitglieder, von denen 80 Prozent Schwarze sind.

Gegenkonferenz zur KSZE in Bern

„Internationale des Widerstands" weist auf Menschenrechtsverstöße im Ostblock hin

ALFRED ZÄNKER, Bern

Im Berner Bellevue-Hotel begann gestern das Sondertreffen der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE). Die Tagung, an der Delegationen aus 33 europäischen Ländern sowie die Vereinigten Staaten und Kanada teilnehmen, wird bis zum 26. Mai dauern. Sie soll überprüfen, ob die in der Schlußakte von Helsinki festgelegten Vereinbarungen eingehalten werden und besonders durch bilaterale Gespräche Bedingungen geschaffen werden, „menschliche Kontakte" zwischen Ost und West zu erleichtern und zu verbessern.

Deutsche für Öffentlichkeit

Schon bei den Vorgesprächen hatte es hartnäckige Meinungsverschiedenheiten über die zu befolgende Tagesordnung gegegeben. Die Uhr mußte Montag Mitternacht angehalten werden, um den letzten Vorbereitungstag zu verlängern. Die Meinungen gehen vor allem in einer grundsätzlichen Frage auseinander. Während der Westen unter amerikanischer Führung darauf besteht, daß wenigstens die Eröffnungserklärungen der Delegationen und die Schlußsitzung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, wollen die Staaten des Warschauer Paktes möglichst ganz hinter verschlossenen Türen über Menschenrechtsfragen sprechen.

Die deutsche Delegation unter Führung von Botschafter Eickhoff erstrebt einen „angemessenen, begrenzten Grad von Öffentlichkeit", denn hier geht es um „Themen, die für Millionen von Familien in der Bundesrepublik von enormem Interesse sind". Die Eröffnungserklärungen, die etwa zweieinhalb Tage beanspruchen werden, dürften von den westlichen Delegationen auf jeden Fall bekanntgegeben werden.

Danach sollen sich die Experten unter Ausschluß der Öffentlichkeit in zwei Gruppen mit Einzelthemen befassen. Zum Themenkreis der ersten Gruppe gehören Verwandtschaftsbesuche, Zusammenführungen getrennter Familien und Eheschließungen zwischen Bürgern verschiedener Staaten. In der zweiten Arbeitsgruppe soll über den privaten und beruflichen Reiseverkehr, über Begegnungen der Jugend, Sportveranstaltungen, Tourismus und Erleichterungen für Kontakte zwischen Institutionen, Organisationen und Vereinigungen gesprochen werden.

Die Länder des Warschauer Paktes bestehen darauf, daß Fragen des Reiseverkehrs zusammen mit den Familienproblemen in der ersten Gruppe erörtert werden. Das hätte für sie den Vorteil, daß weniger Zeit für die besonders umstrittenen und eher peinlichen Fragen der Zusammenführung von Familien übrigbliebe.

Aufruf Schtscharanskis

Inzwischen hat in Bern auch eine „Gegenkonferenz" zum KSZE-Treffen unter Vorsitz des in Frankreich im Exil lebenden polnischen Schriftstellers Mark Halter und des russischen Bürgerrechtlers Wladimir Bukowski begonnen. Veranstalter sind die in Paris beheimatete „Internationale des Widerstandes" und das amerikanische Sacharow-Institut. Ziel dieser dreitägigen Veranstaltung ist es, die Aufmerksamkeit der Welt auf zahlreiche Verstöße der Ostblockstaaten gegen die Menschenrechte zu lenken und Zeugen aus diesen Ländern anzuhören.

Unter den Teilnehmern und schärfsten Kritikern der Sowjetunion befinden sich auch der französische Schauspieler Ives Montand und der Dramatiker Eugène Ionesco sowie James Baldwin aus den Vereinigten Staaten. Montand zitierte einen Aufruf Anatoli Schtscharanskis, der die „Gegenkonferenz" aufforderte, noch stärkeren Druck auf die Sowjetunion zur Verbesserung der Menschenrechte auszuüben.



Reagan ringt um Mittel für „Contras"

Verzögerungstricks im Parlament / Vorwürfe in Medien gegen Rebellen und Sandinisten

FRITZ WIRTH, Washington

Die parlamentarische Schlacht um die Finanzhilfe in Höhe von 100 Millionen Dollar für die „Contras" in Nicaragua ging gestern in die zweite Runde. Präsident Reagan mahnte das Repräsentantenhaus, die Entscheidung nicht noch weiter hinauszuschieben. Außenminister Shultz sprach in einem Vortrag über Demokratisierung in der Welt in der Universität von Kansas vom Regime in Nicaragua als einem „Krebsgeschwür, das wir entfernen müssen".

Washington warnt

In der ersten Abstimmung hatte das Repräsentantenhaus das Hilfspaket, das 70 Millionen Dollar für Militärhilfe und 30 Millionen Dollar für humanitäre Zwecke vorsieht, mit einer Mehrheit von zwölf Stimmen abgelehnt. Der Senat dagegen hatte wenig später ein leicht abgeändertes Programm mit 53 gegen 47 Stimmen akzeptiert. Es sieht vor, daß 25 Millionen Dollar dieses Pakets unverzüglich an die „Contras" überwiesen werden und Militärhilfe einschließt, während der Rest bis zum 1. Juli storniert wird. Bis dahin soll versucht werden, mit dem Sandinisten-Regime einen ernsthaften Dialog aufzunehmen. Sollten diese Bemühungen scheitern, würden die restlichen 75 Millionen an die „Contras" freigegeben.

Seither haben sich die Dinge leicht geändert. Die Sache der Sandinisten im Kongreß nahm Schaden durch das Eindringen ihrer Streitkräfte in das Territorium von Honduras bei der Verfolgung von „Contra"-Rebellen, eine Maßnahme, die viele Gegner dieses Hilfsprogramms unter den Demokraten im Repräsentantenhaus kompromittierte. Außerdem hat die Rolle der Sandinisten bei den letzten Gesprächen der Contadora-Gruppe Verärgerung ausgelöst.

Andererseits hat das Ansehen der „Contras" durch Berichte gelitten, wonach die Rebellen-Organisation in Rauschgift- und Waffenschmuggel verwickelt sei, was das amerikanische Außenministerium am Wochenende zur Warnung an die „Contras" veranlaßte, jede amerikanische Hilfe an ihre Organisation würde gestoppt, wenn sich diese Anschuldigungen als wahr herausstellen würden. Außerdem haben Berichte Verärgerung im Repräsentantenhaus ausgelöst, der amerikanische Geheimdienst CIA habe den „Contras" Gelder in Höhe von 1,5 Millionen Dollar für politische Zwecke zukommen lassen, was gegen bisherige Auflagen des Kongresses verstößt.

Insgesamt liegen dem Repräsentantenhaus in der Debatte drei Änderungsanträge vor, von denen einer jegliche direkte Hilfe an die „Contras" ausschließt. Zur Stunde sieht es so aus, daß das Haus am Ende der Debatte am Mittwoch abend im Prinzip einer Finanzhilfe an die „Contras" zustimmen wird, die jedoch vor allem im militärischen Bereich durch strikte politische Auflagen begleitet werden dürfte.

O'Neills letztes Gefecht

Starke Verärgerung hat im Weißen Haus jedoch die Tatsache ausgelöst, daß sich der Sprecher des Hauses, Thomas O'Neill, zur Debatte der „Contra"-Hilfe einen parlamentarischen Trick einfallen ließ, indem er die „Contra"-Hilfe an ein anderes Auslandshilfsprogramm in Höhe von 1,7 Milliarden Dollar ankoppelte, was nicht nur die gesamte Abstimmungsprozedur für die Öffentlichkeit höchst verwirrend macht, sondern voraussichtlich zur Folge haben wird, daß das Hilfsprogramm für die „Contras" um Wochen oder gar Monate verzögert wird.

Reagan hatte stets darauf gedrängt, daß die Finanzhilfe den „Contras" so schnell wie möglich zukommen müsse, um sie vor Verlusten im Kampf gegen die hoch überlegenen Sandinisten zu bewahren. Thomas O'Neill ist ein entschiedener Gegner des Hilfsprogramms für die „Contras". Sein Kampf gegen diese Maßnahmen ist sein letztes großes außenpolitisches parlamentarisches Gefecht gegen Reagan, bevor er im Herbst in den Ruhestand tritt.



Seit fast zwölf Jahren ist Zypern eine geteilte Insel. Weder Griechen noch Türken sind zum Einlenken bereit FOTO: HIRES/STUDIO X

Zyperns Türken sind von Ankaras Hilfe abhängig

E. ANTONAROS, Nikosia

Hassan, der Polizist in der Grenzstation auf der türkischen Seite der Demarkationslinie, die die Mittelmeerinsel Zypern durchläuft und seit bald zwölf Jahren in zwei voneinander abgeschirmte Zonen trennt, ist von seinen Kollegen im griechischen Inselsüden äußerlich kaum zu unterscheiden. Er trägt die gleiche makellos sitzende dunkelblaue Uniform, ist ebenfalls von den Briten ausgebildet worden – und spricht ein erstaunlich gutes Griechisch.

Aber dabei hört es mit den Gemeinsamkeiten auf. Denn anders als Zyperns Griechen hält Hassan von einem künftigen Zusammenleben der beiden Volksgruppen nicht viel: „Es ist einfach zu viel Blut geflossen. Die Wunden sind noch offen."

Ähnlich denken viele der insgesamt 140 000 Inseltürken. Ihnen ist es nicht besonders angenehm beim Gedanken, daß eine Regelung der Zypern-Frage die Beseitigung des Schlagbaums an der Grenze, die Gewährung der Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit an die Griechen zur Folge haben könnte.

Gegenwärtig ist die Diskussion darüber besonders lebhaft, weil der UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar einen neuen Friedensplan vorgelegt hat, der bei den Griechen auf wenig Gegenliebe stößt und nach Ansicht der Inseltürken „zu viele vitale Fragen" unbeantwortet läßt.

Friedensplan abgelehnt

„Wir wären froh, wenn die Griechen den Plan ablehnten. Dann wäre unsere internationale Position gestärkt", meint ein Gesprächspartner. Ihren Staat, die „Türkische Republik von Nordzypern", haben die Türken schon seit November 1983. Aber mit Ausahme der Türkei ist sie von keinem Staat anerkannt worden, vielleicht weil sich Volksgruppenführer Rauf Denktasch nicht besonders darum bemüht hat. Wahrscheinlich will er die Tür nicht ganz schließen.

Den Inselgriechen ist zwar nicht auszureden, daß die Inseltürken die „ewige Trennung" wollen. Doch anders als der Mann von der Straße, dem die Isolation seines Teilstaates gar nicht so lästig zu sein scheint, sind die Politiker pragmatischer. „Wir wollen eine Regelung. Daher werden wir wahrscheinlich der Friedensinitiative der UNO, wenn auch mit gewissen Vorbehalten, zustimmen", sagt Denktaschs Regierungssprecher Oktay Öksüzoglu.

Der Süden floriert

Diese Erklärung ist kein hohles Lippenbekenntnis. Denn nach bald zwölf Jahren selbständiger Existenz wissen die Inseltürken, daß ihr Staatsgebilde kaum auf eigenen Beinen stehen kann.

Die Hälfte des Staatshaushalts wird jährlich von Ankara zugeschossen, das nun im Rahmen von Sparmaßnahmen diese immense Finanzhilfe stark reduzieren will.

Während der Süden erstaunlich floriert und beneidenswerte Wachstumsraten erzielt, steckt Nordzypern, der wohlgemerkt einst reiche Inselteil, in einer Dauerkrise. Die Schuld an ihrer Misere geben die Inseltürken weitgehend den Griechen im Süden. In der Tat benutzen die international anerkannten Hellenen ihr Alleinvertretungsrecht als politisches Druckmittel, um die Türken zu Konzessionen zu zwingen.

„Wir sind ärmer, aber sicherer geworden", meinen viele Inseltürken. Diese Sicherheit wird von etwa 20 000 türkischen Soldaten gewährleistet, die im Norden stationiert sind. Ihrem bedingungslosen Abzug will Denktasch keineswegs zustimmen. Auch wollen die Türken nicht darüber diskutieren, daß das türkische Mutterland künftig seine Rolle als Garantiemacht aufgeben soll. Dazu ein hoher Beamter: „Die türkischen Garantien sind sozusagen unsere Lebensversicherung." (SAD)

WELT-Interview mit dem Schriftsteller und Ostexperten Wolfgang Leonhard



Der Schriftsteller Wolfgang Leonhard schreibt und lehrt an der amerikanischen Yale-Universität über die Sowjetunion und das kommunistische System. Mit dem Buch „Die Revolution entläßt ihre Kinder" wurde er berühmt.

Wolfgang Leonhard, heute 65 Jahre alt, ist Zeitzeuge einer folgenschweren Entwicklung in Deutschland. 1945 kam er – in der Sowjetunion erzogen – mit Walter Ulbricht nach Berlin. Vier Jahre später wandte er sich vom Stalinismus, von der Unterdrückung, ab und floh über Jugoslawien in die Bundesrepublik. Leonhard schreibt und lehrt über die Sowjetunion und das kommunistische System. Der angesehene Sachkenner gibt Vorlesungen an der amerikanischen Universität Yale. Das folgende Interview in der WELT informiert über einen außerordentlichen Lebensweg, über eine ununterbrochene Auseinandersetzung mit dem politischen Stoff der Zeit. „Die Revolution entläßt ihre Kinder" hieß das Buch, das den Autor 1955 berühmt machte. „Der Schock des Hitler-Stalin-Paktes" (Herder Verlag 1986) lautet sein jüngstes. Was Wolfgang Leonhard schildert, hat er persönlich erlebt. Was er im Gespräch mit Herbert Kremp zur Gegenwart, zur Bundesrepublik Deutschland sagt, besitzt das Gewicht der Erfahrung.

„Ich wünsche uns ein demokratisches Selbstbewußtsein"

WELT: Wenn Sie auf Ihre Jugend zurückblicken: Wie wird man Kommunist? Haben Sie sich damals für den „neuen Menschen" des Kommunismus entschieden, oder wollten Sie gegen den Nationalsozialismus in Deutschland kämpfen?

Leonhard: Beides. Als junger deutscher Emigrant war ich damals in Moskau vor allem vom Kampf gegen die Nazi-Diktatur in Deutschland durchdrungen. Aber auch vom Kampf gegen den internationalen Faschismus, wobei zum Beispiel der Bürgerkrieg in Spanien eine entscheidende Rolle spielte. Damals war ich noch der Überzeugung, die Sowjetunion stünde an der Spitze dieses Kampfes.

Gleichzeitig sah ich in der Sowjetunion das einzige Land des Sozialismus. Für mich war das damals ein Land der höheren Gesellschaftsordnung. Trotz aller deutlich sichtbaren Mängel und Schwierigkeiten, trotz der immer schärfer werdenden Unterdrückung glaubte ich noch daran, die Sowjetunion werde im weiteren Verlauf eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und ohne Unterdrückung schaffen. Im Rahmen dieses Glaubens stand auch die Hoffnung auf einen völlig neuen Menschen. Man muß daran denken, daß dies Mitte der dreißiger Jahre war – also vor etwa einem halben Jahrhundert.

WELT: Ihre Mutter, mit der Sie in die Sowjetunion emigrierten, wurde ein Opfer des Stalinismus: 1937 wurde sie nach Sibirien verbannt. Welche Gefühle hat das in dem damals 16jährigen hervorgerufen?

> *Wir hatten auch nicht die Vorstellung, daß Deutschland ein sozialistisches Land oder gar ein Land sowjetischer Prägung werden würde. Das wurde abgelehnt, und gerade diese Ablehnung verführte mich zu der Hoffnung, man werde vielleicht doch einen eigenständigen Weg gehen dürfen. Eine Hoffnung, die sich später natürlich als Illusion erwies.*

Leonhard: Es mag kaum glaubhaft klingen, aber es ist wahr: Meine Freunde und ich, von denen ja die meisten ihre Eltern durch Verhaftung verloren hatten, versuchten selbst nach der Verhaftung der eigenen Mutter oder des eigenen Vaters immer noch eine Rechtfertigung des Regimes gewissermaßen auf höherer Ebene zu finden. Wir waren alle davon überzeugt, und zwar zu Recht, daß unsere Eltern vollkommen schuldlos und zu Unrecht verhaftet waren – selbst nach den sehr harten sowjetischen Normen. Trotzdem hielten wir es für notwendig, nach irgendeiner Erklärung für diese Ungerechtigkeiten zu suchen. Wir rätselten fast verzweifelt nach einer Rechtfertigung. Gewiß bekam ich durch die Verhaftung meiner Mutter und durch die große Säuberung meine ersten Zweifel am Sowjet-Kommunismus. Aber es dauerte dann noch weitere elf Jahre, ehe ich mich zum Bruch entschloß.

WELT: Während dieser elf Jahre haben Sie 1945 den Flug nach Berlin angetreten. Wieso gehörten Sie zur Gruppe Ulbricht? Was war das?

Leonhard: Das kann ich nicht eindeutig und klar beantworten. Wer damals die Auswahl der ersten zehn deutschen Emigranten für die Gruppe Ulbricht bestimmte, wie, wann und wo es zu diesem Beschluß kam, dies wurde uns damals nicht gesagt und läßt sich auch nachträglich nicht einwandfrei feststellen. Im Apparat der Sowjetunion – vor allen Dingen unter Stalin – erfuhr ja jeder Funktionär immer nur das Mindestmaß dessen, was er zur Verwirklichung der von ihm geforderten Aufgaben brauchte. Kein Wort mehr.

Von einer Gruppe Ulbricht hörte ich zum erstenmal Anfang April 1945. Einige Tage später war dann von einer zweiten Gruppe namens Ackermann und einer dritten Gruppe Sobottka die Rede. Aber immer noch wußten wir nicht, wer zu welcher Gruppe gehörte und welche konkreten Aufgaben man im Rahmen dieser Gruppe zu erfüllen hätte. Zu Beginn der zweiten April-Hälfte fand dann ein Treffen mit Walter Ulbricht statt.

Dort stellten wir zum erstenmal fest, wer nun eigentlich die zehn Mitglieder der Gruppe Ulbricht waren. Die Älteren kannten sich meistens. Mir dagegen, dem jüngsten Mitglied, waren einige der Anwesenden vorher nicht persönlich bekannt gewesen. Ich war damals 24 und hatte als einziger keine langjährige Parteitätigkeit aufzuweisen. Wahrscheinlich war ich in die Gruppe aufgenommen worden, weil ich in der Sowjetunion aufgewachsen war, die Kominternschule absolviert hatte, und zwar sehr gut, fließend russisch sprach und als „Nachwuchs-Funktionär" galt.

WELT: Hat für Sie damals der Gedanke an die deutsche Nation eine Rolle gespielt?

Leonhard: Ja, aber das stand nicht im Vordergrund. Wir gingen damals geradezu automatisch von einem zukünftigen einheitlichen Deutschland aus. An eine Spaltung in unterschiedliche Zonen oder gar in Staaten dachte niemand. Wir glaubten an eine langfristige Besetzung Deutschlands durch die Siegermächte. Aber unser ganzes Denken war darauf gerichtet, eine antifaschistische, demokratische Umwälzung zu vollziehen, wobei man sich vorstellte, daß am Ende die deutschen Antifaschisten eine selbständige politische Rolle spielen würden.

Wir hatten auch nicht die Vorstellung, daß Deutschland ein sozialistisches Land oder gar ein Land sowjetischer Prägung werden würde. Das wurde abgelehnt, und gerade diese Ablehnung verführte mich zu der Hoffnung, man werde vielleicht doch einen eigenständigen Weg gehen dürfen. Eine Hoffnung, die sich später natürlich als Illusion erwies.

WELT: Der Flug nach Berlin – was wurde während des Fluges gesprochen? Wie wirkte Ulbricht, der ja mit im Flugzeug saß, auf Sie? Hat er sich über seine Ziele geäußert?

Leonhard: Der Flug der ersten zehn deutschen Emigranten begann am 30. April 1945. Wir trafen uns um sechs Uhr früh vor dem Eingang des Hotels Lux in Moskau. Dort wurden wir mit einem Autobus zum damaligen Moskauer Flughafen gebracht. Wir gingen durch einen Seitengang, ohne die üblichen Kontrollen. Ulbricht war offensichtlich avisiert worden, und wir bestiegen eine amerikanische DC 3, den berühmten Transporter während des Krieges. Nach einer Zwischenlandung in Minsk erreichten wir einen Militärflugplatz nahe der Oder/Neiße-Linie.

Der Flug verlief äußerst eigentümlich. Wir zehn saßen schweigend im Flugzeug. Spannung, Rührung oder Freude darüber zu zeigen, daß wir nun endlich nach Deutschland zurückkehrten, das war uns längst abhanden gekommen. Das galt damals auch als inopportun. Außerdem wußte ja mit Ausnahme von Ulbricht niemand von uns, wo wir landen würden, was wir in Deutschland zu tun hätten und wie lange wir dort bleiben würden. Wir wußten nur, daß es sich um eine politische Arbeit im Bereich der Truppen Marschall Schukows handeln sollte. Mehr wußten wir nicht. Fragen an Ulbricht über unsere künftige Arbeit oder unser zukünftiges Schicksal zu stellen, kam niemandem in den Sinn.

Ulbricht hätte sie nicht beantwortet. So wurde eigentümlicherweise nur über Belanglosigkeiten gesprochen, und die meiste Zeit saßen wir schweigend da, ohne uns miteinander zu unterhalten. An meine eigenen Gefühle erinnere ich mich noch ganz genau. Ich hielt mich selbstverständlich zurück, aber innerlich war ich freudig erregt, voller Spannung und Hoffnung, nach all diesen Jahren endlich wieder nach Deutschland zurückzukehren.

Ich war kein „150prozentiger" Stalinist. Schon seit 1936, seit der großen Säuberung, hatte ich sehr viele kritische Gedanken gehegt, aber während dieses Fluges nach Deutschland waren diese Gedanken etwas in den Hintergrund getreten. Ich hoffte auf eine relative Selbständigkeit der politischen Entwicklung in Deutschland, und ich hoffte sogar, daß in der Sowjetunion selbst nach Kriegsende eine gewisse liberalere, freiheitlichere Richtung eingeschlagen werden würde. Dies waren die Illusionen des Jahres 1945. Und ich glaube, man sollte heute an diese damaligen Illusionen erinnern.

WELT: Welche Erfahrungen haben Sie mit Ulbricht gemacht? Dachte er an die Zukunft Deutschlands oder war er nichts anderes als ein sowjetischer Funktionär?

Leonhard: Ulbricht war zweifellos der Chef der Gruppe. Er war besser informiert als die anderen. Er hatte das absolute Vertrauen der sowjetischen Stellen, vor allem der politischen Hauptverwaltung der sowjetischen Streitkräfte. Ich dolmetschte, wenn er sich mit Marschall Schukow traf. Er versuchte stets, alle Direktiven aus Moskau in die Tat umzusetzen. Ich glaube, daß Walter Ulbricht sich damals in erster Linie als der Mann Moskaus und höchstens in zweiter Linie als deutscher Kommunist fühlte.

WELT: Sie waren Augen- und Ohrenzeuge. Wie gingen die Sowjets, wie ging Marschall Schukow mit dem Deutschen Ulbricht um?

Leonhard: In diesen höheren Kreisen ging es stets höflich zu. Davon unterschied sich völlig der Umgangston auf der unteren Ebene, etwa zwischen örtlichen Kommandanten und deutschen Kommunisten oder auch anderen deutschen Antifaschisten. Oben war man doch etwas höflicher, wenn auch bestimmt. Es war üblich, in der Ich-Form zu sprechen, wenn es sich um Fragen handelte, die noch nicht endgültig geklärt waren, und die Wir-Form zu benutzen, wenn man dem Gesprächspartner die Parteilinie klarzumachen hatte.

Von einer Teilung Deutschlands wurde nicht gesprochen. Obwohl schon in den ersten Wochen nach dem Mai 1945 klar war, daß sich unterschiedliche Entwicklungen anbahnten, ging man noch bis Ende des Jahres von einer künftigen Einheit Deutschlands aus.

WELT: Stellten die Sowjets sich damals ein vereintes Deutschland unter ihrem Einfluß vor?

Leonhard: Ja, man ging davon aus, daß es sich zuächst um eine antifaschistisch-demokratische Republik handeln würde. Allerdings nicht auf der Grundlage parlamentarischer Mehrheiten wie in der Weimarer Republik. Der Unterschied zu Weimar wurde immer deutlich gemacht. Man benutzte verschwommene Begriffe wie „reale Demokratie". Es ging ganz offensichtlich darum, im Rahmen eines parlamentarischen Systems Machtapparate aufzubauen, die Deutschland ganz vorsichtig und schrittweise in ein System sowjetischer Prägung überführen würden.

WELT: Wann lernten Sie Herrn Honecker kennen?

Leonhard: Sehr bald nach unserer Ankunft. Die Gruppe Ulbricht war nach den ersten Tagen in Bruchmühle, in Friedrichsfelde, Prinzenallee 80, im Ostteil Berlins. Wenige Tage später kam der Lastwagen mit den „Brandenburgern", den ehemaligen Insassen des Zuchthauses Brandenburg. Mit diesen Leuten traf Honecker bei uns ein. Er selbst hat die Szene in seinen Memoiren „Aus meinem Leben" geschildert und das Zusammentreffen mit der Gruppe Ulbricht als einen der wichtigsten Tage seines Lebens bezeichnet.

> *Kein nationalistisches Gefühl, und schon gar keine Überheblichkeit, aber ein echtes Selbstbewußtsein, verbunden mit dem Stolz, was man durch demokratische Anstrengungen doch erreicht hat. Das demokratische Selbstbewußtsein sollte, wie ich meine, auch im Verhältnis zu den verantwortlichen Führern der Ostblockstaaten zum Ausdruck kommen. Ich weiß nicht, warum es viele Menschen gibt, die immer noch mit dem Büßerhemd herumlaufen.*

WELT: Hat es in der Folge Spannungen zwischen Honecker und Ulbricht gegeben?

Leonhard: Nein – bei dem ersten Treffen war natürlich Ulbricht der absolut Überlegene, es ging darum, wer für die sogenannte Jugendarbeit verantwortlich sein sollte. Zur Diskussion stand Peter Florin, der heutige Vertreter der DDR in New York, der in der Sowjetunion aufgewachsen war und den ich dort gut kannte. Zur Diskussion stand auch Heinz Keßler, der heutige Verteidigungsminister, ein deutscher Soldat, der während des Krieges übergelaufen war, und schließlich Erich Honecker. An diesem Gespräch habe ich teilgenommen. Ulbricht fragte Honecker in seiner üblichen Art etwas aus, aber man merkte schon, daß er in dem „Brandenburger" den zukünftigen Jugendführer sah. Schließlich wurde Honecker zum Leiter der sogenannten antifaschistischen Jugendausschüsse für die gesamte Zone ernannt. Ostern 1946 wurde dann die FDJ, die Freie Deutsche Jugend, gegründet und Honecker ihr Führer.

Ich habe Erich Honecker in diesen Jahren wiederholt getroffen, auch seine damalige Frau Edith Baumann, habe aber keinen sehr engen Kontakt mit ihm gehabt. Er erschien mir als ein Funktionär, der geradezu automatisch die Parteilinie vertrat, aber dies in einer unbefangeneren und etwas jugendgemäßeren Form tat als der sehr verkrampfte Ulbricht. Es war allgemein bekannt, daß Erich Honecker immer, zu jeder Zeit und in jeder Frage, Ulbricht unterstützte.

WELT: Honecker wird ja heute in der Bundesrepublik Deutschland als eine Art von deutscher Autorität betrachtet, wenn nicht sogar als Patriot. Hatte er damals patriotische Gedanken?

Leonhard: Ich habe das nicht erlebt. Aber auch andere, die ihn näher kannten, haben davon nie gesprochen. Ich sehe Honecker als einen für die Ostblock-Regime typischen Funktionär an. Ich sage das ohne jeglichen negativen Unterton, als Feststellung. Er war ein Funktionär und wurde später Führer eines nach sowjetischem Vorbild aufgerichteten bürokratisch-zentralistischen Machtsystems. In den letzten Jahren stellte er, gefördert von der DDR-Führung, nationale Traditionen stark heraus: Friedrich den Großen, Bismarck, Luther. Das ist interessant, das sollte beobachtet werden, aber man sollte dabei auch nicht außer acht lassen, daß es sich hier auch um den Versuch eines Regimes handelt, sich eine nationale Legitimation, eine Tradition zu verschaffen, um darüber hinwegzutäuschen, daß ein solches Regime über keine demokratische Legitimation verfügt.

WELT: Was empfanden Sie am letzten Tag in der „DDR", bevor Sie nach Jugoslawien reisten, um nie mehr zurückzukehren?

Leonhard: An diesem letzten Tag, am 12. März 1949, befand ich mich in meiner Wohnung im Gebäude der SED-Parteihochschule in Klein-Machnow bei Berlin. Seit Monaten hatte ich bereits innerlich mit dem System der DDR gebrochen und meine Flucht vorbereitet. Es war das Ende einer sehr langen Entwicklung, die während der großen Säuberung von 1936 bis 1938 begonnen und nun zu diesem 12. März 1949 geführt hatte.

Ich konnte nicht mehr. Ich sagte nein, ein klares Nein zu einer bürokratisch-zentralistischen Diktatur, zur Unterordnung unter die Sowjetunion, zu all diesen Ungerechtigkeiten. Ich war eisern entschlossen, selbst auf größte Gefahr hin, nach Jugoslawien zu fliehen, in der Hoffnung, dort an einer Entwicklung des Marxismus mitwirken zu können, die die grauenvollen Methoden des Stalinismus in der Sowjetunion vermeidet.

Ich nahm nur eine kleine Tasche mit Toilettengegenständen mit, es war genau dieselbe Tasche, die ich sonst immer mit mir trug, wenn ich zu einem Seminar oder zu einer Vorlesung ging. Ich ließ einfach alles liegen. Auch wichtige Dokumente. Ich wollte einen eindeutigen Schlußstrich ziehen.

WELT: War die Reise nach Jugoslawien eine Dienstfahrt?

Leonhard: Nein, ich reiste allein, nach Vorbereitungen mit meinen Freunden. Niemand wußte was davon. Offiziell hatte ich erklärt, ich sei auf einer sogenannten Kommandierung – das waren Auftragsreisen der Parteiführung. Sie dauerten manchmal mehrere Wochen, niemand hatte zu fragen, worum es ging. Ich benutzte den Ausdruck Kommandierung, weil ich genau wußte, daß ein paar Tage vergehen würden, bevor die Suche und die Kontrollen einsetzten. Bis dahin hoffte ich schon in Jugoslawien zu sein. Nach einer abenteuerlichen und recht gefährlichen Flucht kam ich 13 Tage später am 25. März, in Jugoslawien an.

WELT: Wie sind Sie dorthin gereist?

Leonhard: Ich bin zunächst in meine zweite Dienstwohnung nach Pankow. Von dort fuhr ich mit einem Freund, dem einzigen, der eingeweiht war, im Wagen bis zur tschechoslowakischen Grenze. Wir verfügten über Geldmittel, ich war ja Funktionär. Wir bekamen Kontakt mit Schmugglern, die Leute gegen eine gewisse Summe illegal über die Grenze brachten. In der Tschechoslowakei erhielt ich etwas tschechoslowakisches Geld, und es gelang mir, bis nach Prag zu kommen. Dort fand ich Verbindung zu oppositionellen Kreisen, die ähnlich wie ich die Hoffnung hatten, Jugoslawien werde den richtigen politischen Weg gehen. Mit Hilfe dieser Tschechen gelangte ich nach Jugoslawien.

Ich habe diese Reise, die den endgültigen Bruch mit dem Ostblock-System bedeutete, niemals bereut. Sie war die wichtigste, die richtige Entscheidung meines Lebens.

WELT: Sie sind 1950 wieder nach Deutschland, diesmal in die Bundesrepublik, zurückgekehrt. Hier leben sie seitdem als Autor, als Professor, als ein Mann, der Auskunft zu geben vermag über Entwicklungen, die er selbst erlebt hat, als Zeitzeuge. Sie beobachten die Bundesrepublik Deutschland. Bereitet Ihnen die Bundesrepublik Deutschland heute Sorgen?

Leonhard: Ja. Ich verstehe dabei unter Sorgen nicht die vielen deutlichen Mängel, die sich im politischen Leben der Bundesrepublik bemerkbar machen – Korruption, Unklarheiten, Versprechungen, die nicht eingehalten werden, die etwas primitive Wahlpropaganda. Das erscheint mir weniger wichtig, denn all das, das muß man ehrlich sagen, gibt es in anderen Demokratien auch. Was mich mehr beunruhigt ist, wie wenig man in der Bundesrepublik zur Kenntnis nimmt, daß hier seit 40 Jahren, länger denn je in der deutschen Geschichte, eine Demokratie herrscht. Daß bei allen Mängeln, die ich nicht verschweige, jetzt die zweite Generation von Deutschen in einer Demokratie lebt und daß dies doch ein unglaublich großer Erfolg ist.

Ich würde mir daher wünschen, daß diese Tatsache stärker ins Bewußtsein gelangt und allmählich ein demokratisches Selbstbewußtsein entsteht. Kein nationalistisches Gefühl, und schon gar keine Überheblichkeit, aber ein echtes Selbstbewußtsein, verbunden mit dem Stolz, was man durch demokratische Anstrengungen doch erreicht hat. Das demokratische Selbstbewußtsein sollte, wie ich meine, auch im Verhältnis zu den verantwortlichen Führern der Ostblockstaaten zum Ausdruck kommen. Ich weiß nicht, warum es viele Menschen gibt, die immer noch mit dem Büßerhemd herumlaufen.

Bei Gesprächen mit maßgeblichen oder weniger maßgeblichen Vertretern der diktatorischen Länder des Ostens haben wir durchaus das Recht, selbstbewußt und fest aufzutreten; denn wir vertreten eine Demokratie, eine demokratische Gesellschaft, während unsere Gesprächspartner Vertreter einer bürokratischen Diktatur sind.

WELT: Die Bundesrepublik Deutschland ist eine rechtsstaatliche Demokratie. Kann sie das Modell eines nationalen Rechtsstaates für alle Deutschen sein?

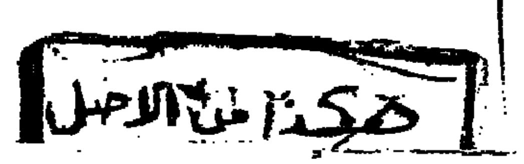
Leonhard: Die demokratischen Erfahrungen der Bundesrepublik sind für den Fall einer in der Zukunft denkbaren Wiedervereinigung keineswegs auszulöschen. Sie sind sehr wichtig. Denn es sind ja die wichtigsten und bedeutendsten Erfahrungen in der deutschen Geschichte. Trotzdem würde ich mir nicht vorstellen können oder auch wollen, daß die DDR-Bevölkerung gegebenenfalls die westdeutschen Verhältnisse und Institutionen einfach pauschal übernimmt. Die von mir erhoffte deutsche Wiedervereinigung stelle ich mir durch ein allmähliches Zusammenwachsen der beiden deutschen Teilstaaten vor, wobei die Liberalisierung und die Demokratisierung der heutigen DDR die entscheidende Voraussetzung ist.

Wem die Wiedervereinigung am Herzen liegt, sollte nicht, wie es zuweilen geschieht, nur auf nationale Traditionen blicken, sondern sich ernsthafte Gedanken über eine Liberalisierung und Demokratisierung der DDR machen. Denn nur dann, wenn Menschenrechte und demokratische Rechte für die DDR-Bürger existieren, kann man ernsthaft das Werk einer Wiedervereinigung beginnen. Wenn dieser Zustand erreicht ist, dann würde ich hoffen, daß die Bevölkerung beider Staaten aufmerksam das aufnimmt, was auf der jeweils anderen Seite geschehen ist. Ein wiedervereinigtes demokratisches Deutschland wird, wie ich es mir vorstelle, sowohl auf den leidgeprüften Erfahrungen der DDR-Bürger als auch auf den demokratischen Erfahrungen und Traditionen der Bundesrepublik beruhen.



Am 30. April 1945 kehrte die erste Gruppe deutscher Kommunisten unter der Führung von Walter Ulbricht von Moskau nach Berlin zurück. Am 4. Mai stieß Erich Honecker zu der Gruppe, kurze Zeit später folgte ihm Willi Stoph. Die altgedienten KP-Funktionäre, auf dem Foto einträchtig vereint, marschierten auf dem Weg zur Machtübernahme getreu dem von Ulbricht propagierten Motto: „Es muß demokratisch aussehen, aber wir, die Kommunisten, müssen alles in der Hand haben.

FOTOS: VISUM, ULLSTEIN



Die westliche Welt bekommt immer mehr Anschluß an China.



Ab 17. 4. fliegt Lufthansa 3mal wöchentlich ab Frankfurt über Karachi nach Peking.



Buchung und Beratung in Ihrem Reisebüro mit Lufthansa Agentur.

Will die SED jetzt den internationalen Klassenkampf nur auf Sparflamme kochen?

Vor dem XI. Parteitag deutet sich eine ideologische Neuorientierung an / Keine „Geschenke“ an die Bevölkerung

Von DIETER DOSE

Am Stoff wurde nicht gespart. Rote Ehrenbanner gab es im Vorfeld des am Donnerstag beginnenden XI. SED-Parteitages in Hülle und Fülle. Auszeichnungen für Betriebe und Institutionen. Fürs volkseigene Strumpfkombinat wie für die „Abteilung Aufklärung“ des *Ministeriums* für Staatssicherheit oder die „DDR“-Botschaft in Damaskus.

Im Stadtkern von Ost-Berlin wurde eine nach SED-Auffassung neue Attraktion enthüllt – Karl Marx und Friedrich Engels zum Anfassen. Marx und Engels in Bronze gegossen, der eine sitzend und der andere stehend. In doppelter Lebensgröße. Warum Engels steht, erläutert die satirische Zeitschrift „Eulenspiegel“ so: „Er will sehen, welche Fortschritte der Wohnungsbau bei uns macht“.

Fortschritte, Errungenschaften, Erfolge – das Thema des Parteitages. Erich Honecker, an dessen Wiederwahl als Parteichef (Generalsekretär) keine Zweifel bestehen, hat es schon seinem Rechenschaftsbericht vorweggenommen und die SED als „erfolgreichste Partei auf deutschem Boden“ klassifiziert. Das wird auch der *Tenor an den fünf Parteitagstagen im* Palast der Republik in Ost-Berlin sein.

Rund 2700 Delegierte von der vielfachen Leichtathletik-Weltrekordlerin bis zum verdienten Rinderzüchter *vertreten die 2,2 Millionen Parteimit*glieder inklusive der Kandidaten beim Parteitag. Jeder sechste „DDR“-Bürger über 18 Jahre gehört der Staatspartei an. Bei den Berufsoffizieren der Nationalen Volksarmee *sind es 99,4 Prozent. Die* Genossenschaftsbauern machen im Arbeiter- und Bauernstaat unter den Parteimitgliedern nur 4,5 Prozent aus und liegen hinter der Intelligenz (22,4 Prozent) klar zurück.

Wer nicht spurt, fliegt

Seit dem X. Parteitag 1981 hat die SED 121 179 neue Mitglieder gewonnen, aber auch 88 000 verloren. Nach *Angaben des „Neuen Deutschland“* gaben 25 000 das Parteibuch zurück, weitere 63 000 wurden ausgeschlossen. Karteileichen, aber auch Opfer von Säuberungen.

Wer nicht spurt, der fliegt. Erich Honecker drückt es weniger kraß aus: „Wir werden uns deshalb von jenen Mitgliedern und Kandidaten der Partei trennen, die nicht bereit sind, die Normen des Parteistatuts unter allen Bedingungen zu erfüllen“.

In den Monaten vor dem Parteitag waren es 5146 Mit*glieder*, die ausgeschlossen oder gestrichen wurden. Nach persönlichem Gespräch mit jedem, ausgenommen jene 430 Genossen, die der Vorladung gar nicht erst folgten. Bei 74,1 Prozent der Gefeuerten oder freiwillig ausgeschiedenen lautete die Begründung: „Keine Bindung zur Partei“.

Nachwuchspro*bleme hat* die *SED* deshalb nicht: *Rechtzeitig vor dem* Parteitag meldete die Freie Deutsche Jugend (FDJ): Soll übererfüllt – statt der versprochenen 100 000 hat die FDJ 107 000 ihrer Mitglieder („Junge Mitstreiter stärken Kampfbund der Kommunisten“) mobilisiert, die ihre Aufnahme in die SED als Kandidaten beantragten.



Rechtzeitig zum Parteitag enthüllt: Marx und Engels in doppelter Lebensgröße FOTO: AP

Personelle Veränderungen sind vom Parteitag nicht zu erwarten. Sogar Politbüro-Senior Erich Mielke (78), Minister für Staatssicherheit, wird ebensowenig seinen Stuhl im höchsten Gremium räumen wie die anderen 17 Mitglieder, von denen weitere sieben schon über siebzig sind. In den Startlöchern aber hockt Ex-FDJ-Chef Egon Krenz (49), um spätestens 1991 Erich Honecker abzulösen.

Auch bei den „Bezirksfürsten“, wie die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen im internen Sprachgebrauch genannt werden, gab es bei den Parteiwahlen in den zurückliegenden Monaten keine Veränderung. Sechs von ihnen bekleideten schon hohe Funktionen in der FDJ, darunter auch der Dresdner Parteichef Horst Modrow, der sich erfolgreich dagegen wehrte, daß das Nobel-Hotel Nummer eins der „DDR“, das „Bellevue“ in Dresden, für den Empfang westlicher Fernsehsender verkabelt wird, während der Normalbürger in Dresden und Umgebung („Tal der Unwissenden“) vom Blick in die Weströhre ausgespart bleibt.

An der Parteibasis gab es in bescheidenem Umfang Auswechselungen von Funktionären. Rund 1500 Sekretäre mußten den Hut nehmen. Relativ wenig bei 58 573 sogenannten Grundorganisationen in Betrieben, Wohnbereichen oder anderen Institutionen.

„Wohlstand – ich schaffe ihn mit“, heißt das Thema der Parteiplakate. Das Erreichte zu loben und um zu neuen „Kraftanstrengungen“ zur Stärkung der Volkswirtschaft anzuspornen, wird es auf dem Parteitag gehen. „Ran an die Arbeit“ – Erich Honecker zitierte es gern und oft. „Gebieterische Notwendigkeit“, so der Partei- und Staatschef, für die „DDR“ sei es, in den nächsten Jahren mit der „Hochtechnologie“ international Schritt zu halten und „auf wesentlichen Gebieten Spitzenpositionen zu erkämpfen“.

„Die Vorzüge des Sozialismus auf neuer Stufe mit der wissenschaftlich-technischen Revolution zu verbinden, nennt der Wirtschaftsexperte im Politbüro und häufige Bonn-Besucher Günter Mittag die auf dem Parteitag vorzunehmende Weichenstellung „bis zum Jahr 1990 mit Blick auf das Jahr 2000“.

Parteitagsgeschenke an die Bevölkerung sind nicht zu erwarten. Hoffnungen auf Senkung des Renten- und Reisealters sind schon vor Wochen von Politbüromitglied Harry Tisch *vom Tisch* gefetzt worden. Preissenkungen, die der Parteitag auch nur vorschlagen könnte, sind illusorisch. Denn Grundnahrungsmittel, Mieten, Verkehrstarife usw. werden mit Milliardenaufwand subventioniert und *entsprechend niedrig gehalten, so* daß der SED-Staat seine Untertanen mit entsprechend hohen Preisen für mittlere und gehobene Konsumgüter zur Kasse bittet.

„Hohe Leistungen“ im Rahmen des Fünfjahrplanes wird der Parteitag auch für die kommenden Jahre von den Bürgern verlangen. Mehr Produktion mit weniger Aufwand – so wie es die Schuhfabrik „Banner des Friedens“ in Weißenfels schon dem Parteitag versprochen hat: 1986 werden 400 000 „modische Freizeitschuhe“ zusätzlich produziert.

Ideologisch erwartet die Genossen möglicherweise eine neue Richtschnur. *Kurz vor Beginn des IX.* Parteitages hat sich ZK-Mitglied Otto Reinhold dafür ausgesprochen, die Zusammenarbeit der gesellschaftlichen Systeme in Ost und West den Zielen der „Weltrevolution“ voranzustellen. Angesichts der atomaren Bedrohung plädiert der SED-Ideologe für eine Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus in Form friedlicher Rivalität und friedlichen Wettbewerbs. Klassenkampf nur noch auf Sparflamme?

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„Ohne nationale Würde“

Sehr geehrte Damen und Herren,

Margaret Thatcher will den Außenminister einer Regierung nicht sehen, der die Opposition in Gefängnisse steckt, foltert, ja sogar tötet. Dagegen überschlägt sich die westdeutsche politische Prominenz förmlich, diesen Herrn mit Liebenswürdigkeiten zu überhäufen. Auf neuerliche Millionenkredite (letztlich aus der Tasche des Steuerzahlers) für „das Faß ohne Boden“ braucht er sicherlich auch nicht zu warten. Zu schön sind doch die Entspannungsträume – seit eh und je unerfüllt – und die sich nie auszahlenden Vorleistungen!

Was schadet es da, daß der Gast hartnäckig weiterhin die circa eine Million starke deutsche Minderheit in den Oder/Neiße-Gebieten leugnet und ihnen folglich weiterhin alle Bürgerrechte verwehrt, welche die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Polen in reichem Maße genießen!

Was schadet es, daß Warschau eben noch wegen der (natürlich zurückgezogenen) Integrationsbriefmarke der Bundespost in Schimpfkanonaden ausbrach, weil ja die Lüge aufrecht erhalten werden muß, daß es nie eine brutale völkerrechtswidrige Austreibung der Deutschen aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat gab und daß seinerzeit die Alliierten die Oder-Neiße-Gebiete den Polen miemals übereigneten, sondern nur zur vorläufigen Verwaltung übergaben.

Kein Franzose oder Engländer würde so bar jeglicher nationaler Würde zum Schaden seines Vaterlandes handeln, wie es gewisse deutsche Politiker tun. Ein Wahlschlager, wie sie hoffen, wird dies bestimmt nicht, und die ständig im Munde geführte Entspannung kann nur dort entstehen, wo Recht und Wahrheit gewahrt werden.

Dr. v. Witten,
Bad Nenndorf

*

„Viel Wärme, doch der Gast aus Polen taute nicht auf“; WELT vom 10. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist schon beschämend, wie der polnische Außenminister angelegentlich seines kürzlichen Besuchs in Bonn von der dortigen Prominenz, insbesondere von unserem Außenminister, in einer Weise hofiert wurde, die schon peinlich wirkte. Dabei ist aus diesem Besuch offenbar nichts herausgekommen.

Der polnische Außenminister verleugnet die Existenz von ca. einer Million Deutscher in den Ostgebieten, die dort über keinerlei Minderheitsrechte verfügen.

Es steht in Warschau auch noch ein Denkmal, auf dem die Deutschen für die Ermordung der polnischen Offiziere in Katyn verantwortlich gemacht werden, obwohl alle Welt weiß, daß diese Ermordungen auf Befehl Stalins erfolgten.

Da lobe ich mir Margaret Thatcher, die sich geweigert hat, den polnischen Außenminister zu empfangen, und der daraufhin den Besuch bei seinem britischen Amtskollegen kurzfristig absagte.

Mit freundlichen Grüßen
John Brunckhorst,
Hamburg 63

Weltrevolution und Frieden?

„ANC-Präsident sucht Unterstützung in Bonn“; WELT vom 5. April

Ihr umfassender Bericht über die südafrikanische Widerstandsbewegung und über die Ziele des ANC (Afrikanischer Nationalkongreß) verdient volle Anerkennung. Er muß jedoch hinsichtlich der Beziehungen und ihrer Abhängigkeit vom Ostblock dringend ergänzt werden.

Der Generalsekretär dieser Organisation, Alfred Nzo, der in seiner Praxis deren Tätigkeit bestimmt, ist einer der Vizepräsidenten des von Moskau auch für die Weltrevolution eingesetzten Moskauer „Weltfriedensrates“, der sich zugleich als Koordinierungsstelle für die ganze Friedensbewegung versteht.

Nicht anders verhält es sich mit dem Präsidenten des ANC, Oliver Tambo, der jetzt bei dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt und bei der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) wegen Hilfe vorsprach.

Dieses östliche Engagement der führenden Vertreter in dieser Richtung erklärt manches. Nicht umsonst befindet sich der Sender dieser „Freiheitsbewegung“ in Äthiopien, einem Land, dessen Volk wohl zu den am meisten im Marxismus-Leninismus rechtlos gemachten Bevölkerungen gehört.

Professor Kuno Barth,
Mannheim

„Rohrkrepierer“

„Die Hardthöhe rief – und viel zu viele wollten gehen“; WELT vom 27. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Artikel trifft genau ins Schwarze!

Was einst Verteidigungsminister Schmidt 1972 durch Massen-Beförderung lösen wollte, erweist sich nun als Langzeit-Rohrkrepierer, der von der heutigen Bundeswehr-Führung durch Massen-Pensionierung entschärft werden muß. Es liegt klar auf der Hand, daß nun die Motivation der Zurückgebliebenen, d. h. derer, deren Anträgen auf Früh-Pensionierung nicht stattgegeben wird, auf der Strecke bleibt. Und dabei ist doch die Motivation der Soldaten für die Qualität einer Armee von so entscheidender Bedeutung!

Mit freundlichem Gruß
Gerold Meyer, Major d. R.
Bad Peterstal-Griesbach 2

Wort des Tages

„Was einst Laster war, ist heute Sitte.“

Lucius Annaeus Seneca, römischer Autor und Philosoph (4 v. Chr.–65 n. Chr.)

Subvention

„EG will den Sowjets Butter schenken“; WELT vom 12. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

die immer wieder weit unter den Gestehungskosten vorgenommenen Butterlieferungen an die Sowjetunion können aus sowjetischer Sicht vielleicht als agrarpolitische Meisterleistung eingeschätzt werden, tragen sie doch ein Scherflein bei, den Einsatz für die eigene Nahrungsmittelproduktion hintanzuhalten und Raum für die dort traditionelle Priorität des Waffenetats zu geben.

Dagegen wird es mancher Landwirt in der Europäischen Gemeinschaft als skandalös empfinden, daß die im Schweiße seines Angesichts erbrachte Leistung im Endergebnis teilweise als „Subvention“ für die Sowjetunion dient. Bei aller Rücksichtnahme auf sowjetische Belange kann derartige EG-Landwirtschaftspolitik wohl kaum als verantwortungsvoll bezeichnet werden.

Mit freundlichen Grüßen
H. Günter Edelmann,
München 40

Flugtarife

„Gelassen spricht Ruhnau von ‚Aufgeregtheiten‘“; WELT vom 11. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

daß Herr Ruhnau 2500 neue Arbeitsplätze schaffen will, ist sehr zu begrüßen. Daß er den Service in der Economy-Klasse der Lufthansa auf Business-Klasse-Standard bringen will, ist ebenfalls eine gute Sache.

Daß aber bei der Talfahrt des US-Dollar in Verbindung mit dem freien Fall der Ölpreise die Lufthansa einerseits erhebliche Einsparungen bei den Treibstoffpreisen macht, auf der anderen Seite ab 1. April 1986 die Flugtarife um bis zu fünf Prozent erhöht wurden, *wird auf keiner Presse*konferenz erwähnt und dürfte für das Passagieraufkommen sicher nicht förderlich sein.

Anstatt die Krise in Südafrika und den Kaufkraftschwund im Nahen Osten zu beklagen, sollte Herr Ruhnau besser erwähnen, daß Amerikaner wegen der ständigen Terroranschläge Europa bzw. die Bundesrepublik Deutschland meiden. Die Flugpreiserhöhung setzt dem dann nur den i-Punkt auf.

Mit freundlichen Grüßen
Manfred Nicolai.
Mönchengladbach

Personalien

GEBURTSTAG

Der frühere Dekan des Fachbereiches Architektur an der Technischen Universität Braunschweig und Ordinarius am Lehrstuhl für Gebäudelehre und Entwerfen von Hochbauten, Professor **Dieter Oesterlen**, feierte seinen 75. Geburtstag. Oesterlen zählt zu den markanten Professoren und Gestalten, kreativen Köpfen, die über viele *Jahrzehnte nach dem Krieg das* Fach Architektur an der Braunschweiger Universität prägten und mit ihren Bauten nationalen wie internationalen Ruf erlangten.

AUSZEICHNUNGEN

Die deutsche Violinistin **Anne-Sophie Mutter** (22) ist zum Ehrenmitglied der Königlichen Akademie für Musik in London ernannt worden. Wie erst jetzt bekannt wurde, ist ihr die Auszeichnung bereits am 20. März verliehen worden. Außerdem wurde Anne-Sophie Mutter von der Royal Academy zur ersten Vorsitzenden der internationalen Abteilung für Violin-Studien berufen. Sie wird ab September dieses Jahres in regelmäßigen Abständen Meisterklassen führen.



Anne-Sophie Mutter

*

Der Generalsekretär des Weltbundes der Bibelgesellschaft in Stuttgart, Pfarrer **Ulrich Fick**, erhält den mit 10 000 Mark dotierten Wilhelm-Sebastian-Schmerl-Preis 1986. Damit soll vor allem Ficks erfolgreiches Bemühen gewürdigt werden, „die Stimme der Bibel in der internationalen Publizistik hörbar zu machen“. Die Preisverleihung findet am 13. Oktober in der Reichsstadthalle in Rothenburg statt. Der Wilhelm-Sebastian-Schmerl-Preis wurde *1984* vom Verlag des „Evangelischen Sonntagsblatts Bayern“ (Rothenburger Sonntagsblatt) gestiftet.

*

Der mit 50 000 Mark dotierte, in diesem Jahr erstmals vergebene Denkmalpreis der Hypo-Kulturstiftung der Münchner Hypo-Bank wird halbiert. Er geht an das Ehepaar **Himmelstoß** aus Traitsching im Landkreis Cham, das ein um 1820 errichtetes Waldnerhaus vorbildlich sanierte, und an den Architekten **Peter Helmuth Giehl** in Sterpersdorf in der Gemeinde Höchstadt/Aisch, der eine jahrhundertealte Mühle nach eigenen Plänen instand setzte. Der für private Eigentümer mit Engagement für Denkmäler gedachte Preis wird von Bayerns Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** am 23. April in München verliehen.

KIRCHE

Zum neuen Präses der Landessynode der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck ist der 56jährige Dekan des Kirchenkreises Kassel-West, Kirchenrat **Werner Dettmar**, in Hofgeismar gewählt worden. Er ist Nachfolger von Kirchenrat **Walter Nagel** (Kassel), der aus Altersgründen der neuen Synode nicht mehr angehört. Dettmar ist auch Vorsitzender des Verbandes Evangelischer Pfarrervereine in Deutschland sowie des Pfarrervereins und des Evangelischen Presseverbandes in Kurhessen-Waldeck.

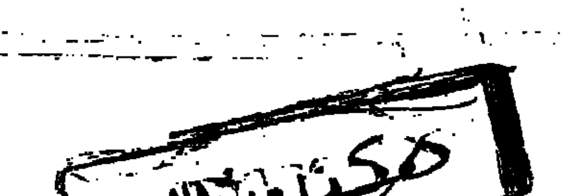
MUSIK

„Bevor ich sterbe, will ich noch einmal das Land wiedersehen, in dem ich geboren bin“, hatte der berühmte russische Pianist **Vladimir Horowitz** (81) in New York erklärt. Am Montag ist er nach 61 Jahren erstmals wieder in seine Heimat geflogen. Sein Flugzeug startete am Nachmittag von Paris nach Moskau, wo er am nächsten Sonntag ein Konzert geben will. Bei seiner Ankunft in Moskau erklärte Horowitz, er habe seinen Landsleuten eine Botschaft mitgebracht, die er „mit dem Klavier verkünden“ wolle. Ein weiterer Auftritt soll eine Woche später in Leningrad stattfinden. Danach sind zwei Konzerte in Hamburg und Berlin geplant.



Vladimir Horowitz

Dr. **Robert Held**, Berater der Herausgeberkonferenz der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und verantwortlich für das Ressort Außenpolitik, ist in der Nacht zum Dienstag im Alter von 63 Jahren gestorben. Welterfahrung, Sprachenkenntnisse und Beherrschung des Stoffs kennzeichneten den bekannten Autor. Robert Held gehörte der FAZ-Redaktion seit Gründung der Zeitung im Jahre 1949 an. Er leitete von 1962 bis 1974 das Feuilleton, war danach Chefkorrespondent und seit 1978 verantwortlich für das Ressort Außenpolitik. Held wurde am 16. Dezember 1922 in Mainz geboren, studierte nach dem Krieg in seiner Heimatstadt romanische Philologie und widmete sich dabei vor allem der französischen und spanischen Literatur und der Soziologie. Von 1947 an redigierte und schrieb er fuer die deutsch-französische Kulturzeitschrift „Wort und Tat“, dann für die „Allgemeine Zeitung“ Mainz.



Die Rolle, die der Antisemitismus beim Aufstieg der Nazis spielte, läßt sich so zusammenfassen: Für die „Binnenintegration" der nationalsozialistischen Bewegung selber war der Antisemitismus wichtig, für die Gewinnung der Wählermassen aber stand er eher „im Hintergrund". Für das Gros gilt, daß eher der Nationalsozialismus dem Antisemitismus Auftrieb gab als umgekehrt. Die Hinnahme der antisemitischen Propaganda zeigt freilich auch, daß man sich an judenfeindliche Parolen gewöhnt hatte.

Die Endlösung – der programmierte Untergang des Judentums



Der Krieg als Mittel einer rassistischen Politik: KZ-Häftlinge hinter dem Stacheldrahtzaun

FOTO: DIE WELT

Von ANDREAS HILLGRUBER

Die geschichtliche Dimension jenes millionenfachen Mordes an den europäischen Juden, den die Führung des Deutschen Reiches zu verantworten hat, erschließt sich auf dreifache Weise. Einmal hat man eine weit zurückreichende Perspektive einzunehmen, nämlich den Blick auf die Geschichte der Juden und der europäischen Judenfeindschaft seit dem christlichen Mittelalter zu richten. Dann aber muß man die Judenemanzipation im Zeitalter der Aufklärung und der Französischen Revolution und die diesen Prozeß begleitenden auf- und abschwellenden antijüdischen Strömungen betrachten, die sich besonders im Hohenzollerschen Kaiserreich und in der Habsburger Monarchie zur Geltung brachten. Schließlich ist der seit der Niederlage von 1918 in Deutschland zu registrierende „neue" Antisemitismus ins Auge zu fassen, der in die Geschichte der nationalsozialistischen Judenverfolgungen und *am Ende in den Mord* an den europäischen Juden einmündete.

Sowohl bei einer Konzentration auf die Emanzipation und die antisemitischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts als auch bei einer auf den „neuen" Antisemitismus nach 1918, aus dem schließlich der Nationalsozialismus kam, lautet die entscheidende Frage: War die Entwicklung vorgezeichnet? Mußte es so kommen, wie es gekommen ist, oder präziser: Bestand von Anfang an die hohe Wahrscheinlichkeit, daß am Ende der *sich steigernden* antisemitischen Agitation die Katastrophe für das deutsche und das europäische Judentum *stehen würde*? Oder war die Entwicklung – auch im Falle des deutschen Kaiserreichs – nicht durchaus offen, ließ eine gute Wendung möglich erscheinen, ja, war nicht selbst während des Dritten Reiches einige Jahre lang der Weg zu einer anderen „Lösung" möglich, wie sehr sie die deutschen Juden auch deklassieren mochte? War die systematische physische Vernichtung der Juden im ganzen deutsch *beherrschten* Machtbereich in Europa wirklich vorausbestimmt?

> ***Mit Hitlers Machtübernahme würde der Antisemitismus ein wesentliches Element der Staatsideologie.***

Die Rolle, die der Antisemitismus beim Aufstieg des Nationalsozialismus zur Massenbewegung und bei den Wahlen zur stärksten Partei in der Schlußphase der Weimarer Republik *spielte, läßt sich* in knappster Form wohl so zusammenfassen: Für die „Binnenintegration" der nationalsozialistischen Bewegung *selber* war der Antisemitismus wichtig, für die Gewinnung der Wählermassen aber stand er eher „im Hintergrund". „Für das Gros der (deutschen) Gesellschaft gilt, daß eher der Nationalsozialismus dem Antisemitismus Auftrieb gab als umgekehrt ... Die Hinnahme der antisemitischen *Propaganda* zeigt freilich auch, wie sehr sich die deutsche Gesellschaft an judenfeindliche Parolen gewöhnt hatte." (Heinrich A. Winkler).

Mit der *Machtübernahme* der Nationalsozialisten in Deutschland, mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler 1933 trat eine fundamentale Wendung ein: Der Antisemitismus wurde ein *wesentlicher* Teil der Staatsideologie. Jetzt konnte er konkrete antijüdische Maßnahmen treffen, vermochte Konsequenzen aus der bisherigen Agitation zu ziehen. Damit ist wieder die entscheidende Frage auf dem Tisch. Stand mit der *Etablierung des Dritten Reiches* für die deutschen Juden und, falls die angestrebte expansive NS-Außenpolitik Erfolg haben sollte, für die Juden in ganz Europa bereits der Weg in die Katastrophe fest, in die physische Vernichtung – was für retardierende Zwischenphasen aus Gründen innen- und außenpolitischen Kalküls auch noch eingeschoben werden mochten? Die Antwort auf diese Frage hängt *entscheidend davon ab, für wie unbedingt* man den antijüdischen Vernichtungswillen hält; war es tatsächlich vorstellbar, daß er vom Wortradikalismus zur Tat schreiten würde? Muß man die Drohungen, die Hitler seit den frühen zwanziger Jahren ausstieß, ganz wörtlich nehmen, und, wenn es so ist, wie ist Hitlers Position als „Führer" im etablierten „Dritten Reich" zur Durchsetzung solchen Vernichtungswillens einzuschätzen?

Wenn die nicht-nationalsozialistischen Rechten, vor allem Deutschnationale und „Stahlhelm", 1933 in Deutschland zur Macht gekommen wären, hätte das Leben der Juden dann „etwa so ausgesehen", wie es *unter den Nationalsozialisten von* 1933 bis 1938, bis zum Pogrom der „Reichskristallnacht", tatsächlich der Fall war? Christoph Dipper („Der deutsche Widerstand und die Juden") wollte mit dieser These offensichtlich ausdrücken, daß der seit 1916/18 verbreitete, weit über die nationalsozialistische Anhängerschaft hinausgehende „neue" Antisemitismus logisch zu jener scheinbar geordneten, schrittweisen Form etwa der „Nürnberger Gesetze" führte, wie sie das Regime mit den antijüdischen Maßnahmen nach 1933 vornahm und cum grano salis, bei aller möglichen Kritik im Detail, mit den Empfindungen eines großen Teils der deutschen Gesellschaft im Einklang stand. Entscheidend indessen ist, daß solche Maßnahmen, mit denen sich ein großer Teil der antisemitisch eingestellten *deutschen Gesellschaft* zwar als „Lösung" zufriedengegeben hätte, dem nationalsozialistischen Regime die *Voraussetzung für ganz andere*, viel radikalere „Lösungen" schufen.

Bis 1938 war den assimilierten deutschen Juden bereits ein Sonderbewußtsein aufgezwungen worden, indem man sie aus dem öffentlichen Leben verdrängt hatte. Längst waren sie gesetzlich entrechtet und schon vor den Maßnahmen, die den Pogromen während der „Reichskristallnacht" vom 9. und 10. November 1938 folgten, gesellschaftlich so isoliert, daß weitaus radikalere „Lösungen" der *zudem jetzt von einer* Reihe europäischer Staaten als internationales „Problem" anerkannten „Juden-Frage" (Konferenz von *Evian im Juli* 1938) für das Regime praktisch-politisch machbar geworden waren.

Und in der nächsten Phase von Ende 1938 bis Anfang 1941: Haben dann wirklich – wie Hans Mommsen meint – „alle Funktionsträger" des Dritten Reiches in *einer* systematischen, forcierten „Auswanderungs"- (besser wohl: Austreibungs-)Politik übereingestimmt, diese als die „Lösung" der „Juden-Frage" angesehen, wie es für die meisten, einschließlich der SS, zeitweilig in Kooperation mit zionistischen Organisationen, zweifellos zutrifft? *Unbestritten* ist, daß von den 500 000 Juden in Deutschland 1933 bis zum definitiven „Auswanderungs"-Stopp im Oktober 1941 zwei Drittel ins Ausland gelangt sind. Auch *sollte man* nicht außer acht lassen, daß Aussiedlungsprojekte – etwa der „Madagaskar-Plan" –, die bereits ein Massensterben der Juden implizierten, auch im ostmitteleuropäischen Antisemitismus der Zwischenkriegszeit diskutiert worden waren, so vor allem in Polen. Insofern hatte selbst dieser radikale Antisemitismus noch Züge, die über den deutschen „Fall" hinauswiesen.

Hat sich aber *tatsächlich* erst mit der territorialen Expansion des nationalsozialistischen Reiches, vor allem mit der Eroberung des größten Teils Polens im September 1939 und der Einbeziehung der über drei Millionen polnischer Juden in den deutschen Machtbereich, das Problem für die nationalsozialistische Führung so zugespitzt und verschoben, wie es der Chef des Reichssicherheitshauptamtes Heydrich in einem Schreiben an den Reichsaußenminister v. Ribbentrop vom 24. Juni 1940, also unmittelbar *nach dem Abschluß des Frankreich-Feldzuges*, mit der Formel umriß, daß das „Gesamtproblem" der Juden „durch Auswanderung nicht mehr gelöst werden" könne, sondern jetzt „eine territoriale Endlösung ... notwendig" werde? War das nicht vorauszusehen gewesen?

Damit ist die grundsätzliche Frage nach dem Verhältnis von Krieg und „Lösung" der „Juden-Frage" aufgeworfen. Nahm wirklich erst durch den Kriegsverlauf das „Juden-Problem" für die nationalsozialistische Führung eine solche Dimension an, daß die bislang ‚radikalste' „Lösung", die Auswanderung, besser: Austreibung nicht mehr praktikabel blieb? Oder hatte nicht der Krieg in der *Sicht der nationalsozialistischen* Führung, vor allem Hitlers selbst, von Anfang an einen ganz anderen „Sinn", als es das Gros der alten deutschen Führungsschicht vermutete, die in dem Verlangen nach einer „Revision" des Versailler Systems befangen blieb und den Krieg als *einen* rein machtpolitischen Vorgang zur Gewinnung einer deutschen Hegemonialstellung auf dem europäischen Kontinent sah, durchaus in Analogie zu den deutschen Kriegszielen von 1914–1918?



Schwerkrank und ausgehungert – so wurden die Überlebenden, wie hier im KZ Belsen, bei der Befreiung angetroffen

FOTO: CAMERA PRESS

Einem großen Teil der nationalsozialistischen Führung, insbesondere der SS, war der Krieg Mittel einer „völkischen Flurbereinigung", einer rassischen Neugestaltung Europas durch Aus- und Umsiedlungen großen Stils, *wie das ansatzweise schon* in den Kriegszielvorstellungen der Alldeutschen 1914/18 enthalten gewesen war. Für Hitler *selbst stand* weit darüber hinaus die Absicht im Zentrum, die „rassische Revolution" *durch die* physische *Ausrottung* der Juden in Europa entscheidend voranzubringen, weil nur durch eine solche „rassische Revolution" der angestrebten „Weltmacht"-Position seines Reiches Dauerhaftigkeit verliehen werden konnte. Seit dem Winter 1938/39 wird das immer wieder in seinen *Äußerungen greifbar*.

In Hitlers Reichstagsrede vom 30. *Januar 1939 kam dann* jene *einzigartige* Vorstellung, die schon in „Mein Kampf" ausgesprochen worden war, wonach der Staat selber den Massenmord an den Juden zu exekutieren habe, offen zum Durchbruch. Das war die Konsequenz jener extremen Logik, die von sozialdarwinistischen Axiomen über „*Gedankenbildung*" zur Tat weiterschreiten sollte. Mit diesem radikalen Ernstnehmen vertrauter Lösungen hob sich Hitler allerdings nicht nur von der Masse der nationalsozialistischen Parteigenossen ab, sondern auch von den Vorstellungen der NS-Führungsclique einschließlich Görings, Himmlers und Heydrichs. Eberhard Jäckel hat den langwierigen Gedankenprozeß Hitlers, der auf die Verwirklichung einer „Endlösung" hinauslief, in Analogie zu der allmählichen Konkretisierung seiner Konzeption einer Eroberung des europäischen Rußlands von den Anfängen in den zwanziger Jahren bis zum Angriffsbefehl vom Jahre 1941 zu rekonstruieren gesucht.

Rudolph Binion hat auf den Grundwiderspruch in Hitlers Zielen hingewiesen: einerseits die „Entfernung" der Juden aus Deutschland und ihre Abschiebung in andere Länder im quasi-nationalen deutschen Interesse anzustreben und andererseits die vollständige „Entfernung" *der Juden aus allen Ländern zu fordern* – als „Tat" für die Menschheit. In jedem Fall macht die Diskrepanz zwischen Hitlers extremer Konzeption und den herkömmlichen antisemitischen Strömungen in Deutschland begreifbar, weshalb Hitlers Vorstellungen von einer „Lösung" der „Juden-Frage" *nicht vom Beginn* seines Regimes 1933 an Richtschnur der konkreten Maßnahmen des Reiches werden konnten. Erst mußte eine ganze Reihe von Voraussetzungen geschaffen werden.

Auch jener europäische Krieg, der sich aus dem deutschen Angriff auf Polen im Herbst 1939 entwickelte und den Hitler mit politischer und militärischer Rückendeckung durch *die Sowjetunion nach Westen führte*, war noch nicht sein „eigentlicher" Krieg. Dazu mußte erst noch der Rahmen, vor allem durch die Niederwerfung Frankreichs, gelegt werden. *Aber die Eröffnung des Krieges im* September 1939 leitete doch bereits die in Hitlers „Programm" seit jeher feststehende und von ihm *als „historische"*, als pseudo-religiöse „Mission" betrachtete „biologische Revolution" ein. Sie meinte die Vernichtung alles „minderwertigen Lebens", um dem „Triumph" des durch Züchtungsmaßnahmen nach Rasse-Visionen gestärkten „besseren Blutes" *Dauerhaftigkeit zu verschaffen* und der Weltgeschichte ihren durch den „jüdischen Bolschewismus" und die Juden in den westlichen „Plutokratien" in Frage gestellten „Sinn" zurückzugeben. Alle machtpolitischen Entscheidungen und militärischen Ziele waren bei Hitler – wie sich dann *endgültig nach der Kriegswende* erweisen sollte – der Verwirklichung der aus der Rassendoktrin abgeleiteten „biologischen Revolution" unter- und nachgeordnet.

Die „Euthanasie", die „Aktion T 4", war der erste Schritt auf diesem Weg. Die Euthanasie stieß nicht nur auf Kritik der beiden Kirchen in Deutschland, was zum vorläufigen Stopp der Aktion im August 1941 beigetragen haben dürfte: Vor dem Hintergrund der bereits in der Weimarer Epoche verbreiteten und auch von *medizinischen* Kapazitäten vertretenen Erb- und Rassenlehre der sozialdarwinistisch geprägten Humangenetik („Rassenhygiene") mit ihrer Überzeugung von der Berechtigung des Tötens „unwerten Lebens" fand sie weithin Zustimmung in der Bevölkerung, zum Teil selbst bei den Angehörigen von Geisteskranken. Auf diesem Felde war trotz mancher Schwierigkeiten, die sich für Hitler aus seiner auf den 1. September 1939 rückdatierten schriftlichen Zustimmung zur „Euthanasie" ergaben – was zu seiner Ablehnung schriftlicher „Befehle" in allen späteren Fällen beigetragen haben dürfte –, ein Konsens noch *relativ leicht* zu erzielen. Der Weg von der „Entschlußfassung" bis zur Verwirklichung war folglich relativ kurz. Insgesamt wurden zwischen 1940 und dem 23. August 1941 (dem Zeitpunkt des vorläufigen Stopps) 80 000 bis 100 000 Menschen Opfer der „Euthanasie", bei der, nun strenger *als zuvor geheimgehaltenen*, Fortsetzung der Aktion von September 1941 bis Mitte 1944 (in einigen Lagern bis April 1945) nochmals 20 000 bis 30 000 Menschen.

In der aus Hitlers Sicht entscheidenden Frage der systematischen Ausrottung der Juden war es weitaus schwieriger, das Maß der Zustimmung zu einem entsprechenden „Befehl" auf der Seite der ausführenden Organe *abzuschätzen. Viel spricht* dafür, daß im Zuge der Vorbereitungen des Angriffs auf die Sowjetunion im Zusammenhang der Abstimmung der Aufgabenbereiche zwischen Wehrmacht und SS (Weisung Hitlers an den Wehrmachtführungsstab vom 3. März 1941) mit der Formulierung des Auftrags an die vier „Einsatzgruppen" der Sicherheitspolizei und des SD Mitte *Juni 1941 mündlich* ein wohl vage gehaltener Maximalauftrag erteilt wurde. Dieser Befehl bildete den Rahmen für einen von Heydrich in schriftlicher *Form erteilten* Minimalbefehl, der für Zögernde und Widerstrebende einen „festen" Anhalt bieten mochte. Mit dieser Annahme ließe sich die Kontroverse auflösen, ob Hitler vor Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion einen Auftrag zur Tötung aller Juden auf sowjetischem Territorium erteilt habe oder ob man *von sukzessiv erteilten* Befehlen ausgehen müsse, die zunächst „nur" die Tötung von Juden „in Staats- und Parteistellungen" vorschrieben und danach erst auf die Tötung aller männlichen Juden und schließlich auf den Mord auch an Greisen, Frauen und Kindern ausgedehnt wurden. Insgesamt fielen von Juni 1941 bis zum Frühjahr 1942 den mobilen „Einsatzgruppen" und „Einsatzkommandos" in den besetzten westlichen Teilen der Sowjetunion etwa 550 000 Juden zum Opfer, den Handlungen *der stationären Nachfolgeorganisation* in den der deutschen Zivilverwaltung übergebenen eroberten Gebieten und den Aktionen bei der „Räumung" von Gettos und ähnlichen Maßnahmen 1943 insgesamt weitere 1,6 Millionen Juden. Am Ende war etwa die Hälfte der 4,7 Millionen *auf sowjetischem* Territorium 1941 lebenden Juden getötet worden.

Weitaus umstrittener als die mörderische Tätigkeit der „Einsatz*gruppen*" von Sicherheitspolizei und SD ist die Beantwortung der Frage, ob und gegebenenfalls wann eine generelle Weisung Hitlers zur Ausweitung der Mordaktionen auf alle Juden im gesamten vom Deutschen Reich beherrschten Europa erteilt wurde. Sehr vieles weist auf den Höhepunkt der Siegesillusionen Hitlers *im* Juli 1941 hin, als eine Situation eingetreten zu sein schien, die eine einmalig erscheinende Chance zur Realisierung von schon lange gehegten Absichten gab. Ob hinter dem bekannten Auftrag Görings an Heydrich (den Heydrich selbst als von ihm aufgesetzten Entwurf zur formalen Absicherung des Beabsichtigten Göring zur Unterschrift vorlegte) vom 31. Juli 1941 eine solche *entscheidende* Weisung Hitlers zur organisatorischen Vorbereitung des Massenmords an allen europäischen Juden stand, *ist* nicht mit letzter Bestimmtheit zu sagen, jedoch sehr wahrscheinlich. In jedem Falle verlagert sich seit Mitte August 1941 der Schwerpunkt der Mordaktionen aus den besetzten sowjetischen Gebieten mit ihren Erschießungen durch die „Einsatz*gruppen*" und andere *Einheiten* der SS auf Polen, wo die Liquidationen nun mit anderen, „effektiveren" Mitteln in weitaus größerem Stil begannen.

Die Vorbereitungen zur „Aktion Reinhard" des SS-Gruppenführers Globocnik setzten in dieser Zeit ein; von Dezember 1941 an wurde die Ausrottung in Chelmno, von März *1942 an in Belzec und einige Wochen* später in Sobibór und Treblinka von dem Personal der „Aktion T 4" mit der in den Heilanstalten in Deutschland „erprobten" Methode einer Vergasung durch Motorabgase in luftdicht geschlossenen Räumen in die Tat umgesetzt. Der „Aktion Reinhard" fiel das Gros der seit Ende 1939 in „Großgettos" *zusammengepferchten* polnischen Juden zum Opfer, außerdem – etwa zehn Prozent der Opfer – Juden aus den Niederlanden, dem Reichsgebiet, aus Mazedonien, dem *bulgarisch* besetzten Thrazien, Frankreich und Weißruthenien. Die Zahl der jüdischen Opfer in Chelmno betrug mehr als 150 000 Menschen, im Vernichtungslager Belzec zwischen 500 000 und 600 000, in Sobibór etwa 200 000, in Treblinka 900 000 Menschen (überwiegend aus dem Raum Warschau), in dem mehreren Zwecken dienenden Lager Maidanek bei Lublin (das nicht in die „Aktion Reinhard" einbezogen war) 50 000 bis 60 000 Juden von insgesamt 200 000 dort getöteten Menschen (in Maidanek war *bereits* Zyklon B das Mordmittel). Von 1943/44 an wurde dann das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau zum Zentrum der Vernichtung der Juden (mit Zyklon B), vor allem aus West-, Süd- und Südosteuropa. Nach der Besetzung Ungarns durch deutsche Truppen im März 1944 wurden auch noch die ungarischen Juden im Sommer 1944 nach Auschwitz transportiert. Insgesamt beträgt die Zahl der jüdischen Opfer in Auschwitz nach der zuverlässigsten Schätzung etwa eine Million Menschen.

Damit wurde selbst in dieser späten Kriegsphase – *trotz aller organisatorischen* Schwierigkeiten und der Transportprobleme – die Priorität, die die Ausrottung der Juden gegenüber allen kriegspolitischen Erwägungen besaß, deutlich demonstriert. Alle kriegsökonomisch begründeten Alternativen zum Massenmord an den Juden – etwa die Ausnutzung ihrer Arbeitskraft zur Stärkung der „Wehrwirtschaft" – wurden verworfen. *Obwohl es keine Belege dafür* gibt, daß und in welcher Weise sich Hitler in die einzelnen Etappen der Massenvernichtung dirigierend oder vorantreibend einschaltete – wenn *man von seinem (vergeblichen)* Drängen gegenüber dem Reichsverweser v. Horthy im April 1943, die ungarischen Juden in die „Endlösung" einzubeziehen, absieht –, so besteht doch an seiner Gesamtverantwortung *für* das Geschehen nicht der geringste Zweifel, wie immer man die abgestufte Verantwortung der die Aktion direkt leitenden SS-Führer beurteilen mag. Angesichts des endgültigen Scheiterns seiner Weltmachtambitionen konnte sich Hitler daher am 2. April 1945 rühmen, man werde „dem Nationalsozialismus ewig dafür dankbar sein, daß ich die Juden aus Deutschland und Mitteleuropa ausgerottet habe". In der Tat war die fast zweitausendjährige Geschichte des europäischen Judentums, die in der Römerzeit begonnen hatte, mit der Ermordung von über fünf Millionen Juden gewaltsam beendet worden.

Dieses ungeheuerliche Geschehen war durch das Zusammentreffen einer Reihe von Faktoren im Sommer 1941 möglich geworden. Vor dem Hintergrund der breiten antisemitischen Tendenzen, die seit dem Ersten Weltkrieg Deutschland ergriffen hatten, waren folgende Momente zusammengekommen: erstens die fanatische Entschlossenheit des von einem infernalischen Judenhaß getriebenen Hitler, der im Sommer 1941 nach der Eröffnung des Vernichtungskrieges gegen den „jüdischen Bolschewismus" den Weg für „seine" „Endlösung" frei sah; zweitens die Bereitschaft einer nicht notwendigerweise von gleichem *Fanatismus* getragenen, vielmehr häufig aus den unterschiedlichsten apolitischen Motiven dafür zu gewinnenden Personengruppe für die Ausführung des Verbrechens; drittens das Vorhandensein eines sehr viel größeren Personenkreises, der innerhalb eines organisatorischen und technischen Apparats vor allem die Massendeportationen aus dem deutsch beherrschten Europa in die Vernichtungslager besorgte; viertens die zu erwartende Hinnahme des unvermeidlicherweise nur unzulänglich verschleierten Vorgangs durch die Masse der deutschen Bevölkerung, die auf den als „nationale" Sache angesehenen Krieg und auf die damit verbundenen Nöte und Sorgen konzentriert war.

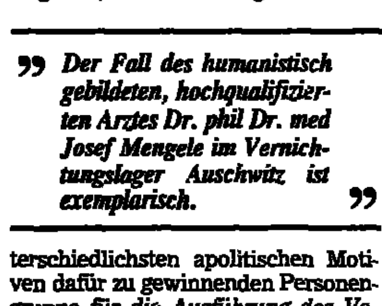
> ***Der Fall des humanistisch gebildeten, hochqualifizierten Arztes Dr. phil Dr. med Josef Mengele im Vernichtungslager Auschwitz ist exemplarisch.***

Die Tatsache der direkten und indirekten Mitwirkung so vieler Menschen innerhalb der den Mord in Gang haltenden Organisationen, Behörden und Dienststellen und auch die Hinnahme des zumindest dunkel geahnten grauenhaften Geschehens durch die Masse der Bevölkerung weisen jedoch über die historische Einmaligkeit des Vorgangs, der durch die Konstellation des Jahres 1941 möglich geworden war, hinaus. Die offenkundige Leichtigkeit, unter den zivilisatorischen Bedingungen des 20. Jahrhunderts Menschen dafür gewinnen zu können, andere Menschen nahezu teilnahmslos umzubringen – wie das bei der Aufklärung vieler Einzelfälle in den Prozessen gegen Täter zutage trat –, ist dabei das Beunruhigendste, der hohe Anteil von Akademikern daran das am tiefsten Erschreckende. In dieser Hinsicht weist der Fall des humanistisch gebildeten, hochqualifizierten Arztes Dr. phil. Dr. med. Josef Mengele im Vernichtungslager Auschwitz über den konkreten Fall hinaus.

Das sind Dimensionen, die ins Anthropologische, ins Sozialpsychologische und ins Individualpsychologische gehen und die Frage einer möglichen Wiederholung unter anderen ideologischen Vorzeichen in tatsächlich oder vermeintlich wiederum extremen Situationen und Konstellationen aufwerfen. Das geht über jenes Wachhalten der Erinnerung an die Millionen der Opfer hinaus, das dem Historiker aufgegeben ist. Denn hier wird ein *zentrales* Problem der Gegenwart und der Zukunft berührt und die Aufgabe des Historikers transzendiert. Hier geht es um eine fundamentale Herausforderung an jedermann.

ENDE

Die mit dieser Folge abgeschlossene Serie ist folgendem Buch entnommen:
Andreas Hillgruber:
Zweierlei Untergang
Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums
Siedler Verlag, Berlin
112 Seite, 20 Mark



Hektisch versucht Paris Annäherung an Teheran

Bürgerliche Regierung geht in Nahost in die Offensive

PETER RUGE, Paris

Frankreich hat eine „Operation des Lächelns" in Richtung Iran gestartet. Seit Wochenbeginn ist eine rege diplomatische Tätigkeit zwischen Paris und Teheran zu beobachten, die von offiziellen Grußadressen aus der französischen Hauptstadt begleitet wird. Sowohl Staatspräsident Mitterrand als auch Premierminister Chirac haben in abgestimmten Erklärungen den Wunsch nach Wiederherstellung „normaler Beziehungen" zum Khomeini-Regime erkennen lassen, zwei weitere Botschaften wurden von Parlamentspräsident Chaban-Delmas und Außenminister Raimond abgegeben. Zudem hält sich seit Tagen der Generalsekretär des Quai d'Orsay, André Ross, in Teheran auf. Auch eine Reise des französischen Außenministers wird nicht mehr ausgeschlossen.

Diese diplomatische Offensive Frankreichs kommt nicht überraschend. Seit dem Machtwechsel vor drei Wochen wurde von der bürgerlichen Regierung eine Bereinigung der verfahrenen Situation erwartet. Kurz vor den Parlamentswahlen war offenkundig geworden, daß die Sozialisten unter Premierminister Fabius nicht nur als Hauptwaffenlieferant des Irak eingestuft werden mußten, ans Tageslicht kam auch Waffengeschäfte mit Iran. Frankreich sah sich deshalb unmittelbar in die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Irak und Iran verwickelt.

Vor diesem Hintergrund erhielt die Geiselnahme französischer Staatsbürger im Libanon eine besondere Brisanz.

Geiselnahme in Libanon

Khomeini-Anhänger in Beirut versuchten in der Woche vor den Parlamentswahlen die französische Regierung unter Druck zu setzen, indem sie die Ermordung einer Geisel bekanntgaben. Als ein Fernsehteam von „Antenne II" zusätzlich von fanatischen Ayatollah-Terroristen verschleppt wurde, hielt die Erregung darüber die Nation tagelang in Atem.

Die in Paris einsetzende Hektik offenbarte eine politische Hilflosigkeit, bei der haarsträubende Kompetenzen und mangelhafte Koordination innerhalb der sozialistischen Regierung zum Vorschein kam. Die nahezu unkontrollierte Tätigkeit verschiedenster offizieller und privater Emissäre befreite weder die Geiseln, noch brachte die Emsigkeit verschiedenster Ministerien Frankreich die Glaubwürdigkeit im Nahen Osten wieder – im Gegenteil, als Paris zwei iranische Oppositionelle an Bagdad auslieferte, war die Verwirrung über die französische Position komplett.

Mehr Vertrauen in Chirac

Jacques Chirac, der gaullistische Premier, kann also neu ansetzen, obwohl auch er nicht unbelastet ist: er gilt als Schmied der engen Beziehungen zum Irak, die er vor zehn Jahren als Regierungschef unter Giscard d'Estaing knüpfte. Dennoch scheint ihm der Iran mehr Vertrauen entgegenzubringen als seinem Vorgänger.

Teheran hat drei Forderungen auf den Tisch gelegt: Rückerstattung von Schah-Geldern aus Frankreich – etwa 1,5 Milliarden Dollar. Einstellung französischer Militärhilfe für Irak. Entzug des Asyl-Rechtes für Khomeini-Gegner in Frankreich.

Hier geht es vornehmlich um Massoud Radjavi, der sich seit 1981 in Auvers-sur-Oise vor den Toren von Paris in einer Festung verschanzt hat, um von dort aus die Untergrundorganisation der „Moujahidine" zu führen. Wenn man bedenkt, daß der Ayatollah jahrelang in Frankreich Gastrecht hatte und frei gegen den Schah operieren konnte – in den vergangenen Stunden jedenfalls mehren sich die Anzeichen, daß zumindest in diesem Punkt eine Entscheidung ansteht: nach mehreren Bombenanschlägen haben jetzt Manifestationen pro-iranischer Studenten vor der Radjavi-Residenz begonnen. Der Bürgermeister von Auvers verlangt vom neuen Polizeiminister sofortige Sicherheitsmaßnahmen oder den Abzug der Moujahidines.

Die „Offensive des Lächelns" trägt deshalb im Moment etwas krampfhafte Züge. Um sich nicht neuen Verdächtigungen auszusetzen, hat Premierminister Chirac einer amerikanischen Bomberstaffel auf ihrem Weg zur 6. Flotte im Mittelmeer die Überflugrechte Frankreichs verweigert.

„Khadhafis Drohungen"

● Fortsetzung von Seite 1

der deutschen Terroristen seien oft entscheidende Hinweise aus der Bevölkerung gekommen.

Zimmermann ist zuversichtlich hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit arabischen Staaten bei der Bekämpfung des internationalen Terrors: „Bei meinem gerade abgeschlossenen Besuch in der Arabischen Republik Ägypten habe ich ein außerordentliches Maß an Kooperationsbereitschaft bei der Bekämpfung des Terrorismus gefunden. Meine hochrangigen Gesprächspartner – der Präsident, der Ministerpräsident und der Innenminister – haben übereinstimmend darauf hingewiesen, daß sie dem Terrorismus eine internationale Dimension geben und er deshalb nur in internationaler Koperation der zivilisierten Staaten erfolgreich bekämpft werden kann." Mit Ägypten sei deshalb nicht nur ein enger Informationsaustausch vereinbart worden, sondern auch – was noch wichtiger sei – ein personeller Austausch von Polizeibeamten, um den Ausbildungsstand anzugleichen und die Kontaktbereitschaft zu fördern. „Fernschreiben und Notenwechsel zwischen Behörden sind eine Sache, aber der persönliche Kontakt ist gerade in arabischen Ländern von viel größerer Bedeutung."

Deswegen würden schon in nächster Zeit ägyptische Polizeioffiziere zum Bundeskriminalamt und zur GSG 9 kommen. Dabei stünden Fragen der Sicherheit des Luftverkehrs und der Fahndungsarbeit nach terroristischen Gruppen im Vordergrund. Sein Besuch habe auch dem Ziel gedient, „dafür zu sorgen, daß die vielen deutschen Touristen, die jedes Jahr Ägypten und seine einmaligen Kulturdenkmäler besuchen, sicher dorthin fliegen können und auch im Land den höchstmöglichen Schutz geniessen", erläuterte Zimmermann.



Bundesinnenminister Zimmermann FOTO: F. HARTUNG

„Ich habe nicht zuletzt aus diesem Grunde den ägyptischen Sicherheitsbehörden zehn erprobte deutsche Röntgengeräte zur Handgepäck-Kontrolle auf Flughäfen im Wert von einer Million Mark zur Verfügung gestellt. Die Ausbildung der ägyptischen Beamten an diesen Geräten wird unverzüglich in Deutschland beginnen."

Große Anfrage der Fraktionen von CDU/CSU und FDP im Bundestag

„Die Neue Heimat bringt die Idee der Gemeinnützigkeit in Verruf"

ARNULF GOSCH, Bonn

Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP werden voraussichtlich am Donnerstag eine Große Anfrage zu den Vorgängen um den gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzern Neue Heimat (NH) einbringen. Damit wurde auf eine ursprünglich für diese Woche geplante Aktuelle Stunde – es wäre die vierte ihrer Art gewesen – verzichtet. Nach dem gestern in Bonn bekanntgewordenen Entwurf wollen die Koalitionsfraktionen von der Bundesregierung sieben Fragenkomplexe mit insgesamt 27 Einzelfragen zur NH beantwortet haben. Dabei geht es ebenso um Fragen zum Schutz der Mieter und der Arbeitnehmer wie zu möglichen Gefahren für den Wohnungsmarkt, zu Auswirkungen auf die Gläubiger, zu staatlichen Hilfen für die NH, zu Verstößen gegen das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz und zu den Folgerungen, die die Bundesregierung aus den Vorgängen bei der NH ziehen will.

So soll die Regierung unter anderem sagen, welche Konsequenzen für die Wohnungsgemeinnützigkeit, die Gemeinwirtschaft und dem Mieterschutz gezogen werden sollten, welche Schlußfolgerungen für die Wirtschaftsordnung und die soziale Verantwortung sich ergeben und ob sich Probleme, wie sie bei der NH aufgetreten seien, durch schärfere Kontrollen vermeiden ließen oder ob andere Lösungen gesucht werden müßten.

Wie es in der Begründung zu der Großen Anfrage heißt, gelten für die NH die vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) beschlossenen Grundsätze für gemeinwirtschaftliche Unternehmen. Danach soll sie unter anderem den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht verhindern, Mißstände beseitigen und sich dem Gemeinwohl verpflichten. Das tatsächliche Verhalten der NH stehe aber in krassem Gegensatz zu diesen hochgesteckten Zielen: Eine maßlose Expansionspolitik, die Mißachtung finanzieller Grenzen, eine beispiellose Grundstücksspekulation, ein eklatantes Mißmanagement und mangelhafte Kontrolle durch die Gewerkschaften hätten das Unternehmen an den Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs und die Idee der Gemeinnützigkeit in Verruf gebracht. Die Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt, die Immobilienpreise und die Wohnungsbaufinanzierung seien noch nicht absehbar.

An anderer Stelle wird die Weigerung des DGB, die NH finanziell zu stützen, heftig kritisiert. Unverständlich sei, daß NH und DGB die öffentliche Hand um Sanierungsbeteiligung mit Steuergeldern aufforderten, während sie es gleichzeitig ablehnten, die wirtschaftliche Lage der NH durch einen neutralen Gutachter prüfen zu lassen. Es müsse angenommen werden, daß die NH mehrfach bewußt gegen das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz verstoßen habe und Nachteile nicht nur für die Mieter, sondern auch für die Kommunen, die Länder und den Bund entstanden seien. Trotzdem sei über den seit November 1984 in Düsseldorf vorliegenden Antrag auf Aberkennung der Gemeinnützigkeit bisher nicht entschieden worden.

Die Große Anfrage wird bis zum 8./9. Mai beantwortet sein müssen, so daß es voraussichtlich Mitte Mai zu einer Bundestagsdebatte über die NH kommen wird. Der Rechnungsprüfungsausschuß will am Donnerstag klären, inwieweit er als Bundesorgan rechtlich zuständig ist. In Bonn wird aber fest damit gerechnet, daß sich noch in diesem Sommer ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuß konstituieren wird.

Hamburg legt Sanierungsmodell vor

UWE BAHNSEN, Hamburg

Ein Modell zur Sanierung des angeschlagenen Gewerkschaftskonzerns „Neue Heimat" (NH) hat der Hamburger Senat vorgelegt. Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, Bausenator Eugen Wagner und der SPD-Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft, Henning Voscherau, erläuterten nach der turnusmäßigen Senatssitzung diesen Vorschlag: Die regionalen NH-Gesellschaften sollen aus dem gesamten Unternehmensverbund des DGB herausgelöst und dann als eigenständige Gesellschaften saniert werden. Die drei SPD-Politiker betonten, im wesentlichen müßten die Sanierungsbeiträge vom derzeitigen Eigentümer DGB, den rund 40 Gläubigerbanken und den Versicherungen geleistet werden; ein realistischer Weg zu diesem Ziel sei durch die erfolgreiche Sanierung des Elektrokonzerns AEG vorgezeichnet worden.

Nur unter diesen Voraussetzungen ist der Hamburger Senat bereit, ebenfalls einen Beitrag zur Sanierung des NH-Konzerns zu leisten. Es dürfe und werde jedoch keine Lösung geben, die dauerhaft zu einer zusätzlichen Belastung des Hamburger Haushalts führt. Der Senat will jetzt mit der „Neuen Heimat" über das von der Landesregierung beschlossene Modell verhandeln. Bausenator Eugen Wagner erklärte dazu, diese Gespräche würden „knallhart und schwierig". Es gehe darum, die finanziellen Forderungen der Stadt an den NH-Konzern in Höhe von knapp einer Milliarde Mark und die Belange der NH-Mieter in der Hansestadt zu sichern.

Im wesentlichen wird es bei den Verhandlungen zwischen dem Senat und der „Neuen Heimat" um die Gründung oder Übernahme einer Gesellschaft gehen, in die der gesamte Wohnungsbestand der Regionaltochter „Neue Heimat Nord" und der ebenfalls zum Konzern gehörenden „Nordwestdeutschen Siedlungsgesellschaft" (NWDS) sowie die an das Gewerkschaftsunternehmen BGI bislang veräußerten Wohnungen eingebracht würden. Die NH und ihre Gesellschafter sollen einen Sanierungsbeitrag in der Weise leisten, daß sie sich zu einem generellen Forderungsverzicht gegenüber einem auf Hamburg begrenzten Nachfolgeunternehmen bereit erklären und überdies zusätzliches Eigenkapital zur Verfügung stellen. Wagner: „Der DGB muß Geld in die Hand nehmen." Die zu übernehmende oder neu zu gründende Gesellschaft soll – dies ist eine weitere Bedingung des Senats – vor Beteiligung der Hansestadt vollständig aus dem NH-Konzernverband herausgelöst werden. Insbesondere müsse der Generalbetreuungsvertrag aufgehoben werden.

Wenn diese und weitere Voraussetzungen erfüllt sind, will der Senat sich durch Forderungsverzichte staatlicher Finanzinstitute wie der Wohnungsbaukreditanstalt und der Landesbank beteiligen.

Spricht Brandt bei Südafrika-Besuch auch mit Botha?

DW./-ni Johannesburg

Der Vorsitzende der SPD, Willy Brandt, ist gestern zu einem zweitägigen Besuch Südafrikas in Johannesburg eingetroffen. Brandt, der von Hans Koschnick und Günter Verheugen begleitet wird, reist am Donnerstag auch nach Botswana. Dort nimmt er in der Hauptstadt Gaborone an einem Treffen der von ihm geführten Sozialistischen Internationale teil.

Brandt wird in Südafrika mit Vertretern der Gewerkschaften, schwarzer Oppositionsgruppen, der Arbeitgeber sowie der Kirchen zusammentreffen. Gespräche mit Winnie Mandela, Bischof Desmond Tutu und Kirchenrats-Generalsekretär Beyers Naude sowie dem katholischen Erzbischof von Durban, Denis Hurley, stehen auf dem Programm Brandts. Der SPD-Vorsitzende schloß auch ein Treffen mit dem südafrikanischen Präsidenten Pieter Botha nicht aus. Auf dem Flughafen demonstrierte eine kleine Gruppe gegen den SPD-Vorsitzenden, den sie einen Verräter nannten. Sie bezeichneten sich selbst als aus Ostpreußen und Schlesien stammend, riefen unter anderem „Raus hier, Du Schwein".

Polizisten drohen Innenministerien

AP, Trier

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat die Justiz- und Innenminister der Länder aufgefordert, entschieden gegen den „Wochenendtourismus einiger hundert reisender Gewalttäter" vorzugehen, die sich an der Startbahn West in Frankfurt oder in Wackersdorf immer wieder Schlachten mit der Polizei lieferten. Der Bundesvorsitzende Günter Schröder sagte auf dem GdP-Landesdelegiertentag in Trier mit Blick auf die Gewaltäter: „Die Polizei ist doch nicht deren Hampelmann. Aber offensichtlich findet alle Welt einschließlich der verantwortlichen Innenminister dies ganz normal."

Er forderte, die Polizei brauche endlich die Möglichkeit, „unbelastet von irgendwelchen politischen Eingriffen" ihrem Auftrag nach Recht und Gesetz nachzukommen, um die Gewalttäter zu fassen. Hierzu bedürfe es engerer und konkreter Zusammenarbeit der zuständigen Ministerien. Schröder: „Wenn so wie bisher weitergewurschtelt wird, dann müssen wir den Innenministern mit einer Untätigkeitsklage im politischen Sinne drohen." Durch die Krawallmeldungen werde das friedliche Demonstrieren in Mißkredit gebracht.

Bischof warnt vor ‚Überfrachtung' der Militärseelsorge

epd, Bad Hersfeld

Vor einer „Überfrachtung" der Militärseelsorge durch Fragen der politischen Mitverantwortung der Kirche hat der frühere evangelische Militärbischof Hermann Kunst (Bonn) gewarnt. Bei der 31. Gesamtkonferenz der evangelischen Militärpfarrer sagte Kunst in Bad Hersfeld, die Theologie dürfe sich nicht in ethischen Bereichen festfahren, die von den Politikern ausgeklammert würden. Zur politischen Situation der Bundeswehr sagte er: „Auch wenn wir in der NATO nur die Hiwis wären, befänden wir uns ethisch in der Mithaftung als Teil einer atomar bewaffneten Allianz." (Als „Hiwis" wurden während des Zweiten Weltkrieges ausländische „Hilfswillige" der Wehrmacht bezeichnet.)

Rückblickend hält es Kunst für verständlich, wenn der evangelischen Kirche ein schwieriges Verhältnis zur Bundeswehr nachgesagt werde. Er erinnerte daran, daß der frühere Bundeskanzler Adenauer 1950 sein Angebot eines deutschen Verteidigungsbeitrags zwei Tage nach einer Kundgebung der EKD gegen die Remilitarisierung unterbreitet habe.

Bonn stockt gezielt die Hilfe für Landwirte auf

Kanzler-Runde verabredet sofortige Gesetzesänderungen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Noch in diesem Jahr wird die Bundesregierung ihre Hilfen für die deutschen Landwirte um mehrere 100 Millionen Mark aufstocken. In der Runde der zuständigen Minister beim Bundeskanzler gestern abend wurde beschlossen, mit den notwendigen Vorbereitungen für die Gesetzesänderungen sofort zu beginnen und nicht den Ausgang der Brüsseler Preisverhandlungen abzuwarten. Das Kabinett will heute über Perspektiven der Agrarpolitik entscheiden.

Das Hauptgewicht der zusätzlichen Hilfen wird nach Angaben von Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle auf der weiteren Entlastung der Bauern von ihren Beiträgen zur Sozialversicherung liegen. Daneben sollen die benachteiligten Gebiete, in denen unabhängig von der Produktion Ausgleichsbeiträge gewährt werden können, um ein Drittel auf sechs Millionen Hektar bzw. die Hälfte des Bundesgebiets ausgedehnt werden. Auch die Anhebung der Ausgleichsbeiträge ist noch im Gespräch.

Niedersachsens Antrag

Allein die Ausweitung der benachteiligten Gebiete würde, selbst wenn der Vergabeschlüssel und die Höhe der Subventionen nicht geändert würden, den Bundeshaushalt mit 100 Millionen Mark im Jahr zusätzlich belasten. In Niedersachsen wurde der Antrag gestellt, 800 000 Hektar als benachteiligte Gebiete einzugruppieren. Kiechle rechnet damit, daß die EG-Gremien in Kürze darüber entscheiden werden.

Bereits in den vergangenen Jahren hat die Bundesregierung ihre Zuschüsse zur Sozialversicherung kräftig aufgestockt. So wurde der Bundeszuschuß, den die sozialliberale Regierung auf 40 Millionen Mark in diesem Jahr kürzen wollte, wieder auf 400 Millionen Mark angehoben. Der Zuschuß für die Altersversorgung der Landwirte wurde von 75 auf 80 Prozent heraufgesetzt. Jetzt sollen die Beiträge für die kleinen und mittleren Betriebe bis zu einem Wirtschaftswert von 40 000 Mark, was einer Größe von etwas mehr als 30 Hektar entspricht, drastisch reduziert werden, und zwar sollen die Beiträge für die kleineren Betriebe (bei einem Wirtschaftswert von 10 000 Mark liegt die Belastung mit Sozialabgaben bei 4000 Mark) halbiert werden. Die Entlastung soll degressiv gestaffelt sein.

Rücksicht auf Brüssel

Bei den Maßnahmen zur Marktentlastung muß die Bundesregierung auf Brüssel Rücksicht nehmen. Auf der heutigen Kabinettssitzung will das Bundeskabinett ein solches Programm für die EG anregen, bei dem älteren Landwirten, die freiwillig auf ihre Produktion verzichten und ihre Flächen trotzdem pflegen, eine Prämie gezahlt wird. Dies kann wie auch die Förderung des Bio-Sprits nur nach EG-einheitlichen Kriterien erfolgen, worüber in der laufenden Preisrunde entschieden werden soll.

Der Agrarexperte der SPD, Rudolf Müller, kritisierte, daß sich die Bundesregierung mit ihrer Zusage von Hilfsmaßnahmen aus der laufenden Agrarpreisrunde in Brüssel abgemeldet habe. Sie werde für günstige Preisbeschlüsse nun nicht mehr aussichtsreich kämpfen können.

Vor weiteren falschen Anreizen zu noch mehr Produktion in der Landwirtschaft hat gestern der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) gewarnt. Wenn die Bundesregierung aus sozialen Erwägungen den in Not geratenen Landwirten helfen wolle, dann müßten solche Maßnahmen auf einen engen Personekreis bezogen bleiben.

„Bauern werden belogen"

WELT-Gespräch mit Apel: SPD bereit zur Gemeinsamkeit

DIETHART GOOS, Bonn

Für eine Umkehr der Brüsseler Agrarpolitik und Soforthilfen für notleidende Betriebe hat sich der SPD-Finanzexperte Hans Apel ausgesprochen. Der WELT sagte Apel, in der aktuten Notlage müsse man den Bauern die Wahrheit über die Möglichkeiten der Brüsseler Agrarpolitik sagen. „Hier wird gelogen, daß sich die Balken biegen – von den Bauernvertretern genauso wie von der Bundesregierung."

Apel beklagte, daß vier Fünftel der Milliarden, die nach Brüssel fließen, nicht mehr den Bauern zugute kämen. Sie würden für Überschußvernichtung, Denaturierung, Verschleudern im Export und Lagerhaltung ausgegeben. Es sei auch ein schwerer Fehler, der sich nicht wiederholen dürfe, die fast drei Milliarden Mark jährlicher Vorsteuerpauschale allen Bauern wie einen warmen Regen zu gewähren. Das bedeute für die kleinen Betriebe wenig und für die umsatzstarken viel.

„Verschwendung beenden"

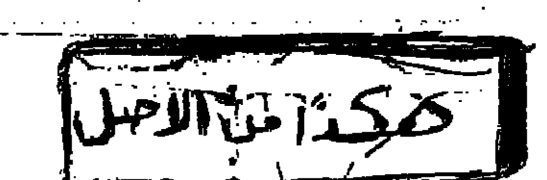
Nach Angaben von Apel würde allein die von der Bundesregierung geplante Halbierung der Kosten für die Sozialabgaben der Bauern jährlich mindestens 1,4 Milliarden Mark kosten. „Damit wird bereits deutlich, daß die Halbierung oder Ermäßigung der Beiträge nur Betrieben gewährt werden kann, die wirklich in Not sind. Sonst wären wir wieder bei der teuren Gießkanne zulasten der Steuerzahler."

In Brüssel habe die Bundesrepublik, wie Apel beklagte, kaum noch Verbündete für eine aktive Preispolitik. „Das Ziel muß sein, die Brüsseler Verschwendung zu beenden und so schnell wie möglich die Brüsseler Milliarden einzusetzen, um den bäuerlichen Familienbetrieben überleben zu lassen." Bonn habe in Brüssel eine Reihe ernstzunehmender Partner. Die Frage sei nur, "ob wir in Brüssel die Führung zur Reform der Agrarpolitik übernehmen". Apel fügte hinzu: „Eins ist doch eindeutig: An der verfehlten Agrarpolitik kann die gesamte Europäische Gemeinschaft ersticken. Und zwar nicht nur an den Überschüssen, sondern auch ihrer politischen Unfähigkeit, eine für die Bauern unerträgliche Lage zu überwinden."

Bauern entlasten

Auf die Frage, was er von Hilfsmaßnahmen bei der Stillegung unrentabler Flächen und bei der Förderung sogenannter nachwachsender Agrarrohstoffe für die Herstellung von Bioalkohol (Ethanol) halte, antwortete Apel: „Der erste Ansatz ist bedenkenswert, er muß EG-weit angepackt werden. Den zweiten halte ich für Kokolores. Denn ich sehe nicht, wie wir in absehbarer Zeit in der Lage sein könnten, das Schlagwort 'Die Rübe in den Tank' wirklich im Sinne einer Entlastung der Bauern umzusetzen, daß daraus eine Hilfe für unsere Bauern wird. Hier werden doch nur unsinnig Subventionen in Milliarden-Höhe versprochen, die niemand finanzieren kann."

Apel warnte davor, die Krise der deutschen Bauern mit der niedersächsischen Landtagswahl am 15. Juni in Verbindung zu bringen. „Jetzt schielen Politiker auf diesen 15. Juni und meinen, mit einem Bakschisch die Bauern zur richtigen Stimmabgabe verleiten zu können. Das ist ein verantwortungsloser, ein schlimmer Ansatz." Die SPD sei zu gemeinsamen Hilfen bereit, wenn sie vernünftig seien. "Not und Elend von Menschen darf nicht Kalkül für Wahlkämpfe und kurzsichtige Entscheidungen sein."



Exploration verschoben

fu (London) – Nun hat auch British Petroleum bekanntgegeben, daß die Investitionen in die Öl- und Gas-Exploration erheblich gekürzt werden. Diese Entscheidung war überfällig, nachdem bereits andere Ölunternehmen ihre Etats für die Offshore-Exploration im britischen Nordseesektor gestutzt haben. Der drastische Ölpreisverfall der letzten Monate beginnt zu wirken.

BP wird seinen Explorations-Etat von gut 2,1 Milliarden Mark auf 1,55 Milliarden kürzen. Daß 80 Prozent dieser Reduzierung auf die Nordsee entfallen, ist nur logisch. So haben auch Britoil und Enterprise Oil, zwei der aktivsten britischen Explorations-Unternehmen im Nordsee-Bereich, 40prozentige Beschneidungen ihrer Explorations-Budgets bekanntgegeben. Und Burmah Oil, Großbritanniens älteste Öl-Explorationsgesellschaft, wird sich von den Offshore-Aktivitäten in der Nordsee völlig zurückziehen.

Zwar ist die Förderung aus entwickelten Feldern in der Nordsee vergleichsweise billig; die Betriebskosten je Barrel Öl betragen für 95 Prozent aller britischen Nordseeölfelder *nicht mehr als fünf* Dollar. Aber die Explorationskosten sind hoch und steigen, je mehr die Ölwirtschaft bei ihrer Suche in tiefere, unwirtlichere Nordsee-Gewässer vordringt.

Die weitere Exploration wird *nicht aufgehoben, sondern nur zum* Teil aufgeschoben. Denn spätestens wenn die jetzigen Quellen versiegen, werden auch die entlegeneren Felder wieder interessant – vorausgesetzt, der Ölpreis hat sich bis dahin einigermaßen stabilisiert.

Exportartikel

hdt. – Auf hochqualifizierten Nachwuchs hat Computerhersteller Heinz Nixdorf immer sehr großen Wert gelegt, sicher einer der Schlüssel zum Erfolg seines Unternehmens. So geht die Ausbildung in seinen Lehrwerkstätten weit über das hinaus, was die offiziellen Berufsbilder vorschreiben. Ausgerichtet ist sie eindeutig auf die Technik und die Märkte von morgen. Von dieser Zielsetzung soll nun auch das Ausland *profitieren. Wenige Wochen* vor seinem Tode regte Heinz Nixdorf an, das im Inland bewährte Ausbildungsmodell auf die internationale Ebene zu übertragen, auf Länder, die vergleichsweise nichts Ähnliches zu bieten haben. Aus dieser Anregung wurde ein Beschluß. Auswirken wird er sich beispielsweise auf die Nachwuchskräfte im irischen Bray, wo bereits ein Ausbildungszentrum für Facharbeiter besteht, und auf die im spanischen Toledo. Hier treffen sich Nixdorf-Pläne mit dem Vorhaben der Regierung, das Ausbildungswesen zu reformieren. Alles in allem ein Know-how-Export, den vor allem die unmittelbar betroffenen Jugendlichen sicher zu würdigen wissen.

RENTENVERSICHERUNG / Wissenschaftler sind wieder zuversichtlich

Finanzierung gilt für die kommenden Jahre als weitgehend gesichert

HEINZ HECK, Köln

„Über die nächsten vier Jahre dürfte die Rentenfinanzierung gesichert *sein, über die nächsten 15 Jahre ist sie mit nicht allzu großen Schwierig*keiten zu sichern." Diese zuversichtliche Prognose gab Professor Helmut Meinhold, Vorsitzender des Sozialbeirats beim Arbeitsministerium, auf einer Wissenschaftler-Tagung der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft zur Sturkturreform der Rentenversicherung in Köln.

Das Thema ist aktuell, denn morgen wird Meinhold das Gutachten des Sozialbeirats zur langfristigen Strukturreform in Bonn vorstellen. Größere Finanzierungsschwierigkeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung sieht Meinhold „erst richtig mit der Jahrhundertwende" heraufziehen. *Vorher seien sie nur für den* Fall einer „künftigen sozialen Überforderung des Systems" zu befürchten.

Bei den Beitragsbelastungen ist für Meinhold „eine Grenze erreicht". Stiegen sie weiter, so drohten eine Belastung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, ein Sinken der Leistungs- und Investitionsbereitschaft und eine Abwanderung in die Schattenwirtschaft. Nicht durch eine einzige Maßnahme oder einen Systemwechsel, wohl aber durch Zusammenwirken mehrerer Maßnahmen *könnten auch auf* lange Sicht die Sozialrenten „als Grundlage einer würdigen Alterssicherung angesehen werden", betonte Meinhold.

Nicht die Struktur der Rentenversicherung sollte geändert werden, erklärte Professor Winfried Schmähl (Universität Berlin), „sondern die Rentenversicherung ist an veränderte *Bedingungen (Strukturen) anzupassen*". Er forderte „ein klares Konzept für die Weiterentwicklung", um der Bevölkerung wie den Unternehmen (für die Gestaltung der betrieblichen Alterssicherung) eine Perspektive zu eröffnen. Schmähl plädierte für eine stärkere Beachtung des Versicherungsgedankens (Leistung und Gegenleistung) und lehnte schon aus ökonomischen Gründen den Übergang zu Staatsbürgerrenten ab.

Die künftigen finanziellen Belastungen in der Alterssicherung hingen nicht nur von der demographischen Entwicklung, sondern vor allem auch von politischen Entscheidungen und ökonomischen Bedingungen ab. Selbst eine deutliche Steigerung der Erwerbsquote bringe keine nennenswerte Entlastung. Schmähl sprach sich dafür aus, die Rentenversicherung „den tagespolitisch motivierten Eingriffen" durch weitergehende Regelungen zu entziehen und schlägt unter anderem folgende aufeinander abgestimmte Maß*nahmen vor:*

– Änderung der Rentenformel durch Einbeziehung eines ergänzenden, steigende Belastungen widerspiegelnden Faktors.

– Änderung der Besteuerung von Alterseinkünften und – längerfristig

– Abbau der finanziellen Prämierung für vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben (das bedeutet eine Umkehr der gegenwärtigen Tendenz, hin zu einer längeren Erwerbsphase).

– Leistungen des Versicherten in der Rentenversicherung könnten nicht nur Beitragszahlungen (aufgrund bezahlter Erwerbstätigkeit) sein, sondern auch zum Beispiel das Aufziehen von Kindern oder Pflegedienste. Die daraus erwachsenden Rentenansprüche sollten allerdings aus öffentlichen Haushalten finanziert werden.

– Der Bundeszuschuß sollte mit einer möglichst im Grundgesetz abgesicherten Formel an die Rentenausgaben und eine Änderung des Beitragssatzes gekoppelt werden. In einem „Wertschöpfungsbeitrag" sieht Schmähl „aus ökonomischer Sicht keine geeignete Alternative zu erhöhten öffentlichen Mitteln".

Professor Heinz Grohmann (Universität Frankfurt) stellte zwei Konzepte zur Anpassung der Rentenentwicklung an Veränderungen in der *Abgabenbelastung der Löhne zur* Diskussion: die modifizierte Bruttoanpassung mit einer Eigenbeteiligung der Rentner an ihrer Krankenversicherung und einer erweiterten Rentenbesteuerung sowie die reine Nettoanpassung, bei der die Renten unmittelbar den Nettolöhnen folgen. Grohmann sieht in dem ersten Modell *„die beste Lösung"*.

ENERGIEPOLITIK

Stromintensive Produktion ist längerfristig unrentabel

SABINE SCHUCHART, Köln

Auf die Gefahr, daß die Energieversorgungsunternehmen immer stärker an politische Vorgaben gebunden und zu „Erfüllungsgehilfen für sachfremde Zwecke" werden, hat der Direktor des Energiewirtschaftlichen Instituts (EWI) und Vorsitzende des Sachverständigenrats, Prof. Hans-Karl Schneider, hingewiesen. Bereits heute seien die unternehmerischen Handlungsspielräume in der Energie*wirtschaft zum Teil drastisch* beschnitten, was die Anpassung an veränderte internationale Energiedaten erschwere, erklärte Schneider auf der 14. Internationalen Arbeitstagung des EWI in Köln.

Es sei kein Geheimnis mehr, daß die stromintensiven Industrieproduktionen auf der aktuellen und absehbaren Preisbasis für Elektrizität längerfristig nicht rentabel und in Gefahr seien. Dies liege auch daran, daß die Energiepolitik den Energieversorgungsunternehmen (EVU) mit der Kohlevorrangpolitik eine viel zu große Last aufgeladen habe.

Das derzeitige Ausgleichssystem, das die Kohle in der Verstromung *vollständig dem Wettbewerb* entzieht, hält Schneider für sehr problematisch. Mit welchen „enormen und voraussichtlich weiter steigenden" Kosten das bestehende System verbunden sei, zeige der aktuelle Ölpreisverfall. Bei einem Rohölpreis von 18 Dollar pro Barrel und einem Dollarkurs von 2,30 DM ergebe sich ein *zusätzlicher* Ausgleichsbetrag von 2,4 Milliarden DM. Dies entspreche einer Erhöhung des „Kohlepfennigs", den der Stromverbraucher zu zahlen hat, von 3,3 auf sieben *Prozent.* Durch die höhere Ausgleichsabgabe werde es für die EVU höchst rentabel, die teuerere heimische Steinkohle zu verstromen. Eine langfristige Lösung kann deshalb nach Schneiders Worten nur in der Abschaffung des bestehenden Subventionssystems bestehen.

Die Nutzbarmachung von Energieunternehmen für Zwecke der Energiepolitik, wie sie die EVU in bezug auf die Kohleschutzmaßnahmen erfahren, ist nach seinen Ausführungen nur in den Bereichen möglich, die wirtschaftspolitisch stark reglementiert sind. Verschiedene politische Gruppen seien deshalb durchaus an der Verfestigung von Monopolstellungen interessiert. Die Energieunternehmen müßten aber bedenken, daß der politische Schutz der Marktstellung letztlich ein „Danaer-Geschenk" sei: „Mit diesen Geschenken fordert die Politik mehr zurück, als sie gibt."

Der weitgehende Wettbewerbsausschluß in der Elektrizitätswirtschaft *wird, so Schneider, mit weit höheren* als den produktionsnotwendigen Kosten erkauft. Eindringlich warnte er auch davor, noch weiter unternehmerische Entscheidungen auf politische Instanzen zu verlagern. Gerade im Bereich der Umweltpolitik könne eine stärkere Nutzung marktwirtschaftlicher Elemente die Effizienz stärken.

Hannover: Warten auf 1987

Von DOMINIK SCHMIDT

Wenn heute abend die Hannover-Messe Industrie nach achttägiger Dauer zu Ende geht, wird kaum jemand klüger geworden sein *in der Frage, ob das Konzept der* Deutschen Messe- und Ausstellungs-AG aufgegangen ist und die Zweiteilung der „Messe der Messen" das Nonplusultra ist. Im Gegenteil: Während zu Beginn der Industrie-Schau die Stimmung der Beteiligten, getragen von dem Erfolgserlebnis der Cebit-Messe, als ausgesprochen freundlich bewertet wurde, ist jetzt zumindest Nachdenklichkeit eingekehrt. Die Standardformel in den Hallen lautet immer wieder, daß ein abschließendes Urteil nicht gefällt werden kann. Erst 1987 werde sich zeigen, ob der „Weltmarkt industrieller Technologien" zu altem Glanz zurückfindet.

Der Hinweis auf das nächste Jahr hat seine Berechtigung. Das Ausstellungsprogramm der Industrie-Messe nämlich unterliegt gravierenden Ver*änderungen, weil alternierende* Fachmessen die ungeraden Jahre in Hannover zu den attraktiveren machen. Hinzu kommt jedoch ein anderer Aspekt. 1986 ist für den Messeplatz Hannover ein Premieren-Jahr. Niemand, vor allem nicht die großen Industrieverbände, die diese Veranstaltung tragen, durfte davon ausgehen, *daß nahtlos an die Erfolge* früherer Jahre angeknüpft werden konnte. Im Grunde hat das auch niemand getan. Insofern investierten die 5500 Aussteller viel Goodwill in das Projekt Industrie-Messe. Nach dem derzeitigen Kenntnisstand wird das Wohlwollen der Ausstellerschaft bis zum nächsten Jahr Hannover erhalten bleiben. Erst dann sind Entscheidungen zu erwarten.

Mehr oder weniger offen ist in diesen Tagen deutliche Kritik laut geworden. Das ausgesprochen schwache Besucherinteresse in den ersten Messetagen beeinträchtigte nachhaltig das Stimmungsbarometer und führte zu eigentlich nicht statthaften Vergleichen mit der Hannover-Messe 1985. Damals wurden über 850 000 Besucher gezählt. Sie füllten Tag für Tag die Messehallen und das Freigelände und ließen Leerlauf auf den Ausstellungsständen nicht zu. Anders war das Bild in diesem Jahr. Noch am Wochenende zeichnete sich mit Blick auf die Besucherzahlen ein Desaster ab. Die Befürworter der Messeteilung – darunter führende Unternehmen ihrer Branchen – schienen zu resignieren.

Inzwischen ist das Klima umgeschlagen. Zwei besucherstarke Tage, der Montag und Dienstag, führten wieder zu einer freundlicheren Einschätzung des Messeverlaufs. Wenngleich die endgültigen Zahlen erst heute abend feststehen, so läßt sich doch in groben Umrissen erkennen, daß das anvisierte Ziel von über 400 000 *Gästen* erreicht wird; bereits gestern lag die Besucherzahl nahe dieser Reizschwelle.

Ein Faktor, der allenthalben als po*sitiv gewertet wird, ist die* gewachsene Intensität der Gespräche mit den Fachbesuchern. Ohnehin nimmt die Hannover-Messe für sich in Anspruch, vorrangig der Information und der Anbahnung von Kontakten zu dienen. Dafür stand sehr viel mehr Zeit zur Verfügung als in früheren Jahren. Die Einschränkung aller*dings folgt auf dem Fuß: Gerade jene* Klientel, die geschäftlich in den Cebit-Hallen zu tun hatte und danach auch den Investitionsgüterteil der Messe besuchte, ist diesmal weitgehend der Industrie-Messe ferngeblieben. Die Hoffnung auf Zweimal-Besucher hat getrogen.

Deutlich sichtbar wird dieser Trend *in der Struktur der ausländi*schen Besucher. Der Rückgang der Messegäste aus Übersee insgesamt und speziell der stark geschrumpfte Anteil der Japaner spricht für sich. Auch der Hinweis auf das gestiegene Interesse des Fachpublikums relativiert sich von selbst. Natürlich verschieben sich die Anteile, wenn die *Ausgangsbasis verändert wird.*

Die Verantwortlichen des neuen Messekonzeptes sind sich darüber im klaren, daß 1987 in verschiedenen Bereichen der Industrie-Messe „nachgebessert" werden muß. Dabei handelt es sich beileibe nicht nur um graduelle Veränderungen. Auch das Angebot einzelner Fachmessen und die Logi*stik der im Freigelände angesiedelten* Branchen stehen zur Diskussion. All das muß bis zur Hannover-Messe 87 gelöst sein, wenn die größte Investitionsgüter-Messe der Welt ihren internationalen Stellenwert beibehalten will. So gesehen ist die Neuorientierung noch längst nicht abgeschlossen.

AUF EIN WORT

„Nur wenn Gewinne nicht von Geldentwertung ausgehöhlt und unternehmenspoli*tische Strategien nicht* von Inflationsmentalität verzerrt werden, bleibt für den Anleger *die* Bereitschaft *von* und für die Wirtschaft die Finanzierung durch haftendes Eigenkapital interessant."

Rudolf Bayer, Vorsitzender des Präsidiums der Bayerischen Börse, München. FOTO: DIE WELT

In Phase der Neuorientierung

dpa/VWD, Bonn

Die deutsche Wirtschaft befindet sich nach Einschätzung des Bundesverbandes deutscher Banken in einer „Phase der Neuorientierung und Anpassung an grundlegend veränderte ökonomische Umweltbedingungen". Die Wachstumsaussichten werden in einem Konjunkturbericht wei*terhin als günstig bezeichnet.* Die Verlangsamung des Wachstums zu Jahresbeginn sei eine vorübergehende Erscheinung. Die Auslandsnachfrage habe sich trotz der Verteuerung der D-Mark auf einem hohen Niveau gehalten. Die deutschen Unternehmen mußten Preiszugeständnisse machen.

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Agrarvorschläge von den meisten Fraktionen abgelehnt

Ha. Straßburg

Wenig Entscheidungshilfen können die EG-Regierungen in diesem Jahr von der Agrarpreisdebatte des Europaparlaments erwarten. Die meisten Fraktionen lehnten gestern in Straßburg die Vorschläge der Brüsseler Kommission *nahezu* ausnahmslos ab. Sie konnten jedoch ihrerseits keine klaren Alternativen dazu aufzeigen. An der Redeschlacht beteiligten sich mehr als 60 Abgeordnete. Für die morgen geplante Abstimmung im Plenum wurden rund 400 Änderungsanträge eingereicht.

Sprecher fast aller politischer Gruppen kritisierten vor allem, daß die Kommission noch immer keine Vorschläge zur Absicherung der landwirtschaftlichen Einkommen im *sozialen* und strukturellen Bereich vorgelegt hat. In der vergangenen Woche hatte sich die EG-Exekutive darüber noch nicht verständigen können.

Der Landwirtschaftsausschuß des Parlaments vertrat einerseits die Ansicht, daß die Preispolitik in Zukunft „in stärkerem Maße auf die Sanierung der Märkte ausgerichtet" und der *Rückgriff auf Interventionen* begrenzt werden müsse; bekräftigte andererseits jedoch auch den Grundsatz, daß die Markt- und Preispolitik weiterhin „die wesentlichen Grundlagen für die Sicherung der landwirtschaftlichen Einkommen bilden" müsse.

EG-Kommissar Frans Andriessen kündigte eine Anhebung der Beihilfen für Bauern in benachteiligten Regionen, eine vorzeitige Altersregelung für Landwirte, die ihre Produktion aufgeben, sowie finanzielle Anreize für die Aufforstung und für Umweltmaßnahmen an.

JAPAN

Der Absatz deutscher Autos steigt kontinuierlich an

dpa/VWD, Tokio

Die Erfolgsbilanz für deutsche Autos in Japan sieht auf den ersten Blick blendend aus: Die Deutschen haben bei den ausländischen Wagen einen Marktanteil von runden 80 Prozent, *die Gesamtzahlen steigen seit 27 Monaten kontinuierlich an.* Im März wurden 6773 Importautos in Japan verkauft, im ersten Quartal 13 988, 19,3 Prozent mehr als im Vorjahr; 1985 wurden mehr als 50 000 ausländische Autos in Japan zugelassen.

Die Importeure versuchen allerdings immer noch vergeblich, einen Marktanteil von zwei Prozent zu erreichen. Dagegen exportierten die Japaner allein im Februar dieses Jahres 569 751 Autos – der Gegenstrom ist im Vergleich dazu nichts weiter als ein *Rinnsal.* Die Autoimporteure beklagen zwar immer noch bürokratische Handelshemmnisse, aber sie werden nicht mehr als Hauptgrund angegeben. Die japanischen Kunden sehen vor allem die Preisunterschiede zwischen japanischen und ausländischen Autos. Der billigste Importwagen, der Fiat 126 Bambino, kostet beispielsweise 1,36 Mill. Yen (gut 18 000 DM). Wer einen preiswerten Wagen haben will, kann aber einen Suzuki Mightyboy für 450 000 Yen (knapp 6000 DM) erstehen, für ein Drittel also.

Der VW-Golf schafft es dennoch, daß die Japaner das gewohnt sorgsame Rechnen manchmal beiseite schieben. Vor allem Ärzte fahren gern Volkswagen. Die oberen Einkommensstufen träumen von BMW und Mercedes, keineswegs mehr von Chrysler oder Ford. Die Markterfolge von BMW seien eindeutig auf das Käufermotiv *Prestige* zu buchen, sagt Japan-Chef Lüder Paysen. Schließlich ist Geschwindigkeit auf 100 Stundenkilometer beschränkt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bangemann sieht Aufschwung gefestigt

Bonn (rtr) – Der wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland hat sich nach Einschätzung des Bundeswirtschaftsministeriums weiter gefestigt. Für eine Fortsetzung des Aufschwungs sei eine solide Basis geschaffen worden, erklärte Wirtschaftsminister Martin Bange*mann gestern* in Bonn. Die Stabilisierung des Preisniveaus, die Sanierung der Staatsfinanzen, kräftig gesunkene Zinsen und deutlich gestiegene Unternehmenserträge bildeten diese Basis. Vom Rückgang der Ölpreise gingen für den weiteren Verlauf dieses Jahres und 1987 zusätzliche Impulse auf die Binnenkonjunktur aus. Auch die jüngste DM-Aufwertung bei der Wechselkurs-Neuordnung stärke die Binnenkonjunktur, hieß es in dem Überblick.

Hypotheken billiger

Frankfurt (dpa/VWD) – Die zur Deutschen Bank-Gruppe gehörende Frankfurter Hypothekenbank AG hat gestern zum 6. Male in diesem Jahr die Hypothekenzinsen um rund 0,25 Prozent gesenkt. Die Deutsche Centralbodenkredit AG, Köln, hat ihre Konditionen bei zehnjähriger Laufzeit um rund 0,2 Prozentpunkte verbessert.

Kein Gesetzesverstoß

Bonn (hg) – Das Telefunken-Partnersystem verstößt nicht gegen das Kartellgesetz. Der Bundesgerichtshof hat gestern die Untersagung dieses Systems durch das Bundeskartellamt und deren Bestätigung durch das Berliner Kammergericht vom November *1984* aufgehoben. Eine Begründung dieser Entscheidung liegt noch nicht vor. Das Amt hatte seine Entscheidung damit begründet, daß dies System, bei dem der Händler Fernsehgeräte im Namen und auf Rechnung von Telefunken zu Preisen verkauft, die das Unternehmen festgelegt hatte, eine Umgehung des Verbots der vertikalen Preisbindung sei.

„Berkom" vorgestellt

Berlin (AP) – Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling hat gestern das „Berliner Kommunikationssystem" (Berkom) vorgestellt, mit dem bis Ende 1989 neue Übertragungstechniken und Endgeräte für ein breitbandiges Glasfasernetz entwickelt werden sollen. Das rund 100 Millionen Mark teure Projekt solle „dem Fernmeldewesen den Weg in *das nächste Jahrhundert ebnen"* sagte der Minister in Berlin. Das Berkom-Projekt, an dem sich auch Industriefirmen beteiligen sollen, verknüpfe die neuen Digitaltechniken der Telekommunikation mit der immer bedeutender werdenden Glasfasertechnik zu einem „Breitband-ISDN-Netz".

BDI beklagt Rekorddefizit

Bonn (Mk.) – Die Ungleichgewichte im Handel Japans mit den USA *und Europa haben sich weiter* vergrößert. Bei den internationalen Unternehmergesprächen in Tokio wies der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans Joachim Langmann, darauf hin, das deutsche Defizit gegenüber Japan sei im vergangenen Jahr auf einen neuen Höchststand geklettert.

„Transport" in München

Bonn (A.G.) – Die alle vier Jahre *stattfindende* Internationale Fachmesse für Güter- und Personenverkehr TRANSPORT findet dieses Mal vom 10. bis 14. Juni in München statt. Diese Messe wird von über 300 Ausstellern aus über 20 Staaten beschickt. Zu den Rahmenveranstaltungen zählt auch ein von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) durchgeführtes Seminar über Transportprobleme der Entwicklungsländer.

FORSCHUNGSSUBVENTIONEN

Bonn gibt 21 Millionen DM für neuartigen Tragflügel

A. G. Bonn

Für die Entwicklung einer neuartigen Tragfläche, bei der der Luftwiderstand um 20 Prozent verringert werden soll, hat das Bundesforschungsministerium jetzt rund 21 Millionen Mark bewilligt. Wie gestern bekannt wurde, handelt es sich um den sogenannten „Transsonischen Laminarflügel", für dessen Entwicklung die Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm 12,7 Millionen Mark und die Firma Dornier sieben Millionen Mark erhalten. Diese Beträge decken zu jeweils 60 Prozent die Entwicklungskosten. Die Universität Stuttgart hat darüber *hinaus eine* Million Mark zugesprochen bekommen. Außerdem laufen zur Zeit noch Verhandlungen mit der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR).

Ende 1988 soll dann beurteilt werden, *ob* und bis zu welchem Grade dieser Laminarflügel realisiert werden kann. Bei positivem Ergebnis werden sich eine zweijährige Komponenten-*Erprobungsphase* und eine etwa dreijährige Flug-Erprobungsphase anschließen, so daß voraussichtlich 1993 mit der Entwicklung eines *Laminarflügels* für den Airbus begonnen werden kann. Die Chancen der deutschen Industrie, eines Tages die Entwicklungs- und Fertigungs*kompetenz für* Tragflügel künftiger Airbus-Varianten zu erringen, werden in Bonn positiv bewertet.

Die jetzt getroffene Entscheidung erfolgte ohne programmatische Grundlage. Denn für das seit vier Jahren abgelaufene Luftfahrt-Forschungsprogramm (1979 bis 1982) ist immer noch keine Anschlußregelung in Kraft gesetzt worden.

GESUNDHEITSWESEN / Ortskrankenkassen mit Skepsis in nächste Wahlperiode

Zu viel Arznei in zu großen Packungen

THOMAS LINKE, Bonn

Ein anhaltender Kostendruck und der positive *Konjunkturumschwung* haben die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung in den letzten Jahren nach oben getrieben. Diese Analyse gab der alternierende Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Detlef Balzer, in einer Bilanz der zu Ende gehenden Selbstverwaltungsperiode. Der durchschnittliche Beitragssatz der Ortskrankenkassen sei von Januar 1980 bis Januar 1986 von 11,7 Prozent auf 12,6 Prozent gestiegen.

Deutlich über der Grundlohnsteigerung und damit ursächlich für die Beitragssatzsteigerung seien die Ausgaben für Arzneien, Heil- und Hilfsmittel sowie die Krankenhauspflege. 100 000 überflüssige Krankenhausbetten zählen die Kassen in der Republik. Balzer: „Dieser Bettenüberhang schafft sich durch einen Anstieg der Fallzahlen sowie durch eine längere Verweildauer im Krankenhaus eine eigene Nachfrage." Das Arzneimittelüberangebot führe dazu, daß nach wie vor zu viele und zu teure Arzneimittel in viel zu großen Packungen verschrieben werden. Auch das zunehmende Leistungsangebot von Hörgeräteakustikern und Optikern drücke laut Balzer auf die Ausgaben.

Kritisch setzte sich der Arbeitgebervertreter Balzer mit den 1982/83 ergriffenen Kostendämpfungsmaßnahmen – unter anderem Begrenzung der Aufwendungen für Kuren, Ausgrenzung von Bagatellarzneimitteln – auseinander. Während die gesetzliche Krankenversicherung durch diese Maßnahmen in den Jahren 1982 bis 1986 um 485 Mill. DM entlastet wurde, seien die Mitglieder und Arbeitgeber mit rund 3,5 Mrd. DM zusätzlich zur Kasse gebeten worden. In Beitragssätze umgerechnet sei durch diese *Maßnahmen die tatsächliche Bela*stung der Mitglieder fast einen Prozentpunkt höher, als es der Beitragssatz der Krankenversicherung ausweist.

Eine von Skepsis getragene Perspektive für die nächsten sechs Jahre Selbstverwaltung im Gesundheitswesen gab der Versichertenvertreter und derzeitige Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Wilhelm Heitzer. Wenn in den nächsten Jahren keine Angebotssteuerung durch den Gesetzgeber erfolge, sei bis 1990 mit einem Defizit von knapp 30 Mrd. DM und Beitragssatzsteigerungen von drei Prozent zu rechnen.

Um das zu verhindern, verabreichte Heitzer auch gleich eine Therapie: Die Prävention soll gestärkt werden. Bisher *zahlt die gesetzliche* Krankenversicherung erst 2,5 Prozent ihrer Ausgaben für vorbeugende Maßnahmen. In der ambulanten Ver*sorgung heißt* die Tendenz „Hin zum Hausarzt alter Prägung".

BERLINER ELEKTRO

Bald mehr Beteiligungen

tb. Berlin

Die Berliner Elektro-Beteiligungen AG, Berlin, bleibt auf Expansion geschaltet. Der Kreis der Beteiligungen soll in diesem Jahr erweitert werden. Das kündigte Aufsichtsratsvorsitzender Manfred R. Bernau gestern vor Journalisten in Berlin an. Mit sieben Unternehmen steht man zur Zeit in Verhandlungen, eine davon werde mit Sicherheit noch im Mai zum Abschluß kommen. Damit werde Berliner Elektro dann an einem Unternehmen im süddeutschen Raum beteiligt sein und ihren Interessenbereich auch räumlich ausweiten. Weitere Einzelheiten wollte Bernau noch nicht bekanntgeben.

Gegenwärtig verfügt diese Holding über einen Kranz von zwölf Beteiligungen. Für 1986 erwartet man einen Umsatz von knapp 70 Mill. DM, der bei weiteren Zukäufen allerdings höher ausfallen wird. Das langfristige Umsatzziel – 100 Mill. DM für 1990 – werde wesentlich früher erreicht. Als Gewinn je Aktie erwartet die Verwaltung für 1986 rund 33 DM nach etwa 25 DM im vergangenen Jahr. Die Beteiligungen sollen, so Bernau, auch in Zukunft aus Eigenmitteln finanziert werden. Lediglich für kurze Überbrückungen und bei Grundstückskäufen will man auf Fremdfinanzierung zurückgreifen.

Das Kapital von 11 Mill. DM soll bis zum Jahresende weiter aufgestockt werden. Noch stehen 2 Mill. DM genehmigtes Kapital zur Verfügung. Die Hauptverammlung am 18. Juni soll über weitere Kapitalmaßnahmen beschließen. Ob es sich dabei um neues genehmigtes Kapital handelt oder eine andere Form, ließ Bernau offen.

1985 war für Berliner Elektro ein „sehr starkes Jahr", so die Verwaltung. Der Umsatz der Beteiligungsgesellschaften stieg auf 49 (31,8) Mill. DM. Die AG weist einen Jahresüberschuß von 3,44 (2,37) Mill. DM aus. Daraus sollen wieder 11,50 DM Dividende auf die Stammaktie und 12,50 DM auf die Vorzugsaktie gezahlt werden.

Bernau kündigte ferner eine Erweiterung sowohl des Aufsichtsrates – von drei auf sechs Mitglieder – als auch des Vorstandes an.

FREUDENBERG / Rekordinvestitionen von 257 Mill. Mark – Kapazität bei den Spezialvliesstoffen wird verdoppelt

Schwung der Autoindustrie prägte das Wachstum

INGE ADHAM, Weinheim

„Die schaffen, die Freudenbergs." Der anerkennende Satz von Beschäftigten aus dem Weinheimer Stammunternehmen Carl Freudenberg der Familiengruppe kennzeichnet wohl am besten, was Hermann Freudenberg, einer der persönlich haftenden Gesellschafter und in der Unternehmensleitung für Personal zuständig, meint, wenn er von einem „besonderen Verhältnis zwischen Unternehmensleitung und Arbeitnehmern" spricht.

Als entscheidende Basis für den Erfolg des Unternehmens nennt er ausdrücklich die positive Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern. „Man kann sich aufeinander verlassen", betonte Freudenberg bei der Vorlage des Geschäftsberichts 1985 und erinnerte daran, daß 80 Prozent der Auszubildenden Kinder von Mitarbeitern sind, viele schon in der vierten Generation.

Der Stil des bald 140 Jahre alten Unternehmens mit kurzen Entscheidungswegen und sehr viel Unabhängigkeit für die mittlere Führungsebene trägt Früchte. Von kurzatmigen Entscheidungen hält die siebenköpfige Unternehmensleitung (darunter vier familienfremde persönlich haftende Gesellschafter) nichts. Die Geduld zahlte sich bei der vom Markt erzwungenen Umstrukturierung aus, als vor rund 20 Jahren der bis dahin prägende Schuh- und Schuhmaterialien-Bereich an Bedeutung verlor und ein Vorstoß in neue Betätigungsfelder nötig wurde, die teilweise sehr lange brauchten, bis sie ertragreich waren.

Auch wenn es immer noch Bereiche gibt, mit denen Freudenberg Kummer hat, wie zum Beispiel Schuhe (Marke: „elefanten") und Schuhmaterialien, die insgesamt 540 (i.V. 510) Mill. DM zum Gruppenumsatz beitragen, mit dem Gesamtertrag ist Reinhart Freudenberg, in der Unternehmensleitung für Finanzen zuständig, zufrieden. Nach dem guten Vorjahresergebnis ist der Ertrag nochmals gestiegen, „im Ausland besser als im Inland". Die Investitionen, mit 257 (149) Mill. DM auf bisher nicht erreichter Höhe, sowie die Ausweitung des Geschäftsvolumens konnten auch 1985 durch im Unternehmen erwirtschaftete Mittel finanziert werden, heißt es im Geschäftsbericht (Abschreibungen 167 Mill. DM).

Der Umsatz in der international tätigen Gruppe stieg annähernd wie im Vorjahr um 12,7 Prozent auf 3,35 (2,97) Mrd. DM. Davon entfallen etwa 45 Prozent auf die Dachgesellschaft Carl Freudenberg. Nicht enthalten sind Umsätze der Minderheitsbeteiligungen von 2,32 (2,02) Mrd. DM. Auf das Inland entfallen 1,34 Mrd. DM (plus 12 Prozent), dabei stiegen die Exporte um 9 Prozent auf 775 Mill. DM. Die Auslandsgesellschaften steigerten ihre Umsätze um 15,7 Prozent auf 1,25 Mrd. DM (bereinigt um Änderungen im Konsolidierungskreis ergibt sich ein Plus von 9 Prozent). Wichtigster Auslandsmarkt sind mit 733 (625) Mill. DM Umsatz die USA (6 Gesellschaften).

Mit dem kräftigen Wachstum profitierte Freudenberg als Zulieferer von Spezialitäten von der Entwicklung der Kraftfahrzeug- und Investitionsgüterindustrie, womit insgesamt 56 Prozent des Umsatzes getätig werden. Kräftig weiter gewachsen ist Freudenberg aber auch im Bereich der Vliesstoffe, der auf fast eine Mrd. DM (i.V. 840 Mill. DM) Umsatz kam. Größter Umsatzträger sind zwar noch die Einlagestoffe für die Bekleidungsindustrie, besonders wachstumsträchtig zeigen sich aber Spinnvliese für Spezialzwecke (Hygieneprodukte, Möbelindustrie), deren Kapazität in der Bundesrepublik derzeit verdoppelt wird, nachdem bereits 1984 eine neue Anlage in den USA in Betrieb ging, die voll ausgelastet ist.

Das deutliche Wachstum sorgte auch für weiter steigende Beschäftigungszahlen (weltweit plus 1080 auf 23 510 Mitarbeiter), in der Bundesrepublik arbeiten davon 14 070 Mitarbeiter.

In diesem Jahr wird sich das Wachstum schon allein wegen der Dollarentwicklung abschwächen. Auch bei der Ertragsentwicklung rechnet Reinhart Freudenberg mit abflachenden Wachstumsraten. Nochmals steigende Investitionen (Plan rund 330 Mill. DM) in diesem und im nächsten Jahr (wobei gut ein Viertel Kapazitätserweiterungen dienen) sollen die Basis für eine weiterhin positive Entwicklung stärken.

CASSELLA / Neun Nachahmer für Hirnpräparat

Pharma völlig außer Plan

wb. Frankfurt

Die Umsatzerwartungen der Cassella AG, Frankfurt, haben sich im ersten Quartal 1986 nicht erfüllt. Die Ursachen dafür sieht Vorstandsmitglied Christian Ruppert vor allem in der Währungsentwicklung: Die Exporte gingen – speziell in den Bereichen organische Chemikalien, Farbstoffe und Hilfsmittel – um 16 Prozent zurück. Das schlug sich für die AG insgesamt in einem Umsatzrückgang von zehn Prozent nieder.

Die Auftragslage der ersten drei Monate, die sich günstiger darstellte als im zweiten Halbjahr 1985, lasse aber hoffen, daß der Rückgang im Laufe des Jahres wieder aufgeholt wird. Angespannt bleibe die Lage im inländischen Pharma-Geschäft.

Der Pharma-Bereich hatte schon im vergangenen Jahr die Planung der Hoechst-Tochter leicht durcheinandergebracht. Der Patentablauf eines Hirnpräparats rief im Nu neun Nachahmer auf den Plan, und der vorübergehende Verkaufsstop eines wichtigen Umsatzträgers aus der Kreislauf-Palette sorgte dann wesentlich mit dafür, daß der Bereichsumsatz mit 133 Mill. DM um 20 Mill. DM unter dem Vorjahresniveau blieb.

Einen Ausgleich brachten zwar die flotten Geschäfte mit Farbstoffen (plus 14 Prozent) und Kunstharzen (plus 16 Prozent). Doch weder mit der Umsatzsteigerung um sechs Prozent auf 527 (498) Mill. DM noch mit dem Rückgang des Jahresüberschusses um sieben Prozent auf 6,6 (7,1) Mill. DM ist der Vorstand zufrieden.

Das Ertragsbild wird allerdings durch die auf 23 (14) Mill. DM erhöhten Aufwendungen für Altersversorgung verfälscht. Darauf deuten auch der mit 57 Mill. DM unveränderte Brutto-Cash-Flow und der auf 41 (40) DM gestiegene DVFA-Gewinn je 100-DM-Aktie hin.

Zum Ausgleich der Pharma-Einbußen trugen auch die Beteiligungen der Cassella-Gruppe (Riedel de Haen, Jade Cosmetic, Cassella-med) bei, von denen 6 (5) Mill. DM vereinnahmt wurden. Die Gruppe mit 4200 (4160) Mitarbeitern steigerte ihren Umsatz um 7 Prozent auf 972 (909) Mill. DM. Ihr Auslandsanteil von 46 (44) Prozent lag unverändert über den 45 (42) Prozent des Stammhauses.

WIRTSCHAFTSLAGE / Eine Studie des Bankhauses Trinkaus zu den Ölpreisen

Private Haushalte als Nutznießer

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die in den letzten Monaten zu einer rasanten Talfahrt angetretenen Ölpreise bescherten der deutschen Wirtschaft von der Chemie über die Elektro- und Autoindustrie bis zum Anlagenbau einen enormen Wachstumsschub, der auch über dieses Jahr hinaus anhalten wird. Zu diesem Schluß kommt das Düsseldorfer Privatbankhaus Trinkaus & Burkhardt in einer Studie über die möglichen Auswirkungen der Ölpreisentwicklung für die deutsche Wirtschaft.

Je nachdem, welche Annahme über Ölpreis und Dollar-Notierungen gemacht werden, variieren zwar die Wachstumsvoraussagen, doch sei davon auszugehen, daß das zusätzliche Wachstum für 1986 auf mindestens einen halben Prozentpunkt zu veranschlagen ist, also das reale Sozialprodukt auf 3,5 bis vier Prozent steigen wird. Die Impulse dürften sich auch 1987 fortsetzen und damit eine Verstetigung des Wachstumsprozesses einsetzen.

Wesentliche Nutznießer des Ölpreisverfalls sind die privaten Haushalte, die von sinkenden Heizöl- und Benzinpreisen profitieren. Beide addierten sich auf rund zwei Prozent des nominalen Konsums, die allerdings zum Teil erst 1987 wirksam würden. 1986 dürfte der private Verbrauch preisbereinigt um rund vier Prozent zunehmen.

Eine Kostenentlastung werden ebenfalls Industrie und Gewerbe erfahren. Wenn auch – wegen der Erfolge mit der Energieeinsparung in früheren Jahren – in weit bescheidenerem Rahmen. Allerdings profitieren beide von der höheren Nachfrage durch gestiegene Realeinkommen. Aus diesem Grunde sei auch zu erwarten, daß die Ausrüstungsinvestitionen preisbereinigt um etwa zehn statt der erwarteten acht Prozent zunehmen werden.

Die Importe dürften sich um fast zehn Prozent verbilligen, was zur Hälfte auf den Ölpreiseffekt zurückgeht. Nominal würden die Importe 1986 die des Vorjahres kaum überschreiten, preisbereinigt sehe das anders aus. Angesichts des leichten Anstiegs der Exportpreise dürfte das Handelsbilanzsaldo 1986 einen neuen Rekordstand nahe 100 Mrd. DM erreichen.

Die mit dem sinkenden Ölpreis ebenfalls sinkenden Lebenshaltungskosten (im Jahresschnitt nur wenig über ein Prozent) eröffnen auch Chancen für weitere Zinssenkungen mit Auswirkungen auf Autoindustrie, Konsumgüterbranchen, Einzelhandel und Baukonjunktur.

„Die Ölpreisentlastung wirkt wie ein Konjunkturprogramm, das nicht im Inland finanziert zu werden braucht", resümiert die Trinkaus-Bank, räumt auf der anderen Seite jedoch die Verschärfung des internationalen Schuldenproblems ein: „Es könnte aber gelingen, über das höhere Wachstum in den Industrieländern wenigstens eine Teilkompensation für die betroffenen Schuldenländer zu erreichen."

IWF gewährt Peru Zahlungsaufschub

dpa/VWD, Lima

Der Internationale Währungsfonds (IWF) in Washington hat Peru erneut Aufschub bei der Bezahlung fälliger Auslandsschulden gewährt. Eine Entscheidung darüber, ob das südamerikanische Land wegen nicht geleisteter Schuldenzahlungen künftig für „kreditunwürdig" erklärt wird, wurde bis zum 5. Mai vertagt. Das gab der peruanische Ministerpräsident Luis Alva Castro in Lima bekannt. Nach seinen Angaben muß Peru jetzt bis zu diesem Termin Vorschläge machen, wie es bis 15. August 1986 fällige Schulden in Höhe von rund 180 Mill. Dollar zahlen will.

Der peruanische Zentralbankpräsident Leonel Figueroa bestätigte gleichzeitig, daß Peru am Montag dem IWF als „Zeichen des guten Willens" 34 Mill. Dollar überwiesen habe. Fällig gewesen wären 140 Mill. Dollar. Perus Regierung will Schuldenzahlungen nur bis zur Höhe von zehn Prozent der Exporteinnahmen leisten. Peru ist mit insgesamt 14 Mrd. Dollar im Ausland verschuldet.

BABCOCK-HV / Einige Bereiche bis 1987 ausgelastet

Erfolge mit Zukunftstechnik

dpa/VWD, Oberhausen

Die Deutsche Babcock AG, Oberhausen, ist nach Beginn der Kampfhandlungen zwischen den USA und Libyen „sehr in Sorge" um ihre 54 Mitarbeiter in dem nordafrikanischen Land. Vor der Hauptversammlung gestern in Oberhausen sagte Vorstandsvorsitzender Helmut Wiehn, daß für sie nach bisherigen Erkenntnissen aber „keine direkte Gefahr" bestehe.

Zur geschäftlichen Lage berichtete Wiehn, daß der weltweit tätige Anlagen- und Maschinenbaukonzern weiter vom anhaltend günstigen Konjunkturverlauf profitiere. Erfolge seien – vor allem im Inland – in erster Linie in der Umwelttechnik sowie in der Verfahrenstechnik und im Spezialmaschinenbau zu verzeichnen. In der ersten Hälfte des laufenden Geschäftsjahres 1985/86 (30. September) stieg der Umsatz um gut 28 Prozent auf 2,61 Mrd. DM mit 58,5 (Vorjahr 53,6) Prozent Auslandsanteil.

Die Bestellungen nahmen um acht Prozent auf 2,77 Mrd. DM mit 38,7 (51) Prozent Exportquote zu; außerdem bestehen Lieferoptionen in Höhe von fast 800 Mill. DM. Der Auftragsbestand belief sich Ende März auf 8,65 Mrd. DM Mark mit 45,7 (52,6) Prozent Auslandsanteil. Das waren 1,6 Prozent mehr als Ende September 1985. Die Mitarbeiterzahl ist im gleichen Zeitraum um 765 auf 21 667 zurückgegangen.

Für das ganze Geschäftsjahr rechnet Wiehn mit 5,1 bis 5,3 (5,1) Mrd. DM Umsatz und Auftragseingängen in Höhe von 4,6 bis 4,8 (5,1) Mrd. DM. Als Auftragsbestand erwartet er Ende September 1986 rund 7 (7,9) Mrd. DM. Eine Reihe von Unternehmensbereichen ist dem Konzernchef zufolge bis ins Jahr 1987 ausgelastet.

Die Liquidität habe sich im letzten Halbjahr um 243 Mill. auf 429 Mill. DM verbessert. Nach der Konzentration auf zukunftsträchtige Sparten sieht Wiehn die Babcock-Gruppe in der Lage, jeden Wettbewerb zu bestehen.

USA–JAPAN / Nakasone verhandelte im Weißen Haus

Tokio verspricht Wandel

Sbt., Washington

Nach dreitägigen Gesprächen im Weißen Haus und Camp David hat der japanische Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone eine geradezu euphorische Reagan-Administration zurückgelassen. Von dem gigantischen US-Defizit im bilateralen Handel, das 1985 nahezu 50 Mrd. Dollar erreichte, ist nicht mehr die Rede. Das offizielle Washington ist nun fest davon überzeugt, daß Tokio, wie der amerikanische Präsident beim Abschied im Rosengarten sagte, „fundamentale Änderungen vornimmt und die Ungleichgewichte beseitigt".

Versprochen hat Nakasone den dramatischsten Strukturwandel, den man sich vorstellen kann: Aus dem exportorientierten Japan, dessen globales Leistungsbilanzdefizit in diesem Jahr 70 Mrd. Dollar übersteigt, soll möglichst schnell ein Importland werden – mit Schwergewicht auf weiterverarbeiteten Industriewaren. Geplant sind Gesetze, die den Spareifer dämpfen und den Verbrauch fördern; statt ihr Geld im Ausland anzulegen, sollen die Japaner künftig mehr zu Hause investieren. Gesucht werden sofort neue Marktsektoren, auf denen sich ausländische Lieferanten tummeln können.

Ein Sprecher des US-Außenministeriums war so beeindruckt, daß er die Aufgabe, die Nakasone den Japanern gestellt hat, mit der Besteigung des Mount Everest verglich. Im Gepäck hatte der japanische Premier die Vorschläge einer von ihm eingesetzten Kommission, die in der Tat weitreichend sind und von ihm als Überlebensstrategie in einer weniger freundlichen Weltwirtschaft bezeichnet wurden. Dazu gehört eine flexiblere Geldpolitik ebenso wie die Ausweitung öffentlicher Aufträge oder Billigkredite für Kleinbetriebe. Die Frage ist jedoch, was geschieht, wenn der weltoffene Nakasone nach den Wahlen in diesem Jahr ausscheidet.

Um zweifelnde Amerikaner zu beruhigen, stimmte Nakasone der Empfehlung Präsident Reagans zu, einen gemeinsamen Ausschuß zu bilden, der den Vollzug der strukturellen Änderungen überwacht. Von US-Seite werden ihm Finanzminister Baker und Außenminister Shultz angehören. Außerdem versprach der japanische Gast, schon bald einen genauen Zeitplan für die mittel- und langfristigen Korrekturen vorzulegen. Details nannte Nakasone nicht.

Es ist schon Tradition, daß der Gastgeber des Wirtschaftsgipfels – der nächste findet vom 4. bis 6. Mai in Tokio statt – vor dem Ereignis im Weißen Haus vorspricht. Auf der Tagesordnung standen außerdem die neue Handelsrunde im Gatt, der Protektionismus, die Schuldenkrise, die Lage in den Philippinen und Lateinamerika. Nakasone vertrat die Ansicht, daß die Zinsen weiter gesenkt werden müssen und die starke Yen-Aufwertung an die Handelsströme umlenken wird.

San Marino jetzt mit Bankgesetz

ds, Mailand

Seit kurzem hat auch die kleine Republik von San Marino ein eigenes Bankengesetz. Um den Verdacht von sich abzuschütteln, italienischen Fluchtgeldern Asyl zu bieten, hat die Regierung des Stadtstaates ein Banken-Aufsichtsorgan und die Mindestreserve-Pflicht eingeführt.

In San Marino haben vier Banken mit zusammen 221 Haupt- und Zweigstellen ihren Sitz. Ihre Einlagen erreichen insgesamt etwa 900 Mrd. Lire. Mit dem neuen Bankengesetz wurde die bisherige Anonymität der Bankenteilhaber aufgehoben. Jetzt müssen alle Aktionäre, die mehr als fünf Prozent des Bankenkapitals besitzen, diese Beteiligung dem neugeschaffenen Aufsichtsorgan der Regierung melden. Gleichzeitig müssen Neugründungen genehmigt werden.

Vorgesehen ist die Gründung einer Zentralbank, einer staatlichen Institution mit privater Minderheitsbeteiligung. Die neue Zentralbank wird die Mindestreserven der Kreditinstitute verwalten und soll auch die Auslandsoperationen der Banken des Stadtstaates durchführen. In diesem letzteren Fall wurde allerdings mit der Regierung der Republik Italien noch keine Einigung erzielt. San Marino ist auf diesem Gebiet an Rom gebunden. Das bedeutet unter anderem, daß sanmarinesische Regierungsvertreter, wenn sie eine Auslandsreise antreten, Dollar bei einer italienischen Bank einkaufen müssen.

Übernimmt Hanson Trust Imperial?

fu, London

Der britische Industrie-Mischkonzern Hanson Trust unter Führung von Lord Hanson hat das bislang größte Übernahmegefecht in der Unternehmensgeschichte Großbritanniens nach monatelangem Kräftemessen gewonnen. Das Übernahme-„Opfer", die Zigaretten-, Brauerei- und Nahrungsmittelgruppe Imperial Group, wird mit dem Hanson-Angebot auf 2,8 Mrd. Pfund (9,5 Mrd. DM) bewertet. Zu den Imperial-Produkten zählen unter anderem John-Player-Zigaretten und Courage-Bier.

Der Mitstreiter um die Imperial-Übernahme, der Nahrungsmittelkonzern United Biscuits (einer der größten Hersteller von Partygebäck in der Welt), wurde deutlich abgeschlagen. Obwohl der Verwaltungsrat der Imperial Group den Aktionären das Übernahmeangebot von United Biscuits empfohlen hatte, hielt United Biscuits am Wochenende beim Auslaufen seiner Angebotsfrist nur 34,1 Prozent der Imperial-Group-Anteile in Form von Aktien und festen Aktionärszusagen.

Dagegen hält der Hanson Trust rund 45 Prozent der Anteile. Da Hanson seine Angebotsfrist bis zum Ende dieses Monats ausdehnen kann, ist ihm der Sieg nicht mehr zu nehmen. Abzuwarten bleibt, ob United Biscuits die knapp 15 Prozent der Imperial Aktien, die es während des Übernahmegefechts am Markt gekauft hat, wieder an der Börse veräußert oder ob es das Hanson-Angebot akzeptiert.

AEROSPATIALE / Auftragseingänge kräftig erhöht

MBB-Beteiligung erwünscht

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der staatliche französische Luft- und Raumfahrtkonzern Aérospatiale steht zwar nicht auf der Privatisierungsliste der neuen Regierung. Er möchte aber doch den Staatsunternehmen des Wettbewerbssektors zugeordnet werden, an denen sich privates Kapital beteiligen kann. Dabei ist vor allem an den deutschen Kooperationspartner MBB gedacht, von dessen Kapital Aérospatiale indirekt über die Fides Industriebeteiligungs-Gesellschaft mbH 8,3 Prozent hält. Schon wegen der wechselseitigen Vertretung in den beiden Aufsichtsräten sei eine beiderseitige Kapitalverflechtung wünschenswert, erklärte Aérospatiale-Präsident Henri Martre gegenüber der WELT.

Vor allem aber will sich der französische Konzern von den „archaischen" Staatskontrollen befreien, die seine Aktionsfähigkeit behindern. Beispielsweise würden alle Beteiligungsvorhaben einem umständlichen administrativen Genehmigungsverfahren unterworfen, was ein schnelles Zugreifen zur Verbesserung der Marktposition verhindere. An eine Aufstockung der Beteiligung an MBB denkt Aérospatiale aus finanziellen Gründen zur Zeit allerdings nicht.

Die beiden Konzerne kooperieren vor allem in der Entwicklung und im Bau der Airbus-Flugzeuge, der Trägerrakete „Ariane" und bei den Satelliten, sowie im Raketen- und Hubschrauberbereich. Diese Zusammenarbeit wird auf französischer Seite als allgemein sehr gut bezeichnet. Probleme gäbe es hin und wieder in der Frage des „Leadership" für einzelne Projekte. Wenn dieses meist den Franzosen zufiele, so liege das allerdings auch an dem anfänglich oft zu geringen finanziellen deutschen Engagement.

Ein Handikap ist aus französischer Sicht auch die GmbH-Rechtsform der MBB, die im Unterschied zu der flexiblen Unternehmensgruppierung zwischen französischen Partnern steuerliche Nachteile mit sich bringt. Umgekehrt wird Aérospatiale durch seine knappe Kapitaldecke behindert. In den letzten fünf Jahren erhielt das Unternehmen gerade 200 Mill. Franc an staatlichen Kapitaldonationen, obwohl es überwiegend im konkurrenziellen Sektor tätig ist.

Bei einem Umsatz von 24,5 Mrd. Franc und 35 000 Beschäftigten verbuchte Aérospatiale 1985 Auftragseingänge von 34,8 Mrd. Franc, 14,8 Mrd. Franc mehr als 1984. Davon entfielen 17,9 Mrd. Franc auf Flugzeuge, 7,5 Mrd. Franc auf Lenkwaffen-Systeme, 5,5 Mrd. Franc auf Hubschrauber und 3,9 Mrd. Franc auf den Raumfahrtsektor. Für 1990 werden hier 2 Mrd. Franc Umsatz erwartet – trotz schwächerer Nachfrage.

Große Hoffnungen setzt Aérospatiale auf die europäische Raumfähre „Hermès". Zwar steht hier die definitive deutsche Zustimmung noch aus.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Iburg: Heinrich Dörenkämper, Hagen a. TW.; Intec-Handels-, Ingenieurwesen und Beratungs-GmbH; **Bad Kreuznach:** Peter Hilt GmbH & Co. KG, Bauunternehmung, Baustoffhandlung, Kirn; Hain-Druck GmbH, Druckerei, Meisenheim; **Bergisch Gladbach:** Paul Ladewig Eisen und Metalle GmbH; Herrmann & Streicher GmbH & Co. KG., Hoch- und Tiefbau; Herrmann & Streicher Verwaltungsges. mbH; **Düren:** Stallkamp und Kraus, Kunststofftechnik GmbH u. Co. KG, Inden-Pier; **Essen:** Lüddecke GmbH i. L.; Wilhelm Schwerdter Bauklempnerei, Installation, Dachdeckung, Heizung u. Lüftung GmbH & Co. KG i. L.; **Freudenstadt:** Gerd Höpfner; **Gelsenkirchen:** Küchenstudio Dreiskemper GmbH, Marl-Polsum; **Hanau:** zaeh fashion vertriebs GmbH, Maintal 1; **Ludwigsburg:** Sportissimo Sportartikelhandel GmbH; **Lübeck:** Travespiegel Verlagsges. mbH; **Lüdenscheid:** Elisabeth Fastenrath, Kauffrau; **Münster:** Nachl. d. Paul Walter Gärtner; **Neuss:** Sieben GmbH Bauunternehmung; Nachl. d. Hans-Hermann Stein, Meerbusch 2; **Stuttgart:** Baubetreuungs- u. Bauausführungs-GmbH & Co. Handwerkergruppe KG.

Vergleich eröffnet: Bochum: H. L. Knappstein GmbH.

Vergleich beantragt: Offenbach: H. Dörhöfer GmbH und Hugo Beck Nachf. & Co. GmbH Stahlbeton-, Hoch- und Tiefbau.

GROSSBRITANNIEN / Verkaufsvorschriften werden in der Praxis häufig umgangen

Ladenschlußzeiten bleiben festgelegt

WILHELM FURLER, London

Aus der völligen Freigabe der Ladenschlußzeiten in England und Wales werktags wie auch an Sonntagen wird nun doch nichts. Die Regierung Thatcher hat bei der zweiten Lesung ihres Reform-Gesetzentwurfes im Unterhaus eine vernichtende Niederlage einstecken müssen.

Trotz des von der Regierung auferlegten äußersten Zwanges zur Fraktions-Disziplin („Threeline whip") stimmten nicht weniger als 68 konservative Parlamentarier gegen ihre eigene Regierung, darunter Francis Pym, der frühere Außenminister der Thatcher-Regierung während der ersten Amtsperiode. Mit den Tory-„Rebellen" stimmten auch die nordirischen „Ulster Unionists" aus Protest gegen das anglo-irische Hillsborough-Abkommen gegen die Nationalisten aus Schottland und Wales.

Schließlich mußte die Regierung am frühen Dienstag morgen eine Niederlage von 296 Nein-Stimmen gegen 282 Ja-Stimmen hinnehmen. Es ist die erste Abstimmungs-Niederlage der Konservativen Regierung bei einer zweiten Parlaments-Lesung, und im übrigen das erste Mal seit neun Jahren, daß es im Unterhaus zu einer solchen Niederlage gekommen ist.

Der Sprecher des Hauses, John Biffen, erklärte nach der Abstimmung: „Die Regierung akzeptiert die Tatsache, daß der Gesetzentwurf nicht in ein weiteres Stadium geführt werden kann. Sie hat keinerlei Pläne für eine neue Gesetzgebungs-Initiative."

Das Aus für das Reformgesetz war zwar befürchtet, jedoch nicht wirklich für möglich gehalten worden. Umfragen hatten ergeben, daß immerhin 70 Prozent der britischen Parlaments-Abgeordneten für eine komplette Abschaffung der aus dem Jahre 1950 stammenden Ladenschlußgesetze („Shop Acts") in England und Wales waren. In Schottland wurde das Verkaufsverbot an Sonntagen bereits vor sechs Jahren aufgehoben.

Doch die Regierung stolperte über eine höchst merkwürdige Allianz aus geistlichen Würdenträgern aller christlichen Konfessionen, Funktionären der Verkäufergewerkschaft, von ihrer eigenen Regierung enttäuschten Tory-Rebellen und politischen Fanatikern aus Nordirland, Schottland und Wales. Angeschmiert ist die breite britische Öffentlichkeit.

Wiederholt haben Meinungsumfragen ergeben, daß die große Mehrheit der Briten für eine völlige Freigabe der Ladenschlußzeiten stimmen würde. Ohnehin ist das Verkaufsverbot an Sonntagen und zu späten Abendstunden bis zur Unkenntlichkeit durchlöchert. Es wird von den wenigsten Einzelhändlern oder Warenhäusern mehr befolgt.

Im übrigen versteht kaum jemand den Sinn der „Shop Acts". Nicht nur ist es etlichen Einzelhändlern – etwa jüdischen, die den Sabbat einhalten – gestattet, ihre Geschäfte Sonntags zu öffnen. Sondern auch die Bestimmungen, was an Sonntagen verkauft werden darf und was nicht, sind mehr als verwirrend.

Fleurop: Blumen als Markenartikel

tb. Berlin

Mit ihren Ausgaben für Blumen halten sich die Deutschen nach wie vor etwas zurück. Die konjunkturelle Erholung hat die Branche der Floristen noch nicht erreicht, erklärte der Präsident der Fleurop GmbH, Arthur Kuhn, vor der Presse in Berlin. Zwar ist der durchschnittliche Wert je Fleurop-Auftrag noch leicht auf 29,91 DM nach 29,35 DM im Vorjahr gestiegen, doch die Zahl der Aufträge ging dabei von 4,1 auf rund 4 Millionen zurück. Der Umsatz der Organisation konnte mit 120,4 (121,1) Mill. DM in etwa gehalten werden.

Um weitere Kunden zu gewinnen, ist die Fleurop-Organisation neue Wege gegangen. Sträuße für Teens und Twens, kleine Luftballons in den Buketts sowie die Kombination von Blumen und Schallplatten sollen diese Käuferschicht locken. Neu im Angebot ist der „fest fixierte Strauß" – Blumengrüße mit Markenartikel-Charakter. Umsatzstärkster Tag ist für die Floristen der Muttertag, an zweiter Stelle liegt aber schon der Valentinstag.

POLEN / Steueranreize sollen Ausfuhr unterstützen

Mehr Westexporte im Blick

DW. Köln

Die Projekte für den neuen polnischen Fünfjahresplan (1986 bis 1990) sehen einen stärkeren Westexport vor. Das erklärte Professor Tabaczynski, Direktor des Warschauer Instituts für Außenwirtschaft, vor dem „Polen-Kreis" des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft in Köln. 1985 stieg das Volumen des deutsch-polnischen Warenverkehrs um mehr als 15 Prozent, wobei sich die deutschen Exporte um rund 20 Prozent, der deutsche Import um mehr als elf Prozent erhöhten. Mit einem Gesamtumsatz von 6 Mrd. DM war Polen damit nach der Sowjetunion der zweitgrößte RGW-Handelspartner der Bundesrepublik Deutschland.

Ziel der künftigen Wirtschaftspolitik Polens ist es nach Angaben von Tabaczynski, die polnische Exportstruktur durch vermehrte Zulieferungen, steuerliche Anreize und Gewährung finanzieller Mittel zu verbessern, um das restriktive Exportverhalten der meisten polnischen Unternehmen zu ändern. Die Zuwachsrate für den Export solle in der neuen Planperiode über der der Importe. Zu verstärkten Exportaktivitäten seien insbesondere die Maschinenbauindustrie, Nahrungsmittel- und Chemieindustrie aufgerufen.

Hohe Bedeutung komme der Einführung von energie- und materialsparenden Verfahren sowie der Modernisierung bestehender und besserer Auslastung brachliegender Produktionskapazitäten zu. Große Erwartungen werden auch an das in Vorbereitung befindliche Joint-Venture-Gesetz geknüpft, das den Weg für gemischte Gesellschaften westlicher Interessenten mit der polnischen Staatsindustrie eröffnen soll.

Nach Einschätzung des Ost-Ausschusses ist letzteres ein neuer und langer Weg, der zunächst am besten mit kleineren Projekten bei flexiblem polnischen Verhalten im Sinne einer Signalwirkung beschritten werden sollte.



WELT-Korrespondenten berichten aus Hannover



„Chancengleichheit wahren"

Die künftige europäische Verkehrspolitik, die die Faktoren Harmonisierung und Liberalisierung in den Vordergrund stellt, erfordert von allen Beteiligten aktive Mitarbeit. Vor allem das Verkehrsgewerbe selbst sollte sich mit Vorschlägen engagieren, meinte Niedersachsens Wirtschaftsministerin Birgit Breuel anläßlich des „Niedersächsischen Verkehrstages". Frau Breuel verwies auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs, wonach die Dienstleistungsfreiheit im internationalen Verkehr zu gewährleisten ist. Da der Europäische Gerichtshof unmittelbar Recht setze, bestehe nunmehr starker Handlungszwang.

Dabei sei die Harmonisierung der Verkehrsmärkte die wichtigste Aufgabe. Gerade auf diesem Gebiet sei das Verkehrsgewerbe besonders gefordert. Schließlich wisse die Branche selbst am besten, welche Steuern, Entgelte oder Rechtsvorschriften auf die Kosten durchschlagen.

Das politische Ziel der Bundesregierung sei es, einen gemeinsamen deutschen Stufenplan zur Harmonisierung zu entwickeln. Zu bedenken sei dabei, daß Harmonisierung nicht allein eine Steuerfrage sei, sondern auch Umwelt- und Sicherheitsaspekte berücksichtigen müsse. Frau Breuel forderte einen möglichst optimalen Verbund aller Verkehrsträger. Daran hätten beide Seiten zu arbeiten: Der Staat müsse das Wegenetz als Einheit anbieten, während die Wirtschaft den Willen mitbringen müsse, diese Einheit zu nutzen.

Deodat von Eickstedt, Vizepräsident des Bundesverbandes Spedition und Lagerei, zeigte sich mit Blick auf die gemeinsame europäische Verkehrspolitik eher skeptisch. Bei der Verwirklichung der angestrebten Liberalisierung sollten alle Beteiligten offen sagen, worum es eigentlich gehe. Ohnehin sei für die Spediteure die europäische Dimension längst Wirklichkeit. Gut 80 Prozent der Umsätze würden bereits der freien Preisbildung unterliegen. Mehr Wettbewerb sei schön und gut; gleichzeitig müsse aber die Chancengleichheit gewahrt bleiben. Das Beispiel Bundesbahn zeige, daß hier noch einiges im argen liege. (dos)

Meister der Schreibtechnik

Stü. – Wenn Unternehmen in Schwierigkeiten geraten, sind Wirtschaftsjournalisten schnell mit dem Vorwurf mangelnder Innovationsfreude bei der Hand. Die Hannover-Messe bot jetzt die Gelegenheit, der Innovationsbereitschaft der Journalisten selbst auf den Zahn zu fühlen, und zwar beim täglichen Kampf um die Schreibmaschinen im Pressezentrum. Die Messegesellschaft hatte



Hat es sich gelohnt?

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

in weiser Voraussicht ein breit gefächertes Angebot zur Verfügung gestellt – vom altbekannten mechanischen Schreibgerät bis zum elektronischen Spitzenprodukt. Und die Nachfrager? Für die Minderheit kann jener Kollege stehen, der eine Schreibmaschine ohne Korrekturband angewidert von sich schob. Der typische Vertreter der Mehrheit aber – zu der sich auch der Verfasser zählt – fiel durch neidvolle Blicke auf den Nachbarn auf, der sich als Meister der mittleren Technologie mit dem Kugelkopf erweist, während er selbst schon seit zehn Minuten amit seiner Vollelektronischen kämpfte, aber noch nicht einmal den Rand eingestellt hatte. Nur mit den alten Klappermaschinen konnte der Verfasser keine Erfahrungen sammeln: Sie waren ständig ausgebucht.

Zwiespältiges Urteil

Auf ein abschließendes Urteil zur neuen Konzeption der Hannover-Messe will sich die Siemens AG, München, trotz des befriedigenden Publikumszuspruchs auf den eigenen Messeständen nicht festlegen. Erst nach der Messe 1987, so ein Sprecher, könnten endgültige Aussagen gemacht werden. Bemängelt wird das Fehlen jener Besucher, die sich wie früher gleichzeitig über das Produktangebot aus unterschiedlichen Bereichen informieren konnten. Die Frage, ob sich der Aufwand für die zweimalige Teilnahme an den Hannover-Messen gelohnt hat, ließ der Siemens-Sprecher unbeantwortet.

Das Unternehmen weist darauf hin, daß es mit der Messe-Leitung Gespräche über eine Umstrukturierung des Angebots gebe. Es gehe darum, weitere Zielgruppen zu erreichen. Die Erfahrungen zeigten, daß die Cebit-Messe vor allem von Fachleuten aus den Bereichen Organisation und Logistik besucht werde, während auf der Industrie-Messe die Techniker dominierten.

Ohne Frage aber gebe es auch positive Effekte: Die Teilung lasse mehr Zeit für intensive Gespräche. Direktabschlüsse hat Siemens während der Messe kaum getätigt. Dies sei auch nicht die Zielvorgabe für die Beteiligung. Vieles spreche aber dafür, daß es zu „guten Nachmesse-Geschäften" kommen werde. Insgesamt zählte das Unternehmen rund 200 000 Besucher, geringfügig mehr als im Vorjahr. Der Anteil qualifizierter Fachleute, die sich vor allem für Systeme und Anlagen der Automatisierungstechnik interessierten, sei deutlich gestiegen.

Gefragt waren aber auch die Exponate der Licht- und Installationstechnik. Interessenten kamen vorwiegend aus der Industrie und dem Handwerk. Auf den Ständen der Automatisierungs- und Installationstechnik seien zudem zahlreiche Delegationen aus dem europäischen Ausland, vor allem aus Ostblockländern, aber auch aus Übersee begrüßt worden. Im Mittelpunkt des Interesses standen die Ausstellungs-Schwerpunkte Steuerungstechnik mit kompletten Systemen für die Produktions-Automatisierung sowie die Meß-, Steuer- und Regeltechnik. (dos)

Verbesserte Exportchancen

Österreichs Wirtschaft beurteilt die Aussichten im laufenden Jahr weiterhin günstig. Nach einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts um real 2,9 Prozent im Jahre 1985 und einem Industriewachstum von 4,8 Prozent, rechnet die Wirtschaft des Landes im laufenden Jahr mit Zuwachsraten von mindestens 2,5 Prozent. Die Unternehmen wollen die Investitionen erheblich aufstokken. Die Warenexporte, die 1985 um elf Prozent zugenommen hatten, dürften im laufenden Jahr erneut um sieben Prozent steigen.

Die österreichische Leistungsbilanz weist nach vorläufigen Berechnungen für 1985 zwar noch immer ein Defizit aus. Mit 284 Mill. DM habe sich aber der Negativsaldo (1984: 1,6 Mrd. DM) deutlich verringert. Die Handelsbilanz, traditionell passiv, zeigt einen Anstieg der österreichischen Exporte um 12,6 Prozent auf 50,4 Mrd. DM und eine Importzunahme um 9,7 Prozent auf 61,3 Mrd. DM. In den beiden ersten Monaten 1986 stagnierte der Außenhandel. Exporten von 7,8 Mrd. DM stehen Importe von 9 Mrd. DM gegenüber.

Wichtigster Handelspartner Österreichs ist die Bundesrepublik. Die österreichischen Exporte stiegen 1985 um 11,8 Prozent auf 15,4 Mrd. DM und erreichten 30,5 Prozent der Gesamtausfuhren. Die Bezüge aus der Bundesrepublik nahmen gleichzeitig um 12,5 Prozent auf 27,4 Mrd. DM zu.

In Hannover ist Österreich mit 121 Ausstellern vertreten. Die Unternehmen betrachteten ihre Teilnahme als einen „wesentlichen Bestandteil ihrer weiteren Marktstrategie" und als einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Exportchancen. (dos)

Mehr Anfragen nach Turbinen

Die Hersteller von Kraftmaschinen hoffen, daß der Umsatzrückgang der letzten Jahre bei Turbinen und Industriemotoren in diesem Jahr gestoppt werden kann. Bei Turbinen seien zuletzt wieder mehr Anfragen registriert worden, berichtete Anita Hermanns von der Fachgemeinschaft Kraftmaschinen im VDMA.

Die Produktpalette der 34 Verbandsmitglieder – unter ihnen alle Kraftwerksbauer – umfaßt Dampf-, Gas- und Wasserturbinen sowie Industrie- und Schiffsmotoren. Das Angebot reicht von kleineren Einwellen-Gasturbinen zum Antrieb von Feuerlöschpumpen und speziellen Dampfturbinen zur Ausnutzung von Prozeßwärme bis zu von Diesel- und Gasmotoren angetriebenen Stromerzeugungsaggregaten und großen Kraftwerksturbinen mit Leistungen von 1300 bis 2500 Megawatt.

Der Gesamtumsatz mit Kraftmaschinen (einschließlich Teillieferungen) fiel 1985 um 10 Prozent auf 4,8 Mrd. DM, davon entfielen 3,2 Mrd. DM auf Industrie- und Schiffsmotoren. Dieser Rückgang spiegelt in einem Teilausschnitt die gesunkenen Investitionen in die Stromerzeugung wider. Ein langsamer als erwartet gestiegener Stromverbrauch und unausgenutzte Kapazitäten führten dazu, daß kaum Bedarf für neue Kraftwerke besteht. Zudem haben die Kraftwerksbetreiber erhebliche Mittel für Umweltschutzmaßnahmen aufzubringen. Aus diesem Grund werden Investitionen zur Energieeinsparung, etwa durch Kraft-Wärme-Kopplung, aber häufig auch die Anschaffung neuer Turbinen zurückgestellt. Die Industrie läßt das für die nächsten Jahre auf einen steigenden Ersatzbedarf hoffen. (Stü.)

Maschinenbau auf Chinesisch

China wird für die deutsche Wirtschaft immer attraktiver. Der Hoppenstedt-Verlag hat dem Rechnung getragen und bringt in diesem November in Zusammenarbeit mit dem Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) sein Standardwerk „Wer baut Maschinen" in chinesischer Sprache heraus. „Der Import wird in China nicht mehr nur staatlichen Stellen überlassen", meinte Hoppenstedt Geschäftsführer Roland Repp bei der Präsentation, „diese veränderte Situation und die rasant wachsende Nachfrage erfordern eine klare Marktübersicht." Die Auflage von 15 000 Exemplaren geht an Außenhandelsorganisationen, Behörden und bedeutende Endabnehmer.

Vor dem Schaden klug

Heile Welt in allen Hallen und auf allen Ständen. Wer verkaufen will, stellt sich in Hochglanz vor, ganz klar. Bis auf einen. Stand 211 in Halle 18 zeigt gebrochene Druckwasserleitungen, beschädigte Schiffspropeller, zerstörte Dampfturbinen und zerborstene Kurbelwellen. Nicht nur das Auge ist irritiert, auch ins Ohr dringen für diese Messe ungewöhnliche Klänge: Der Knall eines Crash-Tests rüttelt die Besucher regelmäßig aus ihrer Verwunderung über diesen „Industriefriedhof".

Hier stellt nicht etwa ein Schrotthändler neueste Verwertungstechniken vor, sondern Deutschlands größter Versicherer, die Allianz, zeigt, daß er aus Schaden klug geworden ist – und zwar wissenschaftlich-systematisch. „Wir wollen die heile Welt in den anderen Hallen nicht kaputt machen", meint Allianz-Standleiter Alfons Goppel. Und schadenfroh will der Versicherer auch nicht sein, „schließlich leisten wir für jährlich etwa drei Millionen Schäden weit über 5 Milliarden Mark". Um jedoch Schäden und Beiträge nicht noch weiter ansteigen zu lassen, leistet sich der „weltgrößte technische Versicherer" in Ismaning bei München ein teures Zentrum für Technik. Schadenanalysen in allen Bereichen der Technik, eigene Untersuchungen zu Konstruktionen, Werkstoffen oder Fertigungsverfahren liefern Erkenntnisse für Gutachten, Reparaturhinweise und Verbesserungsvorschläge – alles für rund 13 Millionen im Jahr.

Die Ergebnisse können sich sehen lassen. Sie helfen dem Kunden, dem Produzenten und – last but not least – natürlich dem Versicherer selber. So hat ein japanischer Autohersteller seine Konstruktion noch einmal überdacht, nachdem sich die Karosserie eines Modells im Crash-Test schon bei 15 Stundenkilometern völlig verformt hatte.

Besonders stolz präsentieren Goppel und seine 20köpfige Mannschaft, wie durch die Techniker in München Millionenverluste im Kraftwerksbereich verhindert werden konnten. Ismaning hatte nämlich ein Verfahren entwickelt, mit dem die Auswirkungen von Querrissen auf das Schwingungsverhalten von großen Turbinenwellen untersucht werden. Durch rechtzeitigen Austausch der Wellen kann der Stillstand verhindert werden – und den Beteiligten bleiben so die gewaltigen Ausfallkosten erspart.

„In Deutschland sind wir der einzige Versicherer, der Schadenuntersuchung, -forschung, und -verhütung in dem Ausmaß betreibt", erzählt Goppel. Auch mit dem Besucherzuspruch ist der Standleiter zufrieden. Neben den Interessenten aus den Unternehmen sind es besonders Studenten und Professoren, die mit den Technikern auf dem Stand fachsimpeln. Über das ausbleibende Sehpublikum – das viele Aussteller entgegen den Beteuerungen der Messeleitung doch irritiert – braucht sich Goppel nicht zu beklagen, denn in dem Riesenangebot ist sein Stand halt etwas Besonderes – „Industrie kaputt" zwischen Glitter und Schokoladenseite.

THOMAS LINKE

EURASBANK / Wieder hohe Wertberichtigung – Deutsche Bank stockt Beteiligung auf

Risiken mit Mutters Hilfe abgedeckt

JAN BRECH, **Hamburg**

Vorteilhaft für Mutter und Tochter ist nach Meinung des Vorstands der European Asian Bank AG, Hamburg, die Aufstockung der Beteiligung der Deutschen Bank AG von 60 auf 75 Prozent an der Eurasbank. Rückwirkend zum 1. Januar wollen sich die Amsterdam-Rotterdam Bank NV und die Société Générale de Banque S. A., Brüssel, von ihren 18 Prozent trennen. Die Deutsche Bank übernimmt 15 Prozent, die Creditanstalt-Bankverein, Wien, drei Prozent und erhöht ihren Anteil auf 25 Prozent. Strategisches Ziel der Deutschen Bank bleibe es, wie Vorstandsmitglied Hans Hennig Offen erklärt, auch die Schachtel der Creditanstalt zu übernehmen.

Die Transaktionen, so Offen, bewiesen das ungebrochene Interesse, das die Deutsche Bank an der Eurasbank habe. Durch den Konzernverbund mit der Deutschen Bank würden sich einerseits erhebliche Vorteile für das Geschäft der Eurasbank ergeben, zum anderen könnte die Deutsche Bank das attraktive Filialnetz im Fernen Osten nutzen.

Bislang allerdings dürften sich die Freuden der Deutschen Bank über ihre Hamburger Mehrheitsbeteiligung in Grenzen halten. Die Eurasbank, die bereits 1984 den Wertberichtigungsbedarf von geschätzt 400 Mill. DM nur über Bürgschaften bewältigen konnte, war wieder nicht in der Lage, die Risiken aus eigener Kraft abzudecken. In Form von Forderungsverzichten und anderen Leistungen mußten die Gesellschafter 300 Mill. DM zuschießen.

Über die Höhe des gesamten 1985 angefallenen Wertberichtigungsbedarfs macht Offen keine Angaben. Die von 104 auf rund 370 Mill. DM aufgestockten Wertberichtigungen sind nicht periodenecht. Die Bank, so Offen, habe sehr konservativ und mit hohem Risikobewußtsein alle Engagements nochmals überprüft und bereits wertberichtigte Forderungen noch weiter abgeschrieben. Die anhaltende Schwäche im asiatisch-pazifischen Raum und der erkennbare Vertrauensschwund habe die Einbeziehung künftiger Erwartungen erforderlich gemacht.

Auf jeden Fall hat das um 27 Prozent auf 101 Mill. DM gesunkene Betriebsergebnis entgegen den Erwartungen auch 1985 nicht im entferntesten ausgereicht, die notwendige Vorsorge zu treffen. Berücksichtigt man, daß die Deutsche Bank der Eurasbank zudem das Länderrisiko in den Philippinen abgenommen hat und dafür 75 Mill. DM zurückgestellt hat, dürfte der Wertberichtigungsbedarf 1985 vermutlich noch einmal so hoch wie 1984 gewesen sein.

Der Abschluß für 1985 ist geprägt von vorsichtiger Kreditpolitik und dem Wertverlust des Dollar gegenüber der D-Mark. Die Bilanzsumme ging um 22 Prozent auf 7,1 Mrd. DM zurück, das Geschäftsvolumen um 22,5 Prozent auf 9 Mrd. DM. Als Kreditvolumen weist die Bank mit 5 Mrd. DM fast 28 Prozent weniger aus. Bei unveränderten Wechselkursen, so erklärt Offen, hätte der reale Rückgang des Geschäfts 6,5 Prozent betragen.

Im Ergebnis schlagen sich auf der einen Seite der Rückgang des Zinsüberschusses um 31 Prozent auf 146 Mill. DM nieder, zum anderen die Verbesserung des Provisionsüberschusses um 50 Prozent auf 58 Mill. DM. Der Ertrag aus dem zinsabhängigen Geschäft überdeckt den Verwaltungsaufwand aber noch immer um 46 Mill. DM, obwohl die Eurasbank die Belegschaft um zwölf Prozent auf 1554 Mitarbeiter aufgestockt. Da das um 27 Prozent verschlechterte Betriebsergebnis von 100 Mill. DM zur inneren Stärkung verwendet wird, schließt die Bank ausgeglichen ab.

WESTLB INTERNATIONAL

Bestes Ergebnis seit Gründung

Py. **Düsseldorf**

Bei um 1,5 Prozent auf 10,82 Mrd. DM gesunkener Bilanzsumme hat die WestLB International S. A., Luxemburg, 1985 das bisher beste Betriebsergebnis seit Gründung der Bank im Jahr 1972 erzielt. Das Institut, das im Eurokredit, Wertpapier- und Geldhandel tätig ist, steigerte das Betriebsergebnis um 23 Prozent auf 150 Mill. DM. Aus dieser Summe wurden angesichts der nach wie vor angespannten Situation einiger Schuldnerländer mit gut 97 (124) Mill. DM die Rückstellungen und Wertberichtigungen auf jetzt insgesamt 491 Mill. DM aufgepolstert.

Von dem auf fast 49 (13) Mill. DM gestiegenen Bilanzgewinn wurde erstmals seit 1980/81 eine Ausschüttung von 47,7 Mill. DM an den Alleinaktionär Westdeutsche Landesbank vorgenommen. Die freien und gesetzlichen Rücklagen wurden nur mit 0,7 (12,5) Mill. DM dotiert. Damit betragen die haftenden Eigenmittel der Bank weiterhin 350 Mill. DM. Das entspricht 4,1 (4) Prozent der Bilanzsumme, was deutlich über der in Luxemburg vorgeschriebenen Mindestanforderung von drei Prozent liegt.

Der leichte Rückgang der Bilanzsumme wird mit der Dollarkursverschiebung gegenüber dem vorhergehenden Bilanzstichtag um rund 22 Prozent begründet. Wesentliche Teile der Aktiva bestehen in US-Dollar. Außerdem seien im Kreditgeschäft Tilgungen nicht in vollem Umfang durch neue Engagements ersetzt worden. Schließlich habe auch eine selektive Politik im Neugeschäft zu einem Rückgang des Kreditvolumens geführt. Die Forderungen an Kunden gingen dadurch von 6,3 auf 4,8 Mrd. DM zurück.

Der Anstieg der Forderungen an Banken (3,5 nach 2,6 Mrd. DM) kompensierte diesen Einbruch jedoch nicht. Die bisherige Struktur der Refinanzierung wird weiter durch die dominierenden Bankengelder (8,9 nach 9,1 Mrd. DM) geprägt. Der Handel mit festverzinslichen Wertpapieren und Schuldscheindarlehen und das Interbankengeldgeschäft wurden ausgebaut und trugen nicht unerheblich zum erhöhten Zinsergebnis bei.

Abfindungsangebot für G+H-Aktionäre

dpa/VWD, **Ludwigshafen**

Die Compagnie de Saint Gobain, Niederlassung Aachen, plant einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit ihrer Ludwigshafener Tochtergesellschaft Grünzweig + Hartmann und Glasfaser AG (G+H). Darin wird laut Saint Gobain den rund fünf Prozent freien G+H-Aktionären eine Abfindung von 160 DM je 50-DM-Aktie und eine Ausgleichszahlung von sieben DM je Aktie für jedes volle Geschäftsjahr vorgeschlagen.

Die Notierung der G+H-Aktien (zuletzt 140 DM) war am Montag ausgesetzt worden. G+J, mit 1,18 Mrd. DM Gruppenumsatz einer der führenden Dämmstoffhersteller, hatte nach hohen Verlusten 1985 wieder einen „kleinen" Jahresüberschuß erzielt.

Steuerzahler gegen eine Mammutbank

VWD, **Stuttgart**

Mit Entschiedenheit hat sich der Bund der Steuerzahler gestern gegen die Pläne des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth für eine Bankenfusion im Südwesten ausgesprochen. Späth wolle, so die Erklärung, eine „staatliche Mammutbank" durch Fusion erzwingen. Es stelle sich die Frage, ob in Baden-Württemberg weiterhin die Regeln der sozialen Marktwirtschaft gelten sollen „oder ob Späth auf den verhängnisvollen Kurs der Verstaatlichung gehen will". Es sei ein „seltsames Verständnis der Marktwirtschaft", wenn Späth glaube, durch eine große Staatsbank dem privaten Kreditgewerbe Konkurrenz machen zu müssen.

NAMEN

Ratsherr **Friedrich Dopheide**, Vizepräsident der Handwerkskammer Düsseldorf, vollendete am 15. April 1986 sein 65. Lebensjahr.

Dieter Oetker-Kast, Gesellschafter und Geschäftsführer der Casimir Kast GmbH & Co. KG, Gernsbach, wurde als Nachfolger von Prof. Dr. **Ralf Winnes** zum Vizepräsidenten der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Oberrhein gewählt.

Friedrich Wilser, Vizepräsident der IHK Mittlerer Oberrhein, Karlsruhe, wurde am 15. April 1986 65 Jahre.

Bernhard Dorn, Leiter Vertrieb Informationssysteme IBM Deutschland GmbH, Stuttgart, **Horst Haberzettl**, Leiter Finanz, und **Günter Schlappa**, Leiter Produktion, wurden zu stellvertretenden Geschäftsführern des Unternehmens ernannt.

Inlandszertifikate

	Ausg. 15.4.	Rückn. 15.4.	Rückn. 14.4.
AAR-UNIV F I	178,85	168,73	168,73
Adifonds	75,08	71,50	71,97
Adirenta	25,42	24,68	24,67
Adiropa	105,48	102,41	101,93
Aditec	107,84	107,70	102,41
Adiverba	194,87	183,59	185,77
Aegis Ert.-Fds.	40,99	39,05	38,78
Aegis Wachst.-Fds.	66,08	62,92	62,86
AGI Fonds	170,47	162,35	162,35
Akkumula	213,10	202,96	200,66
Albingia Rendite Fds.	52,65	50,54	50,56
Alfa Kapital Fds.	40,36	37,53	37,66
Allianz-Rentenfonds	125,05	121,98	121,89
Analytik Fonds	34,82	34,73	34,05
Ars-Rendit	59,48	57,41	57,42
AriDeka	60,23	57,82	57,76
Ascoro I	94,85	94,36	94,36
Austr. Pazifik	54,09	52,51	52,47
Berenberg-U-Fonds	440,84	428,00	425,89
Berenberg-U-Renten	126,91	123,81	123,44
BW-Renta-Univ	54,99	53,65	53,65
BW-Wartberg-Univ.	141,08	135,98	135,98
Colonia Rentenfonds	52,42	50,64	50,55
Concentra	41,58	40,57	40,58
db-Fonds V I	–	58,97	58,92
DekaFonds	59,49	54,52	56,71
DekaRent	34,67	33,66	33,51
DekaSpezial	267,94	254,55	253,95
DekaTresor	61,48	60,10	60,06
DespaFonds	83,56	79,38	79,38
DEVIF-Invest	113,60	108,15	108,07
DEVIF-Rent	57,50	55,81	55,69
DIFA-Fonds	186,10	176,70	176,70
DIFA GRUND	104,52	98,82	98,82
DIT Fonds f. Verm.	74,93	73,10	73,14
DIT Rohstofffonds	77,24	74,99	74,11
DIT Pazifikfonds	109,26	106,08	105,44
DIT Technologiefonds	85,85	83,33	81,93
DIT Fds. f. Wdlu. Opt.A	142,98	139,49	136,53
Dt. Rentenfonds	85,18	83,51	83,51
Dt. Vermögensb. Fds. A	43,58	41,50	41,35
dgl. I	55,60	52,95	53,03
dgl. R	28,11	27,29	27,25
DWS Bayern Spezial	109,80	104,57	104,43
DWS Energiefonds	88,70	86,52	86,19
DWS Provesta	86,93	82,74	82,44
DWS Rohstoff Fds.	84,15	82,08	81,46
DWS Technologie Fds.	94,75	92,15	91,69
Fondak	80,15	76,13	76,89
Fondirent	89,86	87,24	87,07
Fondis	64,48	61,41	61,38
Fondre	123,62	117,73	118,44
FT Accuzins	145,67	141,43	141,17
FT Am Dynamic	25,84	23,64	23,48
FT Frankf. Eff. F	151,00	143,45	141,42
FT Interspezial I	31,02	28,58	28,07
FT Interspezial II	35,88	32,83	32,48
FT Interzins	46,04	44,70	44,64
FT Nippon Dynamik	87,86	83,39	80,44
FT Re-Spezial	195,07	185,32	184,90
Gerling Dynamik	73,43	70,27	69,25
Gerling Rendite	56,90	55,25	55,21
GKD-Fonds	78,65	75,61	75,68
Gothorent	102,19	98,64	98,52
Grundbesitz-Invest.	73,10	69,55	69,55
Grundwert-Fonds	132,09	125,20	125,20
Hag.-M. Rentenfonds	59,43	57,14	57,10
Hansainternational	56,98	55,05	54,77
Hansaeffekt	–	29,79	29,35
Hansarenta	49,40	47,73	47,67
Hansasecur	73,96	70,34	69,13
Hansazins	49,99	48,50	48,22
Haus-Invest	71,43	67,92	67,92
Ili-Fonds Nr. 1	114,80	109,20	109,20
dgl. Nr. 2	74,30	70,70	70,70
Industria	65,23	63,55	62,76
INKA-Global	92,20	87,80	86,20
INKA-Rent	56,00	54,30	54,10
INKA-Re-Invest	139,70	135,50	135,00
Inrenta	75,90	72,08	72,05
Interglobal	155,37	150,86	148,98
Inter-Renta	40,95	39,75	39,64
Intervest	105,20	100,17	98,99
Interkapital	30,50	28,50	28,10
Int. Rentenfonds	88,68	86,52	85,32
Investa	76,70	73,05	73,44
Investors Fds.	16,61	15,44	15,44
Iverafonds	65,45	59,88	59,15
Japan-Pazifik-Fds.	78,08	75,81	75,69
Kapital Spezial	148,34	137,21	135,21
Magdeb. W.-Fd.DIT	90,22	85,92	85,33
Medico-Invest	133,04	124,30	120,10
Merkur I	51,46	51,46	51,46
NB Rent	58,14	56,44	56,40
Nordcumula	81,37	79,00	78,50
Nordrenta Int.	62,47	60,65	60,44
Nordstern-F. RK	52,75	50,94	50,87
Nürnberger Rentenfds.	50,80	48,48	48,42
Oppenh. Int. Rent.	102,55	99,55	99,47
Oppenh. Privg-Rent	115,99	112,40	112,37
Oppenheim-Privat	60,30	57,42	56,90
Oppenheim-Spez. I	133,07	129,18	128,67
Oppenheim-Spez. II	97,03	92,40	92,23
Plusfonds	82,02	78,11	78,76
Privatfonds	75,85	72,20	71,37
Re-Inrenta	172,60	168,36	167,53
Renditdeka	35,78	34,74	34,69
Rentak	165,14	156,88	156,81
Rentex	111,23	107,89	107,82
Rentensparfonds	57,91	56,22	56,05
Ring Aktien-Fds. DWS	52,25	49,89	49,45
Ring Renten-Fds. DWS	43,50	46,30	46,27
[illegible]-U-Fonds	166,45	161,60	166,17
SMH-Rentenfonds	54,62	52,45	52,42
Südinvest I	75,82	72,21	71,16
dgl. II	85,98	81,89	82,12
dgl. III	27,40	26,60	26,59
dgl. IV	94,09	90,47	89,16
Thesaurent	74,15	72,54	70,80
Thesaurus	258,73	252,42	252,15
Transatlanta	33,88	32,87	32,21
Unifonds	35,80	34,05	34,24
Uniglobal	101,60	96,69	95,95
Unirak	95,40	93,83	89,83
Unirenta	44,00	42,69	42,53
Unispezial I	–	63,78	63,47
Universal-Eff.-F.	98,28	96,35	95,02
Unizins	115,10	111,74	111,65
Verm.-Aufbau-F.	132,25	125,95	124,45
Verm.-Ertrag-F.	105,24	101,21	100,40
VICTORIA Rent-Adig	74,69	72,16	72,09

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM	34,70	32,76	32,75
Bond Valor DM	112,29	110,19	110,09
Convert Fund A DM	34,80	33,10	32,10
Convert Fund B DM	104,10	99,00	96,00
CS Money Market DM	1078,93	1078,92	1078,80
Eurinvest DM	93,50	89,60	unerm.
Euronion DM	199,27	183,68	181,96
Fonsalor Sel. DM	84,05	78,59	78,59
GT Inv. Fund DM	67,30	63,70	62,70
Interspar DM	30,22	28,71	28,43
Japan Sel. DM	395,55	367,95	367,95
Unico DM	80,40	77,98	77,76
Amerika-Valor sfr.	543,50	514,25	510,25
Asia Fd. $	284,94	271,37	unerm.
Automation sfr.	127,50	118,50	117,50
Bond-Invest sfr.	66,00	64,75	64,50
Bond Valor Yen	10688,00	10460,00	10433,00
Bond Valor $	124,61	122,27	121,62
Bond Valor sfr.	107,70	105,70	105,75
Bond Valor Ster.	108,75	106,72	106,55
Canasec	696,80	663,00	657,00
CSF-Bonds sfr.	79,75	76,75	76,50
CS Money Market $	1135,94	1133,94	1132,94
CS Money Market Ster.	1092,22	1092,21	1088,20
CS Money Market Yen	102423,0	102422,0	102408,0
Convert Valor sfr.	137,95	135,40	135,65
Convert Valor $	149,28	146,50	145,61
Dreyfus $*	14,17	13,32	13,28
Dreyfus Internat. $*	49,82	46,83	46,68
Dreyfus Intercont. $*	48,51	45,60	45,60
Dreyfus Leverage $*	22,59	20,67	20,59
Energie-Valor DM	175,63	166,94	164,86
Europa Valor sfr.	212,80	201,75	199,50
Fonsa sfr.	205,50	198,50	197,00
Founders Growth $*	9,82	9,82	9,74
Founders Mutual $*	11,21	11,71	11,10
Goldmines NI.	–	232,00	228,80
Intercont. Tr. sfr.	–	375,25	372,25
Interswiss sfr.	164,00	163,50	163,50
Intervalor sfr.	96,00	92,50	91,75
Japan Portfolio sfr.	1226,75	1155,00	1144,00
Kemper Growth $*	14,81	13,55	13,47
Pacific-Valor sfr.	187,50	176,00	174,00
Pharmafonds sfr.	340,00	315,00	311,50
Pioneer Fund $*	25,68	23,50	23,45
dgl. II $*	20,84	19,07	18,98
Schweizeraktien sfr.	534,25	506,50	505,75
Siat-Imm. sfr.	1750,00B	1740,00G	1740,00G
Siat 63 sfr.	1370,00B	1360,00G	1360,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2680,00	2560,00	2560,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1380,00	1350,00	1315,00
Swissvalor sfr.	432,25	419,75	417,25
Technology $*	15,11	13,83	13,76
Technogrowth Fd.	106,54	100,52	100,52
Templeton Growth $*	14,48	13,25	13,26
Universal B.S sfr.	81,75	78,75	78,50
Universal Fund sfr.	132,69	128,06	127,00
Ussec	868,00	827,00	811,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

Frankfurt: 15. 4. 1986

3988 Optionen = 208 950 (246 000) Aktien, davon 746 Verkaufsoptionen = 58 300 Aktien.

[illegible]

WELT-Aktien-Indizes

Chemiewerte: 183,85 (185,40); Elektrowerte: 339,52 (339,75); Autowerte: 365,70 (366,26); Maschinenbau: 183,02 (184,48). Versorgungsaktien: 186,78 (187,62). Banken: 463,86 (464,56); Warenhäuser: 161,29 (159,59); Bauwirtschaft: 334,56 (335,49); Konsumgüterindustrie: 182,97 (185,07); Versicherung: 1713,65 (1738,47); Stahlpapiere: 179,72 (183,95)

Kursgewinner (Frankfurt):

Grünzw. Hartm.	160,20	+20,20	+14,4%
Chem. Brockh.	800,00	+100,0	+14,2%
Hagen	220,00	+15,00	+7,3%
Gerling NA Kl.	635,00	+35,00	+5,8%
Girmes	218,00	+12,00	+5,8%
Harf Obera. Vz.	210,00	+10,00	+5,0%
Br. Ha. Hypo	650,00	+30,00	+4,8%
Hindrichs Auff.	250,00	+11,00	+4,6%
Alte Leipziger B	1150,00	+50,00	+4,5%
Bd. Würt. Bk.	627,00	+27,00	+4,5%

Kursverlierer (Frankfurt):

IKB	347,00	-18,00	-4,9%
Brau AG	525,00	-26,00	-4,7%
Dt. Centralboden	1010,00	-50,00	-4,7%
Eichbaum Brau	200,00	-10,00	-4,7%
Contigas	387,00	-19,00	-4,6%
Buderus	650,00	-30,00	-4,4%
Münch. Rück. Inh.	3870,00	-180,0	-4,4%
Südd. Zucker	344,00	-16,00	-4,4%
Dt. Hyp. F.-Br.	870,00	-40,00	-4,3%
Pfälz. Hypobk.	1110,00	-50,00	-4,3%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 750G, Königer 1850T, VAB 3000T. Düsseldorf: BASF 307, Bayer 315, BHF 555, Contigas 374G, Dresdner Bk. 483,5, IWK 302, KSB St. 205T, KSB Vz. 195T, Linde 690, Metallges. 340T, Nixdorf 606,5, Rütgers 400, Salamander 324, Schering 580, VEW 176. Frankfurt: Adt 588, Allweiler St. 285bG, Allweiler Vz. 225bB, BASF 307, Bayer 315, BHF 569T, Commerzbk. 362, Contigummi 258, Dresdner Bk. 483, Hoechst 310, IWK 304, KSB 200T, KSB Vz. 200T, Linde 715, Magdeburger Feuer NA 700, Mainkraft 510, Metallges. 350, Moto Meter 280G, Nixdorf 613, Pfaff 257G, Salamander 331,5, Schering 580T, VEW 177, Wella 815, Ymos Vz. 199. Hamburg: Doag 425, Schering 570. München: BASF 308, Bayer 315, Bay. Hdlbk. 550TG, Br. Wolff. 282G, Contigas 365, Dresdner Bk. 470bG, Hoechst 302G, IWK 301bG, Linde 690, Metallges. 355TG, Nixdorf 605, Rütgers 408TB, Salamander 320bG, Schering 579, Stumpf 174, VAB 3050TG, VEW 179bG, Wanderer 680G.
Bezugsrechte: München: Knürr 18bG, Münch. Rück 690.

Devisenmärkte

Der Vergeltungsschlag der USA gegen Libyen blieb am 15. April nicht ohne Einfluß auf die Devisenmärkte. Die erste Reaktion in Asien trug den Dollar auf 2,345. Die Safe-Haven-Theorie war somit zunächst der Gewinner. Im europäischen Handel war dies zwar auch zu verspüren, doch setzte sich später eine differenziertere Beurteilung durch, und der Handel verlagerte sich zunächst auf eine Basis von 2,32 in die Nähe der amtlichen Notiz von 2,3317. Am Nachmittag verlor die Leitwährung einen weiteren Pfennig und fiel auf 2,321 zurück. Als Anlagewährung gesucht war das Britische Pfund. Es befestigte sich um 0,8 Prozent auf 3,445. Um ebenfalls 0,8 Prozent zog der Japanisch Yen auf 1,304 an. US-Dollar in: Amsterdam 2,626; Brüssel 47,35; Paris 7,472; Mailand 1596,50; Wien 16,36, Zürich 1,946; Ir. Pfund/DM 3,045; Pfund/Dollar 1,4775; Pfund/DM 3,445.

Devisen und Sorten

15.4.1986	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,3277	2,3357	2,3188	2,27	2,37
London[2]	3,438	3,452	3,401	3,37	3,52
Dublin[2]	3,038	3,052	3,001	2,96	3,12
Montreal[1]	1,6635	1,6715	1,6442	1,62	1,72
Amsterd.	88,655	88,875	88,60	88,00	89,75
Zürich	119,72	119,92	119,68	118,50	121,25
Brüssel	4,914	4,934	4,881	4,79	4,99
Paris	31,33	31,49	31,175	30,50	32,25
Kopenh.	27,115	27,235	26,97	26,25	28,00
Oslo	31,985	32,105	31,40	31,25	33,00
Stockh.**	31,635	31,795	31,32	31,00	32,75
Mailand[3]**	1,4555	1,4655	1,434	1,41	1,51
Wien	14,234	14,274	14,231	14,15	14,37
Madrid**	1,578	1,588	1,552	1,52	1,64
Lissabon**	1,513	1,533	1,459	1,25	1,90
Tokio	1,3025	1,3055	–	1,27	1,35
Helsinki	44,55	44,75	45,89	43,50	45,50
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,05	0,18
Athen* **	1,578	1,652	–	1,20	1,90
Frankf.	–	–	–	1,71	1,80
Sydney*	1,6525	1,6715	–	1,58	1,75
Johannbg.*	1,138	1,172	–	0,75	1,00
Hongkong*	29,76	30,04	–	27,50	33,50

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire; [4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.

FINANZANZEIGEN

– Wertpapier-Kenn-Nrn. 648300 und 648301 – **Linde Aktiengesellschaft · Wiesbaden**



Wir berufen hiermit unsere diesjährige

ordentliche Hauptversammlung auf Dienstag, den 27. Mai 1986, 10.00 Uhr

in die Kongreßhalle auf dem Messegelände, München, Theresienhöhe 13 ein.

Tagesordnung

1. **Vorlage des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1985 mit dem Bericht des Aufsichtsrats und dem Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1985**
2. **Verwendung des Bilanzgewinns**
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn von 44813450 DM zur Ausschüttung einer Dividende von 11 DM je Aktie im Nennbetrag von 50 DM auf 181697500 DM Grundkapital mit voller Gewinnberechtigung und von 5,50 DM je Aktie im Nennbetrag von 50 DM auf 44000000 DM Grundkapital mit halber Gewinnberechtigung für das Geschäftsjahr 1985 zu verwenden.
3. **Entlastung des Vorstands**
   Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, dem Vorstand für das Geschäftsjahr 1985 Entlastung zu erteilen.
4. **Entlastung des Aufsichtsrats**
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1985 Entlastung zu erteilen.
5. **Schaffung genehmigten Kapitals**
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor zu beschließen:
   Unter Einbeziehung (Verlängerung und teilweiser Änderung der Konditionen) des noch bestehenden genehmigten Kapitals von 6000000 DM wird ein genehmigtes Kapital von insgesamt 50000000 DM geschaffen, das bis zum Ablauf des 31. Mai 1991 in Anspruch genommen werden kann. Hierzu wird § 6 Absatz 4 der Satzung wie folgt geändert:
   "4. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum Ablauf des 31. Mai 1991 das Grundkapital um bis zu 50000000 DM durch ein- oder mehrmalige Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Aktien im Nennbetrag von je 50 DM zu erhöhen. Im Rahmen dieser Ermächtigung können Aktien im Gesamtnennbetrag von bis zu 2000000 DM unter Ausschluß des Bezugsrechts der Aktionäre als Belegschaftsaktien ausgegeben und ferner Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden. Im übrigen ist der Vorstand berechtigt, über den Inhalt der Aktienrechte sowie die Bedingungen der Ausgabe der Aktien zu entscheiden. Die Entscheidungen des Vorstands bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, die Satzung zu ändern, soweit von der Ermächtigung zur Kapitalerhöhung Gebrauch gemacht wird bzw. die Ermächtigung gegenstandslos wird."
6. **Ersatzwahl zum Aufsichtsrat und Wahl von Ersatzmitgliedern**
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, anstelle von Herrn Dr. Dittmar, der sein Aufsichtsratsmandat zum Ende dieser Hauptversammlung niedergelegt hat,
   Herrn Hermann Josef Strenger, Leverkusen,
   Vorsitzender des Vorstands der Bayer AG
   sowie anstelle von Herrn Dr. Werner, der nach dem Tode von Herrn Professor Dr. Weisweiler als von der Hauptversammlung gewähltes Ersatzmitglied interimistisch in den Aufsichtsrat nachgerückt war,
   Herrn Dipl.-Ing. Georg Plötz, Pullach,
   ehemaliges Mitglied des Vorstands der Linde AG
   für den Rest der Amtszeit in den Aufsichtsrat zu wählen.
   Der Aufsichtsrat schlägt ferner vor,
   Herrn Dr. jur. Winfried Werner, Königstein/Ts.,
   Rechtsanwalt
   sowie
   Herrn Dr. jur. Helmut Becker, Bad Soden /Ts.,
   Chefjustitiar der Commerzbank AG
   in dieser Reihenfolge auch zu Ersatzmitgliedern für die neuen Aufsichtsratsmitglieder zu wählen.
   Der Aufsichtsrat setzt sich nach § 96 Absatz 1 des Aktiengesetzes in Verbindung mit § 7 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 des Mitbestimmungsgesetzes zusammen. Die Hauptversammlung ist an Wahlvorschläge nicht gebunden.
7. **Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1986**
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1986 die
   Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft,
   Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main
   zu wählen.

Zu Punkt 5 der Tagesordung gibt der Vorstand gemäß § 203 Absatz 2 in Verbindung mit § 186 Absatz 4 Satz 2 des Aktiengesetzes folgenden Bericht an die Hauptversammlung:

Die Verwaltung schlägt der Hauptversammlung vor, das genehmigte Kapital wieder auf 50000000 DM aufzustocken. Dabei soll die Verwaltung ermächtigt werden, Aktien im Gesamtnennbetrag von bis zu 2000000 DM unter Ausschluß des Bezugsrechts der Aktionäre als Belegschaftsaktien auszugeben und ferner Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen.

Die Ermächtigung zur Ausgabe von Belegschaftsaktien hält sich im Verhältnis zum Grundkapital der Gesellschaft sowie zum Gesamtumfang der Ermächtigung in engen Grenzen.

Die Ermächtigung, Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, soll es ermöglichen, das Grundkapital um einen runden Betrag zu erhöhen. Soweit zu diesem Zweck das Bezugsrecht ausgeschlossen wird, sollen die Aktien bestmöglich verwertet werden.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bei einer der nachbezeichneten Stellen spätestens am 20. Mai 1986 hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen. Hinterlegungsstellen sind die Geschäftsstelle der Linde Aktiengesellschaft in Wiesbaden, Abraham-Lincoln-Straße 21 sowie folgende Banken und deren Niederlassungen in Frankfurt am Main, Berlin, Düsseldorf, Hamburg, München und Wiesbaden:

Deutsche Bank AG	Dresdner Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG	Merck, Finck & Co.
Bank für Handel und Industrie AG	Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Berliner Commerzbank AG	
Bankhaus Gebrüder Bethmann	Berliner Bank AG
Commerzbank AG	Deutsche Länderbank AG

Die Aktien sind auch dann ordnungsgemäß hinterlegt, wenn sie mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einem Kreditinstitut bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden.

Die Aktien können auch bei einem Notar oder einer Wertpapiersammelbank hinterlegt werden. Die von diesen auszustellende Bescheinigung über die Hinterlegung hat die hinterlegten Aktien nach Nummern und Stückzahl zu bezeichnen und ist spätestens am 21. Mai 1986 bei einer der übrigen Hinterlegungsstellen einzureichen.

Über die hinterlegten Aktien werden den Aktionären oder deren ordnungsgemäß ausgewiesenen Vertretern Eintrittskarten ausgestellt.

Für die Ausübung des Stimmrechts verweisen wir auf § 15 unserer Satzung. Diese auf § 134 des Aktiengesetzes beruhende Bestimmung lautet:

»1. In der Hauptversammlung gewährt jede Aktie eine Stimme. Die Stimmenzahl, die auf eine Sammelaktie (vgl. § 6 Absatz 1 Satz 2) entfällt, ist also gleich der Anzahl von Aktien, die durch die Sammelaktie verbrieft werden.

2. Ist ein Aktionär mit Aktien im Gesamtnennbetrag von mehr als 10% des Grundkapitals beteiligt, so wird abweichend von Absatz 1 sein Stimmrecht auf die Anzahl von Stimmen beschränkt, die Aktien im Nennbetrag von insgesamt 10% des Grundkapitals gewähren. Zu den Aktien, die einem Aktionär gehören, rechnen auch die Aktien, die einem anderen für seine Rechnung gehören. Ist der Aktionär ein Unternehmen, so rechnen zu den Aktien, die ihm gehören, auch die Aktien, die einem von ihm abhängigen oder ihn beherrschenden oder einem mit ihm konzernverbundenen Unternehmen oder einem Dritten für Rechnung eines solchen Unternehmens gehören. Bei der Berechnung einer nach Gesetz oder Satzung erforderlichen Kapitalmehrheit bleiben diese Beschränkungen außer Betracht.«

Der in § 15 Absatz 2 der Satzung genannte Anteil von 10% des Grundkapitals entspricht zur Zeit einem Nennbetrag von 22569750 DM = 451395 Aktien zu je 50 DM.

Wiesbaden, im April 1986 — Der Vorstand

Aus dem Geschäftsbericht 1985



FRANKFURT AM MAIN
BOCKENHEIMER LANDSTRASSE 25

Allgemeine Hypothekenbank Aktiengesellschaft

Bilanzsumme	10669,4 Mio. DM
Hypotheken- und Kommunaldarlehen	9910,8 Mio. DM
Wertpapiere und Guthaben bei Kreditinstituten	480,1 Mio. DM
Kurz- und mittelfristige Forderungen	7,4 Mio. DM
Durchlaufende Kredite	107,6 Mio. DM
Deckungspflichtige Schuldverschreibungen (einschließlich Lieferungsverpflichtungen) und aufgenommene langfristige Darlehen	9662,4 Mio. DM
Grundkapital	120,0 Mio. DM
Rücklagen	180,0 Mio. DM
Haftendes Eigenkapital	300,0 Mio. DM
Aufwendungen/Erträge	843,5 Mio. DM
Jahresüberschuß 1985	36,4 Mio. DM
Dividende 20% zzgl. Bonus 2%	26,4 Mio. DM
im Ausschüttungsrückholverfahren	10,0 Mio. DM

Die Einzelheiten sind der Veröffentlichung des vollständigen, mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der ATH Allgemeine Treuhand GmbH, Frankfurt am Main, versehenen Jahresabschlusses, die demnächst im Bundesanzeiger erfolgt, zu entnehmen.

Frankfurt am Main, Bockenheimer Landstraße 25, im April 1986



DEUTSCHE FLUG-AMBULANZ

Düsseldorf-Flughafen Notruf 0211/431717

Hilft im In- und Ausland

SPENDENKONTO Konto-Nr. 2045151 Deutsche Bank Düsseldorf

DEUTSCHE BABCOCK AKTIENGESELLSCHAFT OBERHAUSEN

BABCOCK-BSH AKTIENGESELLSCHAFT vormals Büttner-Schilde-Haas AG KREFELD-UERDINGEN

BALCKE-DÜRR AKTIENGESELLSCHAFT RATINGEN

DIVIDENDENBEKANNTMACHUNG

Die ordentliche Hauptversammlung der Deutsche Babcock Aktiengesellschaft, Oberhausen, hat am 15. April 1986 über die Verwendung des Bilanzgewinnes des Geschäftsjahres vom 1. Oktober 1984 bis 30. September 1985 Beschluß gefaßt.

Es erhalten die Aktionäre der

DEUTSCHE BABCOCK AKTIENGESELLSCHAFT

– Wertpapier-Kenn-Nummer 550 700, 550 703 –

gegen Einreichung der Gewinnanteilscheine Nr. 18 eine Dividende von

- DM 3,— bzw. 6% je Stammaktie über nom. DM 50,— auf DM 187.500.000,— Stammaktienkapital,
- DM 3,50 bzw. 7% je Vorzugsaktie über nom. DM 50,— auf DM 62.500.000,— Vorzugsaktienkapital.

Aufgrund der zwischen der Deutsche Babcock Anlagen Aktiengesellschaft, Oberhausen, und der BABCOCK-BSH Aktiengesellschaft vormals Büttner-Schilde-Haas-AG, Krefeld-Uerdingen, bzw. zwischen der Deutsche Babcock Maschinenbau Aktiengesellschaft, Ratingen, und der Balcke-Dürr Aktiengesellschaft, Ratingen, abgeschlossenen Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge erhalten die außenstehenden Aktionäre der

BABCOCK-BSH AKTIENGESELLSCHAFT
vormals Büttner-Schilde-Haas AG
– Wertpapier-Kenn-Nummer 528 400 –

gegen Einreichung der Gewinnanteilscheine Nr. 47 als Ausgleichszahlung eine Dividende von

- DM 6,— bzw. 6% je Aktie über nom. DM 100,—,

BALCKE-DÜRR AKTIENGESELLSCHAFT
– Wertpapier-Kenn-Nummer 556 500 –

gegen Einreichung der Gewinnanteilscheine Nr. 12 als Ausgleichszahlung eine Dividende von

- DM 3,— bzw. 6% je Aktie über nom. DM 50,—.

Die Dividenden werden unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer ab sofort von unserer Gesellschaftskasse und von sämtlichen Niederlassungen der nachstehend aufgeführten Banken ausgezahlt:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Westfalenbank Aktiengesellschaft
zusätzliche Einlösestellen der Balcke-Dürr AG:
Delbrück & Co.
Trinkaus & Burkhardt KGaA

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende verbunden, das bei inländischen, nicht von der Steuer befreiten Aktionären ebenso wie die Kapitalertragsteuer auf Einkommen- oder Körperschaftsteuer angerechnet wird.

Vom Abzug der Kapitalertragsteuer wird abgesehen, wenn eine inländische natürliche Person dem depotführenden Kreditinstitut eine Nichtveranlagungsbescheinigung des Wohnsitzfinanzamtes eingereicht hat. In diesem Falle wird auch das Steuerguthaben vom depotführenden Kreditinstitut gutgeschrieben.

DEUTSCHE BABCOCK AKTIENGESELLSCHAFT
Der Vorstand

Oberhausen, im April 1986



MITEINANDER NEUE WEGE FINDEN

Seit 25 Jahren vertreten wir die Interessen von mehr als 50.000 Betroffenen. Als eine der größten Selbsthilfeorganisationen mit 11 Landesverbänden, 160 Ortsverbänden und 50 Jugendgruppen machen wir uns stark für die Rechte Körperbehinderter.

Vor 25 Jahren war die Schaffung von Diagnose- und Therapiemaßnahmen für behinderte Kinder unsere vordringlichste Aufgabe. Heute müssen wir die nachschulischen Probleme der heranwachsenden Behinderten lösen, ihnen helfen, geeignete Wohn- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden.

Helfen Sie mit. Auf jede Mark kommt es an. Ihre Spende hilft uns, damit wir weiterhelfen können.



Danke f. d. kostenlose Veröffentlichung d. Anzeige



GELDANLAGE IN SPANIEN

Kompl. Buch und Arbeitsmappe

»EG-BESTIMMUNGEN«

1. Sonderausgabe mit detaill. INFO über Investment, Geschäftseröffnung, Immob., Daueraufenthalt, Steuern etc.

Auch für alle Haus- u. Grundbesitzer!

BETRIEBSWIRTSCHAFTSBERATUNG
INVESTITIONSBERATUNG FIRMENGRÜNDUNG

Dr. Wollenberg S. A.

ERLENBACHER STR. 20, 7107 NECKARSULM 4
Tel. 07139/7479, Fax 07139/6542





Teil 1: DM 89,– incl. Porto (im Ausland DM 92,–)



Teil 2: DM 89,– incl. Porto (im Ausland DM 92,–)

KUNSTPREIS-JAHRBUCH

Ihre Orientierungshilfe im intern. Kunst- u. Antiquitätenmarkt

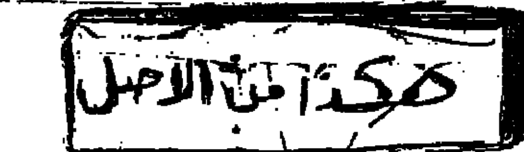
Teil 1: Gemälde, Ikonen, Buchmalerei, Graphik, Photographie, Plastik, Medaillen, über 900 Seiten, über 1200 Abbildungen

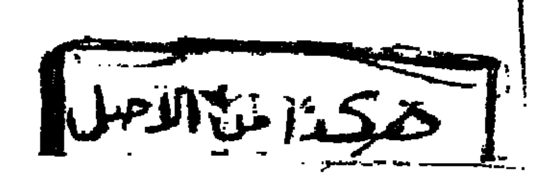
Beide Teile zum Vorzugspreis von DM 149,– incl. Porto (im Ausland DM 152,–)

Teil 2: Europäische Antiquitäten und Sammlungsgegenstände (Möbel, Keramik, Silber, Glas, Waffen, Nautica, Puppen u.a.), Antiken, Kunst Ostasiens und des Orients, Kunst Schwarzafrikas und Ozeaniens, Kunst der Eskimos und Indianer 790 Seiten, mit 1800 Abbildungen

Das KUNSTPREIS-JAHRBUCH bietet Ihnen in zwei Teilen mit über 14000 Beschreibungen versteigerter Kunstwerke und Antiquitäten einen umfassenden Überblick über die vergangene Versteigerungssaison vom 1. Juli 1984 bis zum 30. Juni 1985. Die Bearbeitung der nahezu 2000 Kataloge liegt in den Händen von Fachleuten, die gleichermaßen mit Wissenschaft und Praxis des Handels vertraut sind.

Bestellungen bitte an:
WELTKUNST VERLAG, Nymphenburger Straße 84, 8000 München 19, Telefon 089/181091





BABCOCK

Deutsche Babcock Aktiengesellschaft
Oberhausen

Bilanz der Deutsche Babcock Aktiengesellschaft zum 30. September 1985

AKTIVA

	Stand am 1. 10. 1984	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Abschreibungen	Stand am 30. 9. 1985	Stand am 30. 9. 1984
	DM	DM	DM	DM	DM	DM	Mio DM
…lagevermögen							
…chanlagen							
…ndstücke mit Geschäfts-, Fabrik- und anderen Bauten	71 197 261	1 265 077	–	–	3 674 051	68 788 287	71,20
…ndstücke mit Wohnbauten	1 348 177	33 323	17 660	342 210	39 604	1 017 346	1,35
…ndstücke ohne Bauten	3 029 929	–	–17 660	83 914	–	2 928 355	3,03
…ten auf fremden Grundstücken	119 989	–	–	–	26 664	93 325	0,12
…riebs- und Geschäftsausstattung	546 619	1 464 665	–	39 203	478 108	1 493 973	0,54
	76 241 975	2 763 065	–	465 327	4 218 427	74 321 286	76,24
…anzanlagen							
…eiligungen	577 665 405	11 000 000	–	–	–	588 665 405	577,67
…leihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren	1 191 603	5 811	–	127 658	–	1 070 756	1,19
davon durch Grundpfandrechte gesichert … DM 715 …							
	655 098 983	13 769 876	–	592 985	4 218 427	664 057 447	655,10
…laufvermögen							
…ssenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben					138 161		0,20
…haben bei Kreditinstituten					106 666 757		67,78
…tpapiere					589 384 246		402,66
…derungen an verbundene Unternehmen					114 009 473		171,36
…stige Vermögensgegenstände					35 669 797	845 860 434	24,32 / 666,34
…hnungsabgrenzungsposten						173 258	0,06
						1 510 111 139	1 321,50

PASSIVA

	Stand am 30. 9. 1985 DM	Stand am 30. 9. 1985 DM	Stand am 30. 9. 1984 Mio DM	Stand am 30. 9. 1984 Mio DM
Grundkapital		250 000 000		250,00
Stammaktien … DM 187 500 000				
Vorzugsaktien … DM 62 500 000				
Genehmigtes Kapital … DM 100 000 000				
Offene Rücklagen				
Gesetzliche Rücklage	73 066 497		73,07	
Freie Rücklagen				
Stand am 1. 10. 1984 … DM 161 672 496				
Einstellung aus dem Jahresüberschuß … DM 10 000 000	171 672 496	244 738 993	161,67	234,74
Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 7 c EStG		444 290		0,46
Rückstellungen				
Pensionsrückstellungen	32 660 380		32,06	
Andere Rückstellungen	83 771 849	116 432 229	79,11	111,17
Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		100 000 000		100,00
davon vor Ablauf von vier Jahren fällig … DM 100 000 000				
Andere Verbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	402 274		0,55	
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	761 314 014		805,67	
Sonstige Verbindlichkeiten	21 154 339	782 870 627	3,28	809,50
Bilanzgewinn		15 625 000		15,63
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften … DM 1 086 881 300				
davon für verbundene Unternehmen … DM 1 086 881 300				
Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten … DM 224 121				
davon für verbundene Unternehmen … DM 224 121				
		1 510 111 139		1 321,50

…winn- und Verlustrechnung der Deutsche Babcock Aktiengesellschaft …das Geschäftsjahr 1984/85

	1984/85 DM	1984/85 DM	1983/84 Mio DM	1983/84 Mio DM
…satzerlöse		22 048 704		21,44
…äge aus Gewinnabführungsverträgen	129 181 204		109,14	
…äge aus den anderen Finanzanlagen	47 380		0,05	
…stige Zinsen und ähnliche Erträge	49 088 920		48,66	
…äge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	1 462 070		2,18	
…äge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	13 420		0,01	
…stige Erträge	1 755 163		9,12	
…von außerordentliche … DM 12 …		181 548 157		169,16
		203 596 861		190,60
…e und Gehälter	13 651 430		13,51	
…iale Abgaben	1 359 305		1,45	
…endungen für Altersversorgung und Unterstützung	3 860 255		4,20	
…chreibungen auf Sachanlagen	4 218 427		4,21	
…uste aus Wertminderungen oder dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens	226 550		0,25	
…en und ähnliche Aufwendungen	52 022 610		58,06	
…ern				
vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	25 130 854		20,14	
sonstige	806 727		0,05	
…wendungen aus Verlustübernahme	59 992 601		49,69	
…stige Aufwendungen	16 723 102	177 971 861	13,41	164,97
…esüberschuß		25 625 000		25,63
…stellungen in freie Rücklagen		– 10 000 000		– 10,00
…zgewinn		15 625 000		15,63

Vermerk gemäß § 159 AktG

Pensionszahlungen
im Geschäftsjahr geleistet DM 3 228 242 (= 100 %)

in den nächsten Jahren zu erwarten

1985/86	1986/87	1987/88	1988/89	1989/90
104 %	103 %	102 %	100 %	105 %

Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

Oberhausen, den 20. Dezember 1985

Dr. Vonderrack und Schulte
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

B. Schulte, Wirtschaftsprüfer — pps. Dipl.-Kfm. H. Siebert, Wirtschaftsprüfer

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1984/85

	1984/85 DM	1984/85 DM	1983/84 Mio DM	1983/84 Mio DM
Umsatzerlöse	5 112 473 773		6 450,46	
Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	– 361 283 804	4 751 189 969	–1 608,52	4 841,94
Andere aktivierte Eigenleistungen		3 597 985		4,55
Gesamtleistung		4 754 787 954		4 846,49
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren		2 755 686 969		2 828,09
Rohertrag		1 999 100 985		2 018,40
Erträge aus Beteiligungen	1 104 706		1,22	
Erträge aus den anderen Finanzanlagen	715 825		0,51	
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	112 228 158		123,09	
Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	29 350 230		12,77	
Erträge aus der Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	–		2,87	
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	6 126 057		12,34	
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	36 584		0,89	
Sonstige Erträge	52 163 960		80,22	
davon außerordentliche … DM 10 466 406		201 725 520		233,91
		2 200 826 505		2 252,31
Löhne und Gehälter	1 126 020 341		1 147,70	
Soziale Abgaben	195 348 853		191,47	
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	35 866 968		37,56	
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	78 960 508		79,82	
Abschreibungen auf Finanzanlagen	406 279		1,43	
Verluste aus Wertminderungen oder dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens außer Vorräten und Einstellung in die Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	23 235 412		42,10	
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	1 900 420		1,70	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	78 026 951		97,19	
Steuern				
vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	38 985 817		36,00	
sonstige	3 777 016		5,53	
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	22 050 000		–	
Sonstige Aufwendungen	566 156 598	2 168 735 163	583,62	2 224,22
Konzernjahresüberschuß		32 091 342		28,09
Einstellungen in freie Rücklagen		– 10 000 000		– 10,00
		22 091 342		18,09
Veränderung des Ausgleichspostens aus der Konsolidierung		– 6 943 585		– 1,87
		15 147 757		16,22
Konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn	– 522 757		– 0,59	
Auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Verlust	1 000 000	477 243	–	– 0,59
Konzerngewinn		15 625 000		15,63

Der Konzernabschluß und der Konzerngeschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften.

Oberhausen, den 20. Dezember 1985

Dr. Vonderrack und Schulte
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

B. Schulte, Wirtschaftsprüfer — pps. Dipl.-Kfm. H. Siebert, Wirtschaftsprüfer

Konzernbilanz zum 30. September 1985

	Stand am 1. 10. 1984	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Abschreibungen	Stand am 30. 9. 1985	Stand am 30. 9. 1984
	DM	DM	DM	DM	DM	DM	Mio DM
…gevermögen							
…anlagen und immaterielle Anlagewerte							
…stücke mit Geschäfts-, Fabrik- und anderen Bauten	233 070 265	8 220 238	– 4 120 742	11 971 491	12 181 320	213 006 970	233,07
…stücke mit Wohnbauten	8 118 939	33 323	– 10 251	702 188	265 604	7 174 219	8,12
…stücke ohne Bauten	4 781 166	14 179	– 17 526	86 428	–	4 691 391	4,78
…n auf fremden Grundstücken	785 620	129 989	– 156 177	1 221	172 635	585 576	0,78
…inen und maschinelle Anlagen	84 912 291	23 432 378	4 753 777	2 128 825	31 483 659	79 486 162	84,91
…bs- und Geschäftsausstattung	69 105 728	31 124 846	– 3 076 439	3 564 302	33 326 712	60 263 122	69,11
…en im Bau und Anzahlungen auf Anlagen	15 790 665	10 034 651	–13 965 087	–	1 067 121	10 792 108	15,79
…ssionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte sowie Lizenzen an solchen Rechten	559 936	780 063	24 969	–	453 457	911 501	0,56
	417 124 831	73 769 657	–16 568 476	18 454 255	78 960 508	376 911 049	417,12
…anlagen							
…gungen	17 322 271	14 930	– 584 242	116 865	395 969	16 241 095	17,32
…hungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren	10 166 898	759 163	3 479	1 307 811	10 280	9 611 449	10,17
…on durch Grundpfandrechte gesichert … DM 8 704 002							
…on Ausleihungen gemäß § 89 AktG … DM 911 084							
	444 613 800	74 543 750	–17 149 239*)	19 877 931	79 366 787	402 763 563	444,81

*) Korrekturposten zum Anfangsbestand infolge Änderung der Währungsparitäten

	DM	DM	DM	Mio DM	Mio DM	Mio DM
…ichsposten aus der Konsolidierung			138 158 683			127,18
…vermögen						
…	3 207 517 616			3 748,91		
…ne Anzahlungen	–2 427 900 877	779 616 739		–2 775,43	973,48	
…e Gegenstände des Umlaufvermögens						
…ete Anzahlungen	451 714 981			422,28		
…ne Anzahlungen	– 405 005 929			– 391,03		
	46 709 052			31,25		
…ungen aus Lieferungen und Leistungen … DM 69 205 676	1 144 980 586			1 180,19		
…mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr … DM 15 080 194						
…l	253 219 043			311,63		
…e bundesbankfähig						
…	257 067			0,31		
…bestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben	3 794 298			4,95		
…en bei Kreditinstituten	216 354 409			230,02		
…piere	593 500 331			414,64		
…ungen an verbundene Unternehmen	3 052 156			4,96		
…ungen aus Krediten gemäß § 89 AktG	294 118			1,01		
…e Vermögensgegenstände	136 544 587	2 398 655 659	3 178 272 398	112,16	2 291,12	3 264,60
…ngsabgrenzungsposten			4 587 774			9,17
			3 723 882 448			3 845,55

PASSIVA

	Stand am 30. 9. 1985 DM	Stand am 30. 9. 1985 DM	Stand am 30. 9. 1984 Mio DM	Stand am 30. 9. 1984 Mio DM
Grundkapital		250 000 000		250,00
Stammaktien … DM 187 500 000				
Vorzugsaktien … DM 62 500 000				
Genehmigtes Kapital … DM 100 000 000				
Offene Rücklagen				
Gesetzliche Rücklage	73 066 497		73,07	
Freie Rücklagen	171 672 496	244 738 993	161,67	234,74
Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz		13 028 702		16,78
davon Gewinn … DM 522 757				
davon Verlust … DM 1 000 000				
Sonderposten mit Rücklageanteil		22 639 882		0,62
gemäß § 6 b EStG … DM 22 050 000				
gemäß § 7 c EStG … DM 548 212				
gemäß § 1 EntwLStG … DM 41 670				
Pauschalwertberichtigung zu Forderungen		41 518 971		37,88
Rückstellungen				
Pensionsrückstellungen	178 698 622		170,66	
Andere Rückstellungen	613 903 772	792 602 394	672,62	843,28
Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	167 473 014		166,05	
davon Exportförderungskredite … DM 14 728 …				
davon durch Grundpfandrechte gesichert … DM 5 211 084				
Sonstige Verbindlichkeiten	12 460 418		12,82	
davon durch Grundpfandrechte gesichert … DM 462 055				
Vor Ablauf von vier Jahren fällig … DM 150 800 399		179 933 432		178,87
Andere Verbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	600 486 102		726,72	
Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel	30 952 521		27,31	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	444 497 862		533,82	
davon Exportförderungskredite … DM 35 706 180				
Erhaltene Anzahlungen	911 734 566		795,49	
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3 382 230		3,47	
Sonstige Verbindlichkeiten	171 583 213	2 162 616 494	174,37	2 261,18
Rechnungsabgrenzungsposten		1 178 580		6,60
Konzerngewinn		15 625 000		15,63
Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln … DM 25 327 595				
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften … DM 42 101 884				
davon für verbundene Unternehmen … DM 3 557 048				
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen … DM 4 622 386				
		3 723 882 448		3 845,55

Aktienanstieg gestoppt

Aber besonnene Reaktion auf die Vorgänge in Libyen

DW. – Zu Beginn der Dienstagbörse wurde nach dem Motto „Wenn die Kanonen donnern, muß man Aktien kaufen" vorgegangen. Deshalb kam es in vielen Standardaktien zunächst noch zu Notierungen die deutlich über denen des Vortags lagen. Erst im späteren Verlauf gab es kursdrückende Gewinnmitnahmen, die allerdings nach den vorangegangenen festen Börsentagen ohnehin erwartet worden waren. Kurseinbrüche blieben überall aus. In einigen Spezialpapieren setzte sich die Hausse-Bewegung sogar noch fort.

Der Kurs der Deutschen Bank lag zunächst um knapp 20 DM über dem des Vortages; eine Reaktion auf die Abschlußveröffentlichung für 1986. Im Zuge der Glattstellungswelle gaben die Papiere später den Anfangsgewinn wieder her. Ähnlich sah es auch bei anderen Bankaktien aus. Zu einer Konsolidierung kam es bei VW und Daimler, wobei der Daimler-Kurs um rund 50 DM zurückgenommen wurde. Ausgesprochen vernachlässigt lagen die Aktien der Großchemie. Auf ermäßigter Basis waren hier Käufe inländischer institutioneller Anleger zu beobachten. Zuruckhaltung gegenuber den meisten Maschinenbauwerten. Dagegen setzten einige Hypothekenbanken ihren sprunghaften Anstieg noch fort. Von den Versicherungswerten gaben Allianz Versicherung nach dem forschen Anstieg am Vortag um 50 DM nach.

Frankfurt: Agiv tendierten um 10 DM fester. Enzinger Union verbesserten sich um 6 DM und Hutschenreuther um 20 DM. Buderus lagen um 30 DM und Contigas um 19 DM schwächer. Heidelzement verloren 21 DM.

Düsseldorf: Balcke Dürr verminderten um 10 DM, Bilfinger um 4 DM und DAT um 50 DM. Dyckerhoff St. gaben 12 DM ab. Isenbeck stockten um 5 DM und Sinn um 13 DM auf. Nino lagen um 2 DM und Rhenag um 8 DM niedriger.

Hamburg: Beiersdorf und Phoenix Gummi wurden jeweils um 3 DM niedriger bewertet. Vereins- und Westbank schwächten sich um 10 DM ab. HEW lagen um 1 DM leichter. Bavaria Brauerei gaben um 4 DM nach. Hapag Lloyd verminderten um 0,50 DM.

Berlin: Spinne Zehlendorf wurden um 25 DM höher taxiert. Rheinmetall St. lagen um 12 DM und Bergmann um 7 DM fester. Orenstein schwächten sich um 17 DM und Berliner Bank um 14 DM ab. Herlitz St. büßten 9,50 DM ein.

München: Aigner verbesserten sich um 9 DM, Audi AG um 4 DM und Heilit um 3 DM. Hutschenreuther stockten um 9 DM und Tucher um 8 DM auf. Nachgegeben haben AKS um 2 DM, Bay. Lloyd um 20 DM und Dywidag um 3 DM.

Stuttgart: Württembergische Hypothekenbank erhöhten um 90 DM. Die Baden-Württembergische Bank verteuerten sich um 28 DM. Stuttgarter Hofbräu St. legten 5 DM DM zu. Daimler büßten 18 DM und Mercedes 53 DM ein.

Nachbörse: schwächer

WELT-Aktienindex: 312,94 (314,74)
WELT-Umsatzindex: 6798 (8885)
Advance-decline-Zahl: 77 (140)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

		15.4.	14.4.
H	Aach M Bed. 10	2730	2799
H	Aach. M. Vers. 7	1745	1750
D	Aach. Rück. 9	3500	3500
D	Aseag *4	490B	495B
M	Ack-Gögg. 6	176bG	174,5bG
H	Adca 3	210	202
D	Adler 9	326G	326G
F	AEG 0	341,5	344
D	AEG KABEL 9	469,5	455,5
S	Aesculap 9	490,1	495
F	AGAB 5	135	133
D	Agrippina *0	4300	4249
F	Cobb.Genußsch.	118,55	120
D	Conc. Chem. 4,5+3	288,5	288
B	Conc. Spinne *0	444G	444G
D	Contigas 7,5	395	375
D	Conti Gummi 3	261,1	267,2
D	Dahlb. St. 7,65	305	301
D	dgl. Vz. 14,55	470bB	455T
S	Daimler 10,5	1475	1493
M	Deckel AG 0	254,4	255bG
D	Dt. Atl. Tel. 10+1	1000G	1050B
H	Daag 5	450	449
D	Dt. Babcock St. 5	215	225
D	dgl. Vz. 3,5	200,5	199
F	Dt. Bank 12	896	887,9
D	Dt. Centralboden 12	1020	1000
H	Hdl. Löb. 9	600G	570G
Hn	Hann. Papier 5,5	228	223
H	Harmstorf 0	90xG	82,5
D	Harpener 11	428	430
F	Harm. & B.St. 4	1640	1640T
F	dgl. Vz. 4	1540	1300T
M	Hasen-Bräu 9	1110TB	1130TB
S	Heidelb. Zem. 7	650	650
M	Heilit & W. 5	281	278
D	Hein. Lehm. *0	350G	319bB
D	Helkr. Ind. *14+4	735	725T
H	Hemmoor 0	259bB	250bB
D	Henkel	449	448
F	Henninger 2	220	219,8
B	Herlitz 7	201	209,5
F	MAB 6,5	355bG	352
F	dgl. Vz. 6,5	341	340T
D	Mannesmann 4	266	265
F	Mannh. Vers. 8	1090	1100
H	Markt & K. 7	229,5	224
F	MAN St. 2	215	220,5
F	dgl. Vz. 6	189	192
F	MAN-Rol. 20,2	580	581
S	M.Müll.Weing. *0	360	351
D	Mauser 0	92	91
F	Mercedes 10,5	1304	1330
F	Metallges. 0	362	366,5
S	Met. u. Lack 0	138bB	137,9
S	Mülag 6,5	466G	466
F	Moenus 0	106	109,5

Ausland

Brüssel

Arbed	3155	3150
Brux. Lambert	3140	3195
Cockerill Ougrée	166	164
Ebes	4415	4650
Gevaert	6150	6500
Kredietbank	–	13850
Pétrofina	7350	7470
Soc. Gén. d. Belg.	2930	3020
Sofina	10125	10525
Solvay	8390	8600
UCB	6800	6990
Index	3515,38	3572,94

Hongkong

	15.4.	14.4.
China Light + P.	14,5	14,6
Hongkong Land	6,35	6,45
Hongk. + Sh. Bk.	8	8
Hongk. Teleph.	10,3	10,5
Hutch. Whampoa	29,2	29,5
Jard Matheson	12,6	12,9
Swire Pac. + A +	13,3	–

Oslo

	15.4.	14.4.
Bergen Bank	151,5	151
Borregaard	357	350
Den Norske Cred.	151	151
Elkem	123,5	122,5
Kreditkassen	159	157
Norsk Data	457,5	453
Norsk Hydro	139	138
Storebrand	242,5	236
OSE Ind. Index	340,29	357,13

Sydney

	15.4.	14.4.
ACI	3,6	3,55
Ampol. Explor.	2,15	2,15
Westpacific Banking	6,12	6,06
Bridge Oil	1,27	1,24
Bougainville Copper	2,68	2,65
Brok. Hill Prop.	7,26	7,26
Coles	5,9	5,9
CRA	7,1	7,14
CSR (Thales)	3,25	3,32
Metals Expl.	0,32	0,32
MIM-Holdings	2,6	2,55
North Broken Hill	2,14	2,15
Oakbridge	0,86	0,88
Peko Wallsend	5,5	5,4

Stand. & Poors 234,86 237,28
Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 08 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

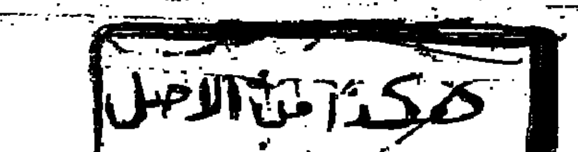
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp



Rentenhandel schleppend

Da es in der Bundesrepublik zur Zeit keine neuen Zinssenkungssignale gibt und sich die Nachfrage der Ausländer nach öffentlichen Papieren in Grenzen hält, blieb die Geschäftstätigkeit auf dem Rentenmarkt weiterhin schleppend. Im öffentlichen Bereich kam es nur zu geringen Kursschwankungen. Bei den DM-Auslandsanleihen blieb die Grundtendenz ebenfalls stabil. Bemerkenswert reibungslos gestaltet sich der Absatz langlaufender Neuemissionen. Institutionelle Anleger halten sich allerdings zurück.

F	4 Dresdn.Bk. 83 m. O	219	222
F	4 dgl. o. O.	95,7	95,15
F	8 dgl. 84 m. O	244G	245
F	8 dgl. 84 o. O.	109G	109
F	3¾ Fuji 84 m. O.	144,5	145G
F	3½ dgl. 84 o. O	93,85	93,5
F	3½ Hanwa 84 m. O	142G	143G
F	3½ dgl. 84 o. O	95bG	95
F	3¾ Jap. Synth. 82 m.O	220G	220
F	7½ dgl. 82 o. O	102,15	102,5
F	5¼ Jusco 85 m. O.	320G	311,5G
F	5¾ dgl. 85 o. O	100,25G	100,25G
F	3½ Konsai Paint84 m.O.	150G	150G
F	3½ dgl. 84 o. O.	95,5	95,9
F	3¾ Kaufhof 84 m. O.	286T	285T
F	3¼ dgl. 84 o. O.	81,25	81,25G
F	3½ dgl. 85 m. O	166	166G
F	3½ dgl. 85 o. O.	82,75G	83G
F	3½ Kobe S. 85 m. O.	134G	134G
F	3½ dgl. 85 o. O	94,75bG	94,5
T	3¾ Linde Int. m. O	190G	190
F	3½ dgl. o. O.	81,6	81,45
F	3½ Mitsubishi 84 m. O.	175	175G
F	3½ dgl. 84 o. O.	95,9	95,5bG
F	3½ Nippon Flour 84 m.O	175G	172,5G
F	3½ dgl. 84 o. O	95G	95
F	3¼ Nipp. Shin. 85 m.O	192G	192G
F	3¼ Nipp. Shin. 85 o.O.	92,5	92,25
F	3½ Philips 84 m.O.	129,5T	128T
F	3½ dgl. 84 o O.	92,25	92,5T
F	5¼ Rhythm Watch83 m.O	133G	133G
F	5¼ dgl. 85 o. O.	100,1G	100,1G
T	4½ dgl. 84 m. O	113G	113G
F	4½ dgl. 84 o. O	98T	97,35T
F	3¾ SEC Fin. 84 m.O	167T	167T
F	3¾ dgl. o. O. 84	81,15bG	81
F	4 SEA Fin. m. O. 85	125,5	124,5
T	4 dgl. 85 o. O	95,25	95,25G
F	3 Teijin S. m. O. 85	285G	285G
F	3 dgl. o. O. 85	91,25	91
F	3½ Trio Kenw. 85 m. O.	141G	141G
F	3½ dgl. 85 o. O.	94	93,75T
F	3½ Tsumura Jun.84 m.O	118	120G

8¾ A.N.A.S. 85/88	104,1	104,25G
8¾ dgl. 84/91	109,5	109,25
5½ Am. Express 79/87	100,15	100,5
8 Arab Banking 83/88	105,9	105,7
10¾ Ard.Samml. 81/89	103,2	103,25
6½ Argentinien 78/88	99	99,25
7½ dgl. 79/89	101,2G	101,2
6¾ Asfinag 85/95	103,5G	103,5G
5½ Asien.Entwkl. 78/88	100,5G	100,5G
7¼ dgl. 79/89	102,5	102,5
10 dgl. 80/90	106,4	106,5G
8½ dgl. 80/90	104,75G	104,75
10 dgl. 81/91	109,5T	110T
10¾ dgl. 81/89	113,25	112,85
9¾ dgl. 82/92	112	112,5
9¾ dgl. 82/92 II	112,75	112,90
8¾ dgl. 82/92	109,5bG	109,25
7¾ dgl. 83/91	108	107,9bG
8½ dgl. 83/93	109,35	110,05
7¾ dgl. 84/94	108,75	108,65
8 dgl. 84/94	109,5	109,25
7¾ dgl. 85/97	109,3	109,2
6½ dgl. 85/95	105	105
7¾ Audi Fin. 84/94	105,5G	105,5G
7¾ Aemar 75/88	103,5G	103,5G
7 Australien 72/87	101,3G	101,3G
5¾ dgl. 77/89	100,4	100,75
6 dgl. 78/88	101,4	101,4
9½ dgl. 81/91	114,25	114,25
9¾ dgl. 82/91	114,1	114T
7¾ dgl. 82/92	111	110,5
6¾ dgl. 83/93	105,4	105,15T
7¾ dgl. 84/96	109,5	109,5
6¾ Austral IDC 72/87	100,5G	100,5
8 Autop. C.E. 71/86	101T	101,25T
6¾ dgl. 72/87	101,25G	101G
7¾ Avon 85/95	102,7G	103
10¾ Bannal 82/90	108	108,05
8 Banco Obras 71/86	102	101,5G
8½ BNDE 77/87	108,5T	102,5T
9½ dgl. 80/88	108,25	107,75G
5¾ Bk. America 78/90	99,5	99,25bB

8 dgl. 84/92	101,9	102,05
8½ dgl. 84/92	102,5	102
7¾ Essel 75/88	101	101G
5¾ Eurotom 77/87	100,75	100,75G
7¾ dgl. 83/93	104,5bG	104,5
6¾ Eurofima 72/87	101G	101G
6½ dgl. 75/88	101,95G	101,95G
5½ dgl. 78/88	100,5G	100,5
6½ dgl. 79/89	102	101,35G
10¼ dgl. 81/91	112,5	112,75T
9 dgl. 82/92	108,75T	108,75
8½ dgl. 82/90	109,5T	109,5
7½ dgl. 83/91	106,75	106,75
7½ dgl. 83/90	107,25	106,75T
7¾ dgl. 84/94	108	108T

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Montag die Gold-, Silber-, Kupfer- und Kaffeenotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Knapp behauptet präsentierte sich Kakao im Schlußgeschäft.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	14.4.	11.4.
Mai	289,25	286,00
Juli	245,25	241,00
Sept.	246,25	242,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cf.		
St.L. 1 CW	271,21	unerh.
Am. Durum	269,19	unerh.

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Mai	94,10	94,60
Juli	98,20	98,20
Okt.	100,00	100,00

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Mai	82,20	91,30
Juli	79,90	79,50
Okt.	78,50	77,50

HAFER Chicago (c/bush)		
Mai	100,00	98,00
Juli	102,50	101,75
Sept.	106,50	105,00

MAIS Chicago (c/bush)		
Mai	227,50	227,75
Juli	219,25	218,25
Sept.	203,25	202,00

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Mai	91,50	91,70
Juli	92,20	91,50
Okt.	88,50	87,70

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	14.4.	11.4.
Mai	227,25	232,00
Juli	233,25	237,25
Sept.	238,25	241,00

KAKAO New York ($/t)	14.4.	11.4.
Mai	1775	1795
Juli	1830	1850
Sept.	1880	1897
Umsatz	3224	4284

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Mai	8,23	8,00
Juli	8,34	8,06
Sept.	8,36	8,33
Okt.	8,40	8,30
Jan.	8,65	8,35
Umsatz	15708	33843

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	7,88	8,84

KAFFEE London (£/t) Robusta	14.4.	11.4.
Mai	2310-2320	2286-2290
Juli	2361-2365	2339
Sept.	2406-2410	2395-2398
Umsatz	2101	2201

KAKAO London (£/t)		
Mai	1382-1385	1380-1381
Juli	1387-1389	1385-1387
Sept.	1413-1415	1410
Umsatz	1196	5171

ZUCKER London (£/t) Nr.6	14.4.	11.4.
Mai	205,20-206,00	198,00-202,20
Aug.	-	-
Okt.	-208,00	-204,00
Umsatz	90	597

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	15.4.	14.4.
schw.		
Saraw.spez.	820,00	820,00
weiß.Saraw.	1170,00	1170,00
weiß.Munt.	1185,00	1185,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	14.4.	11.4.
Mai	93,40	93,10
Juli	92,30	92,20
Sept.	91,10	90,70
Nov.	90,90	90,70
Jan.	91,20	91,00
Umsatz ...500	700	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	14.4.	11.4.
	23,50	24,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	18,25	18,25

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Mai	17,46	17,45
Juli	17,78	17,75
Aug.	17,95	17,82
Sept.	18,05	17,85
Okt.	18,50	17,85
Dez.	18,50	18,35
Jan.	18,95	18,45

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	16,00	16,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	11,50	11,50
Choise white hog 4 % fr. F.	10,00	10,00

TALG New York (c/lb)		
top white	12,25	12,25
fancy	11,75	11,75
bleichf.	11,50	11,50
yellow max. 10% fr.F	10,00	10,00

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
April	40,92	41,00
Juni	42,20	42,50
Juli	42,55	42,50

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Mai	50,85	52,35
Juli	52,25	53,70
Aug.	51,35	52,37

HÄUTE Chicago (c/lb)	14.4.	11.4.
Ochsen einh. schwere River Northern	61,00	61,00
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	48,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Mai	524,50	524,50
Juli	522,25	521,00
Aug.	520,00	519,50
Sept.	510,50	510,00
Nov.	508,50	508,50
Jan.	517,25	517,00
März	526,00	526,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Mai	153,50	155,20
Aug.	153,50	154,30
Sept.	153,20	154,20
Okt.	150,50	151,00
Dez.	148,20	149,00
Jan.	149,20	149,80
März	150,50	151,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	14.4.	11.4.
Mai	280,30	279,50
Juli	287,20	286,20
Okt.	291,20	290,40

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	14.4.	11.4.
	12,50	12,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.	15.4.	14.4.
cif	580,00	575,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	460,00	465,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	255,00	250,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	86,00	87,50

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	280,00	280,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	214,00	215,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	14.4.	11.4.
Mai	62,20	61,95
Juli	63,22	62,85
Okt.	39,40	39,00
Dez.	39,15	39,00
März	40,19	40,00
Mai	40,80	40,60

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	39,12	39,00

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	15.4.	14.4.
Mai	500-502	500-502
Aug.	517-519	-
Okt.	520-523	-
Umsatz	77	42

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	15.4.	14.4.
Mai	45,00	45,00
Juli	45,00	45,00
Okt.	45,00	45,00
-	-	-
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	15.4.	14.4.
Mai	606,00-608,00	609,50-610,00
Juli	-	-
Dez.	-	-
Umsatz	6	-

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	15.4.	14.4.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	15.4.	14.4.
April	12468	12466
Mai	12390	12398

KAUTSCHUK London (p/kg)	14.4.	11.4.
RSS 1 Mai	55,00-56,00	54,50-55,50
RSS 1 Juni	55,50-56,00	55,00-56,00
RSS 2 Mai	54,00-55,00	53,00-54,50
RSS 3 Mai	52,75-53,75	52,25-53,25
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	15.4.	14.4.
Mai	195,00-197,00	196,00-198,00
Juni	197,50-199,50	198,50-200,50
Nr. 2 Mai	194,00-195,00	194,50-195,50
Nr. 3 Mai	191,50-192,50	192,00-193,00
Nr. 4 Mai	187,00-188,00	187,50-188,50
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	15.4.	14.4.
BWC	395	395
BWD	360	360
BTC	395	395
BTD	360	360

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	15.4.	14.4.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	259,07-259,42	269,55-269,89
dritt. M.	263,39-263,73	273,32-273,49
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	84,75-84,92	84,94-85,11
dritt. M.	87,51-87,68	87,34-87,42
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	937,22-938,94	935,05-938,45
dritt. M.	957,93-958,97	955,58-957,29
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	141,53-142,22	133,58-135,29
Prod.-Pr.	163,50	162,23
REINZINN 99,9 %	unerh.	unerh.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	15.4.	14.4.
	14,78	14,70

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	15.4.	14.4.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	340,36-342,78	338,91-341,30
BLEI in Kabeln	92,50-93,50	92,75-93,75
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	15.4.	14.4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	300-306	299-305
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	347-348	345-347
MS 63	326-331	326-330

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	15.4.	14.4.
Leg. 225	333-337	333-337
Leg. 226	325-338	325-338
Leg. 231	370-374	370-374
Leg. 233	380-384	380-384

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	15.4.	14.4.
PLATIN (DM/g)	33,60	33,95
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	26010	25880
Rückn.-Pr.	25260	25330
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	26050	26130
Rückn.-Pr.	25370	25450
verarbeitet	27330	27410
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	25550	25585
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	413,30	418,30
Rückn.-Pr.	400,90	405,60
verarbeitet	431,50	436,60

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	15.4.	14.4.
10.30	340,25	343,20
15.00	341,75	341,60
Zürich mit.	342,50-343,00	343,25-343,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	81300	81800
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	363,25	370,80
3 Mon.	371,90	379,60
6 Mon.	379,95	387,65
12 Mon.	396,35	404,85
PLATIN (£/Feinunze) London	14.4.	11.4.
fr. Markt	286,90	289,55
PALLADIUM (£/Feinunze) London	14.4.	11.4.
f. Händl.-Pr.	72,85	73,85

New Yorker Metallbörse

	14.4.	11.4.
GOLD H & H Ankauf	341,85	341,95
SILBER H & H Ankauf	538,50	546,50
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	420,00-427,00	420,00-427,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	108,00-109,00	109,00-110,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
April	540,20	554,20
Mai	540,90	555,00
Juli	545,10	559,20
Sept.	548,00	562,00
Dez.	552,00	568,50
Jan.	564,00	578,50
März	567,10	581,90
Umsatz	16000	21000

KUPFER (c/lb)	14.4.	11.4.
April	63,55	64,40
Mai	63,70	64,55
Juli	64,10	65,00
Sept.	64,40	65,20
Dez.	64,85	65,70
Jan.	65,50	66,45
März	65,70	66,60
Umsatz	5500	5100

Londoner Metallbörse

	15.4.	14.4.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	750,50-751,50	776,00-777,50
3 Mon.	763,00-764,00	789,00-789,50
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	245,50-246,00	247,00-249,00
3 Mon.	253,50-254,00	254,00-255,00
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	967,50-968,00	971,00-971,50
3 Monate	ausg.	ausg.
ab. Kasse	-	960,50-961,50
3 Monate	-	ausg.
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	981,00-984,00	973,00-975,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	441,00-442,00	435,00-436,00
3 Monate	453,50-454,50	446,00-446,50
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	ausg.	ausg.
QUECKSILBER ($/Fl.)	-	225-235
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	-	45-55

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	14.4.	11.4.
Mai	41,50-41,80	43,30-43,50
Juni	38,06-38,30	40,00-40,20
Juli	37,26-37,50	39,25-39,40
Aug.	37,50	39,30-39,50

GASÖL – London ($/t)	14.4.	11.4.
Mai	144,25-144,75	146,50-147,00
Juni	134,25-134,50	134,75-135,00
Juli	129,75-130,00	131,00-131,25
Aug.	129,00-129,50	131,00-131,25
Sept.	129,00-130,00	131,00-132,25
Okt.	129,75-131,00	131,50-135,00
Nov.	130,50-135,00	132,50-133,50
Dez.	130,00-135,00	133,00-135,50

BENZIN – New York (c/Gallone)	14.4.	11.4.
Mai	44,99-45,10	46,00-46,10
Juni	43,50-43,60	44,60-44,70
Juli	42,40-42,60	43,60
Aug.	41,20-41,30	42,40-42,60
Sept.	40,25	41,50

ROHÖL – New York ($/Barrel)	14.4.	11.4.
Mai	12,95-13,00	13,55-13,65
Juni	12,75-12,85	13,40-13,50
Juli	12,65-12,75	13,30-13,40
Aug.	12,70-12,84	13,25-13,40
Sept.	12,85	13,30

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	14.4.	11.4.
Arabian Lg.	-	-
Arabian Hv.	-	-
Iran Lg.	-	-
Forties	13,70	13,80
N. Sea Brent	14,00	14,00
Bonny Light	-	-

Kartoffeln

London (£/t)	14.4.	11.4.
Mai	163,40	150,60
Nov.	87,30	84,50
Febr.	94,80	94,00
April	119,90	114,40

New York (c/lb)	14.4.	11.4.
April	1,75-1,82	1,73-1,80
Mai	1,96-2,02	2,00
Nov.	3,35-3,37	3,34-3,35
März	3,59-3,65	3,59-3,60

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	14.4.	11.4.
Mai	185,50	184,30
Juli	178,80	176,40
Sept.	173,50	170,50
Nov.	166,60	164,90

Devisenterminmarkt

Die Veränderungen in den einzelnen Währungen waren am 15.4. sehr begrenzt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,52-0,42	1,37-1,27	2,75-2,55
Pfund/Dollar	0,50-0,48	1,24-1,21	2,13-2,08
Pfund/DM	2,50-1,10	5,30-3,90	9,20-7,80
FF/DM	16-p	31-15	54-38

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 15.4. : Tagesgeld 4,90-5,10 Prozent; Monatsgeld 4,40-4,55 Prozent; Dreimonatsgeld 4,35-4,50 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,50 Prozent, 6 Mon. 4,50 Prozent.

Privatdiskontsätze am 15.4. : 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 15.4. : 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 15.4.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6¾-7	4½-4¾	4½-4¾
3 Monate	6⅝-6⅞	4½-4⅝	4-4¼
6 Monate	6⅝-6⅞	4½-4⅝	3⅞-4⅛
12 Monate	6¾-7	4½-4⅝	3⅞-4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 15.4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,00; Verkauf 19,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,00; Verkauf 19,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 15.4. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1030,00	a.W.
5 US-Dollar (Indian)**	705,00	872,05
5 US-Dollar (Liberty)	400,00	535,00
1 £ Sovereign alt	194,25	244,75
1 £ Sovereign Elizabeth II.	184,00	232,56
20 belgische Franken	148,00	197,22
10 Rubel Tscherwonez	190,25	244,75
2 südafrikanische Rand	176,00	222,30
Krüger Rand, neu	786,00	935,94
Maple Leaf	803,50	952,89
Platin Noble Man	1010,50	1191,87
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	219,75	279,02
20 schweiz. Franken „Vreneli"	163,00	214,32
20 franz. Franken „Napoléon"	165,75	217,46
100 österr. Kronen (Neuprägung)	750,25	911,15
20 österr. Kronen (Neuprägung)	149,75	193,52
10 österr. Kronen (Neuprägung)	77,00	104,88
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	348,25	431,21
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	81,25	115,43

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/5 (Typ A) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,74) – 5,00 (4,14) – 5,50 (4,46) – 6,50 (4,82) – 7,50 (5,21). Ausgabe 1986/6 (Typ B) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,75) – 5,00 (4,14) – 5,50 (4,50) – 6,50 (4,87) – 7,50 (5,32) – 8,00 (5,70). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,63, 2 Jahre 4,40. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50, Kurs 100,80, Rendite 5,31.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 15.4.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	56,719	6,35
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	108,996	6,35
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	56,47	6,40
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	40,05	4,45
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,20	6,33
Commerzbank	100,00	4.8.00	40,20	6,58
Deutsche Bk. 5	287,00	23.1.95	136,50	8,86
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	109,99	5,35
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	80,28	5,35
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	56,66	6,30
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	112,63	6,30
Hbg. Ldbk. A.7	100,00	15.8.96	53,65	6,20
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,50	6,05
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	42,15	6,31
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	58,00	6,15
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	30,09	6,45
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	29,95	6,36
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	58,15	6,13
WestLB 600	100,00	2.5.95	58,05	6,20
WestLB 601	100,00	2.5.00	41,55	6,46
WestLB 603	100,00	1.6.01	38,90	6,46
WestLB 602	100,00	3.10.05	29,05	6,56
WestLB 500	124,86	16.2.89	112,15	4,45
WestLB 501	137,01	16.2.90	114,20	4,87
WestLB 503	115,76	3.10.88	104,50	4,25
WestLB 504	141,85	1.10.91	107,85	5,15
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.3.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	-	9,03
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	64,00	7,98
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	56,50	10,30
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	61,75	8,62
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	60,875	8,80
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	58,625	8,11
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	51,375	8,88
Penney (A+)	100,00	17.2.94	51,50	8,82
Sears (AA)	100,00	27.5.94	52,00	8,38
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	50,50	8,74
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	49,50	8,23

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,45 (4,40)	100,6	101,4	102,4	103,3	104,3	105,2
2	4,73 (4,72)	100,5	102,2	104,1	106,0	107,8	109,7
3	5,05 (5,08)	99,85	102,5	105,0	107,8	110,5	113,2
4	5,30 (5,30)	98,60	102,1	105,6	109,2	112,7	116,2
5	5,48 (5,50)	97,55	101,8	106,1	110,3	114,6	118,9
6	5,72 (5,72)	95,95	101,4	105,9	110,8	115,8	120,7
7	6,00 (6,05)	93,90	100,0	105,0	110,6	116,2	121,7
8	6,27 (6,25)	91,60	98,35	105,9	110,0	116,7	122,2
9	6,35 (6,35)	90,38	97,00	103,7	110,4	117,0	123,7
10	6,40 (6,40)	89,20	96,40	103,6	110,8	118,0	125,2
15	6,65 (6,65)	85,80	93,05	102,3	111,6	120,8	130,1

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 113,870 (113,868)
Performance-Rentenindex: 241,880 (241,828)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	14. April	6,875-7,00
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	6,80
	60-270 Tage	6,25
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,65
	60 Tage	6,55
	90 Tage	6,50
Certificates of Deposit	1 Monat	6,41
	2 Monate	6,41
	3 Monate	6,35
	6 Monate	6,35
	12 Monate	6,41
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,84
	26 Wochen	5,95
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,17
	30 Jahre	7,29
US-Diskontsatz		7,00
US-Primerate		9,00
Geldmenge M1	31. März	640,1 Mrd. $ (+ 0,9 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York)		
Juni	137,55	136,80
Sept.	139,20	138,40

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	14.4.	11.4.
9¾ EEC 90	105,875	105,875
11¼ dgl. 90	111,25	111,25
10⅝ EIB 93	110,875	110,875
11 dgl. 91	114	114
11½ dgl. 90	114,5	114,5
11⅞ dgl. 93	121,125	121,125
12 dgl. 95	124,375	124,375
12½ dgl. 90	116,75	116,75
12⅝ dgl. 93	127,5	127,5
13 dgl. 96	123	123
10½ Wld Bk 95	115,125	115,125
10⅝ dgl. 88	106,75	106,75
10⅞ dgl. 90	110,75	110,75
10⅞ dgl. 93	116,375	116,375
11 dgl. 92	114,875	114,875
11¼ dgl. 88	108,125	108,125
11⅜ dgl. 90	113,625	113,625
11⅝ dgl. 89	110	110
11⅞ dgl. 90	114,375	114,375
12 dgl. 93	121,5	121,5
12¼ dgl. 94	125,625	125,625
12⅜ dgl. 94	128	128
6⅞ Sears 91	104	104,25
6⅞ Swed.Ex.91	102,625	102,875
7 TRW 94	101,625	101,75
6⅞ Un.Tech.92	102,375	102,75
6⅞ World Bk90	103,625	103,875
6⅞ dgl. 94	105	105
7 dgl. 94	107,125	107,25
7⅞ dgl. 93	110,625	110,375
8 dgl. 95	112,75	112,75

Euro-Yen

	14.4.	11.4.
6⅞ ALCorp 91	101,75	101,875
6⅞ Allied 95	100,5	100,75
7⅛ ADB 94	107,875	108,125
7 Austria 95	106,625	106,75
7 BP 92	103,875	104,125
6⅞ Denmark 92	103,625	103,25
7 Denm.Bk. 92	103,875	103,75
7 Dow Chem.94	102	101,75
6⅞ EDF 95	106,125	106
6½ Eurofima86	99,75	99,75
6⅞ dgl. 92	102,875	102,75
6⅞ dgl. 93	102,5	102,75
7⅛ dgl. 94	105,75	105,875
6⅞ Fasanle 92	105,125	105,25
6⅞ Finl.Rep90	103,25	103,5
6⅞ GMAC 90	102,125	102,25
7⅛ Goodyear95	101,875	102
6⅞ dgl. 94	101,625	101,625
6⅞ ITT 92	100,75	101
6⅞ McDonal.92	101,75	101,375
6⅞ Montreal95	102,375	102,25
7⅛ N.Brunsw.95	106	106
7⅛ N.Zeald.90	105	105
7⅛ dgl. 89	105,875	105,875
7 Pac.Gas 94	102	102
6⅞ Penney 92	101,75	101,75
6⅞ Procter 92	102,875	103,375
6⅞ Sallie 92	102,375	102,75

Lux. Franc Bonds

	14.4.	11.4.
9½ Akzo 87	100	100
9¾ Asea 89	101	101
6⅞ Asian Dv87	98,5	98,5
10⅞ BFG Lux90	103,25	-
11 BNP 90	105	105
9 dgl. 95	103	103
10¾ Ceca 94	105	105
11 dgl. 92	105	105
13 dgl. 91	101	101
12¾ Conseil92	105,5	105,5
8 Copal 88	100	100
8½ dgl. 89	100	100
11 Cr.Lyon.86	103,5	103,5
13 dgl. 89	109,5	109,5
7½ Den.Mtg 88	99	99
10⅞ Euratom96	109	109
11 dgl. 95	102	-
12¼ dgl. 88	100,5	100,25
12¾ dgl. 92	-	-
9 Eurofima 95	107	107
10 dgl. 91	106,5	106,5
10 dgl. 94	106	106
11¾ dgl. 89	100,5	100,5
8 EIB 91	100	100
9½ dgl. 95	104,75	104,75
9¾ dgl. 88	102	102
9⅞ dgl. 93	105,75	105,75
10¾ dgl. 94	109,75	109,75
11½ dgl. 88	102	-
12¾ dgl. 90	100,5	100,5
9⅞ Hypo Bk.88	102,75	103,75
9¾ Ind.B.F.95	104	105
11 Kredlet.95	107	107
7¾ dgl. 87	99	99
10 dgl. 90	102,75	102,75
11⅞ dgl. 89	100,5	100,5
8 Luxair 87	100	100
8½ dgl. 87	100	100
10⅞ Lux Bk.91	102,25	102,25
9 Met.Chio 95	104	104
10⅞ N.Lx.A92	102,75	102,75
12¾ Nord L89	101	101
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	99	99
8½ dgl. 87	100	100
9 Paribas 92	102,75	102,75
10⅞ Paribas87	101	101
8 Philips 89	99	99
7¾ Renault 88	98,5	98,5
9½ Sogenal 92	105	105
10⅞ Solvay 87	100	100
10¾ Stockh.86	99,75	99,75
8 Sveriges 88	99,75	99,75
9¾ Volvo 87	101	101
9¾ WorldBk.90	106	106
10⅞ dgl. 89	106	106

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52832

	14.4.	11.4.
8⅞ Cop City91	98	98
12⅞ dgl. 92	102	102
8⅞ CCA 91	98,75	98,75
11⅞ Ned. G.88	99,75	99,75
9¾ Queb. P.94	99	99
8⅞ SDR 94	98	98

ECU

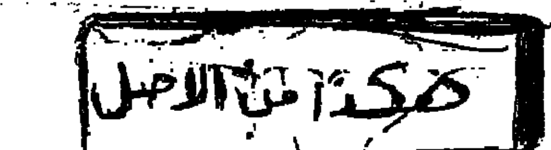
	14.4.	11.4.
9¾ ABN 92	112,875	112,25
All Nippon 95	113,75	113,875
9¾ ANZ 92	111,625	111,5
10⅞ Ascoria95	117,625	117,5
8⅞ B.d.Roma95	109,75	108
10 BNDA 92	102,625	109,625
9 M.+Hope 92	108	108,25
9 Bk.Helv.94	107	107,125
9¼ Bk.Tok.90	108,25	108,625
10⅞ dgl. 91	-	-
8⅞ BNP 95	108,875	109,25
8⅞ Bay.Vbk.88	107	107
8⅞ BFCE 93	106,625	107
9¾ dgl. 92	114,625	114,875
9¾ dgl. 95	114,875	114,875
9½ Bull 92	108,625	108,375
9¾ CNT 92	114,625	115
9⅞ dgl. 95	114,75	115
8⅞ Cargill 95	109,125	109,375
10⅞ Ceca 89	111,375	111,625
11¼ dgl. 94	117,25	117,5
9 Chrysl. 97	104,125	105,5
9¼ dgl. 94	105,625	105,5
10 dgl. 91	106,125	106
10⅞ dgl. 93	107,25	107
9 ClubMed 88	105,25	105,5
9 Colgate 91	103,75	104
9¾ Cornell 92	-	-
9 Cop City 95	113,5	113,75
9¾ CCF 95	111,25	111,375
9¾ CrdNord 91	112,25	112,375
11¾ CrdFonc90	111,25	111,5
11¾ dgl. 90	113,375	113,875
8⅞ CrdNat 96	112,875	111,875
10⅞ dgl. 94	117,75	117,625
8⅞ Crdanst.94	110,125	110,25
9¾ Credito 92	109,75	109,5
10¾ Denmark91	107,875	108,25
9¾ Dresd.bk95	-	-
9 EDF 97	111,25	112
8⅞ EEC 93	112	111,5
8⅞ ELFAqu. 88	104,5	104,5
9 Esso Gas 91	105,25	105,25
9¾ dgl. 93	105,75	106,125
10 Euratom 97	116,125	116,625
9¾ Eurofima95	110,75	110,875
11 dgl. 92	111,625	111,875
8⅞ EIB 90	111,375	111
8⅞ dgl. 93	110,5	110,625
8⅞ dgl. 92	111,125	111
9¾ dgl. 95	117,75	117,75
10¾ dgl. 94	117,75	117,875
10¾ dgl. 94	116,25	114,75
10¾ dgl. 90	115	115
11¾ dgl. 92	114,25	114,625
11¾ dgl. 94	-	-
9 Eutelsat 93	108,75	108,75
8⅞ Fiat 90	106,125	106,25
9 EKFinnl 95	107,75	107,875
8⅞ Ford C.95	109,25	109,125
10½ Giroz. 95	116,75	115,75
10 IADB 95	115,625	115,25
8⅞ IBM 90	108,375	108,375
8⅞ IKB 93	103,5	103
9 Imatran 96	107,625	107,125
9⅞ Italia 89	106,25	106,5
10¾ dgl. 92	115	115
11¾ dgl. 90	115,125	115,25
9⅞ Konsall 92	109	108,875
9¾ Kbflma 92	111,375	111,5
10⅞ Megal 95	112,75	112,75
8⅞ Mits.Tr.93	108,75	108,875
9 MostHen.91	109,625	108,875
9¾ Mol 90	104,75	105
8⅞ Morgan 90	107,25	107,625
8⅞ Motorola92	109,875	109,75
9 Nerea 95	109,125	109,5
8⅞ N.S.Wal.93	110,375	110,75
9¾ N.Zeal. 90	108,75	109,25
9⅞ N.Zeal.92	110,5	110,875
9 OstLbk. 89	106,125	106,375
8⅞ Olivetti93	110,375	110,5
8⅞ Parbel 89	104,375	104,875
10 Pechin.98	108,375	108,25
9 Petroc.93	106,5	107
10¾ Peugt. 90	108,75	108,75
9¾ dgl. 90	108,25	108,5
8⅞ Phibro 96	105,125	105,5
9 Philips 95	112,25	112,375
9¾ Plaa 92	111,5	111,625
11¾ dgl. 95	-	108,75
10 Prvbk. 97	108,25	109,375
11¾ dgl. 91	-	-
10⅞ RATP 92	109,125	109,375
11 dgl. 94	110,25	110
9¾ Rabobk. 95	117	116,875
8⅞ Reynolds91	107,75	108,375
9 SAS 95	110	110,25
9 Sanwa 95	108,375	108
8⅞ Secpac 90	104,75	105
11¾ SNCF 94	114,625	114,25
9 SNCI 95	118	118,25
8⅞ Sumitomo92	108,125	108,5
9¾ dgl. 95	112,125	112,125
9 dgl. 93	112,25	112,625
9 Unibk.Nor.95	111	110,625
8⅞ Vict. 90	108,75	109
9¾ WestLB 90	-	107
9¾ Westpac92	111	111,125
8⅞ Worldbk.95	112,625	113,125
8⅞ dgl. 93	110,75	111,25
9¾ dgl. 92	112,125	112,25
10⅞ dgl. 89	110,375	110,5
10¾ dgl. 94	113,125	113
11 dgl. 95	112	112,25

ECU-Tageswerte

	14.4.	11.4.
Dollar	0,931585	0,934795
Bfr	43,8086	43,7401
DM	2,15643	2,15517
Hfl	2,42917	2,42785
£	0,630245	0,632687
Dkr	7,93464	7,93174
FF	6,86611	6,84280
Lira	1477,36	1474,04
I-£	0,708637	0,708447
Sfr	1,80264	1,80322
öS	15,1276	15,1250
Peseta	134,363	136,387
Skr	6,81813	6,82848
Nkr	6,74408	6,77259
Kan-$	1,29898	1,29581
Esc	141,821	141,855
Fmk	4,84288	4,85112
Yen	166,972	166,646
Drachme	134,474	134,498

SZR-Wert

	14.4.	11.4.
Dollar	1,13882	1,13862
DM	2,63980	2,67498



IMMOBILIEN/KAPITALIEN

EXOTISCHE KOSTBARKEITEN
AUS SOTHEBY'S INTERNATIONALEN IMMOBILIEN

SPANISCHES INSELANWESEN
Pollenca, Mallorca/Spanien
Marmorböden, Kamine, Weinkeller und auf Bestellung angefertigtes Mobiliar sind nur einige der Höhepunkte dieser 8-Zimmer-Villa. Sie liegt auf einem 10 000-m²-Grundstück, bietet herrliche Ausblicke, ein Schwimmbassin sowie ein Gärtnerhäuschen. (Angebot einschl. Mobiliar.) Broschüre Nr. DW E1–09

Anwesen aus dem 15. Jahrhundert
Costa Brava, Spanien
Dieses bemerkenswerte Beispiel früher spanischer Architektur geht auf das Jahr 1467 zurück. Das Haus liegt auf einem 2 ha großen Grundstück und ist mit allem modernen Komfort ausgestattet. Schwimmbecken, Gärten, Garage für 5 Wagen sowie Wirtschaftsgebäude vorhanden (Angebot einschl. Mobiliar). Broschüre Nr. DW E1–10

C'AN BOSQUET
Ibiza/Spanien
Ein einmaliges 13 400 m² großes Farmanwesen, mit Wohnhaus im maurischen Stil innerhalb einer Gartenanlage mit Schwimmbassin. Unabhängiger Gästeflügel mit 2 Schlafzimmern sowie Zweithaus mit Personal- und Gästeunterkünften (Angebot einschl. Mobiliar). Broschüre Nr. DW E1–12

CASA DEL SOL
Costa del Sol/Spanien
Herrliche spanische Villa mit 180°-Blickwinkel auf Berge und das Meer mit 4 Schlafzimmern, gefliesten Fußböden und mit Balken geschmückten Decken, inmitten eines ruhig gelegenen Gartens, bestanden von Zypressen und Bougainvilleabüschen. Broschüre Nr. DW E1–13

CASA ALBAIDA
Costa des Sol/Spanien
Erst kürzlich erbaute, sehr geräumige Villa im maurischen Stil, sehr elegant ausgestattet mit 5 Schlafzimmern u. Wohnung für das Personal. Garten im Landschaftsstil, Schwimmbecken, Terrassen. Broschüre Nr. DW E1–18

C'AN RIERO
Ibiza/Spanien
Diese vor 500 Jahren erbaute und originalgetreu restaurierte spanische Finca hat 4 Schlafzimmer und liegt inmitten eines 25 000 m² großen Grundstücks mit Ausblicken auf das Meer, ein im Stil eines Landschaftsgartens angelegtes Tal. Überdachte Terrassen, Schwimmbecken, Gästewohnung. Broschüre Nr. DW E1–11

Nähere Auskünfte erteilt:
JOHN HORVATH in Spanien:
Tel. 08 34 71 / 31 81 80 oder 33 88 84
Telex 69 503 KIPS-E oder DENISE LE VAN in New York
Telefon (2 12) 6 06 - 78 70
Telex/Twx 7 104 740 006

LA VAGNOLA
Cetona, Provinz Siena/Italien
Eine herrliche Villa auf einem 11-ha-Grundstück in der italienischen Provinz mit außergewöhnlichen Einrichtungen. Das Anwesen liegt auf einem etruskischen Ruinenfeld 1¼ Std. von Florenz entfernt. Möbliert und sofort bezugsfähig. Broschüre Nr. DW E1–03

CONVENTO DI SAN GIACOMA
Todi, Perugia/Italien
Kloster aus dem 13. Jh., umgewandelt in ein ungewöhnlich schönes Anwesen mit verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten: 7,29 ha Wald- und Gartenlandschaft auf einem Hügel, der den Blick auf eine wunderbare Gegend freigibt. 19 Schlafzimmer, Kapelle, Verwalterhaus. Broschüre Nr. DW E1–17

Bitte setzen Sie sich mit DENISE LE VAN in Verbindung

SOTHEBY'S INTERNATIONAL REALTY
1334 York Avenue, New York NY 10021
Telefon (2 12) 6 06 - 70 70
Telex /Twx 7 104 740 006

Firmenansiedlung in der Schweiz
Deutschsprachiger Teil des Kantons Freiburg
Auskunft durch:
Fiduservice AG
Romontgasse 14
CH-1701 Freiburg
Tel 00 41 - 37 - 23 11 45

Renommierte Wirtschaftsberatungsgesellschaft
Tätig: Kapital- und Finanzsektor sowie Beratung, Industrie und Handel, vergibt wegen Kapazitätsüberlastung bundesweit Repräsentanzen (Niederlassungen) für PLZ 1–8, enorme, bereits gesicherte Verdienstmöglichkeiten. Erforderlich DM 100 000,– Eigenkapital.
Info über Josef Landstorfer, Wirtschaftsberater-Treuhänder Pf. 75 05 53, 8000 München 75, Filiale Dachau, Tel. 0 81 31 / 8 55 77

Architektengesellschaft
bietet bundesweit (PLZ 1–8) wegen Kapazitätsüberlastung aufgrund gesicherter Aufträge Repräsentanzen (Niederlassungen) mit Auftragsbestand. Gebietsschutz pro Bundesland. DM 100 000,– Eigenkapital erforderlich.
Info über Josef Landstorfer, Wirtschaftsberater-Treuhänder Pf. 75 05 53, 8000 München 75, Filiale Dachau, Tel. 0 81 31 / 8 55 77

Repräsentative Villa bei Düsseldorf
mit ca. 300 qm Wohnfläche, für verwöhnte Ansprüche luxuriös renoviert. Beste Lage.
Zuschriften unter L 8178 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Steuer-Bonbon 84/86
Aus Bankverwertung Kegelcenter/Spitzenlage Ostsee (Zonenrand), 5 Anteile à 200 000,– DM.
Eigenkap. aus MwSt.-Erstattung.
Steuervorteile: 5 × 100 000,–.
Rückwirkung bis 1984 möglich.
Westf. Treuhand
Tel. 02 31 / 52 71 76

---

3 × 500 m²Laden, Bestlage Stadtr. Augsb. an SB-Märkte z. verm. Ange. u. P 1431 an: WELT-Verl. Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

****** Hotel garni (2×)**
90/150 H. App./Bj. 72/74, 1200/1400 DM/m² Nutzfl., Fondskonzept 2500/3000 DM/m²
bei 10 % Rendite
Marge: 4–6 Mio., Kapital: 1,0 Mio./Bonität. Gesucht: Partner für Übernahme und Verwertung/Vermarktung
Westf. Treuhand
Tel. 02 31 / 52 71 76

GmbH-Anteile
einer Detektei zu verk.
Angebote unter Z 1484 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Haben Sie Probleme
mit dem Eintrag einer eigenen Firma? Wir gründen für Sie eine EG-GmbH mit Verwaltung, Telef., Telex etc. Voll geschäftsfähig in der BRD.
Info unter NM-Investment
Tel. 0 21 29 / 63 04 o. 02 11 / 16 19 46, Tx. 8 587 047

PFLICHTLEKTÜRE
Für alle, die bauen wollen.



Mit Computer-Service „Optimale Baufinanzierung"
JETZT AM KIOSK
oder gegen Scheck über 8 Mark direkt von:
DM-Leserservice, Postf. 1102
4000 Düsseldorf 1

12% Jahresrendite
durch Kauf oder Beteiligung an Freizeitunternehmen.
Tel. 02 09 / 4 49 72.

Marl
Wohn- und Geschäftshaus. Mieteinnahmen DM 181 000,–. Kaufpreis DM 1 800 000,–.
Meyer Immobilien, 0 23 65 / 8 39 90 od. 7 71 44

Kaufen bebauten Grundbesitz. Zuschr. erb. u. S 1433 an: WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

US-Anlagen
ab $ 15 000,–. 7½ b. 50 % Rendite, grundpfandgesichert, steuerfrei, absol. Anonymität.
Commodor Finanzberatung, Bäppur, CH-8618 Oetwil/Zürich

Das besondere Angebot
in historischem Gebäude, 2 App., 49 m² bzw. 45 m², sehr gut ausgestattet, je 3 Räume, zu verk.
Georg Ciupka, Auf dem Deepel 1, 4516 Bissendorf 1
Tel. 0 54 02 / 37 77

GENERAL-VERTRETUNG PLZ 1, 2, 3, 4 u. 5
von südd. Metallwarenfabrik, gegr. 1921, Herstellung von konkurrenzlosen Artikeln in Edel- und Unedelmetall, zu vergeben.
Interessenten dieser außergewöhnlichen und lukrativen Vertretung richten ihre Anfragen mit Kapitalnachweis (DM 50 000,–) an
Hp. Nagel GmbH
Metallwarenfabrik
Postf. 15 45, 7070 Schw. Gmünd
Tel. 0 71 71 / 21 63 / 24 45

Ideen verändern die WELT
Werksvertretung für ein vom bayerischen Staat durch Technologietransfer gefördertes Produktsystem an gewissenhaften Kaufmann oder Ingenieur, der in der Lage ist, Mitarbeiter zu führen, zu vergeben. Eigenkapital DM 50 000,–.
Info:
Marmotherm Vertrieb
Tel. 0 91 28 / 1 26 18

---

baumit
Möbelsysteme sucht Sie als Repräsentanten
SIE haben ein Ladengeschäft!
SIE suchen einen guten Zusatzverdienst!
SIE haben Spaß an der Gestaltung von Räumen
Wir sind Hersteller eines seit Jahrzehnten bundesweit vertriebenen Möbelsystems.
Schreiben Sie uns ganz kurz:
baumit Möbelsysteme
Kirchbachstr. 186/VII
2800 Bremen 1

Selbständige Werksvertretung für Qualitäts-Autolacke
bei hoher Verdienstspanne für den Großraum Hamburg zu vergeben. Erforderliches Eigenkapital: ca. 20 000,– DM.
Die Profis für Effektlacke
Indusol-Lackfabrik
4750 Unna, Tel. 0 23 03 / 8 62 48

Bremer Firma
(Seilerei, 10 Mitarbeiter)
sucht Arbeit, auch artfremd im Bereich Kommissionierung, Konfektionierung, ähnlich oder ggf. Produktion anderer Artikel.
Telefon: HB 87 31 09
Telex 2 46 445

Büroservice in Berlin
Kurfürstendamm.
MPL, Tel. 0 30 / 8 81 54 44

Tel. 02 01 / 48 00 24 **DM 4,70!**
je Kunde kostet Sie der Außendienst, der Ihre 1000 Kunden 4mal p. a. besucht und so mehr Umsatz bringt. Fragen Sie an bei CADICS, Niederweniger Str. 49, 43 Essen 15.

T-Shirts
Gr. S–XL, Interlock, Fb. weiß, S-Bw-Qual., f. Wiederverkäufer, DM 2,25/Stck.
Tel. 0 21 62 / 71 81, Tx. 8 518 826

Das Kontor
Bürozentrum
IHRE PRÄSENZ in Hamburg mit „der Sekretärin für alle Fälle"
★ Büroräume ★ Konferenzraum ★
★ Telefon-Fax-Telex-Service ★
Bramfelder Ch. 216, 0 40 / 6 41 49 21

Ihr BONNer Büro
exklusive Ausstattung.
TTX: 2 283 718, Tel. 02 28 / 23 30 51

Engl. GmbH (Ltd.)
Tel. 0 69 / 59 51 47, Tlx. 4 170 194

STELLENGESUCHE



Industriekaufmann, Betriebswirt (HWL)
44, Erfahrung im Vertrieb im In- und Ausland bei Herstellern und Vertretungen; 4 J. Tätigkeit in Nordamerika für Maschinen und Geräte; gute englische und französische Sprachkenntnisse;
sucht neue Aufgabe im Verkauf/Export technischer Produkte im Herstellerbetrieb auf Gruppen- oder Abteilungsleiterebene, je nach Unternehmensstruktur.
Auskünfte gibt: Herr Ullmann
Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Fritz-Roeber-Straße 2, 4000 Düsseldorf 1, ☎ 02 11/82 26-313, FS 8 588 292

Tiefbau-Ingenieur
45, mit 23-jähriger Erfahrung im Tief- und Hochbau, zuletzt Oberbauleiter auf Großbaustellen;
sucht ausbaufähige Position in Baufirma, Bauindustrie oder Verwaltung.
Auskünfte gibt: Frau Hüsson
Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Fritz-Roeber-Straße 2, 4000 Düsseldorf 1, ☎ 02 11/82 26-343, -458, FS 8 588 292
Bundesanstalt für Arbeit

LEITER ORGANISATION
46, Erfahrungen: Projektabwicklung Personal-, Materialwirtschaft, Verwaltung etc. Ist-Analysen, Sollkonzeption, Kosten/Nutzen, Realisierung von Arbeitsprozessen im kfm. kommerziellen Bereich, DV-Einsatz, Planung, Standardsoftware etc., in ungek. Stellung, sucht anspruchsvollen Wirkungsbereich.
Zuschriften erb. u. E 1445 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Erfolgreicher Verkäufer
Industriefachwirt, 29 J., verh., ungekü., langj. Erfahrung im Verkaufs-Innen- u. Außendienst. Bish. stahlerzeugende u. Weiterverarbeitungsindustrie, flexibel, abschlußsicher, sucht neuen Wirkungskreis als Angestellter im Außendienst. PLZ-Geb. 5900 (Siegerland u. angrenz. Geb.).
Zuschriften unter C 1465 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Unternehmerische Aufräumungsarbeiten
Dynamischer Manager (43), der es gewohnt ist, die Ärmel aufzukrempeln, analysiert Ihre Schwachstellen, setzt erfolgreiche Problemlösungen durch und schafft Profit. Vertrauliche Kontaktaufnahme erb. u. K 1449 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Hausdame / Wirtschafterin
exellente Köchin m. allen Arbeiten eines gr. Haushaltes bestens vertraut, einschl. Gästebewirtung sucht verantwortungsvollen, selbständigen Wirkungskreis. Norddeutscher Raum bevorzugt.
Ang. unt. A 1463 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

BETRIEBSWIRT – DYNAM. FÜHRUNGSKRAFT
42 Jahre, frei als
MANAGER AUF ZEIT
für
Sonderaufgaben – Übergangslösungen – Krisenmanagement.
Zuschriften erbeten unter T 1478 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

DIPL.-WIRTSCH.-ING. sucht KAUFM. LEITUNG
38 Jahre, TH Darmstadt, Maschinenbau, Bwl., 3 J. Schul-Auslandsaufenthalt; Französisch, Englisch; 1½ J. Trainee; seit 11 J. in leitender Position im Controlling eines Maschinenbauunternehmens in NRW. KTR- u. Ergebnisrechn. bzw. -planung, Budgetierung, Stichprobeninventur, Bestandsführung u. -bewertung; Controlling der Produktion, Disposition, Materialwirtschaft; Soll-/Ist-Vergleich mit Abweichungsanalysen u. Maßnahmensvorschläge; Jahresabschluß; Betreuung WP u. BP; öffentl. Preisrecht; EDV. Suche kaufm. Leitung in mittelständischem Industrieunternehmen.
Angebote erbeten unter F 1446 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bauingenieur
mit über 27jähriger Erfahrung in Arbeitsvorbereitung, Arbeitstechnik und Bauleitung (Allgem. Ing.-Bau, Spezial-Tief- und Seewasserbau, Anlagenbau), davon etwa 10 Jahre im Ausland (Nordafrika, Mittl. Osten), sehr gutes Englisch in Wort und Schrift, suchte eine neue Tätigkeit, in der er seine langjährige Erfahrung und seine Spezialkenntnisse, auch als
freier Mitarbeiter
voll zum Einsatz bringen kann.
Zuschr. erb. u. D 1444 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Geschäftsführer, 50
auslands- sowie psychologisch geschulter Bankkaufmann, stellt sich mit Gesichtspunkten und Ideen zur Verfügung im Raum Hamburg.
Angebote erbeten unter W 1459 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Betriebswirt
31 J., Ind.-Kfm., Studim Marketing/Finanzwirtschaft, 7 J. Berufserfahrung (Baustoffbr.), z. Z. Assistent d. Verkaufsleitung (stellvertr. Funktion), sucht neue Herausforderung.
Zuschriften erb. unter S 1455 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

PERSONALLEITER
45 J., verh., Dipl.-Betriebswirt (FH), Prokurist, langj. Erf. im Personal-, Sozial- und Ausbildungswesen. Schwerpunkte: Personalbeschaffung, -verwaltung, -ausbildung, -führung, -betreuung, EDV-Lohn- u. -Gehaltsabrechnung, Betriebsverf., Kantinenwesen, betriebl. Altersversorgung, in ungek. Stellung, sucht neue leitende Aufgabe in Nord- oder Westdeutschland.
Zuschr. u. C 1443 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wer braucht vertrauensw.
pers. Assist./Chauff.
o. ä.? Bin promov. Akadem., 41, sportl., unabh.
Zuschr. erb. u. B 1442 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wirtschaftsprüfer/Steuerberater
Dipl.-Kfm., Mitte 30, Erf. in Prüfung u. Beratung (auch Versicherungen), Erstellg. betriebswirtschaftl. Gutachten, su. entwicklungsfäh. Position in den Bereichen Finanzwesen, Controlling, Beteiligungsverwaltung, vorzugsw. Raum Hamburg.
Zuschr. erb. unter L 1450 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Hochschulabsolventin
26 J., Germanistik u. Geschichte, Abschluß M. A. „gut", sucht Anfangsstellung oder Trainee-Ausbildung in Verlag, Medien oder Industrie.
Angeb. unter E 1357 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Vertriebserfahrener, an seriöses Arbeiten gewöhnter
Verkaufsrepräsentant
mit Eigeninitiative, insbesondere für erklärungsbedürftige, techn. Produkte wie Maschinen u. Anlagegüter etc., abschlußsicher, langj. Auslands- u. Osthandelserfahrung, mehrsprachig, Standort Berlin, evtl. m. Büroservice, jedoch auch mit Reisetätigkeit, überall einsetzbar, sucht ab sofort neuen Partner f. langfristige Zusammenarbeit.
Zuschr. erb. unt. V 1458 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Engl. Studentin
spricht Deutsch, sucht Stelle als Au-pair, Hauslehrerin in Englisch, von Juli bis Oktober. Zuschriften an:
Miss Sarah Bibby, 14 Whitfield Rd. Norton, Stoke on Trent, England

---

Exportmanager
46 J., seit 5 Jahren im Ausland, sucht neue Aufgabe in Hamburg.
Ang. erb. an. PS 48 932, WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Junge, abschlußsichere
RDM-Haus- u. Grdst.-Maklerin
m. mehrj., selbst. Berufserf. in Verm., Verk. u. Verw., su. neuen Aufgabenbereich im Großraum Hamb.
Zuschr. erb. u. A 1441 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Druckfachmann, 46 J.
Berufspraxis als Drucker aller Druckverfahren. Illustration u. Verpackung. Rotation u. Bogen. Farblaborerfahrung, sucht den Kenntnissen entspr. Position im Innen-/Außendienst, In- oder Ausland.
Zuschriften erbeten unter M 1451 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Fleischermeister und -techniker
36 J., su. neuen Wirkungskrs. Nicht ortsgeb., Industrie- u. Handwerkserf. Schwerpunkte: Verlegung u. Betriebsführung.
Reinhard Pratzki
Tirschenreuther Ring No. 9
1000 Berlin 48
Telefon 0 30 / 7 11 24 80

Automobilkaufmann, 43 J.
bietet Mitarbeit als Vk.-Lt. u./o. Gf. u. Beteiligung, keine Sanierung (bundesweit). Zuschr. erb. u. H 1448 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufm. EDV-Sachbearbeiter
Anf. 30, ledig m. guten Englischkenntn., ortsungebunden, m. eig. kompl. PC (Hard- u. Softw.), u. a. f. Buchhaltg., Lagerfaktg., Lohn- u. Geh.-Abr., Tabkalk., Datenbk., DFU, BTX, su. Stellung.
Angeb. u. F 1358 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter
38 Jahre, führungs-, motivations- u. trainingsstark, mit Initiative, Belastbarkeit, hohe Leistungsbereitschaft, sucht Aufgabenerweiterung – Norddeutschland/HB – HH.
Zuschriften erbeten unter N 1452 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Aktienplazierung/prov. Anleger
in leitender Position b. Großbank tätig, über 20 J. Börsenhandel sucht aufbaufähige Stellung b. Fondsges., Assekuranz od. Spezialbank. Angeb. unt. X 1460 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Welcher Geschäftsreisende
benötigt repräsentierfäh. u. kreat. Begleitg. (Schreibma., engl. sprech.), im Raum Köln, Olpe, Winterberg.
Telefon 0 22 94 / 61 31

Ingenieur für Lüftungs- u. Klimatechnik
37, 12jähr. Erfahrung in Projektierung, Planung u. Abwickl. v. Anlagen jeder Größenordnung, auch Schiffsanlagen, selbständig arbeit., sucht im norddt. Raum neuen Wirkungskreis.
Angeb. u. Z 1440 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Physiker
Kerntechnik, EDV-Erfahrung, betriebsw. Kenntnisse, Engl./Frz. fließend, sucht Tätigkeit (bevorz. Energiewirtschaft/Energietechnik) im
Raum Hamburg
Angebote bitte unter G 1447 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Nigeria/Saudi Arabia Kaufmann mit Format
44 J., su. mehrjähr. Einsatz in den Bereichen Akquisition, Baustellenführung, Exportabwicklung. Angeb. erb. u. Z 1462 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Hotelkaufmann
B. S. Degree in Hotel-Restaurant and Travel-Management, außerdem Marketing-Management (California/USA) Steigenberger HOFA – Bad Reichenhall, 26 J., 5sprachig, intern. Berufserf. sucht Stelle in Hotel oder Marketing-Bereich. Angeb. an Richard Hellwig, W. Gerstenbergstr. 23, 3558 Frankenberg/Eder

---

Koch-Camp-Leiter
41 J., viele Jahre Arabien-Erfahrung, sucht Auslandsanstellung.
Angeb. unter G 9742 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Die Welt der Fach- und Führungskräfte
Fach- und Führungskräfte, die in ihrem Beruf vorankommen wollen, informieren sich laufend über ihre Karriere-Chancen in der WELT. Die WELT bringt jeden Samstag viele Seiten Stellenausschreibungen für Fach- und Führungskräfte.
W 3468

STELLENANGEBOTE

Diplom-Ingenieure (TH)
Fachrichtung Bauingenieurwesen
Wir sind ein gutfundiertes, mittelständisches Bauunternehmen (Familienbetrieb) in Südwest-Deutschland mit verschiedenen Abteilungen und machen uns derzeit Gedanken, wie wir am besten die Nachfolge der Abteilungsleiter in der Abteilung **Hochbau** und in der Abteilung **Straßen- und Tiefbau** in einigen Jahren durch geeignete Ingenieure sicherstellen können. Wir haben dabei die Vorstellung, daß sich von der Ausbildung her in Frage kommende Ingenieure zunächst als Bauleiter in ihren Sparten einarbeiten sollten. Durch einige Jahre praktischer Erfahrung in der Bauleitung und durch eingehendes Kennenlernen der Marktverhältnisse soll der Aufstieg zum weitestgehend selbstverantwortlich arbeitenden Abteilungsleiter vorbereitet werden.

Bezüglich der Ausbildung denken wir an **Diplom-Ingenieure (TH),** die nach dem Abitur zunächst eine Lehre möglichst in einem Baufach abgeschlossen haben. Bereits vorhandene Erfahrung in der Bauleitung ist selbstverständlich von Vorteil, ist aber nicht unbedingte Voraussetzung.

Außer der Aufstiegschance zum Abteilungsleiter bieten wir neben einer guten Bezahlung für die Bauleitertätigkeit günstige Nebenbedingungen, die bei einem persönlichen Vorstellungsgespräch erläutert werden.

Bewerber, die die vorgenannten Ausbildungsvoraussetzungen haben und an einer mit hoher Verantwortung verbundenen späteren Tätigkeit innerhalb der Geschäftsleitung interessiert sind, bitten wir um Zusendung ausführlicher Bewerbungsunterlagen mit handgeschriebenem Lebenslauf unter L 1384 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen, gegebenenfalls mit Sperrvermerk, an welche Firma die Bewerbung nicht weitergeleitet werden soll.

Chemisch-technische Bautenschutzmittel
Für den Verkauf unserer bewährten Dachanstriche, Beschichtungen, Isoliermittel, Spachtel- und Fugenmassen usw. in den vorbearbeiteten PLZ-Gebieten 2000–2980, 4400–4590 und 4720–4749 suchen wir zum 1. Juli 1986 oder früher einen
verkaufsbegabten Bau-Ingenieur, Techniker oder techn. Kaufmann als
Außendienstmitarbeiter
Geboten werden Firmenwagen, Spesen, Festgehalt und Umsatzprovision.
Bewerbungen mit vollständigen Unterlagen erbeten an



ENKE-WERK Johannes Enke KG
Postfach 200252, 4000 Düsseldorf
60 Jahre Erfahrung im Bautenschutz



Damen und Herren im Außendienst
können bei uns tägl. ca. 400,– bis 500,– DM verdienen (keine Konkurrenz).
Wela KG, Tel. 0 61 04 / 33 68

Wenn Sie es eilig haben,
können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber **8 579 104** aufgeben

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Selbständige Existenz
Wir sind ein Unternehmen, das der gesamten Wirtschaft auf dem Sektor
Kreditschutz
umfassende Dienstleistungen erbringt.
Für die Einrichtung und Führung einer selbständigen Niederlassung suchen wir geeignete Persönlichkeiten als regionale
Partner
Über Einzelheiten möchten wir gern mit Ihnen sprechen, nachdem uns Ihre Zuschrift mit kurzer Angabe über Ihre bisherigen Tätigkeiten vorliegt. Wir melden uns sofort.
CREDITREFORM KG
Postfach 76 02 71 – 2000 Hamburg 76

Seehafen-Spedition in Bremen
mit Lkw-Verkehr, sucht Junior-Partner mit der Möglichkeit der Firmenübernahme.
Zuschr. u. Z 9713 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wir sind ein junges, leistungsfähiges Unternehmen, das sich ausschließlich mit Wirtschafts- und Unternehmensberatung sowie Personalberatung befaßt. Wir decken den gesamten Bereich der Unternehmensberatung ab.
Betriebsanalyse
Bankengespräche
Liquiditätsbeschaffung
Marketing
Krisenmanagement
Konkursabwendung
Marktanalyse
Standortanalyse
Sollen Sie unternehmerische Entscheidungen treffen, so stehen wir Ihnen mit qualifizierten Mitarbeitern zur Verfügung. Wir leisten Soforthilfe und stehen Ihnen in einem Gespräch in Ihrem Haus zur Verfügung.
gwu
Gesellschaft für Wirtschafts- und Unternehmensberatung mbH
Personalberatung
Königsallee 60
4000 Düsseldorf
Telefon 02 11 / 8 90 33 12
Telex 8 587 942 pdus
Telefax 02 11 / 8903 – 998

Kleine renommierte Kunststoff-Spritzgußfirma
– Herstellung von technischen Teilen, Verpakkung und deren Verschl. – sucht
Handelsvertreter
für die gesamte Bundesrepublik.
Wir bitten um Kontaktaufnahme unter Y 1461 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wir suchen attraktive Neuheiten und exklusive Produkte für anspruchsvolle Käufergruppen
Wer besucht in- und ausländische Messen und bringt uns mit entsprechenden Lieferanten in Verbindung?
Angebote bitte unter R 1454 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sichere Existenz
für eine Dame mit Niveau, Geschmack und Freude an schöner Kindermode, die sich selbständig machen möchte.
Geboten wird die einmalige Chance, eine exklusive Kinderboutique zu übernehmen. Die gesamte Ware wird zur Verfügung gestellt, und es wird eine Exklusivbelieferung im gesamten Einzugsgebiet garantiert. Da sie äußerst gründlich eingearbeitet werden, sind Fachkenntnisse nicht unbedingt erforderlich. Eigenkapital sollte jedoch vorhanden sein.
Sie sind interessiert? Dann schreiben Sie bitte an
Büro Artis, Johanneskirchner Str. 145, 8 München 81

Brasilianischer Bettenproduzent
vergibt noch Exklusiv-Verträge im deutschen Raum. Wir garantieren: Naturbetten aus 100% massivem Imbuia-Hartholz und massivem Mahagoni-Holz mit Superqualität und. zu Superpreisen.
Interessenten wenden sich bitte unter P 1453 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Tiefkühlhaus Raum Ingolstadt hat Lagerkapazitäten frei.
Tel. 0 84 56 / 50 12 od. Tx. 5 5 894

Wir sind eine bundesweit eingeführte
Vertriebsgesellschaft
im Camping- und Freizeitbereich und suchen laufend neue Artikel.
GUG-Vertriebsgesellschaft
Sunderhues Esch 35
4422 Ahaus, Telex 89780 gugso

Renomm. Wirtsch.-Beratungsges.
tätig Beratung Industrie u. Handel sowie Kapital- u. Finanzsektor, vergibt wegen Kapazitätsüberlastung bundesw. Repräsentanzen (Niederl.) f. PLZ 1–8. Enorme Verdienstmöglichk. bereits gesichert. Erforderl. DM 100 000 EK.
Info über
J. Landstorfer, Wirtsch.-Berater Treuhänder, Pf. 75 05 53, 8 Mü. 75
Filiale Dachau, Tel. 0 81 31 / 8 55 77

Architekten-Gesellschaft
vergibt bundesw. für PLZ 1–8 wegen Kapazitätsüberlastung aufgr. ges. Aufträge Repräsentanzen (Niederl.). Erforderl. DM 100 000 EK.
Info über
J. Landstorfer, Wirtsch.-Berater Treuhänder, Pf. 75 05 53, 8 Mü. 75
Filiale Dachau, Tel. 0 81 31 / 8 55 77

Das Wort. Der Satz. Der Text.
MKT Dittmar + Partner
Korrektur, Text, Übersetzung
Theresienstr. 60, 8000 München 2
Telefon 0 89 / 28 21 15

EUROPAPOKAL / Zwei Bundesligaklubs vor dem Sprung ins Endspiel – ARD berichtet heute live

●Der 1. FC Köln (UEFA-Pokal) tritt mit einem komfortablen 4:0-Vorsprung beim KSV Waregem in Kortrijk an, Bayer Uerdingen (Pokalsieger) muß ein 0:1 gegen Atletico Madrid aufholen. Beide deutschen Bundesligaklubs gehen trotz der unterschiedlichen Voraussetzungen davon aus, den Einzug ins Europacup-Finale zu schaffen. Die Kölner haben die Einnahme von 1,8 Millionen Mark aus dem Finale gegen Mailand oder Real Madrid als Investition für einen Spielmacher (Asgeier Sigurvinsson?) schon verplant.

Köln – Großstadtklub, aber „kein Spitzenteam“

RALPH DURRY, **Knokke**

Im altehrwürdigen Hotel „La Reserve“ im mondänen belgischen Seebad Knokke hat der 1. FC Köln Quartier bezogen. Doch aus der Reserve will sich der Klub im Halbfinal-Rückspiel des UEFA-Pokals heute (20.00 Uhr) gegen den KSV Waregem nicht locken lassen. „Aufgrund des Vier-Tore-Vorsprungs besteht kein Grund für die Mannschaft, nervös und hektisch ins Spiel zu gehen. Die Mannschaft weiß, um was es geht“, sagte Mannschaftsführer Klaus Allofs vor der Begegnung in Kortrijk, die den rheinischen Renommierklub im siebten Anlauf nach 141 Europacupspielen den ersten Einzug in das Finale (30. April und 6. oder 8. Mai) eines europäischen Pokalwettbewerbs bescheren soll.

Für die Kölner stehen nicht nur 8000 Mark Prämie auf dem Spiel, sondern auch die sportliche Zukunft. „Die Mannschaft weiß, um was es geht“, unterstrich Allofs die Bedeutung. Ein Zwei-Millionen-Coup wartet im zweiten Endspiel in einem sicher ausverkauften Müngersdorfer Stadion, damit soll endlich der lang gesuchte Regisseur verpflichtet werden.

„Wir können das Geld nicht ausgeben, bevor wir es eingenommen haben“, schränkte zwar Trainer Georg Keßler ein. Er erwartet jedoch, daß Köln im Falle der Endspiel-Teilnahme tief in die Tasche greift, um das leidige Mittelfeldproblem zu lösen: „Lieber 1,5 Millionen für einen wirklich guten Mann, als 600 000 Mark für einen Durchschnittsspieler. Wir haben einen Spitzenverein, aber keine Spitzenmannschaft.“ Spekuliert wird derzeit vor allem mit Asgeir Sigurvinsson vom VfB Stuttgart, doch die Schwaben sträuben sich, den Isländer aus seinem noch bestehenden Vertrag zu entlassen. Etwa 2,6 Millionen Mark kassieren die Kölner zudem für den perfekten Wechsel von Pierre Littbarski zu Racing Paris.

In Kortrijk (70 km von Knokke entfernt), wohin Waregem aus finanziellen Erwägungen umziehen wird, muß der 53 Jahre alte gebürtige Saarländer ohne einen echten Spielmacher auskommen. Nach den strapaziösen letzten Wochen (neun Spiele in 28 Tagen) war aktive Erholung angesagt. Spaziergänge auf der Uferpromenade des Nordseebades und gestern abend ein Flutlicht-Training im Stadion des KV Kortrijk waren die Programmpunkte.

Abwehrspieler Dieter Prestin (Nasenbeinbruch) und Libero Michel van de Korput (Knieverletzung) können mitwirken, so daß Keßler bis auf Pierre Littbarski, der heute seinen 26. Geburtstag feiert, und Stephan Engels seine derzeit beste Elf aufbieten kann.

Trotz des 4:0-Polsters aus dem Hinspiel ist es jedoch um die Nerven nicht allzu gut bestellt. Die Kontroverse zwischen Torhüter Harald Schumacher und Präsident Peter Weiand war äußeres Zeichen der Verunsicherung. Die Talfahrt in der Bundesliga auf den 13. Rang hat am Selbstvertrauen gezehrt. Um so wichtiger wäre ein Erfolgserlebnis im UEFA-Cup, um auch für das Abstiegsderby in der Bundesliga gegen Fortuna Düsseldorf am Samstag gewappnet zu sein.

Waregem, ein Provinzklub aus Westflandern, war in Köln nur ein Spielball für die wie entfesselt aufspielenden Kölner gewesen. Dennoch geht die Angst in den Reihen der Kölner um, selbst das 4:0 könnte gegen die biederen Belgier nicht reichen. „Man beschäftigt sich schon damit, vor allem weil man Beispiele wie Gladbachs Niederlage gegen Real Madrid oder den Uerdinger Sieg gegen Dynamo Dresden vor Augen hat“, gibt Klaus Allofs zu.

●Das Spiel der Uerdinger wird heute von 20.10 Uhr an live in der ARD übertragen. In der Pause werden Ausschnitte der ersten Halbzeit vom Spiel Waregem – Köln gezeigt. Von 22.00 Uhr an gibt es eine Zusammenfassung der zweiten Spielhälfte. – Die weiteren Halbfinalspiele: Landesmeister: Barcelona – Göteborg (Hinspiel: 0:3), Bukarest – Anderlecht (0:1), Pokalsieger: Prag – Kiew (0:3), UEFA-Pokal: Real Madrid – Inter Mailand (1:3). Nicht sicher ist, ob Karl-Heinz Rummenigge in Madrid spielen kann.

Uerdingen – Vorort-Klub träumt vom großen Coup

F.-J. GRIBS, **Krefeld**

Der Krefelder Vorort-Klub Bayer Uerdingen träumt vom Europa-Thron – selbst für den Chef der Mannschaft aus der Samt- und Seidenstadt klingt es wie ein Märchen. „Die Mannschaft geht heute auf den Platz, um bei ihrer ersten Europacup-Teilnahme das Endspiel zu erreichen. Es wird sicher sehr schwer gegen Atletico Madrid, doch das 0:1 ist aufholbar“, sagt Arno Eschler wie in einem Tagtraum und kann es fast nicht glauben: „Unser Team hat aber schon jetzt Sensationelles geleistet – auch für den Ruf des deutschen Fußballs.“

Um so weniger kann Eschler begreifen, daß der Pokalsieger beim Terminstreit mit dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) seine „sportlichen Überlegungen“, so Eschler, nicht durchsetzte und vom 18. bis 26. April durch fünf Bundesliga-Punktspiele gejagt wird. „Solidarität der Klubs ist offenbar nicht zu erreichen“, klagte Eschler und strickte als Jurist bereits eine Argumentation, die für den DFB in eine Klage auf Schadenersatz in Höhe von einer Million Mark münden dürfte, wenn Uerdingen den angepeilten Platz im UEFA-Pokal verpassen sollte.

Die Termin-Hatz kann die gute Stimmung in Karl-Heinz Feldkamps Team, das eine Bundesliga-Serie von 13:1 Punkten hinlegte und zuletzt die Bremer stoppte, nicht trüben. „Wir laufen locker wie die Ballettmädchen“, tut Franz Raschid die Dauerbelastung mit einem Spruch ab. Friedhelm Funkel ist siegesgewiß: „Die Erfolgswoge trägt uns ins Endspiel nach Lyon.“ Und Torwart Werner Vollack, als Held von Madrid gefeiert, versichert bestimmt: „Wir gewinnen 2:0.“

Derweil die Krefelder Taxi-Zentrale schon Tickets für das Finale am 2. Mai verlost, schätzt Bayers Vorstopper Wolfgang Funkel die Situation nicht ganz so überschwenglich ein: „Ich glaube, unsere Chancen liegen nur bei 50:50“, sagte der Mann, den DFB-Teamchef Franz Beckenbauer im Hinblick auf die WM in Mexiko heute beobachten will. Und weiter: „Bei allem Stolz und der Anwesenheit von Beckenbauer denke ich auf dem Platz bestimmt nicht an meine WM-Chance. Ich spiele in erster Linie für meinen Verein – und da stimmt alles.“

Die Spanier kommen mit der Empfehlung, ihre bisherigen Auswärtsspiele im laufenden Wettbewerb allesamt gewonnen zu haben. Doch Atletico Madrids Trainer Luis Aragones ist durch Uerdingens 7:3 über Dynamo Dresden gewarnt. „In diesem Hexenkessel bekommt jeder Gegner Probleme. Ich hoffe, daß wir Uerdingens Druck nach vorn zu erfolgreichen Kontern nutzen können“, sagte Aragones, der am letzten Freitag das 1:0 des Pokalsiegers über Bremen live miterlebte.

Während der zuversichtliche Karl-Heinz Feldkamp bis auf den nach zwei gelben Karten gesperrten Werner Buttgereit alle Mann dabei hat, plagen den Kollegen Aragones Personalsorgen. Der argentinische Nationaltorwart Ubaldo Fillol blieb verletzt in Madrid, der frühere Nationalspieler Enrique Ramos „Quique“ ist wie Buttgereit gesperrt, und Uruguays Mexiko-Kandidat Jorge Da Silva bereitet sich mit dem WM-Troß des deutschen Gruppengegners auf eine Europa-Tournee vor. Dennoch sagt Feldkamp: „Auf uns wartet noch ein ganz hartes Stück Arbeit.“

Die Grotenburg-Kampfbahn mit ihren 25 500 Plätzen ist erstmals ausverkauft. Zu den 500 000 Mark aus dem Kartenverkauf kommen rund 250 000 Mark an Werbe- und Fernseh-Honorar. Den Bayer-Spielern winkt eine Erfolgsprämie von 9000 Mark. (dpa)

Schon vor der Weltmeisterschaft: Fußball satt – nicht nur in SAT-1

Das Appetit-Häppchen aus Leder

Heute gibt es 160 Minuten Europapokal-Fußball im ersten Programm, morgen überträgt der private Kanal SAT-1 das Bundesliga-Spitzenspiel Bremen gegen Mönchengladbach direkt. Und wer sich die (hoffentlich vielen) Tore dieses aus Rücksicht auf das Fernsehen vorverlegten Spiels noch einmal anschauen möchte – und wer nicht in einem der bisher 1,1 Million verkabelten Haushalte wohnt –, für den zeigt die ARD eine Zusammenfassung morgen abend von 22.30 bis 22.50 Uhr.

Das Bundesligaspiel zwischen Werder Bremen und Bayern München am 22. April wird von SAT-1 ebenfalls original übertragen. Die Übertragung war zunächst gescheitert, weil der Deutsche Fußball-Bund (DFB) eine Verlegung untersagte. Laut Reglement müssen die letzten beiden Spieltage synchron ausgetragen werden. Das Spiel gegen Mönchengladbach kostet den privaten Sender 250 000 Mark, das Bayern-Spiel 350 000, plus Mehrwertsteuer. Bayer Uerdingen erhält für das Spiel heute eine Viertelmillion von der ARD.

Bisher kann SAT-1 durch die Werbeeinnahmen (je drei Minuten vor und nach dem Spiel und in der Halbzeit) diese Kosten nicht wieder hereinbringen. Das wird erst möglich sein, wenn etwa doppelt so viele Haushalte wie heute verkabelt sind. SAT-1-Programmdirektor Peter Gerlach sagt deswegen auch, daß die Fußballübertragungen „Teil der Marketing-Strategie sind“, er wolle den Appetit auf SAT-1 wecken.

Nicht nur beim Spiel morgen hat SAT-1 deswegen die öffentlich-rechtlichen Anstalten überboten. Vorgestern teilte die ARD in einem Fernschreiben bedauernd mit, sie könne das Schüler-Länderspiel gegen England am Dienstag nicht übertragen: „Die Agentur Montana Media hat dieses Spiel meistbietend an SAT-1 verkauft. Die ARD ist bereit gewesen, eine gegenüber dem Vorjahr um knapp 40 Prozent erhöhte Lizenzsumme zu bezahlen, ihr Angebot ist jedoch erheblich überboten worden.“

Diese Agentur wird geleitet von Hans Beierlein, mit dem der DFB im vergangenen Jahr einen Vertrag zur Vermarktung von Pokal- und Länderspielen geschlossen hat. Während früher ARD und ZDF dem DFB und den anderen Sportverbänden als Monopolisten gegenüberstanden – ihre Absprachen deswegen wurden vom Bundeskartellamt getadelt –, bietet das Aufkommen privater Fernseh-Anstalten nun die Möglichkeit, zu verhandeln und gutes Geld für den DFB und die Vereine herauszuholen.

Der Preis, den das Fernsehen zu zahlen hat, ist dabei erheblich gestiegen. Gerlach: „Jeder Mitbewerber ist eben ein Moment kalkulatorischer Veränderung.“ Ein ZDF-Sportjournalist fürchtet, daß für Topspiele der Preis in absehbarer Zeit eine Million Mark erreichen könnte. Vor zwei, drei Jahren noch hat der DFB für die Übertragungsrechte eines Spitzen-Länderspiels weniger als 200 000 Mark erhalten. (Bundesligaspiele wurden zur Zeit des öffentlich-rechtlichen Monopols nicht direkt gezeigt.)

Wenn deswegen allerdings medienpolitische Sprecher der SPD – wie der Niedersachse Reinhard Scheibe – den „Ruin“ der öffentlich-rechtlichen Anstalten befürchten, so ist das übertrieben. Denn Unterhaltungssendungen mit ähnlich hoher Einschaltquote wie ein Spitzen-Fußballspiel kosten das ZDF weit mehr als eine Million Mark; wenn viele Gesangs-Stars auftreten, bis knapp zwei Millionen.

Die privaten Veranstalter haben mit dem Ausstrahlen von Sportveranstaltungen eine Möglichkeit gefunden, auf sich aufmerksam zu machen. Wenn aber die öffentlich-rechtlichen Anstalten mit der Ausweitung ihres Sportangebots nachziehen – und danach sieht es aus –, riskieren sie Beschwerden, daß sie kulturelle, politische und sozial-relevante Beiträge aus ihrem Programm verdrängen, die eigentlich die „moralische“ Grundlage ihres Systems und seiner Zwangsgebühren darstellten. Deswegen gibt es in einigen Redaktionen der Anstalten bereits ein Murren. Zudem wird Fußball immer mehr zum Medienereignis. Die Einführung einer Hallensaison ist ein Teil dieser Entwicklung.

DETLEV AHLERS

KRITIK

Gespielte Möglichkeit

Die Crux ist die: Wie immer auch einer die ersonnene Partei verfremdet, sie wird automatisch mit einer der bestehenden Parteien gleichgesetzt. Das Kriminalstück von Stefan Murr und Michel Lähn handelt von einer Partei, deren Kandidat kriminell wird, ja eigentlich schon lange kriminell war. Die Wahl zum Bundestag steht bevor, die Kriminalbeamten arbeiten gegen die Zeit, um den Anwärter noch vorher zu kaschen. Er weiß es und bietet eine erstaunliche kriminelle Energie auf, um die Ermittlungen zu verhindern, zumindest aber zu verzögern. Das kostet einen der Beamten das Leben. Doch die Ermittlung kommt gerade noch rechtzeitig zum Ergebnis, so auch der Titel: **Auf den Tag genau (ZDF)**.

Diese Story wird von hervorragenden Darstellern vorgeführt, nennen wir Armin Mueller-Stahl, Günther Maria Halmer, Werner Kreindl, besonders Günther Mack. Regisseur Lähn führt Handlung und Ensemble in ausgeruhter Spannung zum Ziel. Die Kamera dient dem Unternehmen mehr, als daß sie es vorantriebe.

Es bleibt der politische Aspekt. Wäre ich Parteimensch, müßte ich wohl heftig darüber nachdenken. Es ist nicht jedem gegeben, den politischen Alltag ohne Tabu zu betrachten. Es ist auch nicht jedem gegeben, Fakten und Fiktionen auf dem Schirm voneinander zu trennen. Rolf Hädrich, der große Regisseur, hat das schon vor Jahren auf die Formel gebracht: „Geschichte berichtet, wie es gewesen – Erzählung spielt eine Möglichkeit durch.“ An der Möglichkeit einer solchen Möglichkeit sollten wir indes nicht zweifeln.

VALENTIN POLCUCH

Medienerziehung an den Schulen

Fernsehen lernen

Mit einem medienpädagogischen Programm will der rheinland-pfälzische Kultusminister Georg Gölter (CDU) den Medienkonsum lenken und nutzen. Mit dem Rezept, nur die Hälfte des Angebots zu verzehren, sei es allein nicht getan; die Medienentwicklung soll pädagogisch bewältigt werden. Am Anfang sollten Kindersendungen stehen, später können alle Formen der „erzählenden“ Sparte einbezogen werden, auch triviale, bis hin zur Show. Bastelsendungen zum Beispiel könnten Anregungen zum Bau von Modellen im Biologie- oder Geschichtsunterricht geben. Ein Fach Medienerziehung biete sich allerdings nicht an, heißt es in der Broschüre; sie solle in alle Fächer hineinragen.

Das Heft ist für Unterricht und Elternhaus gedacht. Bundesweit ist dies nicht die erste Hilfreichung ihrer Art. Bayern legte 1982 Lehrplanhinweise vor. Baden-Württemberg gab 1984 einen Bericht über „Neue Medien in der Schule“ heraus. Den Vorschlag des Bremer Schulsenators Franke, Kinder im Vorschulalter völlig vom Fernseher fernzuhalten, hält Gölter allerdings für überzogen; das TV-Angebot müsse verkraftet werden. Es gehe nicht nur um Konsumgefährdungen, sondern auch um die positiven Wirkungen des Fernsehens, die genutzt werden sollten.

Die Schulleiter aller Grundschulen sind aufgefordert, im Schuljahr 1986/87 Medienerziehung bei allen Elternabenden anzusprechen. Gölter schreibt von einer Notwendigkeit, fernsehen zu lernen wie lesen zu lernen sei. Die Medien-Thematik soll in Fachkonferenzen aufgegriffen werden.

AXEL KOLLECKER

NACHRICHTEN

Bunk nach Stuttgart

Berlin (sid) – Leo Bunk (23) vom Fußball-Zweitligaklub Blau-Weiß 90 Berlin spielt in der nächsten Saison beim Bundesligaklub VFB Stuttgart. Der Mittelstürmer erhält einen Dreijahres-Vertrag. Die Ablösesumme soll 650 000 Mark betragen.

Steffi Graf wieder Dritte

Miami (sid) – Mit ihrem Finalsieg über die Amerikanerin Chris Evert-Lloyd beim Turnier in Hilton Head Island (USA) schob sich Steffi Graf wieder auf den dritten Platz der Tennis-Weltrangliste vor.

Becker weiter Vierter

New York (sid) – Boris Becker (Leimen) ist in der aktuellen Computer-Tennis-Weltrangliste weiterhin Vierter. Hinter dem 18jährigen Wimbledon-Sieger ist der Amerikaner Jimmy Connors auf Rang fünf notiert. Keine Veränderungen gab es auch auf den ersten drei Plätzen. Es führt Ivan Lendl (CSSR) vor John McEnroe (USA) und dem Schweden Mats Wilander.

Golf: Langer ist Erster

London (sid) – Golf-Profi Bernhard Langer führt trotz seines 16. Platzes beim Masters-Turnier in Augusta (USA) weiter die Weltrangliste an. Der 28 Jahre alte Anhausener führt mit 1018 Punkten vor dem Spanier Severiano Ballesteros (975) und dem Schotten Sandy Lyle (740).

Auszeichnung für Piontek

Kopenhagen (dpa) – Der deutsche Trainer der dänischen Fußball-Nationalmannschaft, Sepp Piontek, wird morgen mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Piontek wird „Wegen seiner Verdienste um den internationalen Fußball“ die Auszeichnung vom deutschen Botschafter in Kopenhagen entgegennehmen.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier, Herren, in Nizza, erste Runde: Maurer (Deutschland) – Champion (Frankreich) 6:1, 6:4. – **Damen-Turnier in Emilia Island (USA)**, erste Runde: Pfaff (Deutschland) – Torres (USA) 6:2, 6:0, Bunge (Deutschland) – Buderova (CSSR) 6:2, 6:1, Spence (USA) – Hanika (Deutschland) 7:6, 6:0.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 835 967,80 Mark, 2: 69 281,80, 3: 7171,70, 4: 119,00, 5: 8,90. – **Toto, Elferwette**: 1: 2298,40, 2: 87,10, 3: 9,70. – **Auswahlwette „6 aus 45“**: 1: 56 371,10, 2: 4421,20, 3: 690,20, 4: 23,40, 5: 3,60. – **Rennquintett: Rennen A**: 1: 2621,60, 2: 165,50. – **Rennen B**: 1: 112,30, 2: 36,20. – Kombinationsgewinn unbesetzt, Jackpot: 45 261,00.

(Ohne Gewähr)

EISHOCKEY / Nach Erfolg über CSSR kam das Debakel gegen die USA

Die deutsche Mannschaft war nicht mehr wiederzuerkennen: ideen- und planlos

M. STOESSINGER, **Moskau**

Der Feier folgte die Ernüchterung: Nur 48 Stunden nach dem famosen 4:3-Sieg über Weltmeister CSSR unterlag die deutsche Eishockey-Nationalmannschaft bei der Weltmeisterschaft in Moskau den USA vor 5 000 Zuschauern sang- und klanglos mit 2:9 (0:5,2:1, 0:3). Schmerzlich war für Bundestrainer Xaver Unsinn neben der Niederlage das Ausscheiden der Kölner Steiger, der eine Schulterprellung erlitt, und Krupp, der im Schlußdrittel mit einer Bänderdehnung im Sprunggelenk ausschied. Beide fehlen beim heutigen Spiel gegen die UdSSR.

Gerade für das Spiel gegen die Amerikaner hatten sich die Deutschen nach dem tollen Triumph über die CSSR viel vorgenommen. Wenn man mit der Einstellung wie gegen die Tschechoslowaken zu Werke ginge, meinte Mannschaftsführer Udo Kießling, könne man auch gegen die Großen des Eishockeys bestehen. Xaver Unsinn war sich ziemlich sicher, daß seine Spieler nicht abheben würden, daß sie den Erfolg über die CSSR schon richtig einschätzen würden. Doch alles kam anders als erwartet. Die deutschen Spieler standen kaum auf dem Eis, sie waren noch nicht einmal recht zur Besinnung gekommen, da war das Spiel für sie schon gelaufen, da war schon das Debakel programmiert.

Mit einem furiosen Auftakt und Toren durch Hull (2. und 8. Minute), Erickson (3. und 11.) und Carter (13.) hatten die USA bereits in der Anfangsphase des Spiels für die Entscheidung gesorgt. Danach schickte Unsinn den Kölner Torhüter Helmut de Raaf auf Wunsch des frustrierten Düsseldorfers Erich Weishaupt in das deutsche Tor. Housley (31.) erhöhte gar auf 0:6, ehe der Schwenninger Fritz (35.) und der Kölner Verteidiger Krupp (40.) eine Resultatsverbesserung erzielten.

Der Kölner Torwart Helmut de Raaf präsentierte sich noch in bestechender Form und verhinderte weitere Gegentreffer, sonst wäre die Blamage noch schlimmer ausgefallen. Die beste deutsche Chance hatte der Düsseldorfer Stürmer Roedger nach neun Minuten beim Stand von 0:2 vergeben, als er allein auf das amerikanische Tor zusteuerte, zunächst an Torhüter Tom Bassarro scheiterte und dann am leeren Kasten vorbeischoß.

Die deutsche Mannschaft spielte in der Anfangsphase völlig plan- und ideenlos, und zeigte eklatante Schwächen in der Abwehr. Erst als die Amerikaner, die bislang Finnland 4:5 unterlagen und Polen 7:2 besiegten, zurücksteckten, kamen die Schützlinge von Unsinn etwas besser ins Spiel. Jedoch taten die Amerikaner nicht mehr, als unbedingt notwendig. Das Spiel plätscherte dahin, das spielerische Niveau war mäßig, Torchancen eine Rarität. Den Amerikanern boten sich dagegen in den letzten Minuten noch etliche: Mark Johnson (44.), Housley (58.) und Strenger (59.) schraubten das Resultat noch in die Höhe.

Nach der dritten Niederlage der CSSR bei dem WM gegen Schweden (2:3) stellt sich im deutschen Lager zudem die Frage nach dem Stellenwert des Erfolgs gegen den Weltmeister, der auch den Aufsteiger Polen (1:2) unterlag und dem nun die Abstiegsrunde droht. Es läuft alles auf den Zweikampf gegen Polen in der Abstiegsfrage für uns hinaus, hatte Unsinn bereits vor dem Spiel gesagt.

Was der Sieg über den amtierenden Weltmeister tatsächlich wert war, zeigte die dritte Niederlage der CSSR gegen die Schweden. Nach dem 2:3 droht der CSSR jetzt sogar die Abstiegsrunde.

FUSSBALL

Nach Bestechung zehn Haftbefehle

dpa, **Rom**

Anderthalb Monate vor der Fußball-Weltmeisterschaft erschüttert ein neuer Bestechungsskandal Italien. Wie vor sechs Jahren sollen erneut Fußballspieler, aber diesmal auch Manager und Vereinspräsidenten Spielergebnisse zugunsten des in Italien illegalen schwarzen Toto gesteuert haben. Es gab bereits zehn Haftbefehle. Etwa 50 Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet.

Im Zusammenhang mit Affären um das Spielkasino Saint Vincent stieß der Untersuchungsrichter von Turin, Giuseppe Marabotto, auf diesen Skandal. Aus 290 Tonbändern mit abgehörten Telefongesprächen ging hervor, daß Kriminelle in der Lage waren, Fußballresultate zugunsten der Wetter zu frisieren.

Die Haftbefehle und die Ermittlungen betreffen die Bildung von kriminellen Vereinigungen. Die illegalen Abmachungen sollen vor allem in B- und C-Liga-Mannschaften, aber auch bei Vereinen der italienischen Erstliga (Udine, Bari, Peruga, Vicenza) stattgefunden haben.

STAND ● PUNKT

Zakspeed

Keine Chance für Huub Rothengatter? Das deutsche Formel-1-Team Zakspeed will expandieren: In zwei Wochen in Imola soll ein zweites Auto eingesetzt werden. Als Fahrer sind der Holländer Rothengatter und der Engländer Warwick im Gespräch. Rothengatter hatte in holländischen Zeitungen per Inserat Geldgeber gesucht, um sich die Formel 1 leisten zu können. Gelegentlich ist er schon Grand Prix gefahren, im fünftklassigen Team Osella, was keine Empfehlung ist.

Der Engländer Derek Warwick wiederum ist der prominenteste Rennfahrer, der keinen Platz in der Formel 1 fand und deshalb für Jaguar in der Sportwagen-WM tätig wird. Warwick war zuvor Renault-Werksfahrer, bis dort die Rennabteilung dichtgemacht wurde. Er ist ein Fahrer, der ungeheuer viel über die Formel 1 weiß. Er wäre somit gerade der richtige für Zakspeed – doch viel zu teuer. Also doch eine Chance für Huub Rothengatter?

K. Bl.

FUSSBALL

Zweite Liga nur noch 18 Klubs

dpa/sid, **Frankfurt**

Für eine Reduzierung der Zweiten Fußball-Bundesliga von 20 auf 18 Vereine von 1987/88 an haben sich die Vertreter der Zweitliga-Klubs in Frankfurt ausgesprochen. Auf der Tagung des Liga-Ausschusses des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) mit den Vereinen der Ersten und Zweiten Liga wurde beschlossen, diese Empfehlung dem DFB-Beirat zur Beschlußfassung für den nächsten DFB-Bundestag im Oktober weiterzuleiten. Die Reduzierung auf 18 Klubs soll unter Beibehaltung der Relegationsspiele des Tabellendritten gegen den Drittletzten der Ersten Bundesliga vorgenommen werden.

Die Bundesliga-Klubchefs würden diese Relegationsspiele allerdings am liebsten ersatzlos streichen. Damit würde die gewünschte Verkürzung der Sommerpause auf knapp einen Monat zum Problem. Auf große Widerstände aus dem Amateurlager wiederum dürfte der Vorschlag stoßen, nur noch zwei Amateurmannschaften in die Zweite Liga aufsteigen zu lassen.



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber Kochen
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Das Lächeln kehrt wieder
11.10 Die Montagsmaler
11.55 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

15.50 Tagesschau
16.00 Schaufenster der Welt
Hannover-Messe
16.45 Wildwege
Aufgespürt von Erik Zimen
1. Teil: Der Fuchs
17.35 Unterm Dach
Songs und Lieder zum Hinhören
17.45 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.10 Fußball-Europapokal
Bayer Uerdingen – Atletico Madrid
Direktübertragung aus der Grotenburg-Kampfbahn
Anschließend Ausschnitte:
KSV Waregem – 1. FC Köln
22.30 Tagesthemen
23.00 Brennpunkt
Schleudergefahr
Ölkartell in Nöten
23.30 Ohne Filter
James Taylor & Band
Moderation: Frank Laufenberg
0.00 Tagesschau
0.05 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

15.25 heute
15.30 Löwenzahn
16.00 Tao Tao
Die Bremer Stadtmusikanten
16.25 Eishockey-WM – aus Moskau:
Deutschland – UdSSR
ca. 17.00 Uhr: heute
ca. 18.00 Uhr: mittwochslotto, Spiel 77
19.00 heute
19.30 Hitparade im ZDF
20.15 ZDF Magazin
Themen: Khadhafi bedroht den Frieden, 40 Jahre nach der Zwangsvereinigung, die Internationale des Widerstands klagt an
21.00 Der Denver-Clan
21.45 heute-journal
22.05 Weggefährten der Emigranten
Über die Arbeit der Scalabrini-Missionarinnen in Stuttgart
Bericht von Michael Albus
22.35 Das kleine Fernsehspiel
Oranisches Tor
Mit Shelley Hirsch, Martina Klemczak, Ula Stöckl u. a.
Buch und Regie: Lilly Grote
0.00 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.10 Mittwochs in Bad Salzuflen
21.45 Wissenschafts-Show
Wird unser Globus zum Backofen?
22.30 Die Nonne
Franz. Spielfilm (1966) mit L. Pulver
0.40 Nachrichten

NORD
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Das Kochbuch
19.30 Agrarland USA (2)
20.00 Tagesschau
20.15 Psychiatrie in Niedersachsen
21.00 Offerte
21.15 Ein joglicher wird seinen Lohn empfangen (1)
22.05 Die Damen vom Bois de Boulogne
Franz. Spielfilm (1944/45)
23.25 Nachrichten

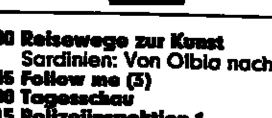
HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Hessen Drei heute
18.35 News of the Week
18.50 Diegsda
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Stadtgespräch
Bürger und Politiker in Borken
21.30 Drei aktuell und Sport
21.50 Lindenstraße
22.20 Chiffre Nr. 4575
Englischer Fernsehfilm

SÜDWEST
18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Vierzehn Stunden Frohsinn täglich
Über Ferienclubs
20.15 König für einen Sommer
T. von Neuhoff und die bürgerliche Revolution auf Korsika
21.00 Wem die Stunde schlägt
Amerikanischer Spielfilm (1943) mit Gary Cooper
23.05 Spanische Kunst (3)
23.50 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Mit Vergnügen!
19.30 Sag die Wahrheit
20.00 Der Sonne entgegen
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 In besten Kreisen
2. Teil: Geldadel
22.40 Lese-Zeichen
23.10 Z. E. N.
23.15 Gejagte Jäger
0.00 Rundschau
0.05 News of the Week.

SAT 1

15.00 Captain Future
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Der Magier
18.00 Es darf gelacht werden
Festival mit Charlie Chaplin
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Sport
19.45 Die Revolte der Sieben
Ital.-span. Spielfilm (1963)
Im 4. Jahrhundert vor Christi Geburt: Sparta wird vom Tyrannen Rabirius beherrscht. Ein junger Adeliger rebelliert.
21.30 APF blick
22.15 M – Ein Männermagazin
22.45 Mit Tennisschläger und Kanen
23.30 APF blick



19.00 Reisewege zur Kunst
Sardinien: Von Olbia nach Nuoro
19.45 Follow me (3)
20.00 Tagesschau
20.15 Polizeiinspektion 1
9. Die Nacht mit Lasseck
20.40 Die Schraiers
9. Kirchweih
21.05 Die Unverbesserlichen und ihr Optimismus
Von R. Stromberger, mit J. Offenbach, Regie: Claus Peter Witt
22.30 Fluchtversuch
Deutscher Spielfilm (1975)
0.05 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZiB
18.10 Bilder aus Deutschland
Ein Film über Düsseldorf von Lore Lorentz
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Land der Berge
Ein Alpenmagazin
20.30 Bauernland – ein Kinderland?
Die Jahreszeiten am Berghof
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Begegnungen
Elke Heidenreich bei I. Wurster
22.10 So tun, als ob
Ein Film über das Simulieren
22.55 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Du bist zu dick, geh weg
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Lachen verboten
Charlie Chaplin
22.15 RTL-Spiel
22.20 Wer bin ich?
22.42 Wetter/Horoskop/Betthupferl

Falsche Etiketten

H. B. – Man hätte endlich gern gewußt, warum die Contras so heißen wie sie seit Jahren nach einer merkwürdigen Übereinkunft von den Medien jeder weltanschaulichen Richtung genannt werden. Klar – wer als „contras" bezeichnet wird, muß gegen etwas sein. Wenn nicht dazu gesagt wird, exakt gegen was er ist, muß ihm wohl Richtungslosigkeit unterstellt werden. Er wird zu einem gemieteten Desperado degradiert, der sich gegen ein moralisch so unantastbares System, wie das der Sandinisten, einsetzen läßt.

Als vor genau 25 Jahren die Exilkubaner der berühmten Brigade 2506 in der Schweinebucht landeten, wo sie von Kennedy im Stich gelassen wurden, kam niemand auf die weithergeholte Idee, sie als Contras zu bezeichnen. Sie galten einfach als Patrioten, die ihr Land von dem kommunistischen System zu befreien gedachten. Eben darum geht es auch den sogenannten Contras, die in Nicaragua gegen eine andere rote Diktatur kämpfen. Sie verdienen es nicht weniger als die Kubaner des 17. April 1961, als Rebellen gegen das ihrer Heimat von einer anti-demokratischen Weltverschwörung aufgezwungene Regime anerkannt zu werden.

Es ist eine publizistische Gedankenlosigkeit, einer Bewegung, die schwere Opfer bringt und nur unzureichend Unterstützung findet, ein Etikett anzuhängen, das den einzigen Zweck hat, ihre politische Bedeutung zu bagatellisieren. In der psychologischen Kriegsführung des Kommunismus spielt das Etikett eine große Rolle. Contras – das klingt hinreichend vage. Damit soll dem Westen ins Unterbewußtsein geblasen werden, daß er es mit Buschkriegern ohne ideologische Berufung zu tun hat. Es geht darum, sie als eine von Amerika ausgehaltene Bande darzustellen, die keine Ahnung hat, wofür sie mißbraucht wird.

Man sage nicht, daß der Psycho-Trick, sie als Contras einzustufen, für den Kampf um die Hegemonie der Karibik nebensächlich sei. An der Reaktion des amerikanischen Kongresses ist abzulesen, daß er Empfänger mit einer so ungenauen Adresse nicht gern finanziert. Unbegreiflich ist nur, wieso die sonst so kritische Westpresse sich immer wieder verführen läßt, diesen Etikettenschwindel mitzumachen.

Von Anfang an machten die Baumeister verhängnisvolle Fehler – Der Mailänder Dom feiert die Grundsteinlegung vor 600 Jahren

Ein Marmorgebirge im Herzen der Großstadt

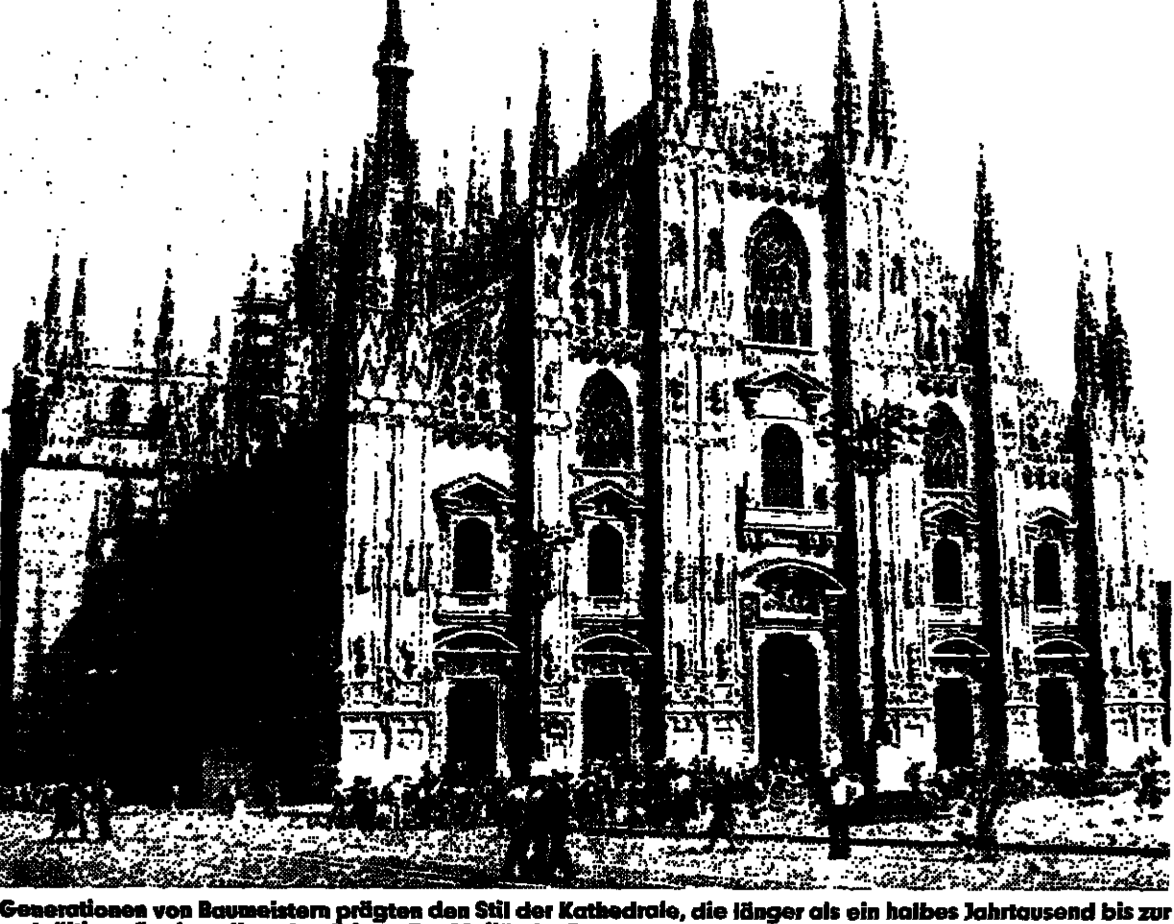
„Gott segne diese Stadt Mailand, deren Wahrzeichen, Stimme und Ruhm ihr Dom ist", betete der Kardinal-Erzbischof Martini am Palmsonntag beim Einzug zum feierlichen Hochamt im restaurierten Dom. Mit der 600-Jahr-Feier der Grundsteinlegung begann Ende März auch das Heilige Jahr, das der Papst Mailand bis Weihnachten gewährt hat. Auf den vordersten Bänken saßen als Ehrengäste die Handwerker und Arbeiter, die unter dem Leiter der Dombauhütte, Ingenieur Ferrari di Passano, die schwer bedrohte Kathedrale termingerecht für diesen wichtigen Tag wiederhergestellt hatten.

Als 1965 die fünfte und letzte der großen Bronzetüren eingesetzt wurde, hatte man gemeint, der langwierigste Dombau der Geschichte sei nun endlich vollendet. Vier Jahre später fielen Marmorbrocken aus der Vierung herab, und die vier Hauptpfeiler, die die Kuppel über dem Altarraum tragen, begannen sich zu bewegen. „Der Mailänder Dom kann jeden Augenblick einstürzen" lief als Schreckensnachricht durch die Zeitungen. Binnen 30 Tagen waren die Pfeiler und 20 kleinere Säulen im Hauptschiff mit einem Stahlbetonkorsett umschlossen, das die Einsturzgefahr bannte. Erst nach zwölfjährigen Studien begann man mit den Konsolidierungsarbeiten, die den Dom in eine laute, staubige Baustelle verwandelten und nur ein Drittel des riesigen Mittelschiffs für den Kult und die Touristen freiließen.

Der Geschichte des Dombaus zu Mailand wurden dabei ein paar unerforschte alte und ein bisher in der Welt einmaliges neues Kapitel hinzugefügt. Die Forschungen ergaben unter anderem, daß die Hauptstrukturen, die schon 25 Jahre nach der Grundsteinlegung beendet waren, bereits eine Reihe verhängnisvoller Fehler enthielten.

Wer den Bauplan im Auftrag von Gian Galeazzo Visconti entworfen hat, weiß man nicht. Aber man kennt die Namen vieler Baumeister und Ingenieure, die zur Errichtung des Doms berufen wurden. Sie kamen aus ganz Italien, aus Burgund und dem Rheinland. Denn dort hatte man schon lange Erfahrungen mit dem gotischen Stil, der Italien bis auf wenige Ausnahmen, vor allem im gotischen Siena, im Grunde wesensfremd blieb.

Gian Galeazzo, ein harter, sparsamer Herrscher, gab kein Geld für den Dombau, der ihm den ersehnten Erben bescheren sollte. Aber er schenkte der Dombauhütte, der Veneranda



Generationen von Baumeistern prägten den Stil der Kathedrale, die länger als ein halbes Jahrtausend bis zur endgültigen Fertigstellung benötigte: Der Mailänder Dom — FOTO: VISUM

Fabbrica del Duomo, die Marmorbrücke von Candoglia am Westufer des Lago Maggiore, die bis heute das Material für das Marmorgebirge im Herzen Mailands liefert. Die Mittel für den Bau brachte die Bevölkerung auf. Im Archiv der Bauhütte sind die Spender der ersten fünf Jahre namentlich aufgezeichnet: Arme und Reiche, *magistri et eorum scolares*, ja selbst die Vertreterinnen des ältesten Gewerbes brachten ihre Gaben. Wer kein Geld besaß, arbeitete auf der Baustelle, zu der Kähne die Marmorblöcke vom Lago Maggiore über den Fluß Ticino und ein von Leonardo da Vinci verbessertes Kanalsystem noch bis zur Mitte dieses Jahrhunderts zur Absis des Doms brachten.

Der stürmisch begonnene Bau geriet bald ins Stocken. Kriege und Pestzeiten hielten ihn auf wie auch Eifersuchts- und Kompetenzkämpfe unter den Architekten. Erst um 1500 begann man, den Vierungsturm zu richten. 1577 weihte der Kardinal Carlo Borromeo, Erzbischof der größten Diözese der Christenheit, den unvollendeten Dom in einem von der Pest verheerten, von den Spaniern beherrschten Mailand ein. Mit Carlo Borromeo, dem heilig gesprochenen Kämpfer für die Gegenreformation, begann eine neue Bauphase, die den gotischen Stil als „teutonisch" und damit der Häresie verdächtig ablehnte. So kam es, daß der Mailänder Dom trotz seines Zackengewirrs im Gegensatz zu dem himmelstürmenden Aspekt nördlicher Kathedralen so schwer und horizontal geriet.

Die damals geplante klassische Fassade wurde nie ausgeführt. Erst Napoleon, der sich 1805 im Mailänder Dom selbst mit der Eisernen Krone der Langobarden zum König Italiens gekrönt hat, ließ 1812 eine Fassade ausführen. In ihrem Gemisch aus unechten gotischen und Renaissance-Elementen wirkt sie wie ein Fremdkörper. Zuvor schon, 1774, brachte man auf dem obersten, 108,5 Meter hohen Spitztürmchen über dem Dach die „Madonnina" aus vergoldeter Bronze an, die seitdem zum Wahrzeichen Mailands wurde. Kein Gebäude der Stadt darf sie nach frommer Überlieferung überragen. Auf die Spitze des ersten Wolkenkratzers, der dieses Gebot brach, stellte man daher eine Kopie der „Madonnina".

Am Ende des 19. Jahrhunderts entdeckte man zum ersten Mal Risse im Mauerwerk unter der Vierungskuppel, die, wie man heute erst weiß, Konstruktionsfehler enthält. Man verputzte die Risse und überhörte die Stimmen, die vor einer immer größeren Belastung der Hauptpfeiler warnten. Statt dessen schmückte man die Dachterrasse mit immer mehr Maßwerk und Spitztürmchen, überragt von Statuen. Über 3500 Statuen sind im, am und über dem Dom zu sehen, ein ganzes Volk aus Marmor, das nicht nur aus biblischen Gestalten und Heiligen besteht. Mussolinis Abbild ist zwar verschwunden, aber Toscanini steht dort neben Sportidolen und den steinernen Selbstportraits namenloser Steinmetze.

Um die Statik des Doms begann man sich erst zu sorgen, als 1943 die Bomben der Alliierten im Zentrum Mailands fielen. Der ständig wachsende Verkehr und der Bau der Untergrundbahn, bei dem man dicht neben der Domfassade auf das Baptisterium stieß, in dem der Heilige Ambrosius Augustinus getauft hat, brachten mit ihren Erschütterungen neue Gefahren. Der Verkehr wurde gestoppt, die Metro darf nur im Schrittempo in Domnähe fahren. Zu spät. Die schwerste Bedrohung, das Absinken des Bodens durch den Wasserverbrauch der Großstadt und ihrer Industrie wurde erst entdeckt, als herabfallender Marmor und unheimliche Geräusche die verlorene Statik ankündigten.

In Text und Fotos eines von der Diözese herausgegebenen Buches („La Fabbrica e il Tempio", zu erhalten im Dommuseum) kann man jetzt die Phasen der Arbeiten verfolgen, die den ersten, vom Einsturz bedrohten gotischen Dom gerettet haben. Sie erklären, wie man nach uralten und allermodernsten Techniken, begleitet von einem elektronischen Warnsystem, das ständig über den Zustand des gesamten Gebäudes informierte, zuerst die gefährdeten Säulen verankert und dann mit einem chirurgischen Eingriff von Millimeterpräzision den bröckelnden Marmor scheibchenweise herausgeschnitten und mit frischem Material aus Candoglia ersetzt hat.

Die Erfahrungen dieser in der Baugeschichte erstmaligen Prozedur sollen bei dem internationalen Kathedralen-Kongreß (24.–28. September) mitgeteilt werden. Schon am letzten Jahresende hatten die Verantwortlichen für 137 der 221 gotischen Dome in Europa ihre Teilnahme zugesagt. Sie werden auch das „Nebenprodukt" der Arbeiten bewundern: den Altarraum, der jetzt mit dem freistehenden Altar der neuen Liturgie angepaßt wurde. Und die „Alltagskapelle", hinter dem Tabernakel, in der zwischen feierlichem alten Chorgestühl 200 Menschen Platz finden. Damit ist ein Problem gelöst worden, das alle Kathedralen kennen: Sie wurden zu groß für die wenigen Gläubigen, die von zu vielen Touristen in ihrer Andacht gestört werden.

MONIKA von ZITZEWITZ

JOURNAL

Star-Organist der „DDR" blieb im Westen

hrk. Berlin

Der 30jährige Organist und Cembalist Matthias Eisenberg, einer der prominentesten Organisten der „DDR", kehrte von einem Gastspiel in Göttingen und Lehrte nicht mehr nach Leipzig zurück. Eisenberg gehörte dem Gewandhausorchester an, konzertierte regelmäßig in der Thomaskirche und zählte neben dem Trompeter Ludwig Güttler und den Sängern Peter Schreier und Theo Adam zu den wichtigsten Kultur-„Exportartikeln" der „DDR". Außerdem spielte er häufig in den GalaKonzerten vor Messe-Eröffnungen, an denen die gesamte Staats- und Parteiführung mit Erich Honecker an der Spitze teilzunehmen pflegt. Der Musiker war erst vor einigen Jahren als jüngster Organist des Gewandhauses in seine Position berufen worden. Er hielt sich häufig auf Konzertreisen im Westen auf, die ihn auch in die Berliner Philharmonie führten.

Französisches Theater in Saarbrücken

AFP, Saarbrücken

Zum neuntenmal veranstaltet die Stadt Saarbrücken im Mai ein französisches Theaterfestival. Auf dem Programm der „Perspectives – 9. Festival du Théâtre Français" stehen unter anderem Werke von Samuel Beckett und Eugène Ionesco. Zu sehen sind Aufführungen des von Giorgio Strehler geleiteten „Théâtre de l'Europe" sowie des „Théâtre des Quartiers d'Ivry". Leiter des Festivals ist der aus der „DDR" stammende Peter Hahn, der den Festivalgründer Jochen Zoerner-Erb ablöst.

Die Preise der Kinderbuchmesse

M.v.Z. Bologna

„Peter und der Wolf", ein Bilderbuch zu dem musikalischen Märchen von Sergej Prokofieff, das im Sauerländer-Verlag, Aaarau, erschien, erhielt den Preis „Critici in erba", der Kinderbuchmesse in Bologna, die soeben zu Ende gegangen ist. Dieser Preis wird von einer Jury aus sechs- bis neunjährigen Bologneser Schülern vergeben. Der Graphikpreis für ein Kinderbuch ging an „One Morning" mit dem Text von Canna Funakoshi und den Illustrationen von Yoji Izana (G. C. Press, Tokio), während „Der Hut des Kaminfegers" von Robine Clignett (Verlag BDV Basilius, Basel) in der Abteilung Jugendliche ausgezeichnet wurde.

Bayerische Staatsoper mit neuem „Ring"

dpa, München

Höhepunkt im Spielplan 1986/87 der Bayerischen Staatsoper München wird eine Neuinszenierung von Richard Wagners Tetralogie „Der Ring des Nibelungen" sein. Wie Operndirektor Wolfgang Sawallisch berichtete, soll Nikolaus Lehnhoff die Regie führen. Das Bühnenbild wird Erich Wonder besorgen, für die Kostüme Frida Parmeggiani verantwortlich sein. Sawallisch wird selbst am Pult stehen.

„Kunst und Können" in der Druckgraphik

akk. Schweinfurt

Drei graphische Techniken und ihre Meister werden in der Ausstellung „Kunst und Können" bis zum 27. April im Alten Rathaus in Schweinfurt vorgestellt. Zu sehen sind 38 Kupferstiche von Martin Schongauer, 31 Holzschnitte von Albrecht Dürer und 37 Radierungen von Rembrandt aus der Sammlung Otto Schäfer. Um die künstlerischen Möglichkeiten der druckgraphischen Techniken vorzuführen, wurden bei allen drei Meistern auch Zustandsdrucke ausgewählt. (Katalog 25 Mark; im Buchhandel 35 Mark).

Gulbransson-Museum wird wiedereröffnet

DW. Tegernsee

Nach längerem Umbau wird das Olaf-Gulbransson-Museum im ehemaligen Wohnhaus des berühmten Zeichner und „Simplicissimus"-Karikaturisten am 26. April als Zweigmuseum der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen wiedereröffnet. Vor allem wurde eine neue Beleuchtungsanlage installiert, damit die empfindlichen Arbeiten auf Papier künftig nicht nur kurzfristig gezeigt werden können.

Türkei fordert den Schatz von Krösus

AFP, Ankara

Die Türkei will sich um die Rückgabe des Schatzes von König Krösus, des letzten Herrschers von Lydien bemühen. Die Kunstgegenstände besitzt das New Yorker „Metropolitan Museum". Die 189 Teile eines Gold- und Silbergeschirrs waren 1966 von Bauern gefunden und anschließend von einem Antiquitätenhändler aus Izmir an einen österreichischen Kunsthändler verkauft worden. Von ihm erwarb sie für 1,7 Millionen Dollar das „Metropolitan Museum".

Das Leben als Illusion: Zum Tode Jean Genets

Gegenwelt des Bösen

Ein Polizeipräsident schlägt eine Revolution nieder. Das ist die Regel. Aber daß dieser Polizeipräsident anschließend vom Revolutionsführer zur charismatischen Traumfigur erhoben wird, mit der man sich lustvoll identifiziert – das ist Jean Genet. Der französische Dramatiker, Romancier, Lyriker, Anarchist und Verbrecher – eine der eigenwilligsten Figuren der Literaturgeschichte – hat in seinem wohl besten Stück „Der Balkon" das Leitmotiv seines Lebens und Werkes aufs eindringlichste formuliert: das Leben als Illusion, die Illusion als Leben; freilich nicht von der schönen, der edlen Art, sondern als Traumspiel des Bösen.

Dieser Jean Genet ist jetzt 75jährig an Kehlkopfkrebs gestorben. Die Würdigung seines Werkes kann in seinem Fall nur in engem Zusammenhang mit seiner Biografie stehen. Und die hat ihn von vornherein zum Außenseiter prädestiniert. Der Vater ist unbekannt, die Mutter übergab den Säugling der Fürsorge. Früh kriminell geworden, verbrachte er viele Jahre seines Lebens im Unterwelt-Milieu von Barcelona und Marseille.

Er vagabundierte durch ganz Europa, wurde um die fünfzehnmal wegen Diebstahl und Raub verurteilt, aus fünf Ländern ausgewiesen und schließlich in Paris zu lebenslanger Haft verurteilt. Im Gefängnis begann er zu schreiben, zunächst zwei Gedichtbände und seinen berühmt-berüchtigten Roman „Notre Dame des Fleurs". Gide, Sartre und Cocteau bewirkten daraufhin seine Begnadigung durch den Staatspräsidenten.

Diese Biografie beschreibt im Grunde auch das Umfeld seiner Werke: das Milieu der Zuhälter, Lustmörder, Päderasten. Aber Genet sublimiert diesen Untergrund zu einer Gegenwelt des schieren Bösen. In dieser Welt herrschen die gleichen Gesetzmäßigkeiten wie in der bürgerlichen. Es gibt die gleiche Rangordnung der Werte, nur spiegelbildlich verkehrt. In seiner Tragödie „Unter Aufsicht" versucht zum Beispiel ein Gefängnisinsasse den Aufstieg in der Hierarchie des Verbrechens, indem er einen Mithäftling umbringt. Aber er scheitert: Weil er seine Tat freiwillig, ohne Zwang, ohne innere und äußere Notwendigkeit vollbringt, zählt er nicht zu den Auserwählten, die in der Gnade des Verbrechens sind. Im Reiche Satans herrschen die gleichen Gesetze wie im Reich Gottes. Es genügt nicht, das Böse zu tun, man muß auch in der Gnade seiner Vollendung sein.

Es geht Genet um die Rollen, die der Mensch zu spielen hat. Und in diesen Rollen ist der Mensch von vornherein – in mittelalterlicher Unabdingbarkeit – determiniert auf das Teufelsgesetz. In seinem Stück „Die Neger", in dem Schwarze ihre weißen Widersacher spielen und zugleich in einer dialektischen Gegenwendung einen scheinbaren Ritualmord an einer weißen Frau begehen, heißt es: „Wir sind das, was man will, das wir sein sollen."

Genet hat diese innere wie äußere Zwangsläufigkeit immer wieder betont, ja, er hat sie in masochistischer Selbstvollendung gewollt. Eine seiner Kernaussagen lautete denn auch: „Ich möchte, daß die Welt sich nicht verändert, damit ich mir erlauben kann, gegen die Welt zu sein." Zwar relativierte er diese Haltung später, indem er sich für eine bessere Welt aussprach, aber für sein Werk ist diese Entwicklung ohne Bedeutung geblieben – denn der Dichter Genet ist schon 20 Jahre vor seinem Tode verstummt.

François Mauriac, obwohl angewidert von seinem Werk, hat Genet einen „Orpheus der Gosse" genannt. Und diese widerwillige Anerkennung bezeichnet wohl auch einen tieferen Grund für die zeitweise begeisterte Genet-Rezeption: Genet gab der säkularisierten Empfindung einen fixierbaren Gegenpol – wenn der Teufel herrscht, muß auch Gott sein.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH



Von Anfang an zum Außenseiter bestimmt: Jean Genet — FOTO: AP

Peter Ustinov: Ein Weltbürger wird 65 Jahre alt

Ungezügelte Originalität

Ich traf Peter Ustinov zum ersten Mal in den frühen fünfziger Jahren, und ich könnte nicht sagen, daß er damals anders ausgesehen hätte. In der Tat sah Peter, wie ein gemeinsamer Schulfreund einmal bemerkte, „mit sechs genauso aus wie heute". Damals wollten wir mein Büchlein „How to be an Alien" zu einer Fernsehshow verarbeiten – mit Peter als dem universellen Fremdling. Aber dann hatte er so großen Erfolg in seinem eigenen Stück „Die Liebe der vier Obersten", daß ich ihn jahrelang nicht mehr sah.

Das einzige, um das ich Peter beneide, ist sein ungarischer Akzent. Er ist besser als meiner. Der meine ist – wenn auch noch kräftig genug – in all den Jahren etwas fadenscheinig geworden, hat sich anglisiert. Aber der seine ist perfekt, gerade so wie ein ungarischer Akzent sein sollte. Nicht daß er Ungar wäre oder auch nur die Sprache beherrschte – in einem gewissen Sinne spricht er eben alle Weltsprachen.

Wir trafen uns einmal in Oslo, in den späten fünfziger Jahren, glaube ich. Er kam mit dem Zug von Bergen und hatte während der langen Fahrt norwegischen Geschäftsleuten bei ihren Verhandlungen zugehört. Eine Schauspielerdelegation des Norwegischen Nationaltheaters erwartete ihn am Bahnhof und begrüßte ihn mit einer langen, feierlichen Rede in Englisch. Peter antwortete in fließendem Norwegisch, eine weitere Sprache, die er weder spricht noch versteht. Man hörte ihm mit respektvollem Schweigen zu. „Was sagt er da?" flüsterte ein Mitglied der Abordnung. „Keine Ahnung, sein Bergener Akzent ist zu stark."

Ustinov wurde in London geboren. Seine Muttersprache ist Englisch, und er hat sich selbst einmal so beschrieben: „Von Geburt Brite, von Herkunft und Abstammung Russe, Franzose, Deutscher, Italiener, Schweizer und Äthiopier." Sein Vater, Jona von Ustinov, war Korrespondent einer deutschen Nachrichtenagentur in Amsterdam, wo er Nadia Benois, eine ausgezeichnete französische Malerin russischer Herkunft, traf und heiratete. Wo Peters äthiopische Strähne herkommen soll, bleibt mir allerdings ein Rätsel.

Er war ein hoffnungsvoller Schauspieler, als der Krieg ausbrach. Als er eingezogen wurde, fragte man ihn, in welcher Einheit er denn dienen wolle. „Panzer", antwortete er ohne Zögern. „Und warum?" – „Wenn es in die Schlacht geht, möchte ich wenigstens sitzen", erklärte er. Er verbrachte viereinhalb Jahre als einfacher Soldat in der Armee. Zum Teil sicherlich wegen dieser Antwort. Aber seine anderen kriegerischen Tugenden haben wohl ebenfalls dazu beigetragen.

Vor kurzem hat er das Buch „My Russia" veröffentlicht, in dem er Osten und Westen einander näherbringen wollte. Er war damit nicht besonders erfolgreich. Er schrieb nämlich, daß das von Chamberlain unterzeichnete Münchner Abkommen haargenau so verbrecherisch sei wie der Hitler-Stalin-Pakt. Und er erklärte, daß die englischen Spione Philby, Burgess, Blunt etc. gar keine Spione waren, weil Rußland kein Feind sei. Mit anderen Worten: Er zog das alte Mütterchen Rußland dem Rußland Stalins vor, und selbst wenn es ihm nicht gelang, die Welt davon zu überzeugen, war dies doch eine originelle, mutige – und leicht verrückte Theorie.

Ustinov ist mehr als ein Schauspieler. Nicht nur, weil er ebenso Dramatiker, Romanautor, Pantomime, fesselnder Erzähler und Philosoph ist, sondern weil er zu einem internationalen Phänomen wurde. „Nur das Lachen unterscheidet uns von den Tieren", stellte er fälschlich fest. Tiere können in der Tat lachen, wenn auch ihr Gefühl für Humor sich von Peters und dem meinen unterscheidet. „Nur wenn ich scherze, kann ich ernst sein", sagte er ein anderes Mal. Ich wünschte, er hätte sich an seine eigene Doktrin gehalten. Aber er hat eine Neigung zum Predigen und ist fest entschlossen, die Menschheit zu erretten. Das ist schade.

Vor kurzem hörte ich im Radio etwas über Jack Lemmon – ein Schauspieler, der zum Predigen neigt. Der Sprecher meinte, man würde sich eher wegen seiner Witze an Lemmon erinnern – lieber lachten die Menschen, als daß sie ihre Sünden bereuten. Das ist wohl wahr, aber die ganze Wahrheit liegt tiefer: Wenn Peter Späße macht, uns nachäfft, unsere Fehler und Schwächen bloßlegt oder seine köstlichen Geschichten voller glänzender Beobachtungen erzählt, dann ist er nicht nur unterhaltsamer, sondern auch ernsthafter als Ustinov.

Während seiner Schulzeit stand in einem Zeugnis: „Peter beweist große Originalität. Sie muß unter allen Umständen gezügelt werden." Glücklicherweise wurde sie nicht gezügelt. Michael Billington hat im „Guardian" geschrieben: „Nichts, was er erschafft, ist so lustig wie er selbst. Eine Stunde in seiner Gesellschaft ist besser als zwei Stunden mit seinen Werken." Er macht unsere Welt um vieles reicher. Alles Gute zum Geburtstag, Peter!

GEORGE MIKES

Zum Tode der Schriftstellerin Simone de Beauvoir

George Sand von heute

„Mein wichtigstes Werk ist mein Leben, und das hervorragendste Erlebnis meines Lebens war die Begegnung mit Sartre." So hat Simone de Beauvoir sich selbst charakterisiert. Mit ihr verliert das französische Geistesleben eine seiner farbigsten Gestalten, eine Schriftstellerin, die glaubwürdig an die von Madame de Staël und George Sand begründete Literatur-Tradition anzuknüpfen verstand und ohne die der Pariser Existenzialismus der Nachkriegsjahre nicht das geworden wäre, was er tatsächlich war.

Ihre Romane allein hätten genügt, sich einen Namen zu machen, angefangen mit „Sie kam und blieb" von 1943, wo in raffinierter Weise eine Dreiecksgeschichte geschildert wird, über die berühmten „Mandarine von Paris" bis zur „Welt der schönen Bilder" von 1966. Hinzu kamen viele Essaybände, Erzählungen, Reisetagebücher. Aber ihr eigentlicher Erfolg war eine dicke Streitschrift, die gleich im Jahr ihres Erscheinens (1949) für Skandal und Ungemach sorgte: „La deuxième sexe", „Das andere Geschlecht", ein Buch, das später zur Bibel des Feminismus werden sollte.

Im „Anderen Geschlecht" vertrat Simone de Beauvoir die Ansicht: „Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es." Mit dieser an sich pittoresken Aussage wollte sie deutlich machen, daß nicht die Natur, sondern die Kultur, die Erziehung ebenso wie gesellschaftliche Konventionen, dem Kinde seine männliche oder weibliche „Bestimmung" aufoktroyierten.

Für Simone de Beauvoir war Mutterschaft nichts als „wahre Sklaverei". „Aus diesem Grund würde ich einer jungen Frau raten, nicht Mutter zu werden", sagte sie in einem weit beachteten Interview. Diese Haltung hat sie auch im politischen Alltag zum Ausdruck gebracht – durch Beteiligung an Demonstrationen von Frauen, die auf Plakaten verkündeten, sie hätten abgetrieben.

Doch nicht nur in dieser Frage gelang es Simone de Beauvoir, Wort und Tat in ihrem eigenen Leben ganz persönlich zu verwirklichen. „Die Ehe, das ist die größte Falle", schrieb sie – und verwirklichte diese Einstellung, indem sie mit Jean-Paul Sartre fünfzig Jahre lang engstens verbunden war, ohne ihn zu heiraten oder mit ihm in herkömmlicher Weise zusammenzuwohnen. Sie nannte das eine „freie Verbindung". „Wir haben eine sehr flexible Lebensweise, die uns manchmal erlaubt hat, unter demselben Dach zu leben, ohne ganz zusammen zu sein. Zum Beispiel, als wir sehr jung waren, da lebten wir im Hotelzimmer."

Geistig war die Verbindung zu Sartre um so enger. Simone de Beauvoir übernahm sämtliche Positionen des Sartreschen Existentialismus und erklärte ihn zu einem „weiblichen Existentialismus". Das Paar Sartre-Beauvoir ist zweifellos eines der bemerkenswertesten Paare der Geistesgeschichte, von manchem dem Paar Abälard und Heloise an die Seite gestellt.

Aus ihrer Ablehnung des Christentums auf der einen Seite und ihrer Sympathie zum Marxismus/Sozialismus auf der anderen hat Simone de Beauvoir, Tochter aus gutem, wohlbehütetem Hause und erfolgreiche Absolventin Pariser Eliteschulen, nie einen Hehl gemacht. Sie polarisierte und verstörte und hat viele fragwürdige Dinge gesagt und geschrieben. Doch auch ihre geistigen und politischen Gegner waren fasziniert von ihrem Lebens-Drive und von der Weite ihrer Persönlichkeit, nicht zuletzt auch von der Nonchalance, mit der sie das Altwerden ertrug.

„Wenn ich schlafe, wenn ich aufwache, wenn ich gehe, mich bewege, ein Buch lese – dann denke ich nie: Ich bin alt. Ich fühle mich ohne Alter", schrieb sie einmal. 78jährig ist die Alterslose in Paris gestorben.

ELISABETH MOTSCHMANN



Sie faszinierte auch ihre erbittertsten Gegner: Simone de Beauvoir — FOTO: SIMON/STUDIO X

„Mit Zucker lebten alle noch . . ."

Italienischer Giftweinskandal führt nun auch zu innerdeutschen Auseinandersetzungen

JOACHIM NEANDER, **Frankfurt**

Die Affäre um die giftigen Methanolweine aus Italien führt nun auch zu innerdeutschen Auseinandersetzungen. Die deutschen Sekthersteller fühlen sich durch öffentliche Erklärungen des Deutschen Weinbauverbands zu Unrecht verdächtigt und angegriffen. In beiden Bereichen hat der Skandal offenbar zu schweren Absatzverlusten geführt.

Auf einer Pressekonferenz in Mainz hatte Reinhard Muth, der Präsident des Deutschen Weinbauverbandes, in einem Acht-Punkte-Katalog dringende Forderungen an die Bundesregierung und die EG gerichtet. Kernstück der Forderungen: Die von den Politikern seit langem angekündigte, aber nicht realisierte Verschärfung der Auslandsweinkontrolle. Darüber hinaus sollen nach Meinung der deutschen Winzer die sogenannten EG-Verschnitte (Billigweine aus verschiedenen europäischen, vorwiegend aber italienischen Tafelweinen, in der Bundesrepublik oder in Frankreich abgefüllt und unter deutschen bzw. französischen Fantasie- oder Markenbezeichnungen verkauft), völlig verboten werden.

Billigsekte unter Beschuß

Im Verlauf der Diskussion hatte Muth dann aber auch die deutschen Billigsekte aufs Korn genommen. Wer generell vor dem Genuß italienischer Weine warne, müsse genauso gut auch hier Alarm schlagen. Bei einem Sekt, der weniger als fünf Mark kostet, könne man sich nach Abzug der Sekt- und Mehrwertsteuer (zusammen ca. zwei Mark) und der Produktions- und Flaschenkosten ungefähr ausrechnen, aus was für Grundweinen das Endprodukt hergestellt sein müsse.

In einem Brief an Muth hat jetzt Diether Hummel (Wiesbaden), Präsident des Verbandes der deutschen Sektkellereien, eine Begründung dieser pauschalen Verdächtigungen verlangt. Die Beschuldigungen, so hört man inoffiziell, seien schon aus folgendem Grund haltlos: Die Herstellung von Sekt dauert etwa neun Monate. Die Manipulationen mit Methanol in Italien aber haben nach Feststellungen der Staatsanwaltschaft erst im Dezember 1985 begonnen. Selbst bei italienischen Grundweinen könne in der Bundesrepublik hergestellter Sekt also nicht betroffen sein.

Um den hohen Auslandsweinanteil an der deutschen Sektproduktion (1984 etwa 80 Prozent) wird zwischen den deutschen Sektherstellern und Winzern seit Jahren gestritten. Tatsächlich verzichten die meisten Sekthersteller inzwischen auf die Bezeichnung „Deutscher Sekt", wenn kein deutscher Wein darin enthalten ist. Auch die Produktion der etwas teureren Lagen- und Jahrgangssekte (die dann nur aus den angegebenen Weinsorten bestehen dürfen) hat zugeonmmen. Immer noch dürfte aber der weitaus größte Teil des in der Bundesrepublik hergestellten Sekts aus italienischem Wein gewonnen sein – einfach, weil er billiger ist.

Die allgemeine Verunsicherung der Weintrinker auch in der Bundesrepublik ist diesmal wesentlich größer als beim österreichischen Diethylenglykol-Skandal im vorigen Jahr. Daran ist nicht nur der weitaus höhere Vergiftungsgrad schuld. Betroffen sind diesmal auch die Liebhaber trockener Weine. Vor allem aber fühlen sich jetzt Konsumenten von der ihnen bisher unbekannten Tatsache irritiert, daß das giftige Methanol in jedem Wein auf natürliche Weise enthalten ist.

Allerdings beträgt der natürliche Methanolghehalt im Schnitt nur ca. 0,1 g pro Liter Wein. Gesundheitliche Schäden sind erst bei 10 g Methanol (also nach dem aufeinanderfolgenden Konsum von 100 Flaschen normalen Weins). Die tödliche Dosis beträgt 0,5 bis 1 g pro kg Körpergewicht, also beim normalen Erwachsenen zwischen 30 und 80 g. Schuld an den tödlichen Folgen sind vor allem die Oxydationsprodukte des Methanols, die Ameisensäure und das Formaldehyd.

Bitterkeit und Ironie

Um auch den je nach Rebsorte unterschiedlichen, aber ungefährlichen natürlichen Methanolgehalt im Wein zu begrenzen, hat die EG eine Höchstmengenverordnung erlassen. Die Grenze liegt bei ca 0,2 g pro Liter. Der Zusatz von künstlichem Methanol (dies geschah in Italien) ist, unabhängig von der Höchstmenge, sowieso streng verboten.

Mit etwas Bitterkeit und Ironie verweisen die deutschen Winzer angesichts der verheerenden Folgen des Methanolskandals auf die seit Jahren tobende Auseinandersetzung um die legale oder illegale Alkoholanreicherung der deutschen Weine mit Zukker. Generalsekretär Werner Becker vom Deutschen Weinbauverband in Bonn: „Würden die Italiener zuckern wie bei uns, würden alle Opfer noch leben . . ."

Hilfe für Alkoholkranke im Betrieb

Fehlzeiten 16 mal zu hoch wie bei ‚trockenen Kollegen' / Tagung des Diakonischen Werks

HORST DALCHOW, **München**

Der Alkoholismus in den Betrieben hat ein alarmierendes Ausmaß erreicht und verursacht der Wirtschaft Schäden in Milliardenhöhe. Darüber hinaus müssen die Krankenkassen und die Träger der Rentenversicherungen immense Beträge für die medizinische Behandlung der Alkoholkranken aufwenden. Der Gesamtverband für Suchtkrankenhilfe (GVS) im Diakonischen Werk der evangelischen Kirche will künftig verstärkt mit Betriebsärzten, Betriebsräten und betrieblichen Sozialdiensten zusammenarbeiten, um das Problem zu bewältigen.

Die Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren legte auf einer Arbeitstagung „Alkohol am Arbeitsplatz" eindrucksvolle Zahlen vor. Danach liegt die Zahl der Alkoholiker in den Betrieben bei etwa fünf Prozent der Mitarbeiter. Deren Fehlzeiten erreichen im Durchschnitt 50 Prozent ihrer Arbeitszeit und liegen damit 16mal so hoch wie die ihrer „trockenen" Kollegen. Nach Angaben der Professorin Eleonore von Rotenhan von der Siemens AG muß das Unternehmen für jeden Alkoholiker unter seinen 200 000 Mitarbeitern allein für die Fortzahlung von Lohn oder Gehalt während der Fehlzeiten rund 10 000 Mark aufwenden.

Der GVS hat inzwischen ein umfangreiches Hilfeangebot von stationären und ambulanten Diensten in mehr als 500 Betrieben eingerichtet. Als größtes Hindernis für eine Ausweitung der Aktion hat sich das Bestreben der Unternehmungsleitungen erwiesen, Fälle von Alkoholismus zu verheimlichen. Nur offene Gespräche ermöglichen jedoch nach den Erfahrungen der Organisatoren eine wirkliche Hilfe. Sie wollen vor allem die Kollegen im engeren Umkreis eines Alkoholikers für eine Mitarbeit gewinnen. Eleonore von Rotenhan sieht in der „Verführung" die größte Gefahr, zumal ein generelles Alkoholverbot am Arbeitsplatz nach aller Erfahrung nicht durchführbar sei.

Um die Personalchefs wenigstens für erste Gespräche zu gewinnen, mußten die Hilfeorganisationen zunächst Zahlen auf den Tisch legen. Danach haben elf Prozent von befragten Berufstätigen angegeben, an ihrem Arbeitsplatz würde täglich getrunken. An Arbeitsplätzen mit sehr starker Belastung haben 23 Prozent der Befragten stets „Alkohol in greifbarer Nähe". Daß rechtzeitige Behandlung von Alkoholikern für die Betriebe lukrativ sein kann, beweist eine in den USA durchgeführte Untersuchung: Die Fehlzeiten von Alkoholabhängigen gingen um rund 63 Prozent zurück.



Imposant wölbt sich die Kuppel über der Frankfurter Festhalle FOTO: DPA

Kompromiß zwischen 1908 und 1986

1908, als die Gerüste an dem roten Sandsteinbau im Frankfurter Messegelände fielen, stimmte die „Frankfurter Zeitung" diesen Hymnus an: „Man steht vor dem gewaltigsten Kuppelbau Europas. Es gibt Gebäude, die noch mehr Personen fassen können wie dieser Leviathan, der 15 000 verschluckt und davon kaum zu viel hat, aber keine Halle, die so frei und stolz sich emporschwingt, die so aus dem Schöpfergedanken geboren ist und so ganz ohne Hilfskonstruktionen und Stützen zu stolzer Höhe aufragt – wie eine Verkörperung des Sieges der Idee über die Materie." Es war noch die Zeit vor dem Triumph des Funktionalismus, der die Bauaufgaben auf den platten Alltagsnutzen reduzieren sollte.

Heute erleben die Bauten des Münchners Friedrich von Thiersch, der auch diese immer noch drittgrößte deutsche Festhalle geschaffen hat, eine wahre Renaissance. In Wiesbaden wurde sein Kurhaus renoviert, in München wird die gewaltige Steinburg seines Justizpalastes in blendendem Weiß aus ihrem schwarzen Rauch- und Rußpelz geschält. Nun hat auch die Frankfurter Messeleitung grünes Licht für die Renovierung des Festpalastes gegeben.

Im Innern, unter dem 6000 Quadratmeter überspannenden Eisengerippe der Hauptkuppel, suchen Baukolonnen bereits nach Spuren der ursprünglichen Farbigkeit. Zutaten und Veränderungen im funktionalen Wiederaufbaustil der 50er Jahre sollen verschwinden. Denkmalpfleger Heinz Schomann: „Was wir anstreben, ist ein Kompromiß zwischen 1908 und 1986."

Dennoch wird der postmoderne Stararchitekt Oswald Mathias Ungers, den die Messe mit der 36 Millionen Mark teuren Sanierung der Halle beauftragt hat, nicht alle Wünsche erfüllen können. Die Kuppel über der Kaiserloge und die Hauben auf den Ecktürmen zum Beispiel bleiben zunächst ein Wunschtraum. Aber „der Wunsch bleibt" – sagt die Messe. dg.

Heilung bei Zwergwuchs ist möglich

dpa, **Tübingen**

Angeborene Stoffwechselkrankheiten, Wachstumsstörungen wie vor allem Zwergwuchs, Schilddrüsenunterfunktion, Keimdrüsenanomalien und andere Hormondefekte sind bei frühzeitig einsetzender Behandlung heute weitgehend heilbar. Darauf hat der Direktor der Tübinger Kinderklinik, Professor Jürgen Bierich, anläßlich eines Internationalen Symposiums über Kinder-Endokrinologie hingewiesen. Dieser medizinische Zweig befaßt sich mit den Steuerungsmechanismen durch die Hormonsekretion der inneren Drüsen.

Bei der Diagnose Zwergwuchs im Alter von zwei Jahren kann heute nach den Worten des Mediziners Normalgröße garantiert werden. Die Behandlung sollte bis zum vierten Lebensjahr beginnen. Frühgeborene sollten bei der Nahrungsaufnahme immer etwas Muttermilch erhalten. Nur so könnten die für die Reifung des Kindes nötigen Eiweiße zugeführt werden.

Sonniger Sommer?

dpa, **Hamburg**

Auf einen langen und späten Frühling folgt fast immer ein angenehmer Sommer. Ist die erste Junihälfte sehr sonnig und ungewöhnlich warm, dann sagt sich zumeist ein wenig freundlicher Juli und August an. Diese Erfahrungsregeln der Meteorologen haben sich meist bestätigt. Die Vegetation liegt nach den Beobachtungen der Bauern gegenüber anderen Jahren drei Wochen zurück. Dafür kann im Mai, so die Wettersachverständigen, mit einer längeren Schönwetterzeit und mit sommerlichen Temperaturen gerechnet werden.

Autobahn: 120 Baustellen

dpa, **München**

An mehr als 120 Abschnitten der Bundesautobahnen wird zur Zeit nach Angaben des Deutschen Touring Automobil Clubs (DTC) gebaut und instandgesetzt. Daneben gebe es noch eine Reihe von Tagesbaustellen, an denen der Verkehr nur einspurig vorbeigeführt werden kann.

Zugunglück in Baunatal

AP, **Kassel**

Sachschaden in Millionenhöhe forderte gestern morgen ein Zugunglück im Bahnhof von Baunatal-Rengershausen bei Kassel. Um kurz vor fünf fuhr ein Güterzug auf einen anderen im Bahnhof haltenden Güterzug auf. Die Lokomotive und zwölf Wagen entgleisten. Aus fünf umgestürzten Waggons des auffahrenden Zuges lief „zentnerweise Zucker" aus, berichtete die Polizei. Beide Gleise der Strekke Kassel–Frankfurt mußten gesperrt werden.

Fährunglück in China

rtr, **Peking**

Fast 100 Personen werden nach dem Kentern einer Fähre auf dem Gelben Fluß in Zentralchina am vergangenen Freitag vermißt und sind offenbar ertrunken. Die Fähre war bis an die Grenze ihres Fassungsvermögens mit mehr als 150 Passagieren besetzt. Lediglich 63 seien bis gestern gefunden worden. Mehr als 670 Personen waren im vergangenen Jahr nach amtlichen Angaben bei Unfällen auf chinesischen Wasserstraßen ums Leben gekommen.

Künstlich befruchtet

hd, **München**

Erstmals in der Bundesrepublik Deutschland ist gestern im Münchner Universitätsklinikum Großhadern ein Kind nach künstlicher Befruchtung im Eileiter (intratubaler Gamentransfer) geboren worden. Die 42jährige Mutter hatte trotz mehrerer Behandlungen neun Jahre lang vergeblich auf ein Kind gehofft. Das ohne Komplikationen zur Welt gekommene Mädchen wiegt 3600 Gramm, ist 53 Zentimeter groß und „kerngesund", so die Ärzte.

Challenger-Trümmer

dpa, **Washington**

Rund zweieinhalb Monate nach der Explosion der Raumfähre „Challenger" ist in 170 Meter Tiefe im Atlantik der Teil der rechten Trägerrakete gefunden worden, der offenbar von innen durchbrannte und die Explosion auslöste. Der Fund könnte Aufschluß darüber geben, wie und warum sich das Leck entwickeln konnte.

WETTER: Gewittrige Schauer

Lage: Das Tief mit Zentrum über den Britischen Inseln ändert seine Lage kaum. An seiner Vorderseite gelangt weiterhin relativ milde Meeresluft nach Deutschland.

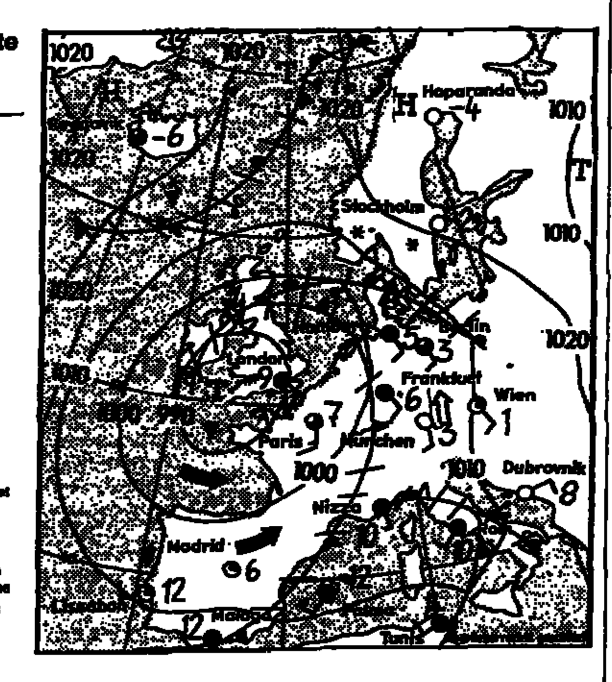
Vorhersage für Mittwoch: Im Norden wechselnde Bewölkung mit einzelnen gewittrigen Schauern. Temperaturen 9 bis 13, nachts 6 bis 3 Grad. Mäßiger Wind aus Süd. Im Süden unterschiedliche Bewölkung mit längeren Aufheiterungen. Kein wesentlicher Niederschlag. Temperaturen 12 bis 17, nachts um 5 Grad. Schwacher Wind um Südost.

Weitere Aussichten: Wechsel zwischen Gewitterschauern und sonnigen Abschnitten, wenig veränderte Temperaturen.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 6.23 Uhr*, Untergang: 20.21 Uhr; **Mondaufgang:** 11.10 Uhr, Untergang: 3.59 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 16. April, 7 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Kaltfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:											
Berlin	11	bw	Lübeck	10	bw	Faro	15	bw	Ostende	9	bd
Bielefeld	11	R	Mannheim	15	bw	Florenz	12	bw	Palermo	16	he
Braunlage	7	bw	München	15	bw	Genf	9	bw	Paris	10	bd
Bremen	9	bd	Norderney	7	bw	Helsinki	1	bw	Peking	15	he
Dortmund	10	bw	Nürnberg	14	he	Hongkong	24	bd	Rhodos	13	wl
Dresden	10	bw	Oberstdorf	9	bw	Innsbruck	12	bw	Rom	19	he
Düsseldorf	10	R	Passau	13	he	Istanbul	10	bw	Salzburg	12	bw
Erfurt	12	bw	Saarbrücken	14	bw	Kairo	23	he	[illegible]	14	he
Essen	8	R	Stuttgart	14	he	Klagenfurt	9	bw	Singapur	26	bw
Feldberg/S.	2	bw	Trier	12	bw	Konstanza	9	bd	Split	13	he
Flensburg	9	bd	Zugspitze	-9	bw	Kopenhagen	1	Sr	Stockholm	2	bw
Frankfurt/M.	14	he	**Ausland:**			Korfu	18	bw	Straßburg	13	bw
Freiburg	16	bw	Algier	19	bw	Las Palmas	19	bw	Tel Aviv	11	he
Garmisch	10	bw	Amsterdam	10	bd	Leningrad	6	he	Tokio	16	bd
Greifswald	10	bd	Athen	17	he	Lissabon	13	bw	Tunis	21	he
Hamburg	10	bw	Barcelona	14	bw	Locarno	9	bd	Valencia	16	he
Hannover	8	bw	Belgrad	11	bw	London	8	bd	Varna	13	he
Kahler Asten	4	Rs	Bordeaux	14	bw	Los Angeles	18	he	Venedig	11	bw
Kassel	10	bw	Bozen	9	bw	Luxemburg	9	bd	Warschau	7	he
Kempten	11	he	Brüssel	8	R	Madrid	10	bw	Wien	11	he
Kiel	11	bd	Budapest	10	bw	Mailand	9	bw	Zürich	12	he
Koblenz	11	bw	Bukarest	12	he	Mallorca	16	bw			
Köln-Bonn	11	bd	Casablanca	13	bw	Moskau	1	He			
Konstanz	12	bw	Dublin	7	Sr	Neapel	12	bw			
Leipzig	11	bw	Dubrovnik	12	bw	New York	13	bd			
List/Sylt	6	bd	Edinburgh	3	R	Nizza	12	bd			
						Oslo	2	bw			

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; he = heiter; [illegible]; R = Regen; Rs = Regenschauer; Sr = Sprühregen; [illegible]; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Weshalb Stolte umstrittene Sendung kippte

DETLEV AHLERS, **Bonn**

„Aus aktuellen Gründen", so hieß es vorgestern abend in der Programmvorschau des ZDF, habe man die Serie „Sexualität heute" aus dem Programm genommen. Dafür kam ein Beitrag über Terror. Ein wenig erinnerte diese Begründung an eine des NDR, der Anfang der sechziger Jahre eine politisch unliebsame „Hallo Nachbarn"-Folge kippte und sagte, der an ihrer Stelle gesendete Beitrag über die Jagd sei von größerem Interesse. Die „aktuellen" Gründe des ZDF am Montag: Intendant Stolte war aus dem Skiurlaub heimgekehrt und hatte gewissermaßen einen eisernen Schneebesen mitgebracht.

Im Urlaub hatte er die Diskussion um die erste Folge der umstrittenen Serie verfolgt. Sein Unmut eilte ihm voraus – deswegen schnitt (die WELT berichtete) die Redaktion bereits am Wochenende 20 „scharfe" Sekunden aus der für vorgestern vorgesehenen Folge. Doch das reichte dem Intendanten nicht; er hatte weitergehende Bedenken „wegen der formalen Vermittlung". „Unter welchen Bedingungen dieses für die Würde des Menschen zentrale Thema erneut ins Programm aufgenommen wird, bedarf einer ausführlichen Diskussion", gab das ZDF bekannt. Die Serie war vom Hauptredaktionsleiter Kultur, Karl Schnelting, gebilligt worden.

Es hatte nach der ersten Folge viele wütende Anrufe und Briefe angewiderter Zuschauer gegeben, allerdings, so hört man aus dem ZDF, weit weniger als nach der Vergewaltigungs-Szene in der „Schwarzwaldklinik". Redaktionsleiter Hermann sagte der WELT, er habe die Empfindlichkeit unterschätzt. Vor allem die Annäherung zweier alter Menschen und die Spiele zweier junger Damen stießen auf Ablehnung. Es gab aber auch einige zustimmende Zuschauer-Äußerungen.

Auf eine Merkwürdigkeit in diesem Zusammenhang macht Oswald Kolle, der Autor vieler Sex-Serien, aufmerksam: „Körperliche Liebe ist erlaubt, darf aber bei weitem nicht in jeder Form gezeigt werden – Mord und Körperverletzung sind verboten, überschwemmen aber den Bildschirm in vielen brutalen Varianten."

LEUTE HEUTE

Hoch geehrt

Zum „Grand Officier" der Ehrenlegion ernannte der französische Staatspräsident **François Mitterrand** den weltbekannten Geigen-Virtuosen **Yehudi Menuhin.** Es handelt sich um die zweithöchste Stufe innerhalb der von Napoleon gegründeten Ehrenlegion und wird nur in äußerst seltenen Fällen an Ausländer verliehen.

Nur insgesamt knapp 500 Personen können sich dieser hohen Auszeichnung rühmen. Die feierliche Zeremonie im Amtssitz des französischen Staatspräsidenten wurde allerdings durch eine innenpolitische Kontroverse leicht gestört. Da die Ernennung noch von der inzwischen zurückgetretenen Regierung **Laurent Fabius** vorgeschlagen worden war, ließ sich kein Minister der neuen Regierung unter **Jacques Chirac** sehen.

Umworben

Ein Zirkus-Clown soll die Riege des Turnklubs zu Hannover von 1878 bei der am Sonnabend beginnenden Bundesliga-Saison zum dritten Meistertitel nach 1984 und 1985 verhelfen. Die Niedersachsen meldeten **Alfred Lefebre,** obwohl sie wissen, daß der Spaßvogel nur selten das Turnertriko überstreifen kann. Trainer **Wolf Greite** unternahm dennoch einen Versuch. Er schrieb Roncalli-Chef **Bernhard Paul** einen Brief und bat um Freistellung des Reck-Clowns – zumindest für das am 7. Juni in Offenbach stattfindende Finale. Als Gegenleistung bot Greite den Auftritt der Bundesliga-Riege im Zirkus an.

„Heiliger Krieg" gegen Ketchup

SAD, **Rom**

Für das alte Rom, „das jetzt in Ketchup ertrinkt", wollen zum erstenmal in der Geschichte der Stadt geschlossen prominente und weniger prominente Künstler am nächsten Sonntag um 11.00 Uhr demonstrieren. Ihr Protest richtet sich vehement gegen die neue Filiale der McDonald's-Kette an der Spanischen Treppe, die nach ihrer Auffassung das Image der Altstadt zerstört.

Die Künstler, darunter der Maler Guttuso, der Schriftsteller Alberto Moravia, der Schauspieler Bud Spencer und viele andere, berufen sich dabei auf ihren Kollegen Clint Eastwood, den neuen Bürgermeister von Carmel, der dem „Fast Food" einen „heiligen Krieg" erklärt hat.

Ein Bremer wurde „König von Ceylon"

W. WESSENDORF, **Bremen**

„Weltweit haben wir seit 1947 keine engere Verbindung wie zu Deutschland, und hier zu Martin Stürcken", sagt der ceylonesische Finanz- und Planungsminister Ronnie de Mel. Der Minister war eigens bei Stürcken zu einem Buffet-Diner angereist, um ein außergewöhnliches Jubiläum zu feiern: Seit hundert Jahren vertritt das Handelshaus Freudenberg in Colombo (Sri Lanka) die größte deutsche Reederei Hapag-Lloyd. Seit Anfang der fünfziger Jahre zeichnet die Bremer Firma Martin Stürcken & Co. GmbH. als wesentlicher Partner der Firma Freudenberg, deren Gründer Philipp Freudenberg der „König von Ceylon" genannt wurde.

Bei Kiwi, Cocktails und leckeren Feinkostspezialitäten kreisten die Gespräche und Gedanken um kaufmännische Pioniere in Fernost, die Geschichte schrieben. Das Vorstandsmitglied von Hapag-Lloyd, Claus-Peter Kulenkampff-Bödecker, stellte das Einmalige des Jubiläums heraus: „Freudenberg ist der einzige Agent unserer 300 weltweiten Vertreter, der bis zum heutigen Tage mit uns durchgehalten hat." Das sei nicht immer leicht aber erfolgreich gewesen. Das Erfolgsrezept der Firma Freudenberg lag in ihrer Unabhängigkeit. Denn im Gegensatz zu allen anderen europäischen Handelshäusern im 19. Jahrhundert, die Niederlassungen in Fernost errichteten, baute Philipp Freudenberg das Stammhaus 1873 in Colombo auf. Schon 13 Jahre später wurde die Schiffsagentur gegründet.

Stürcken erklärte seinen zahlreichen Gästen, darunter auch der Botschafter Sri Lankas in Bonn, Jayaweera, und Bremens Finanzsenator Claus Grobecker, die geschichtsträchtige Gründung: „Der damals bedeutende ceylonesische Kaffee-Export, monopolartig über Makler in London gehandelt, wurde jetzt direkt unter Ausschaltung des englischen Zwischenhandels über die Mittelmeerhäfen mit dem europäischen Kontinent abgewickelt."

Philipp Freudenberg gründete seine gleichnamige Firma nicht etwa aus kolonialem Streben; er verbündete sich vielmehr mit den Ceylonesen, schuf mit seinem rasch florierenden Unternehmen mehrere tausend Arbeitsplätze auf der „schönsten Insel der Welt" – „zum Wohle des ceylonesischen Volkes", wie auch de Mel bei der Feier betonte. Bald wurde der Gründer im Volksmund als „König von Ceylon" bezeichnet. Stürcken: „Das Handelshaus hatte einen so guten Ruf, daß man auf der Insel kein Geld benötigte, wenn man dazu gehörte."

Später erwarb Philipp Freudenberg einen offiziellen Titel, nämlich den eines Konsuls. In dieser Eigenschaft wies er immer wieder bei allen einflußreichen Stellen im Kaiserreich auf die Bedeutung und die Möglichkeiten des deutschen Schiffsverkehrs mit dem Fernen Osten hin. So hängt denn auch die Gründung seiner Schiffsagentur mit der Eröffnung der Linienschiffahrt nach Ostasien zusammen.

Allerdings waren Bremer Reeder damals zunächst nicht vom wirtschaftlichen Erfolg einer Postdampferlinie nach Ostasien überzeugt. Sie fürchteten den zu starken Einfluß der Regierung. Das Kaiserreich wollte indes den Handel fördern, subventionierte deshalb die Schiffslinien mit der damaligen Riesensumme von jährlich 4,4 Millionen Mark. Im Wettrennen zwischen Bremer und Hamburger Reedereien siegte schließlich der Norddeutsche Lloyd.

Eine neue Ära begann für Freudenberg in Colombo Anfang der fünfziger Jahre mit dem Eintritt der Bremer Firma Martin Stürcken & Co. GmbH. In enger Zusammenarbeit mit ihren ceylonesischen Partnern, repräsentiert durch Robert Senanayake, dessen Vater der erste Premierminister Ceylons nach der Unabhängigkeit des Inselstaates 1948 war, wurden neue Wege im Wandel der Zeit beschritten.

ZU GUTER LETZT

„Halbe Million Autos inzwischen vollgemacht", betitelte der Kölner Stadtanzeiger einen Bericht über einen japanischen Autokonzern.

